links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Solidaritäten

links-Pop

Bürgerschrecken

Offenbach Nr. 512/513 28. Jahrgang W: DM 13,– Mai/Juni 96

editorial

links 5/6,96

Auch zehn Jahre nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl am 26. April 1986 hält die Atomindustrie an ihrem Programm der Herauskatapultierung der Welt aus der „Steinzeit" – so die lustigen Aufkleber aus der Hochzeit des Atom-Advertising – fest. Während sich die Internationale Atomenergieorganisation noch mit der Kategorisierung der Tschernobyl-Opfer – etwa der 600.000 mit den Aufräumarbeiten am Reaktor beschäftigten sogenannten Liquidatoren oder der 300.000 umgesiedelten Bewohner der Region um Tschernobyl – herumschlägt, plagt das Atom-Management schon andere Probleme. Die Frage, welche der hunderte Schilddrüsen-, Nieren-, Dickdarm- oder Lungenkrebserkrankungen denn nun wirklich auf den Super-GAU zurückzuführen seien, erscheint in deren Augen banal angesichts der immer größer werdenden Atomschrott-Berge, von denen nun wirklich nicht geleugnet werden kann, daß sie irgend etwas mit der Produktion von Strom durch Atomenergie zu tun haben. In Castor-Behältern verpackt werden diese nun von der Deutschen Bahn AG ins niedersächsische Gorleben gekarrt, um dort in unterirdischen Schächten vor sich hin zu strahlen. Probleme macht den Staatsorganen aber keineswegs diese Strahlung – der deutsche Castor-Beton ist eben besser als die sozialistische Variante aus Tschernobyl –, vielmehr werden diese Transporte zum sogenannten Sicherheitsrisiko, da sich die benutzten Bahnstrecken zu anschlagsrelevanten Zielen von AtomgegnerInnen entwickelten. Die Aktion „Ausrangiert" im April am Dannenberger Verladebahnhof brachte den militanten Widerstand gegen die Atomindustrie wieder in die Schlagzeilen. Hochdruckwasserwerfer, Spezialschlagstöcke und zum Beißen angehaltene Schäferhunde demonstrierten einmal mehr den unbedingten Willen von Staat und Industrie, sich nicht in ihr Schrott-Gewerbe hereinreden zu lassen.

Das „Kommunikations- und Propagandamedium für die Anti-Atom-Bewegung" (Michael Sontheimer, Ex-Chefredakteur) der frühen 80er Jahre oder anders: das „Organ für den ökologisch orientierten Mittelstand" (*junge Welt*) der späten 70er Jahre ist ebenfalls – mal wieder – in die Schlagzeilen gerutscht. Ihren siebzehnten Geburtstag nutzte *die tageszeitung* für weitere Kurskorrekturen nach rechts in der Chefetage. Nachdem 1991 die nur noch auf dem Papier exisitierende Kollektivstruktur durch die Einrichtung einer Chefredakteursstelle abgelöst wurde, wurde geheuert, gefeuert und gekündigt wie selten zuvor: Michael Sontheimer, Thomas Schmid, Arno Luik und Norbert Thomma sind nur einige derer, denen es nicht gelang, das Flaggschiff rotgrüner Gemütlichkeit, dessen Geschichte zahlreiche Parallelen zur Entwicklung der zeitgleich gegründeten grünen Partei aufweist, unter ihre Fittiche zu bringen. Jahrelang wegen ihrer Kaderschmiede-Funktion für die bundesdeutsche Journaille in linken Kreisen als „Kinder-*FAZ*" (*konkret*) verschrien, steht die *taz* inzwischen vor anderen Problemen: während für die sozial Bewegten der 80er die eigenen Karriereambitionen noch hinter politischen Anliegen zurückstehen mußten, treten sie bei den neuen *taz*lern schon etwas offener zu Tage, freilich zuungunsten politischer Ambitionen, z.B. bundesdeutscher Kriegshetze etwas entgegenzusetzen. Und was ist mit den Übriggebliebenen der ersten Stunde? „Einer, der 1979 gerade 23 Jahre jung war, ist heute 40. Damals war er ein mehr oder weniger naiver Rebell oder Streetfighter, heute hat er vielleicht Familie und einen sehr anstrengenden Redakteursjob. Das bedingt ein ganz anderes Verhältnis zum Leben, zur Politik, zum Staat", so Michael Sontheimer. Früher oder später holt die inivisible hand der Biographie uns Naivlinge also doch noch Heim ins Reich, soweit Familie und Job vorhanden.

Daß manchen „naiven RebellInnen" von eben jenem familienfreundlichen Staat und dessen Politik die eigene Biographie brutal verkürzt wird, fällt dabei oft unter den Tisch.
Am 8. Mai vor 20 Jahren verstarb unter immer noch ungeklärten Umständen Ulrike Meinhof im eigens für sie und die anderen Mitglieder der in der BRD der 70er Jahre als „Baader-Meinhof-Bande" geltenden RAF errichteten Knastbunker in Stuttgart-Stammheim. Da jedoch – Staatsschutzregel Nummer 1 – sogenannte Terroristen in Deutschland grundsätzlich Selbstmord verüben, gilt dies auch für Ulrike Meinhof, wie etwa auch für Wolfgang Grams, der sich den Bahnof des idyllischen Bad Kleinen für seinen Suizid aussuchte, wie erst kürzlich das OLG Rostock bestätigte.
Die Person Ulrike Meinhof steht bis heute für den „Mythos RAF", den so viele von rechts bis links dekonstruieren möchten, wobei die dahinter stehenden Interessen bei einigen im unklaren bleiben. Bekannt für ihre ideologiekritischen journalistischen Arbeiten aus den 50er und 60er Jahren, die an heutigen linken Debatten gemessen recht naiv und emphatisch menschenrechtlerisch wirken, wird ihre Zeit im bewaffneten Kampf mit allerlei psychologisierenden Kategorien zum biographischen Irrweg erklärt, der, wie kann es anders sein, kein anderes Ende zuließ als den Freitod. Statt wie in Wagenbachscher Manier in immer neuen Textsammlungen Meinhofs Engagement als Journalistin in den Wir-68er-haben-die-BRD-zivilisiert-Teig hineinzukneten, müßte einer Dekonstruktion des „Mythos-RAF" eine neue dezidierte Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf zugrundeliegen, gerade weil sie vor dem heutigen gesellschaftlichen Hintergrund anders zu führen ist wie in der alten BRD.

Zum Schluß noch ein Hinweis in eigener Sache: Allen interessierten LeserInnen sei anempfohlen, sich am Abend des 23. Mai nichts wichtiges vorzunehmen. An diesem Donnerstag findet nämlich um 19.30 Uhr im Frankfurter Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, die Heftkritik der vorliegenden *links* statt. Wie bisher ist die Redaktion gespannt auf Kritik, Lob und Anregungen aus dem Kreis derer, denen diese Zeitung immer noch, wieder oder erst seit kurzem am Herzen liegt.

die redaktion

Impressum

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06 Fax: 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Stefan Armborst, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Gottfried Oy, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Meyer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN: Robert Detobel (Frankfurt), Colectivo *La Guillotina* (Mexico),Rosi Karges (Berlin), Holm-Detlev Köhler (Spanien), Felix Schneider (Frankfurt)

REDAKTIONSBÜRO: Thomas Kunz, Gottfried Oy

VERLAG UND VERTRIEB: Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5-7, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Gestaltung: Gunnar Lieb

LAYOUT: Thomas Kunz, Birgit Letsch, Gottfried Oy

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich, 6 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Juli/August-Ausgabe: 13. Juni 1996

BEZUGSBEDINGUNGEN: Doppelheft W: DM 13,– / O: DM 10,– Jahresabo W: DM 75,– / O: DM 50,– incl. Versand. Luftpostpreise auf Anfrage. Ermäßigtes Abo DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.
Abbestellungen müssen spätestens bis 30.09. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar gezahlt. Texte sollten auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 HD-Diskette (bitte ohne eingebaute Fußnoten) eingeschickt werden.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 10.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 mad(e) in germany
Kriminalisierung kurdischer MigrantInnen. Ein Kommentar von Thomas Kunz

5 Lobet Eure Herrn
Die autonome l.u.p.u.s.-gruppe über den Traum von der Arbeit

7 Interkontinental gegen Neoliberal?!
Boris Kanzleiter über das Anti-Neoliberalismustreffen in Berlin

8 Globale Pläne – lokale Rechte
Christoph Görg über die 4. Internationale Technische Konferenz der FAO

10 Wo bleiben die roten Tomaten?
Italien nach den Wahlen. Von Thomas Sablowski

12 Spanien – Auf dem Weg zur Einwanderungsgesellschaft?
Asylpolitik im Zeichen der Europäischen Union. Von Michael Köhler

15 Kommando Rück!
Felix Schneider über geplante Abschiebungen bosnischer Kriegsflüchtlinge

CULTURE CLUB

18 culture club
Redaktionelle Vorbemerkungen zum Schwerpunkt

20 Fremde und Allzufremde
Prozesse der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. Von Frank-Olaf Radtke

23 Kulturelle Differenz oder das Wunder des individuellen Subjekts
Susanne Kappeler über Ausdifferenzierungen unter dem Zeichen „kultureller Identität“

26 Anti-Imperialismus
Clemens Nachtmann über das höchste Stadium des falschen Anti-Kapitalismus

29 Tag & Nacht
Anmerkungen zur Debatte um Antiimperialismus und Internationalismus von der Gruppe t.e.r.z.

31 Das gute Volk im wilden Kurdistan
Udo Wolter über kulturalistische Projektionen der Linken

35 „Das Recht, sein zu dürfen, was man ist.“
Thomas Kunz & Gottfried Oy über die Politik der „Gesellschaft für bedrohte Völker“

38 *tellerwäscher*
❶ Polizisten kritisieren verboten ❷ funky ❸ Große Vögel kleine Vögel ❹ Letzter Wille ❺ Böse Amis, gute Nicas ❻ Gesund mit EDV ❼ Trash und Bier ❽ Uffsteige ❾ Bemüht, kunstvoll, banalisiert ❿ Nachtrag ⓫ Veranstaltungen

43 Art-Pop, Prol-Pop, Uni-Pop
Günther Jacob im Gespräch mit Oliver Marchart und Markus Wailand

46 „Die Polizei erfüllt ihre Aufgabe, ihre ganze Aufgabe“
Rudolf Walther über Maurice Papon

48 Von Opitz über Aly zu Nolte
Erkenntnisinteresse und Ideologieproduktion bei Götz Aly. Von Oliver Schöller

51 Jenseits der „unsichtbaren Faust des Marktes“
Thomas Oberfrank über die Widersprüchlichkeit von Globalisierung und lokalem Widerstand

54 Von der „Zivil-“ zur „Bürgergesellschaft“
Joachim Hirsch über Etappen eines anscheinend unaufhaltsamen Abstiegs

57 Wenn das Megaphon in die Sub(kultur) fällt
Zur Kritik der „Bewegungsle(e/h)re“. Von Christoph Görg

59 Abo-Seite: Zwei neue Gründe, die links zu abonnieren

THOMAS KUNZ

mad(e) in germany

Als letzten Herbst die Kriminalisierung der Proteste kurdischer MigrantInnen einen neuen Höhepunkt erreichte, schien ein darüber hinausgehendes Anziehen der öffentlichen Daumenschrauben nur schwer vorstellbar. Die Kriminalisierung und daß heißt vor allem die Berichterstattung zum Zeitpunkt des Newroz-Festes im vergangenen März sollten solche SkeptikerInnen jedoch eines besseren belehren.

Mit der journalistischen Brechstange wurde eifrig am Projekt Volksgemeinschaft weitergewerkelt. Nahezu in der gesammten Medienlandschaft übernahm und reproduzierte man die Rede von den gewaltbereiten, zündelnden Kurden – böse PKK-AktivistInnen –, den bedrohten ordentlichen Deutschen – wir – und schließlich, man ist ja „ausländerfreundlich", den guten, friedliebenden KurdInnen, die mit irgendwelchen KrawallmacherInnen gefälligst nichts zu tun haben wollen – und deshalb im Lande bleiben dürfen.

Die Einhelligkeit, mit welcher der drohende Block geschmiedet wurde, verweist darauf, wie eingespielt die hauptberuflichen WahrheitsproduzentInnen sind und wie eng der Korridor des Mainstream mittlerweile geworden ist. Einträchtig bemühte man sich, den Anschluß an den nationalistischen Konsens nicht zu verpassen. Offensichtlich will sich niemand vorhalten lassen, nicht von Anfang an bei der Panikmache dabei gewesen zu sein. Mitzuplappern, was die Akteure des Sicherheitsapparates vorzwitschern scheint die Losung des Tages.

Besonders perfide ist dabei die Inszenierung der Bedrohung mittels massiver Polizeipräsenz. Ein Vorgehen, daß lediglich dazu dient, die bereits herrschende Lagebeurteilung wahrzumachen – völlig unabhängig davon, wie die Einsätze verlaufen. Kommt es trotz der Demonstrationsverbote und Einschüchterungsversuche zu Protesten, gilt dies als Beleg für hohes Renitenz- und Gewaltpotential der als potentielle TäterInnen zugerichteten. Erscheint das Objekt repressiver Begierde hingegen erst gar nicht auf der Bildfläche, heften sich die Polizeistaatsstrategen auch dies als Lorbeer ans Revers und nennen es „Deeskalation durch Stärke".

Das sich diese Sichtweise durchzusetzen vermag, speist sich aus einem obrigkeitsgläubigen Potential, das davon ausgeht, daß die Polizei im sogenannten demokratischen Rechtsstaat doch wohl nur so massiv in Erscheinung träte, wenn es eine tatsächliche Bedrohung gäbe. Daß damit Fakten überhaupt erst geschaffen werden, kommt keinem in den Sinn. Wie man es auch dreht und wendet, gewaltbereit und gefährlich seien „die Kurden" in jedem Fall. Das Strickmuster ist dabei so einfach wie zwingend: Massive Polizeipräsenz indiziert Sicherheitsgefährdung auch und gerade an Orten, an denen sich ohne martialische Bereitschaftspolizeiaufmärsche, Wasserwerfer und Straßensperren partout keine Bedrohungsgefühle einstellen wollen. Das heißt, Bedrohung wird durch eben jene inszeniert, die sie zu bekämpfen vorgeben. Egal was auch passiert, amtliche Einschätzungen scheinen sich somit in jedem Fall zu bewahrheiten. Wo sich viele Uniformierte aufhalten, wird's schon was bedrohliches geben. Mit an Ignoranz grenzender Selbstverständlichkeit werden bei Demonstrationen aber auch im alltäglichen Kontrollsituationen Vorgehensweisen hingenommen, deren Beschreibung als rassistisch von den Behörden mittlerweile strafrechtlich verfolgt wird, wie der Fall eines Antirassimus-Büros in Bremen zeigt (siehe auch *tellerwäscher* ❶).

Für die alltagsverständliche Übersetzung der Behördensichtweise vor Ort sorgen nicht zuletzt die Medien. Dabei arbeiten Lokalberichterstattung und überregionale KommentatorInnen Hand in Hand. Liefern letztere die feuilletonistische Staatsräson frei Haus, verlegt sich erstere darauf, sozusagen auf Stadtteilebene, die ergänzenden Fakten zu liefern. Manch einem geht dabei der Gaul dermaßen durch, daß die Vermutung naheliegt, er oder sie haben nur mangels Berufsperspektive anstatt zum Knüppel zum Stift bzw. Mikrofon gegriffen. Auf breiter Front fallen BerichterstatterInnen in den Kanon sogenannter SicherheitsexpertInnen ein und beschwören neue, größere Gefahren die von „den Kurden" ausgehen würden. Der Frontmann des liberalen Flaggschiffs *ZEIT*, Robert Leicht, der der PKK den „Mißbrauch" des Newroz-Feiertages vorwarf, als habe die *ZEIT* ihn gepachtet, spricht dabei aus, was offensichtlich alle KritikerInnen antreibt: „Müssen wir uns das Jahr für Jahr aufs neue bieten lassen?" Sein Geschwafel von „Liberalität" und „christlicher, konservativer Humanität" verträgt sich dabei offensichtlich äußerst gut mit der faktischen Forderung nach Abschiebung: „Das Strafrecht bietet genügend Möglichkeiten zum scharfen Zugriff. Aber müssen die Behörden Straftaten erst abwarten? Und müssen sie dann einen schließlich verurteilten Ausländer jahrelang in unseren Strafanstalten einsperren? Mitnichten."

Die bereits bevormundende Herablassung, man könne das berechtigte Anliegen vieler aus Kurdistan kommender Menschen ja verstehen, mündete in der *ZEIT* in die Ansicht: „Bonn muß dafür sorgen, daß die Türkei, wie vor einem Jahr versprochen, zunächst den von uns abgeschobenen kurdischen Gewalttätern das Minimum an Humanität gewährt (keine Folter, keine Todesgewalt) – und dann endlich auch allen türkischen Kurden." Wie selbstverständlich sei davon auszugehen, daß sogenannte Gewalttäter abzuschieben seien. Denn: „Kein Staat der Welt läßt sich zum Schauplatz auswärtiger Bürgerkriege machen." Wessen Staat? „Unser Staat", „unsere Demokratie", „unsere Strafanstalten", „unsere Straßen" – Jawoll: wir, wir, wir. Fragt sich nur, warum nicht gleich gefordert wird, sogenannten AusländerInnen die politische Betätigung zu verbieten.

Die Kehrseite der Bekenntniszwänge ist die Verhinderung einer Auseinandersetzung mit politischen Zielen und Strategien z.B. der PKK oder auch anderer Gruppierungen. Überhaupt darf bezweifelt werden, daß solch eine Kritik in der gegenwärtigen Situation zu leisten ist. Zum einen läuft man Gefahr, sich vor den Karren derer spannen lassen zu müssen, die Kritik an Zielen und Strategien als Bestätigung ihrer Repressionsforderungen vereinnahmen, zum anderen weil in dem herrschenden Klima der Kurdenhatz eine kritisch-solidarische Diskussion mit der §129a-Keule ohnehin verhindert wird, denn solche Beschäftigung liegt gerade nicht im Interesse dieser ehrenwerten Bürgergesellschaft. ●

AUTONOME L.U.P.U.S.-GRUPPE

Lobet Eure Herrn

und vergeßt nicht zu bezahlen

„Die ÖTV hat in Bremen und Delmenhorst... einen... Tarifvertrag abgeschlossen: eine Nullrunde für dieses Jahr, dafür sichere Jobs bis 1999." (*taz* v. 11.3.1996)

„Wir haben für die Tarifverhandlungen im Einzelhandel vorgeschlagen, daß ein Fonds gegründet werden soll, in den die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber einen Beitrag einzahlen. Wir haben gesagt, daß wir einen Teil der Gehaltserhöhungen als Beitrag der Arbeitnehmer in diesen Fond einbringen, um daraus die Übernahme von Auszubildenden zu finanzieren oder..." (Vorsitzender der DAG, Roland Issen, *taz* v. 11.3.1996)

Chor:
Proletarier aller Bundesländer,
vereinigt Euch
kauft Euch einen schnittigen Arbeitsplatz
Modell '96 „Akkord rassisimo"
Nichts ist unmöglich

Ein großes Ziel ist erreicht, ein Jahrhundertwerk steht kurz vor dem Abschluß. Generationen von Proletariern haben dafür gekämpft, mit Streiks und Sabotage, in den Betrieben und auf den Straßen, gegen Bonzen und Polizei, mit dem Stimmzettel und der Waffe, in den eigenen Reihen und hinter den Barrikaden, mit ihrem Leben und mit ihrem Tod.

Liebe Genossinnen und Genossen von einst, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von heute, liebe Weltrevolution, verehrter Standort Deutschland, ein lange gehegter Traum geht in Erfüllung:

Die Abschaffung der Lohnarbeit!

Chor:
Proletarier aller Bundesländer,
wir machen den Weg frei
Das Ende der
Unternehmerwillkür ist nahe

Die Tarifrunde '96 ist eingeläutet und die Früchte jahrelanger Vor- und Kleinarbeit treiben nun wahre Blüten. Seit Jahren begnügen wir uns mit realen Lohneinbußen, doch das ist nicht genug. Seit Jahren finden wir uns mit immer mieseren Arbeitsverhältnissen ab, aber das reicht nicht. Seit Jahren erhöhen wir unsere Leistungsfähigkeit, schonen weder Gesundheit noch Verstand und es reicht immer noch nicht. Selbst Rekordgewinne führender Unternehmen können daran nichts ändern. Jetzt kennen wir nichts mehr und geben unser letztes.

Wir haben gelernt, zu zahlen, um irgendwo zu wohnen, wir haben gelernt, zu bezahlen, um zu essen, wir haben gelernt, daß es seinen Preis hat, wenn man Spaß haben will, Kurzum: nichts ist umsonst.

Liebe Genossinnen und Genossen von einst, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von heute: Wie konnte das nur passieren? Seit Generationen haben wir vergessen, dafür zu bezahlen, daß wir arbeiten dürfen. Die Zeit ist reif, dies nachzuholen.

Die Vorschläge, Modelle und Konzepte liegen auf dem Tisch, sind bereits Ergebnis von vielen Tarifverhandlungen und das ganze Geheimnis des „Bündnis für Arbeit". Die Grundidee ist verblüffend einfach: Wir verzichten gänzlich auf Lohnerhöhungen und finanzieren damit unseren eigenen Arbeitsplatz.

Liebe Kampfgenossinnen und Kampfgenossen von einst

Wir haben es geschafft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von heute

Ihr habt's noch nicht bemerkt!

Das ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Lohnarbeit.

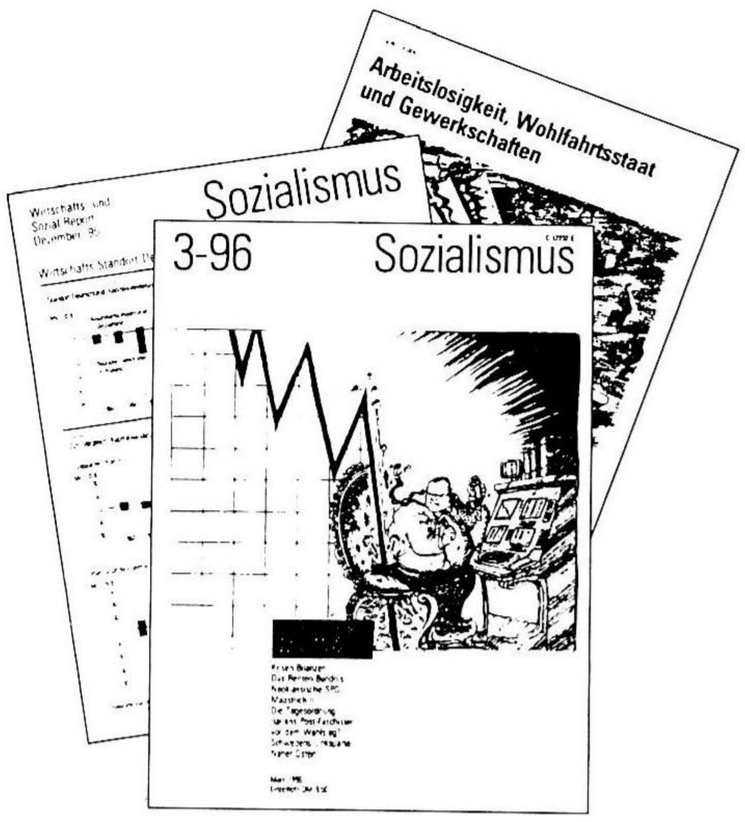
Der Meilenstein auf dem Weg vom Lohn zur Entlohnung der Arbeit!

Chor:
Proletarier aller Bundesländer,
Der Traum ist aus
aber wir werden alles geben
daß er doch noch Wirklichkeit wird*

Keine Frage, ein Geniestreich ohnegleichen in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Was auf den ersten Blick als endgültige Unterwerfungsgeste erscheinen mag, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als geschickt eingefädelter Todeszug gegen den krisengeschüttelten Kapitalismus. Wir reichen ihm die Hand, um ihn ein für allemal zu beseitigen. Denn mit diesem Modell „Arbeiten – um arbeiten zu dürfen" legen wir unbemerkt Axt an die Grundfesten dieser Marktwirtschaft. Sie werden verblüfft fragen: Wie denn das? Ganz einfach. Der Mythos dieser Marktwirtschaft lebt von der Annahme, daß der, der was riskiert, auch mehr verdienen darf. Übernehmen wir also das Unternehmerrisiko voll und ganz, überlassen ihm aber den ganzen Profit, dann haben wir unbemerkt die Grenzen der Marktwirtschaft überschritten und damit den Systemwechsel bereits eingeleitet. Der friedliche Übergang von der Übernahme des Unternehmerrisikos zur Übernah-

Bündnis für Arbeit: „Raus aus dem 1. Mai, rein in die Risikogesellschaft."

3-4 in einer!



1 Jeden Monat 30 bis 44 Seiten aktuelle Kommentare & Hintergrundanalysen sowie Alternativen der Linken im In- & Ausland.

2 Jeden Monat 12 bis 18 Seiten Positionsbestimmungen & Kommentare der Gewerkschaftslinken im FORUM GEWERKSCHAFTEN.

3 Jeden Monat ein Supplement zu grundsätzlichen politischen & theoretischen Problemen (zuletzt »Globalisierung«, »Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften in Westeuropa«).

4 2 x jährlich ›Wirtschafts- & Sozialreport‹ mit Fakten und Grafiken (zuletzt zum Thema »Wirtschaftsstandort Deutschland«).

Alles für nur DM 9,50 pro Ausgabe bzw. DM 95,- für das Jahresabonnement!

Glauben Sie nicht? Dann schicken wir Ihnen

Sozialismus Probehefte

Legen Sie diesen Abschnitt aufs Fax **(040/250 10 11)** oder schicken ihn an:

Redaktion Sozialismus
Klaus-Groth-Str. 33e
20535 Hamburg

Vor-/Nachname

Straße/Haus-Nr.

Plz/Ort

me des gesamten Unternehmens ist so klein, daß ihn selbst der Verfassungsschutz verschlafen wird.

Schon sind neue Vorschläge von seiten der Unternehmer auf dem Tisch. Sei es die Senkung der Lohnnebenkosten, die Streichung von Urlaubstagen, die Forderung nach unbezahlten Überstunden, die Rücknahme aller Vergünstigungen...

Auch hier gilt unsere Devise: Kein Rückfall in alte Klassenkampfparolen, kein Rückfall in altes, antiquiertes Frontdenken. Nur solange es noch ein Unternehmerrisiko gibt, gibt es den Unternehmer. Riskieren wir alles, das Unternehmen nix, werden wir die Unternehmer in eine Sinn- und Lebenskrise stürzen, von der sie sich nicht erholen werden. Galt es früher einmal, das Herz der Bestie anzugreifen, gilt es heute, den Unternehmen, die Seele, das besagte Risiko, zu rauben.

Ohne Zweifel haben die Gewerkschaften einen wesentlichen Anteil daran, daß diese alten künstlichen Gegensätze überwunden wurden. Und doch zögern die Gewerkschaften immer wieder vor dem letzten Schritt. Was sollen heute noch Tarifauseinandersetzungen, das telegene Ablichten übernächtigter Gewerkschaftsfunktionäre, das zur Schau getragene Ringen um Forderungen, das ergebnislose Vertagen, das Schlichten, das Verkünden der Kompromißformel. Meinen die Gewerkschaften denn wirklich, sie müßten uns noch irgendwelche Hoffnungen machen?

Chor:
Proletarier aller Bundesländer,
zerreißt Eure Gold-Fesseln
und macht Euch frei
Wir sind ein Volk von Millionen
wir sind nicht allein*

Deshalb: Schluß mit den alten Zöpfen. Machen wir uns frei und nichts vor: Es gibt sie noch, Kolleginnen und Kollegen, die an der Basis kämpfen, alles für bare Münze nehmen und allen Ernstes glauben, hier prallen Arbeit und Kapital im harten Widerstreit aufeinander. Das hinterläßt Enttäuschungen, das produziert Frustrationen, die wiederum die Arbeitsleistung beeinträchtigen, was wiederum den Unternehmensgewinn schmälert, was letztendlich wieder zum Risiko wird.

Deshalb: raus aus dem 1. Mai, rein in die Risikogesellschaft.

Sparen wir mit, wo's nur geht. Ersparen wir uns die Gewerkschaften. Verwandeln wir das Gewerkschaftsvermögen in ein joint-adventure-Unternehmen: Wir bringen die Arbeitsplätze ein und die Unternehmer schaffen den Profit raus. Und denkt an Eure Kinder. Kauft gleich einen Arbeitsplatz für sie mit.

Chor:
Proletarier aller Bundesländer,
reiht Euch ein
Wir sind ein Volk
von Unternehmern
Wir sind soweit*

„...denkt an Eure Kinder. Kauft gleich einen Arbeitsplatz für sie mit."

Daß es auch ohne Gewerkschaften geht, beweist eine Initiative ganz unten: „Aktionsbündnis Sommerzeit". Unter dem bahnbrechenden Motto: „Eine Stunde für Deutschland" schlägt sie vor, die Umstellung der Sommerzeit in die Arbeitszeit zu verlegen. Wir würden dann eine Stunde unbezahlt länger arbeiten und die Unternehmer 1,6 Millionen DM mehr Gewinn machen, was ihnen gut täte und damit ja auch uns. (**)

Chor:
Proletarier aller Bundesländer,
vereinigt Euch
Wenn unser starker Arm es will
stehen alle Uhren still

** aktualisierte Fassung von Ton, Steine, Scherben „Keine Macht für Niemand"*

*** Wie ZAK in seiner Sendung vom 31.3.1996 richtig stellt, handelt es sich bei dieser Initiative um eine freie Erfindung. Wahr hingegen ist die überwältigend positive Reaktion auf diese Satire. Wahr ist auch, daß in der neuesten Umfrage zwei Drittel der Befragten bereit sind, Lohneinbußen und die Streichung von Urlaubstagen in Kauf zu nehmen, wenn sie damit ihren Arbeitsplatz sichern könnten. Wahr ist demzufolge allemal, daß bereits die Wirklichkeit ein schlechter Witz ist und daß es unter diesen ernsten Umständen jede Satire schwer hat, als solche überhaupt noch erkannt zu werden.*

BORIS KANZLEITER

Interkontinental gegen Neoliberal?!

Im Januar dieses Jahres warteten die Zapatistas aus dem Lakandonen-Urwald mit einer Überraschung auf. In ihrer Neujahrserklärung zum zweiten Jahrestag des indianischen Aufstandes im Süden Mexikos riefen sie für den 27. Juli bis zum 3. August zu einer Woche der internationalen Begegnung und Diskussion in La Realidad, einem Dorf mitten in den zapatistischen Aufstandsgebieten im Dschungel an der Grenze zu Guatemala auf. Der Titel des Treffens, zu dem VertreterInnen sozialer, kultureller und politischer Widerstandsbewegungen weltweit eingeladen sind, lautet: „Interkontinentales Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus". Zur Vorbereitung sollen Kontinentale Vorbereitungstreffen stattfinden, das europäische vom 30. Mai bis 2. Juni in Berlin.

In Berlin haben sich für Ende Mai bereits hunderte Menschen aus ganz Europa angekündigt, von Veteranen der Spanischen Revolution aus Barcelona bis zu Vertretern unabhäniger Gewerkschaften aus Osteuropa, von Frauen und Lesben Zusammenhängen bis zu StudentInnen, die sich gegen den Kürzungswahn an den Unis wehren. Über den letztendlichen Rahmen des Treffens, den konkreten Ablauf und die teilnehmenden Gruppen kann noch nichts genaues berichtet werden, da die Vorbereitungen noch in vollem Gang sind, aber zumindest ist die inhaltliche Ausrichtung der Zusammenkunft auf einem europäischen Vorbereitungstreffen an Ostern abgesteckt worden.

Dabei wurde übereingestimmt, daß das Treffen *nicht* zu einem Solidaritätskongreß mit den Zapatistas werden soll, obwohl es das *auch* sein wird. Es geht nicht um einen neuen Aufguß einseitigem Solidaritätsverständnisses, das in der Vergangenheit oft aus Widerstandsbewegungen in Lateinamerika, wie beispielsweise den Sandinstas aus Nicaragua, Ersatzobjekte für eigene unerfüllte Revolutionswünsche in Europa gemacht hat. Wir wollen vielmehr hauptsächlich über *unsere* Realität und *unseren* Widerstand hier in Europa gegen die sich stetig verschärfenden Angriffe auf soziale Errungenschaften sowie politische und kulturelle Freiräume diskutieren.

Eine wichtige Frage wird sicher sein, was „Neoliberalismus" eigentlich bedeutet. Ist dies ein Begriff aus der lateinamerikanischen Diskussion, der auf unsere Realität gar nicht sinnvoll angewandt werden kann, oder lassen sich Parallelen der Entwicklung in Lateinamerika und Europa oder gar weltweit finden? Was hat die Europäische Union (EU) mit der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) gemein? Sind Privatisierungen, Einsparungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, steigende Lebenshaltungskosten und die gesellschaftliche Ausgrenzung immer größer werdender Teile der Bevölkerung aus dem Wohlstandsmodell Auswirkungen einer weltweit verfolgten Politik der Herrschenden, die man unter dem Begriff „Neoliberalismus" zusammenfassen kann? Zumindest eines kann hier bereits beantwortet werden: Die Zapatistas verwenden zwar den Begriff „Neoliberalismus" im Aufruf für das Treffen, sie haben aber auch klargestellt, daß dieser Begriff zu hinterfragen ist und nicht unbedingt zum Dreh- und Angelpunkt der Diskussionen werden muß.

In ihrer räumlichen Isolation, belagert von 60.000 Soldaten, Panzern und ständigen Überflügen der Luftwaffe, sind die Zapatistas darauf angewiesen, daß Menschen mit offenen Sinnen und eigenen Ideen in den Dschungel kommen. Wer überhaupt nicht gefragt sind, das sind Gruppen, die schon alles im vorhinein „wissen" und darauf bestehen, immer im Recht zu sein. Ein gleichberechtigter Dialog ist nur mit Gesprächspartnern möglich, die sich auch darauf einlassen und andere Meinungen respektieren und stehenlassen können, ohne sie abzuqualifizieren.

Kurz zusammengefaßt geht also um drei Achsen, die dem Treffen in Berlin seinen eigenen Sinn geben:

1. Die inhaltliche Diskussion über unsere eigene Probleme, die nach der bereits seit Jahren andauernden Lähmnung des sozialen, politischen und kulturellen Widerstandes gegen die Neue Weltordnung der Herrschenden längst überfällig ist. Diese Diskussion soll unter den Gesichtspunkten der Analayse, des Widerstandes, der Perspektiven und der Nutzbarmachung des zapatistischen Politikverständnisses für uns geführt werden.

2. Der gleichberechtigte Dialog mit den Zapatistas und den anderen TeilnehmerInnen des Interkontinentalen Treffens in Chiapas, der die Diskussionen unter Punkt 1 voraussetzt und von dem alle Seiten nur profitieren können.

3. Den politischen und physischen Schutz, den wir mit unserem Treffen und unserer Anwesenheit in Chiapas für die Zapatistas und ihren Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie bieten.

In Berlin haben sich bisher Arbeitsgruppen mit folgenden Schwerpunkten für das Kontinentale Treffen angemeldet: „Autonomie und Demokratie", „politische Gefangene weitweit", „Neues Verständnis der Solidaritätsarbeit", „Frauenmigration", „Klassenkampf in Europa am Beispiel des Massenstreiks in Frankreich", „Menschenbild in der Gentechnik", „Kaffeekampagne – Welthandel", „Politisierung der Subsistenz", „Was heißt Neoliberalismus?", „Bruchsteine für Perspektiven", „Politikverständnis der Zapatistas" (mit Antonio García de Leon, Mitglied der FZLN aus Mexiko), „Koordinierung der Volksbewegungen in Lateinamerika" (mit Maria Rojas aus Cuba), „Tschechien" (mit Barbara Übel).

Das Treffen wird begleitet werden von Konzerten und einem Kulturprogramm sowie einem Umzug oder einer Demonstration (in Berlin findet an diesem Wochenende auch der NATO-Gipfel statt). Vieles ist noch unklar, aber die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren und die Beteiligung und das Interesse nimmt ständig zu. Die Vorbereitungsgruppe ist auf die solidarische Mitarbeit aller angewiesen, denen die Idee des Treffens am Herzen liegt. Inhaltliche Beteiligung, Beiträge für das Kulturprogramm und nicht zuletzt Spenden sind herzlich willkommen und machen das Treffen erst möglich. Letztlich wird die Bereitschaft der TeilnehmerInnen darüber entscheiden, ob das „1. Kontinentale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" gelingt oder nicht. ●

Kontakt: Solidaridad Directa und Mexiko Gruppe im FDCL, Gneisenaustaße. 2a, 10961 Berlin, Tel: 030 / 694 61 01, Fax: 030 / 692 65 90

CHRISTOPH GÖRG

Globale Pläne – lokale Rechte

Konferenz der FAO in Leipzig

Vom 17. bis 23. Juni 1996 findet in Leipzig die 4. Internationale Technische Konferenz der FAO (4. ITK-FAO), der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, statt. Das Ziel dieser Konferenz ist es, einerseits einen Weltaktionsplan zur Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen zu verabschieden. Andererseits sollen Regelungen überarbeitet werden, die den Zugang und die Gewinnverteilung aus der Nutzung eben dieser Ressourcen betreffen. Vor allem die sog. „intellektuellen Eigentumsrechte" bergen dabei erheblichen Zündstoff für Konflikte, an denen die Verschränkung ökologischer und politisch-ökonomischer Probleme deutlich wird.

Zwar sind die politischen Erwartungen an große Weltkonferenzen nach Rio, Kairo und Peking merklich abgekühlt (vgl. *links* Nr. 289). Doch auch ohne großen Optimismus gibt es genügend Anlaß, sich mit diesen Versuchen einer Regulierung globaler Probleme zu beschäftigen. Im Gegensatz zum „Klimagipfel", der im letzten Jahr in Berlin stattfand, ist es bislang jedoch um diese Tagung in der Öffentlichkeit relativ ruhig geblieben. Dies mag mit dem langweiligen und schwerfälligen Titel zusammenhängen, der den technischen Charakter der Konferenzsprache scheinbar schon warnend erwähnt. Dabei verbergen sich hinter dem trockenem Terminus „ITK" durchaus brisante Probleme. Nicht nur sind die technischen Konferenzen die wichtigsten Entscheidungsebenen der FAO, auf denen die Vertreter der jeweiligen Mitgliedsländer den Kurs dieser nicht durch besonders demokratische Strukturen geprägten Organisation bestimmen. Dies ist um so mehr notwendig geworden, als die dritte und bislang letzte ITK schon im Jahr 1981 stattfand. Zwischenzeitlich ist aber einiges passiert, das eine solche Korrektur nicht nur erforderlich sondern auch um so schwerer macht.

Das fing schon auf dieser 3. ITK selbst an, als Vertreter der „Entwicklungsländer", vor allem aus der „Gruppe 77", die ungebührliche Forderung erhoben, sie möchten doch bitteschön nicht einseitig die Zahlenden im internationalen Saatgutverkehr sein. Anlaß für diese Forderung waren ökonomische und technische Entwicklungen, die mit der weltweiten Verteilung an pflanzengenetischen Ressourcen kollidieren. Unter pflanzengenetischen Ressourcen versteht man genetisches Material von einem tatsächlichen oder auch nur potentiellen, d.h. später vielleicht nutzbar zu machendem Wert. In Gestalt der Vielfalt traditionaler Sorten sind sie im Nutzpflanzenbereich, und darum geht es in Leipzig, das Ausgangsmaterial und damit die Grundlage von traditioneller und moderner Pflanzenzüchtung. Seit den 30er Jahren ist bekannt, daß diese Grundlagen höchst ungleich in der Welt verteilt sind. Von besonderer Bedeutung sind hier die sogenannten Vavilovschen Zentren, jene von dem sowjetischen Pflanzengenetiker N. I. Vavilov entdeckten und nach ihm benannten Gebiete mit der höchsten Vielfalt an alten Sorten und ihren wilden Verwandten. Und diese Gebiete, die lange Zeit auch als die der urspünglichen Kultivierung unserer Nutzpflanzen angesehen wurden, liegen ausschließlich in den Ländern des Südens (vgl. die Karte).

Schon seit der Jahrhundertwende wurde in ausgedehnten Sammelexpeditionen versucht, Verfügung und Kontrolle über diese Ressourcen zu erhalten und zu diesem Zweck Saatgutbanken und Forschungsinstitute gegründet. Bezogen auf Deutschland hat Michael Flitner die späte Weimarer- und die NS-Zeit als Zeit der „ursprünglichen Akkumulation genetischer Ressourcen" bezeichnet. Mit der sogenannten „Grünen Revolution", jenem in den 60er Jahren gestartetem Versuch, mit Hilfe von Hochertrags-Sorten die Ernährungsgrundlage in den Ländern des Südens angeblich verbessern zu wollen, verschärfte sich die Frage nach der Verfügung über pflanzengenetische Ressourcen. Denn neben vielen desaströsen sozialen Folgen führte die „Grüne Revolution" auch zu einer „Generosion" im Nutzpflanzenbereich. Nichtangepaßte Monokulturen verdrängten die traditionelle Vielfalt an angebauten Sorten, waren aber selbst auf Nachschub an genetischen Ressourcen angewiesen. Dies hängt zum einen mit der Anfälligkeit dieser Sorten für Krankheiten zusammen, zum anderen mit der Technik der Hybridzüchtung. Hybride sind künstlich gekreuzte Sorten, die nur bei der ersten Aussaat höhere Erträge bringen, beim wiederholten Anbau dagegen starken Leistungsabfall zeigen. Die Verwendung von Hybriden hat damit den doppelten Effekt, Bauern und Bäuerinnen von kommerziellen Züchtern abhängig zu machen, die aber wiederum für ihre Züchtung von dem Zugang zu neuem Material, zu genetischen Ressourcen anhängig sind.

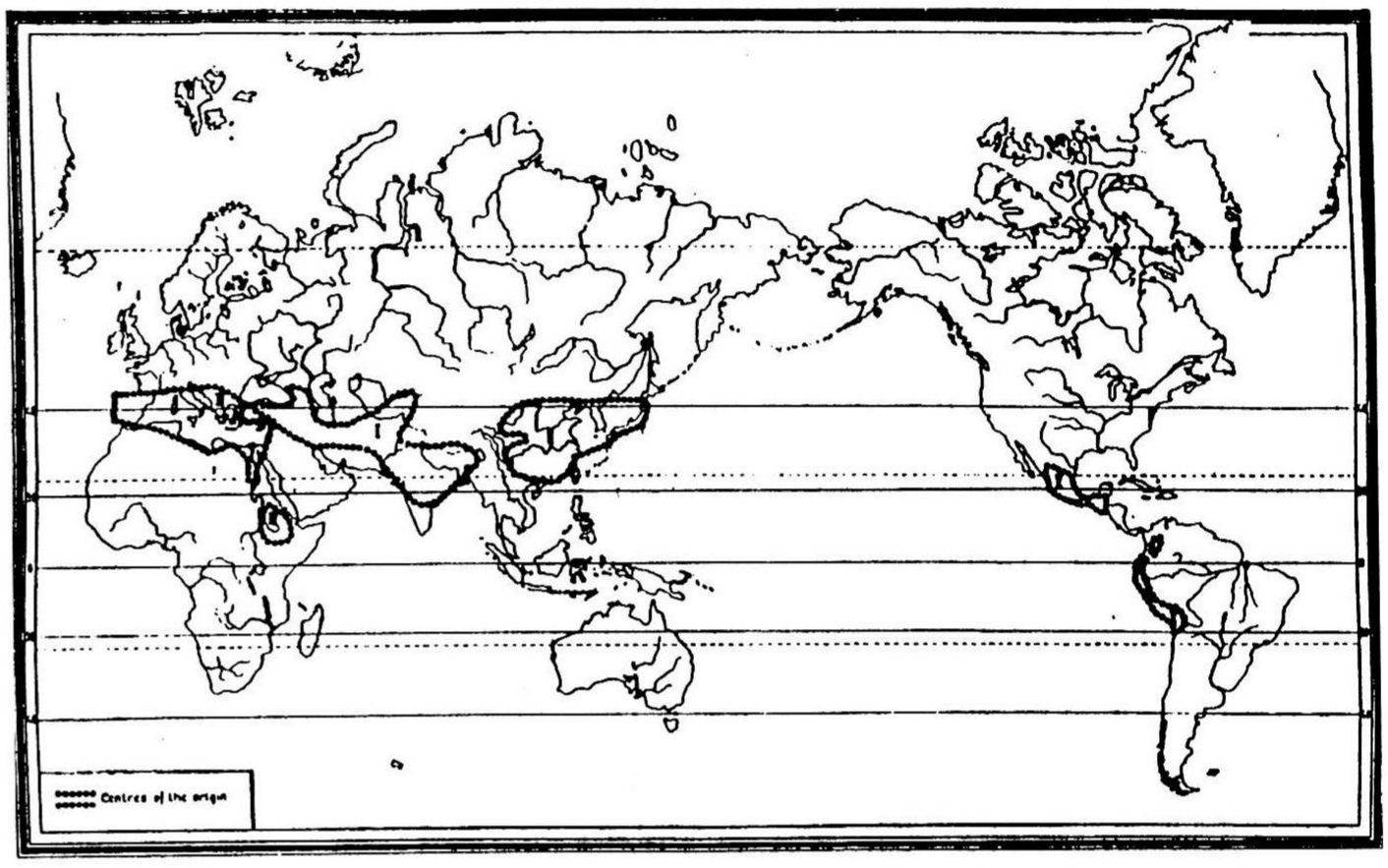
Aus dieser gegenläufigen Tendenz resultieren die Konflikte, die auf der 3. ITK dann aufbrachen, und die sogar als „Seed Wars" bezeichnet wurden, als Saatgutkriege (in Analogie zu Ronald Reagans „Star Wars"). Denn das kommerziell gezüchtete Saatgut sollte von den Bauern und Bäuerinnen für teures Geld gekauft werden, während der Zugang zu den traditionellen Sorten, eingelagert in einem weltweiten System an Gen- und Saatgutbanken, kostenlos blieb. Anders ausgedrückt: Die traditionelle Kultivierung von Nutzpflanzen wurde nicht entlohnt, während die moderne industrialisierte Zerstörung der biologischen Vielfalt im Nutzpflanzenbereich hohen Gewinn abwarf. Um hier wenigstens den Versuch einer gerechten Gewinnverteilung zu machen, wurde im Rahmen der FAO 1989 das Konzept der „Farmer's Right's" verabschiedet. Dieses Konzept erkennt die Rechte der Bauern und Bäuerinnen an der Erhaltung und Nutzbarmachung von pflanzengenetischen Resourcen an, wenn auch nur in Form eines treuhänderisch verwalteten Fonds (der bislang weitgehend leer geblieben ist).

Doch selbst dieser kleine Erfolg für die Farmer des Südens droht durch zwei andere Entwicklungen zunichte gemacht zu werden. Komplikation ergeben sich zum einen aus den Bestimmungen der „Konvention über die biologische Vielfalt", jener auf der UNCED-Konferenz in Rio 1992 unterzeichneten Rahmenvereinbarung. Pflanzengenetische Ressourcen fallen als Teil der biologischen Vielfalt auch unter die Bestimmungen dieser Konvention, die neben dem Ziel des Schutzes der biologischen Vielfalt auch Regelungen zur nachhaltigen Nutzung und zur Gewinnverteilung aus dieser Nutzung enthält. In diesem Kontext führt dies zu zwei Ungereimtheiten: Beruhte das im Rahmen der FAO entwickelte System im Umgang mit pflanzengenetischen Ressourcen noch auf den Prinzipien des „gemeinsamen Erbes der

Menschheit“ und des „freien Zugangs“ zu den genetischen Ressourcen, dann wurde mit der Konvention über die biologische Vielfalt die nationale Souveränität der Staaten über die auf ihrem Territorium befindlichen natürlichen Ressourcen anerkannt. In der Praxis wird dies bedeuten, daß die Maßnahmen zur Ausbeutung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen, und daß heißt hier: der Vielfalt an pflanzengenetischen Ressoucen, den Strategien der Nationalstaaten in der internationalen Konkurrenz untergeordnet werden. Damit wird aber auch die Chance, zu einer internationalen Kompensationslösung à la „Farmer's Right's“ zu kommen, durch die Tendenz erschwert, daß Staaten ihre nationalen Wettbewerbsvorteile auszunützen versuchen.

Außerdem blieben in der Konvention über die biologische Vielfalt wichige Elemente des FAO-Systems ausgeklammert. So wurden weder die „Farmer's Right's“ in den Konventionstext aufgenommen, sondern als noch zu klärendes Problem auf den Folgeprozeß verschoben. Noch wurde in der Konvention geklärt, was mit den Sammlungen geschehen soll, die vor dem Inkrafttreten der Konvention angelegt wurden und die vor allem von den internationalen Agrarforschungszentren verwaltet werden. Diese Sammlungen beruhten bisher auf dem Prinzip des „freien Zugangs“, auch wenn sie praktisch allein den kommerziellen Züchtern von Nutzen waren. Doch für die Zukunft wird auch hier eine verstärkte Kommerzialisierung bis hin zur Patentierung dieses Materials befürchtet. Deshalb ist die in Leipzig auf der Tagesordnung stehende Klärung so wichtig: mit der notwendig gewordenen Anpassung der zwei nicht deckungsgleichen Vertragswerke steht die rechtliche Regelung der Gewinnverteilung in einem weltweiten System zur Diskussion. Diese Klärung, sollte sie denn erfolgen, müsste dann im Herbst auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zur biologischen Vielfalt entsprechend vorgenommen werden.

Eine weitere Entwicklung macht die Sache noch komplizierter. Zwischenzeitlich wird mit dem GATT/WTO-Vertrag die Verpflichtung zum Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS), sprich die Verabschiedung von Patent- oder vergleichbaren Gesetzen von allen Staaten gefordert. Vergleichbare Gesetze sind zunächst und vor allem das internationale Sortenschutzabkommen (UPOV). Das entsprechende bundesdeutsche Gesetzeswerk wird allerdings von Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und alternativen Züchtern schon heute aufgrund seiner ökologischen und ökonomischen Auswirkungen kritisiert. Noch weitergehender sind allerdings die Befürchtungen im Hinblick auf das Patentrecht. Neben prinzipiellen ethischen Bedenken („Kein Patent auf Leben“) werden hier ebenfalls gravierende ökonomische Benachteiligungen befürchtet und insbeondere im Zusammenhang mit der Pflanzenzüchtung auf gentechnischer Grundlage vor einer neuen Stufe der Naturbeherrschung wie einer völlig veränderten Struktur der Nahrungsmittelproduktion im Weltmaßstab gewarnt.



„Von besonderer Bedeutung sind die sogenannten Vavilovschen Zentren...“

Für Leipzig wird von internationalen NRO's als defensive Strategie der Schutz der Rechte der lokalen Bevölkerung und der unterschiedlichen Wissensysteme und Nutzungsformen vor den Zumutungen des Patentrechts gefordert (Community Right's). Damit soll ähnlich wie im Konzept der Farmer's Right's eine Gewinnbeteiligung der lokalen Bevölkerung an den von ihnen nutzbar gemachten Ressourcen erreicht werden. Gleichzeitig sollen diese Rechte auch einen Schutz dieser nicht-industrialisierten landwirtschaftlichen Produktionsweisen ermöglichen und darüber auch zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt beitragen. Ökologische und ökonomisch-soziale Dimensionen sind hier eng miteinander verzahnt. In Anlehnung an den Schutz der biologischen Vielfalt in seinen natürlichen Lebensräumen (in-situ-Schutz) wird, weil es sich hier um domestizierte Nutzpflanzen handelt, hier nämlich auch von „on-farm-Erhaltung“ gesprochen. Erhaltung der bedrohten Vielfalt an Sorten ist nach Ansicht vieler kritischer Beobachter nur über die Erhaltung dieser nicht-kapitalistischen Formen der Aneignung der Natur zu erreichen.

Ob diese Forderung allerdings Aussicht auf Erfolg hat muß fraglich bleiben. Dagegen stehen die Interessen der agrochemischen Industrie und der privaten Saatgutzüchter, die auf die völlige Durchdringung der Welt mit westlichem Eigentums- und Rechtssystemen pochen. Dagegen stehen teilweise auch die Interessen von Nationalstaaten, die auf die gewinnbringende Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen für den Weltmarkt und nicht auf subsistenzförmige oder ökonomisch wenig profitable Anbaumethoden ausgerichtet sind. Dafür spricht eher wenig. Die ökologische Problematik wird gerade auch in der Bundesrepublik noch allzusehr auf die abstrakte Vielfalt in der unberührten Natur reduziert und dabei verkannt, daß es um Formen der gesellschaftlichen Aneignung der Natur und um die Gestaltung dieser Naturverhältnisse geht. Zudem ist noch völlig unklar, ob die regelungsbedürftigen Probleme im Vorbereitungsprozeß überhaupt geklärt werden können. Von Seiten nationaler wie internationaler Nichtregierungsorganisationen soll in einer der Konferenz unmittelbar vorausgehenden Tagung auf die Probleme und die Verantwortung der Konferenz hingewiesen werden. Aber auch ein „Weltaktionsplan zum Schutz pflanzengenetischer Ressourcen“, wie er in Leipzig verabschiedet werden soll, kann isoliert betrachtet wenig ausrichten und kann zur Verschleierung der Probleme beitragen. Mit der ungehemmten Durchsetzung kapitalistischer Prinzipien im Agrarbereich droht auch dort die Reduktion aller Verhältnisse auf ihre Eigenschaft als Verwertungsbedingung des Kapitals. Auch wenn diese Entwicklung hierzulande immer mehr als „Standortangepaßtheit“ im Weltmarkt bezeichnet wird, dann ist diese Anpassung nur noch eine Karikatur ihrer urspünglich ökologischen Bedeutung – und trotzdem wird sie von allen Seiten wie ein Naturgesetz akzeptiert. ●

Informationen zur NRO-Tagung: BUKO-Agrarkoordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040 / 39 25 26, Fax: 040 / 39 07 520.

Literatur zum Thema:

Flitner, Michael: Sammler, Räuber und Gelehrte. Die politischen Interessen an pflanzengenetischen Ressourcen 1895-1995, Frankfurt/M.; New York 1995.

Mooney, Pat / Fowler, Cary: Die Saat des Hungers, Reinbek bei Hamburg 1991.

Spangenberg, Joachim: Das Grüne Gold der Gene, Wuppertal 1992.

THOMAS SABLOWSKI

Wo bleiben die roten Tomaten?

Italien nach den Wahlen

Grün, schwarz oder braun sind die Oliven. In Italien soll nun der „Olivenbaum" regieren. *FAZ, FR* und *taz* hatten bereits terminologische Schwierigkeiten: Handelt es sich um ein „Linksbündnis", ein „Mitte-Links-Bündnis" oder ein „sozialdemokratisches Bündnis"?

Ein Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte – von Kommunisten, Sozialdemokraten und Grünen bis zu Liberalen und linken Christdemokraten – war notwendig, um die neu-alte Rechte zu stoppen. Berlusconis *Forza Italia* ist zwar annähernd stabil geblieben und Finis *Alleanza Nazionale* (AN) hat noch zugelegt, aber für die Mehrheit der Mandate hat es diesmal nicht gereicht. Und dies, obwohl im vergangenen Jahr nochmals ein Teil der Christdemokraten um den Philosoph Rocco Buttiglione, ehemals Vordenker der fundamentalistisch-katholischen Bewegung *Comunione e liberazione*, in Berlusconis Lager übergewechselt ist. Nicht einmal zusammen mit der *Lega Nord*, die diesmal getrennt antrat, hätte die Rechte eine Mehrheit im Parlament. Der designierte Ministerpräsident Prodi kann sich – unter Einschluß des gestärkten *Partito della Rifondazione Comunista* (PRC) – auf eine absolute Mehrheit in beiden Kammern stützen.

Die ausgeprägten regionalen Differenzen zeigen sich auch in dem Wahlergebnis. Bossis *Lega* konnte im Norden zulegen und ist dort zum Teil stärkste Partei. Sie hat ihre Hochburgen nach wie vor besonders in der industrialisierten Peripherie des Nordens (Veneto, nördliche und östliche Lombardei), ist in den eigentlichen metropolitanen Zonen (Mailand, Turin) aber relativ schwach. Sie repräsentiert in erster Linie die Gesellschaft der von der „weißen", katholischen Subkultur geprägten Gebiete der „gestreuten Ökonomie" mit dem Kleinunternehmertum als beherrschender sozialer Kraft. Dafür spricht neben dem teils föderalistisch, teils sezessionistisch orientierten und rassistisch gefärbten Regionalismus und Wohlstandschauvinismus auch der ausgeprägte Familialismus und die besondere Berücksichtigung der Interessen der Kleinunternehmer im Programm der *Lega*. Mailand dagegen, das mehr von den modernen Dienstleistungen und der immateriellen Produktion geprägt wird, ist immer noch die Hochburg der *Forza Italia*. In Turin, dem Zentrum des italienischen Fordismus und Operaismus, ist die Linke vergleichsweise stark, der PRC hat hier seine besten Ergebnisse. Die Linke dominiert nach wie vor im „roten Gürtel" Mittelitaliens, während die Rechte im Mezzogiorno und insbesondere in seinen urbanisierten Zonen sehr stark ist.

Für die Ex-Kommunisten des *Partito democratico della sinistra* (PDS) wird ein seit Jahrzehnten gehegter Traum wahr: Ihr Eintritt in die Regierung. Bedenkt man, daß die Kommunisten von der Regierung ausgeschlossen waren und nie wesentlich mehr als ein Drittel der Wähler hinter sich vereinigen konnten, so scheint dies ein beachtlicher Erfolg zu sein. War die Verabschiedung des kommunistischen Erbes Ende der 80er Jahre also doch die richtige Strategie, um die festgefahrenen politischen Verhältnisse in Italien zum Tanzen zu bringen? Sicherlich hat die Linke die richtige Taktik gewählt, um moderat-konservative Wähler auf ihre Seite zu ziehen. Unter diesem Gesichtspunkt war der Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten, das normalerweise dem PDS als der stärksten Partei des Mitte-Links-Bündnisses zustehen würde, ebenso wichtig wie die Entscheidung des PRC, eine Regierung Prodi zwar mitzuwählen, aber nicht selbst die Teilnahme an der Regierung anzustreben.

Vor allem aber profitierte die Linke von den Schwächen ihres Gegners. 1994 repräsentierte Berlusconi das Neue, dieser Vorteil hat sich nun verbraucht. Seine damaligen Wahlversprechen sind wie Seifenblasen geplatzt. Berlusconis offensichtliche Unfähigkeit, seine privaten von den staatlichen Interessen zu trennen, mußte auch das Bürgertum beunruhigen. Die undemokratische Struktur von Berlusconis Wahlverein *Forza Italia* und seine Attacken gegen die Justiz und die Unabhängkeit der Medien mußten ebenso Mißtrauen hervorrufen wie der vorgebliche Abschied der AN vom Faschismus. Deren Chef Fini hat erfolgreich Kreide gefressen, aber seine Gefolgsleute verraten sich bei jedem Satz, den sie sagen. All dies hat dazu beigetragen, gemäßigte Konservative mit der Linken zusammenzuführen und das Schreckgespenst einer faschistischen Telekratie zu verjagen.

Aber was kann die Linke nun mit ihrer neugewonnenen Koalitionsmacht ausrichten? Um vom Bürgertum als regierungsfähig anerkannt zu werden, mußte sich der PDS bis zur Unkenntlichkeit verbiegen. Die Suche nach einem „dritten Weg" jenseits von Stalinismus und Sozialdemokratie ist passé. Heute orientiert sich der PDS an der amerikanischen Demokratischen Partei oder an der deutschen Sozialdemokratie – tragischerweise in dem Moment, in dem die Sozialdemokratie selbst in ihrer tiefsten Krise steckt. PDS-Sekretär Massimo D'Alema will aus Italien ein „normales Land" machen. Die deutsche, italophile Linke mag dies bedauern, schätzte sie an Italien doch gerade einige Aspekte, die anders als hier waren. Allerdings ist „Normalität" in einem Land, in dem Bürger jahrelang auf ihren Rentenbescheid warten müssen und viele Haushalte im Süden immer noch kein fließendes Trinkwasser haben, ein nachvollziehbares politisches Ziel. Eine nachhaltige Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen wäre schon eine kleine Revolution, aber es sind Zweifel angebracht, ob dies unter den gegebenen Bedingungen erreichbar ist.

Die vor der Wahl verkündeten Programme der verschiedenen Gruppierungen sind so unterschiedlich nicht. Auf der programmatischen Ebene herrscht mittlerweile ein neoliberaler Grundkonsens, aus dem nur noch die Kommunisten des PRC herausfallen. Letzterer kann als einzige relevante Partei beanspruchen, ein linkes Reformprogramm zu vertreten, das diesen Namen auch verdient. Dabei fordert die Partei teilweise nur die Wiederherstellung bestimmter Verhältnisse, die bis vor wenigen Jahren noch selbstverständlich waren, z.B. die Rückkehr zum Verhältniswahlrecht und zur gleitenden Lohnskala (Inflationsindexierung). Kommunales Wahlrecht für Immigranten, Straffreiheit für geringfügige Vergehen, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Beschäftigungsprogramme, Anhebung der Vermögens- und Kapitalertragssteuern, Besteuerung von Kapitalexporten, steuerliche Entlastung der abhängig Beschäftigten: All dies sind sinnvolle, nicht gerade revolutionäre Forderungen, dennoch stehen die Kommunisten damit auf verlorenem Posten. Sie werden kaum die Möglichkeit haben, Druck auf die Regierung Prodi, zu deren Tolerierung sie sich entschlossen haben, auszuüben. Die anderen Parteien des Mitte-Links-Bündnisses haben bereits an-

gekündigt, im Zweifelsfall eine Übereinkunft mit der Rechten und der Lega zu suchen.

Das Programm des „Olivenbaums" ist äußerst verschwommen und widersprüchlich. Die Befugnisse des Staatsoberhaupts und des Premierministers sollern erweitert, gleichzeitig aber soll die „Zentralität des Parlaments" beibehalten werden. Umstritten ist, ob eine Präsidialverfassung nach französischem Vorbild oder ein Kanzlermodell mit konstruktivem Mißtrauensvotum nach deutschem Vorbild eingeführt werden und welche Kompetenzen das Staatsoberhaupt haben soll. Unklar ist auch, ob ein Kompromiß mit der Rechten gesucht werden oder ob die Verfassungsreformen gegen deren Opposition durchgesetzt werden soll. Wie auch immer, in der ganzen Debatte um die Verfassungsreform steht der Topos der „Regierbarkeit" und nicht der der „Demokratisierung" im Vordergrund.

Alle Parteien propagieren mittlerweile eine föderalistische Staatsform, was auf den Druck der *Lega* zurückzuführen ist. An sich ist gegen die Dezentralisierung nichts einzuwenden, allerdings steckt hier der Teufel im Detail. Unter den gegebenen Verhältnissen wird der Föderalismus wahrscheinlich ein Vehikel, um sich von der überregionalen Solidarität mit dem Süden und dem Ziel der Herstellung gleicher Lebensbedingungen zu verabschieden. Die *Lega* will, daß die im Norden produzierten Ressourcen allein dem Norden zugute kommen. Und die Mitte-Links-Parteien werden ihr eher entgegenkommen als den Forderungen der Kommunisten, da letztere sich im Gegensatz zur Föderalisierung nicht mit den monetaristischen Budgetrestriktionen vereinbaren lassen, die den allgemeinen Rahmen der Politik der Mitte-Links-Regierung bilden werden. Liegt die Steuerhoheit erst einmal bei den Regionen, so sind Transferzahlungen an schwächere Regionen viel leichter einzuschränken.

Das Mitte-Links-Bündnis strebt eine umfassende Privatisierung staatlicher Betriebe an. Gleichzeitig sollen aber die fundamentalen öffentlichen Dienstleistungen erhalten bleiben. Welche dazu im Einzelnen zählen, läßt das Programm offen. Umstritten ist vor allem die Privatisierung des Energie- und des Telekommunikationssektors.

Das Programm des „Olivenbaums" spricht sich für eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und der Arbeitszeiten aus, um die Senkung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Mit öffentlichen Mitteln sollen Arbeitsplätze im Bereich der Landschaftspflege und des Umweltschutzes geschaffen werden. Die Energiepolitik soll auf Energieeinsparungen und erneuerbare Energiequellen ausgerichtet werden. Die Unternehmen sollen mit dem Wegfall bürokratischer Hemmnisse und Regeln, mit Kredit- und Steuererleichterungen beschenkt werden. Wie sich die Erhöhung der Familienbeihilfen, die Abschaffung zahlreicher Steuern und die Senkung des Steuerdrucks mit dem gleichfalls angestrebten Abbau der Staatsschuld vereinbaren lassen, bleibt ein Geheimnis. Jedenfalls hat Prodi angekündigt, daß die möglichst schnelle Rückführung der Lira in das Europäische Währungssystem sein vordringliches Ziel ist.

Bei der Konkretisierung des Programms des Mitte-Links-Bündnisses werden noch viele Konflikte aufbrechen. Neoliberal orientierte Banker, Ökonomen und Sanierer wie Prodi, Dini oder Ciampi, die auf einen schlanken, aber starken Staat setzen, werden in der kommenden Regierung eine zentrale Rolle spielen. Marco Revelli hat diese Kräfte jüngst zutreffend als „technokratische Rechte" – im Gegensatz zu der „populistischen Rechten" um Berlusconi und Fini, aber auch Bossi – bezeichnet. Ihre Vorstellungen lassen sich mit denen der Kommunisten bzw. mit einer Politik im Interesse der Lohnabhängigen und Subalternen kaum vereinbaren. Der PDS kann zusammen mit der technokratischen Rechten nur regieren, weil er bereit ist, sich dieser unterzuordnen – dabei folgt er in der Tat der europäischen Sozialdemokratie.

Die Differenzen zwischen der technokratischen Rechten und der populistischen Rechten entzünden sich zum einen an Fragen der Methode im Umgang mit den Lohnabhängigen und Subalternen. Die technokratische Rechte ist „politisch weicher" als die populistische Rechte. Sie stützt sich auf die moderate, sozial entwurzelte Linke und benutzt sie als Prothese. Dies heißt aber nicht, daß die technokratische Rechte „sozial weicher" ist als die populistische, im Gegenteil. Die Umgestaltung des Lohnverhältnisses ist jedoch nicht primär ein Problem der Methode. Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Senkung der Löhne führt in die Sackgasse. Das Reproduktionsniveau der Arbeitskraft läßt sich nicht ohne negative Rückwirkungen auf die Kapitalakkumulation senken. Umgekehrt geht es nicht bloß um die Einführung neuer Produkte des Massenkonsums, nachdem der Bedarf an Autos, Kühlschränken und Fernsehern gesättigt ist. Ein neues Akkumulationsregime setzt vielmehr voraus, daß der relative Mehrwert durchgreifend erhöht wird und zugleich die Konsumnorm der Lohnempfänger weiterentwickelt wird. Wie dies geschehen könnte, ist in Italien ebenso unklar wie andernorts.

Zum anderen stehen hinter den Differenzen zwischen der technokratischen und der populistischen Rechten Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie: Widersprüche zwischen dem hegemonialen Monopolkapital und dem Kleinunternehmen, zwischen dem produktiven und dem zinstragenden Kapital, zwischen weltmarkt- und binnenmarktorientiertem Kapital, zwischen einzelnen Industrie- und Finanzgruppen. Daraus ergeben sich gegensätzliche Positionen und Interessen hinsichtlich der Bekämpfung der Inflation, der Teilnahme an der Europäischen Währungsunion, des Abbaus der Staatsverschuldung usw. Die Linke aber nimmt in diesem Spiel gegenwärtig eine subalterne Position ein. ●

SOLIDARITÄT ➡ mit den angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Göttingen

Am 5./6. Juli 1994 kam es in Göttingen nach über zweijähriger Ermittlung nach §129/129a (Unterstützung von, Werbung für oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) zu einer Großrazzia durch das Bundes- und Landeskriminalamt sowie den örtlichen Behörden.

Nach über einjährigem Presse- und Behörden-Hick-Hack entschied der Bundesgerichtshof am 6. August 1995 17 Antifaschistinnen und Antifaschisten den Prozeß nach §129 (kriminelle Vereinigung) vor der Staatsschutzkammer Lüneburg zu machen.

Alle 17 Angeklagten sollen von Mai 1996 bis April 1997 an zunächst 114 Verhandlungstagen vor Gericht stehen. Pro Woche sind 3 Verhandlungstage angesetzt. Der Antrag auf Verlegung dieses Mammutprozesses nach Göttingen wurde abgelehnt. Damit erhalten die angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten schon vor Ende des Prozesses ein Urteil: Arbeitslosigkeit, mindestens 114 Tage Freiheitsentzug und finanzieller Ruin.

Mit diesem Prozeß gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten soll bundesweit ein Exempel statuiert werden, welches für die repressive Stoßrichtung bundesdeutscher Innenpolitik einschneidende Bedeutung hat

Mit der Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) droht ein Präzedenzfall, der jede außerparlamentarische Arbeit, die sich nicht in das enge Korsett behördlicher und juristischer Reglementierung pressen läßt, von vorne herein – präventiv – zur kriminellen Tat erklärt.

Ein Schwerpunkt der Göttinger Antifa-Arbeit, die Bündnisarbeit, d.h. mit vielen antifaschistischen Kräften gegen den Neofaschismus in der Region mittels Demonstrationen vorzugehen sowie die Beteiligung am Aufbau einer bundesweiten antifaschistischen Organisation sollen unmöglich gemacht werden.

Angegriffen werden einige – gemeint sind viele!

Weg mit den §§ 129/129a!

Spendenkonto für Prozeßkosten:
Antifaschistische Liste · Konto.-Nr.: 150 497 006
Sparkasse Göttingen · BLZ: 260 500 01 · Stichwort: „SolidariTAT"

MICHAEL KÖHLER

Spanien – Auf dem Weg zur Einwanderungs-gesellschaft?

Historische Feierstunden, wie die offizielle Aufhebung des fünfhundert Jahre alten Vertreibungsdekrets gegen die spanischen Juden durch den König Juan Carlos 1992, mehrere große Ausstellungen über das maurisch arabische Erbe des Landes oder die 1995 von einigen Madrider Ministerien lancierte „Wir sind verschieden. Wir sind gleich"-Kampagne zum internationalen Jahr der Toleranz – solche und ähnliche Veranstaltungen und Aktionen sind auch in Spanien in den letzten Jahren immer häufiger geworden und lösen bei Regierung, regionalen und örtlichen Verwaltungen, im Kulturbetrieb und in den Massenmedien jedes Mal hektische Betriebsamkeit aus. Die entsprechenden Stellen jedenfalls, die die Ereignisse organisieren und kommentieren, sind sich über ihre Bedeutung einig, und ihre Worte unterscheiden sich nicht sehr von dem, was man in Deutschland bei solchen Anlässen zu hören bekommt. So wird denn zwischen Barcelona und Madrid, Granada und Santiago de Compostela immer wieder beteuert, man habe aus der Geschichte gelernt und sei in der Gegenwart bereit, eine tolerante und multikulturelle Gesellschaft aufzubauen, die junge, aber inzwischen gefestigte Demokratie sei auf Toleranz und die Achtung des anderen angewiesen, etc.

Die Realität jenseits (oder diesseits) des offiziellen Diskurses allerdings sieht auch in Spanien anders aus. Man braucht beispielsweise nicht allzulange unter den dort lebenden Marokkanern oder Algeriern nachzufragen, um mitzubekommen, daß sie im Alltag ganz andere Dinge interessieren als die wunderschönen Ausstellungen über die Zivilisation, die Kultur und die Kunst ihrer arabischen Vorfahren: die Bestimmungen des spanischen Ausländergesetzes zum Beispiel, oder die Möglichkeiten sich gegenwärtig und künftig in Europa frei bewegen zu können. Staatliche Autonomie gegen Xenophobie, Rassismus und Antisemitismus jedenfalls klingen für sie, wie für viele andere Immigranten, nicht besonders glaubwürdig. Denn der gleiche Staat, der solche Kampagnen organisiert, ist es auch, der ihnen mit allen Mitteln die Einreise zu erschweren versucht oder ihre Bewegungs- und Handlungsfreiheit durch Auflagen einschränkt.

Nach Angaben der Tageszeitung *El País* lebten 1993 ca. 485.000 Einwohner ohne spanischen Paß im Land. Hinzu kommen, nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen, noch einmal ca. 170.000 bis 200.000 indocumentados genannte, illegale Einwanderer. Sowohl diese absoluten Zahlen als auch der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung (ca. 1,7 % von insgesamt 39 Millionen Einwohnern) sind im Vergleich zu anderen europäischen Staaten wie England, Frankreich oder Deutschland äußerst gering. Bürger aus anderen EG-Staaten (hauptsächlich Briten und Deutsche), die hier den überwiegenden Anteil, nämlich ca. 65 % des Ausländerkontingents stellen, werden überdies durchweg positiv aufgenommen – sie gelten als geschätzte Importeure von Wohlstand und Kapitalkraft. Gegenüber Zuwanderern und Zufluchtsuchenden aus Nicht-EG-Staaten allerdings ist die Haltung der spanischen Behörden eindeutig: sie werden möglichst schon an den Grenzen zurückgehalten; denjenigen, die es schaffen, ins Land hineinzukommen – unter ihnen stellten die Marokkaner zum 1.1.93 mit ca. 54.000 die größte Gruppe – werden nur äußerst zögerlich und widerwillig Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen erteilt. Spanien ist somit ein gutes Beispiel dafür, daß die restriktive Ausländerpolitik eines Staates nicht unbedingt die Folge der großen Zahl von Einwanderern und Flüchtlingen ist, mit denen er sich konfrontiert sieht.

Die hauptsächlich in den letzten zehn Jahren von der Regierung in Madrid erlassenen Verordnungen und Gesetze zum Ausländerrecht waren denn auch eher ein Teil des Preises, der für die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft entrichtet werden mußte und den man von spanischer Seite auch gerne zu zahlen bereit war. Sie hatten vornehmlich präventiven Charakter: das Land auf der iberischen Halbinsel, mit seiner geographischen Nähe zu Afrika und seinen historisch bedingten engen Verbindungen zu Lateinamerika, gilt als das potentielle Hauptziel nach Europa für Wanderungsbewegungen aus dem Süden.

Das spanische Ausländergesetz zum Beispiel, Gesetz über die Rechte und Freiheiten der in Spanien lebenden Ausländer genannt, wurde just 1985 erlassen, ein Jahr vor dem Beitritt des Landes zur Europäischen Gemeinschaft. Mit ihm wurde zum ersten mal überhaupt ein juristisches Regelwerk geschaffen, das sich mit den Bedingungen für den Aufenthalt von Ausländern auf spanischem Territorium beschäftigt. Die Grenzen für die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen sind darin gerade für Nicht-EG-Bürger sehr eng gesteckt: sie unterliegen dem Visumszwang. Arbeitserlaubnisse dürfen laut Gesetz nur erteilt werden, wenn der Arbeitsmarkt es zuläßt. Und das gesamte letzte Drittel der insgesamt 36 Artikel des Gesetzes ist ausschließlich einer Frage gewidmet: unter welchen Voraussetzungen die Ausweisung von Ausländerinnen und Ausländern vonstatten gehen kann. Mit einem Anfang Februar noch vom Kabinett González verabschiedeten neuen *reglamento,* das die Ausführungsbestimmungen zum spanischen Ausländergesetz enthält, sind zwar auch einige Änderungen zum Positiven vorgenommen worden – Immigranten, die sich während sechs Jahren legal im Land aufgehalten haben, können danach eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung erhalten –, die Bestimmungen gegen die illegalen *indocumentados* sind allerdings noch einmal wesentlich verschärft worden. Die Kontrolle der vermeintlich immer unübersichtlicher werdenden Migrationsströme gewinnt in der spanischen Ausländerpolitik immer mehr Gewicht.

Eine Besonderheit des spanischen Rechtssytems stellt das sogenannte ley de cupos dar – ihm zufolge kann das Innen- und Justizministerium ein jedes Jahr neu festzusetzendes Kontingent von Arbeitserlaubnissen für bestimmte Berufe und Tätigkeiten erteilen. Sie gelten für Arbeiten, die Spanierinnen und Spanier nicht mehr ausgefüllt werden (wollen); junge Filipinas kommen so zu Stellen als Hausangestellte bei begüterten Madrider Familien, Senega-

„Opposition gegen die Einwanderungs- und Ausländerpolitik des spanischen Staates, Kritik an der restriktiven Praxis seiner Behörden und die Diskussion von Alternativen allerdings ist immer noch Sache von kleinen gesellschaftlichen Minderheiten."

lesen oder Marokkaner zu Einsätzen als Erntehelfer in Andalusien. Die Höhe des Kontingents richtet sich augenscheinlich nach politischen Vorgaben und ist stark von der Situation auf dem Arbeitsmarkt abhängig. 1993 und 1994 betrug die Zahl der Personen, die Erlaubnisse nach dem ley de cupos erhielten, noch jeweils knapp über 21.000, 1995 nur noch 8.000.

In den letzten Jahren in Kraft getretene Verschärfungen des Gesetzes haben es für viele immer schwerer gemacht, sämtliche seiner bürokratischen Anforderungen zu erfüllen. Selbst wer schon einen Arbeitsplatz vorweisen kann, muß zum Beispiel nach einer erst seit '95 geltenden Bestimmung zunächst in sein Heimatland zurückreisen, um dort ein Visum für Spanien zu beantragen – ohne allerdings zu wissen, ob die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis nach dem ley de cupos dann auch wirklich erteilt wird. Sollte das nicht der Fall sein, kann der Antragsteller oder die Antragstellerin nicht mehr nach Spanien zurück, und der spanische Staat ist auf elegante Weise einen unliebsamen Einwanderer losgeworden. Natürlich ist diese Regelung auf heftigen Protest von Einwandererorganisationen gestoßen, davon, daß sie zurückgenommen oder geändert wurde, ist allerdings bisher noch nichts bekannt. Was das Recht auf Asyl angeht, so existiert es zwar in der spanischen Verfassung, in Anspruch nehmen können es dennoch nur wenige. Von den 12.600 Personen, die 1993 einen Antrag stellten, wurden ganze 3,95 % anerkannt. Als ob diese äußerst geringe Quote aber immer noch zu hoch sei, wurde im Mai letzten Jahres ein neues Ausführungsgesetz zum Asylrecht erlassen, dessen Regelungen das Verfahren verkürzen sollen, Antragsteller aber wesentlicher Rechte berauben. Die Entscheidung über die Gewährung von Asyl liegt danach ausschließlich in Händen des Innen- und Justizministeriums. Die Möglichkeit, im Falle einer Ablehnung ein Gericht anzurufen, sieht das Gesetz nicht vor, statt dessen kann ein Repräsentant des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen eingeschaltet werden. Sein positives Votum vorausgesetzt, kann der Antragsteller oder die Antragstellerin gegen die Ablehnung Widerspruch einreichen – über den aber wiederum nur das Innen- und Justizministerium entscheidet. Diese ganze Prozedur soll in nicht weniger als sieben Tagen über die Bühne gehen. Während dieser Zeit, so legt es ein Artikel des Gesetzes fest, gegen den aber inzwischen eine Verfassungsklage läuft, kann der Antragsteller oder die Antragstellerin an der Grenze festgehalten werden, ohne die Möglichkeit zu erhalten, spanisches Territorium zu betreten. In der Praxis hat sich bereits gezeigt, daß der Zeitraum, in dem die Bewegungs„freiheit" der um Asyl Nachsuchenden so nachhaltig eingeschränkt bleibt, aber bis zu einem Monat betragen kann – bis nämlich alle bürokratischen Probleme im Zusammenhang mit dem Antrag gelöst sind.

Wem die juristischen Hürden für die Einreise, die der spanische Staat aufgerichtet hat, zu hoch erscheinen, dem bleibt schließlich nur die illegale Einwanderung. Viele wählen dennoch diese letzte, oft verzweifelte Möglichkeit. Der Weg der espaldas mojedas (Naßrücken, so genannt nach ihren mexikanischen Vorbildern) führt dabei in vielen Fällen von einem nordafrikanischen Hafen aus über die Meeresenge von Gibraltar. Schlepperorganisationen haben meist die Organisation der Überfahrt übernommen, für die sie natürlich die in diesem Geschäft üblichen finanziellen Gegenleistungen erwarten. Eine Erfolgsgarantie sind sie nicht gewillt abzugeben, im Gegenteil. Viele der nicht sehr seetüchtigen, oft überfüllten Boote und Kutter, auf denen die espaldas mojedas transportiert werden, sind in den letzten Jahren gekentert. Und im Falle der Gefahr, daß sie von der spanischen Küstenwache aufgebracht wurden, ist es auch schon einmal vorgekommen, daß die Mannschaft eines Schiffes ihre Passagiere schlicht über Bord warf. Die Dunkelziffer der bei solchen Transporten jämmerlich Ertrunkenen ist auf jeden Fall hoch. Trotz dieser Gefahren, die inzwischen allgemein bekannt sind, und trotz in den letzten Jahren schärfer gewordener Kontrollen der spanischen Grenzpolizei wählen aber immer wieder Menschen den beschriebenen Weg; von den über 2.300 espaldas mojadas, die im letzten Jahr alleine bis September von den Behörden an den Küsten der andalusischen Cadiz festgehalten wurden, läßt sich auf eine größere fünfstellige Zahl von Immigranten schließen, die es schließlich geschafft haben, irgendwo an der südspanischen Küste an Land zu kommen.

Eine andere Möglichkeit, inoffiziell auf spanischen Boden zu gelangen, bestand, zumindest bis vor kurzem noch, in Ceuta – einer Stadt an der nordmarokkanischen Küste, die, ein Relikt aus Kolonialzeiten, politisch gesehen zu Spanien gehört. Ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geriet Ceuta im letzten Oktober, nach einer Straßenschlacht zwischen illegalen Einwanderern, Polizei und Teilen der Bevölkerung, die bei dieser Gelegenheit meinten, endlich einmal ihrer rassistischen Einstellung freien Lauf lassen zu können. Eine Gruppe von indocumentados hatte gegen die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen sie seit Monaten in den alten Befestigungsanlagen Ceutas leben mußten – das Bild von der Festung Europa hatte für sie traurige wörtliche Realität angenommen – demonstriert. Zudem hatten sie ein Gespräch mit einem Regierungsbeauftragten verlangt, um endlich die Möglichkeit zu erhalten, ihren Aufenthalt zu legalisieren. Nachdem sie, wie bei anderen Gelegenheiten zuvor, wieder einmal nur vertröstet worden waren, nahm die spanische Polizei die erbosten Reaktionen der indocumentados schließlich zum Vorwand, um ihre Demonstration mit einer Prügelorgie aufzulösen und später Feuer an ihre behelfsmäßigen Unterkünfte zu legen. Wäre nicht auch ein nachweislich von der Kugel eines Kollegen getroffener Polizist unter den zahlreichen Verletzten gewesen, hätte sich die Aufmerksamkeit für das Ereignis in den Medien in Grenzen gehalten. So aber war plötzlich das Erschrecken groß, und man verlor auch einige Worte über die unhaltbare Situation vieler illegaler Einwanderer in Spanien – ohne daß sich für sie grund-

Marburg Virus

Nr. 57 Schwerpunkt Geld

Die Geschäfte der Bundesbank
von O.D./mv-red.
Akkumulation und Kredit
Von wegen "Casinokapitalismus"!
von Heinz Scholler
Eine kurze Geschichte der Krise
Kann das Kapital ewig vor sich hin akkumulieren?
von Robert Kurz
Geld und Antisemitismus
für die Zusammenlegung von Graf und Schneider

zu beziehen in gut sortierten Buchläden oder besser direkt bei: marburg virus,c/o Asta, Erlenring 5,35037 Marburg, tel: 06421-682136 (gegen 4 DM)

BAHAMAS

Nr. 19 – Frühjahr 1996

Was kommt nach dem Klassenkampf?

* Deutsche Hegemonie in der EU *
* Ein Monat Streik in Frankreich *
* Politik und Verbrechen in Rio de Janeiro *
* AIZ und Freimut Duve *
* P. Handke und antiserbische „Fernfuchtler" *
* Marktwirtschaft als Reich Gottes *
* Heiner Müller als Nationaldichter? *
* Kritik: G.Jacobs Thesen zu Individualisierung *
* Diskussion um Althusser *

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 6
(nur Vorauskasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44
Postfach 620628, 10796 Berlin, Konto: E. Müller
Nr. 12005270, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00

BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH

telegraph

Ostberlin 4 DM

Der "telegraph" ist das letzte, noch existierende DDR-Oppositionsblatt.
Mit zum Teil einzigartigen Recherchen, geprägt sowohl von antistalistischen wie auch antikapitalistischen Anschauungen, haben wir den Übergang vom einen zum anderen System kritisch begleitet. In den Heften waren und sind unsere Schwerpunkt-Themen unter anderem: Antifa, Rassismus, Kriegsdienstverweigerung, Stasi, Häuserkampf, Internationalismus, Osteuropa, Strukturen von Unten, wirtschaftliche- und politische Machenschaften der neuen und (alten) "Herren" im Lande.
Dies alles betrachtet durch die "linke" Ost-Lupe und gemacht von unverbesserlichen Querulanten, die schon zu DDR-Zeiten Reißzwecken im Magen der Herrschenden waren.

1Jahr 45 DM (Ausland 60 DM)
1 Jahr Förderabo 70 DM
1/2 Jahr 23 DM
Probeabo (2 Ausgaben) 6 DM

"telegraph"-Bestellungen bitte schriftlich an:
Redaktion "telegraph",
Schliemannstr. 22, 10437 Berlin

sätzlich etwas geändert hätte. Konsequenzen hatten die Vorkommnisse von Ceuta in anderer Beziehung. Zum einen wurde den meisten der an ihnen beteiligten indocumentados endlich erlaubt, mit befristeten Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen auf die Halbinsel zu gelangen, ein potentieller Unruheherd war somit ausgeschaltet. Zum anderen aber wurde der Bau einer achteinhalb Kilometer langen Mauer um die Stadt herum forciert. Eine Mauer, die, mit den üblichen Überwachungsanlagen wie Infrarotkameras etc. ausgestattet, in Zukunft das Einsickern neuer Gruppen von illegalen Einwanderern verhindern soll – und die übrigens mit umgerechnet ungefähr 36 Millionen Mark aus Mitteln der Europäischen Gemeinschaft finanziert wird.

Widerspruch gegen solche und ähnliche Maßnahmen in der Ausländerpolitik oder gegen die Ausländergesetzgebung der bisherigen sozialistischen Regierungen in Madrid existiert, zumindest auf parlamentarische Ebene, kaum. Die spanische Innenpolitik wurde und wird von anderen Themen beherrscht. Und auf der Ebene der Außenpolitik existiert zwischen den spanischen Sozialisten und der konservativen Volkspartei, die seit den Wahlen vom 3. März die Mehrheit der Parlamentssitze innehat und demnächst wohl das Regierungsruder übernehmen wird, seltene Einmütigkeit über die Angleichung spanischer Sicherheits- und Einwanderungsbestimmungen an europäische Standards, die mit den Abkommen von Schengen und Maastricht besiegelt worden sind – während die von den Kommunisten dominierte Vereinigte Linke Maastricht höchstens einmal wegen seiner negativen wirtschaftlichen Folgen für die spanischen Arbeiter kritisiert.

Daß die Ausländerpolitik nicht unbedingt zu den wichtigen Themen der Auseinandersetzung zwischen den politischen Parteien zählt, hat natürlich auch seine Vorteile. Unsägliche Debatten über die sogenannte Asylfrage sind den Spanierinnen und Spaniern zum Glück erspart geblieben. Und in den letzten Wahlkämpfen hat es eine Instrumentalisierung von Fragen zur Ausländerpolitik nicht gegeben.*

Opposition gegen die Einwanderungs- und Ausländerpolitik des spanischen Staates, Kritik an der restriktiven Praxis seiner Behörden und die Diskussion von Alternativen allerdings ist immer noch Sache von kleinen gesellschaftlichen Minderheiten. Erster zaghafter Widerstand gegen den Mauerbau von Ceuta zum Beispiel hat sich auf der alternativen Mittelmeerkonferenz Ende letzten Jahres in Barcelona geäußert, eine Reihe von NGOs wollen 1996 eine größere Kampagne gegen das Projekt in Gang bringen.

Im Alltag sind es ebenfalls kleine NGOs, die, wie im Fall von Andalucia Acoge, das im linkskatholischen Milieu gegründet wurde, eine Mischung aus klassischer Sozial- und politischer Aufklärungsarbeit betreiben und, wie der spanische Ableger von SOS Racisme oder die Menschenrechtsorganisation Asociación Pro Derechos Humanos, gegen die Einschränkung von Grundrechten von Einwanderern vorgehen. Gesetzesvorlagen der Regierung kritisieren und auch einmal Vorschläge für eine alternative Ausländer- und Einwanderungspolitik vorlegen – meist im Verein mit den eigenen Organisationen der Immigranten selbst, die zumindest in den großen spanischen Städten in einer erstaunlichen Vielfalt vorhanden sind.

Die diskutierten politischen Konzepte werden dabei, mit einiger zeitlicher Verzögerung, meist aus anderen europäischen Ländern übernommen. So hat SOS Racismo erst im Januar den Vorschlag eines kommunalen Wahlrechts für alle einige Zeit im Land lebenden AusländerInnen propagiert. Auch der theoretische Diskurs ist nicht unbedingt von allzu großer Originalität geprägt oder bleibt oft bei der Diskussion von Fragen der kulturellen Differenz oder der Wünschbarkeit der Integration stehen. Beiträge spanischer Autorinnen und Autoren zu den Themen Migration oder Rassismus sind recht spärlich, sucht man Übersetzungen neuerer Titel aus anderen Sprachen und will sich nicht unbedingt mit Enzensbergers Großer Reise zufriedengeben, hat man zumindest einige Mühe um fündig zu werden.

All dies ist sicher ein Zeichen dafür, daß Spanien noch kein klassisches Einwanderungsland ist und seine Gesellschaft in weiten Teilen noch gar keine dauerhaften, alltäglichen Erfahrungen mit Einwanderern hat. Die Tendenz geht aber dahin, daß sich das ändert. Einwanderung wird auch hier weitergehen, auf legalen und auf illegalen Wegen und sie wird trotz aller restriktiven gesetzgeberischen und politischen Maßnahmen, dies sei prognostiziert, sogar deutlich zunehmen.** Ob die spanische Gesellschaft die daraus entstehenden Möglichkeiten zu nutzen versteht, ist allerdings wieder eine ganze andere Frage. ●

Anmerkungen

** Was nicht heißen soll, daß sich auf regionaler oder lokaler Ebene Politiker nicht gelegentlich die rassistische Stimmung gegen Emigranten oder gesellschaftliche Minderheiten wie die spanischen Roma zunutze machen; so z.B. erst kürzlich in einem Dorf in Navarra, in dem das Gemeindeparlament u.a. mit den Stimmen der radikalen baskischen Nationalistenpartei Herri Balasuna, den Beschluß faßte, zwei Romafamilien einfach des Ortes zu verweisen.*

*** Bisher natürlich nur inoffiziell ist davon die Rede, daß die spanische Regierung demnächst ähnlich wie 1991 die Möglichkeit verkünden will, daß alle sich im Land aufhaltenden indocumentados ihren Status legalisieren lassen können. Dies zeigt nur, wie hilflos letztlich Behörden und Ordnungskräfte den stetigen Wanderungsbewegungen aus dem Süden gegenüber sind.*

FELIX SCHNEIDER

Kommando Rück!

Was steht den bosnischen Flüchtlingen bevor?

Keine 24 Stunden nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens für Bosnien reagierte schon das Land, das die größte Anzahl bosnischer Flüchtlinge (nämlich 320.000) aufgenommen hat: Die Bundesrepublik Deutschland. Am 15. Dezember entschied eine Konferenz der deutschen Innenminister, den Abschiebestop für bosnische Flüchtlinge zum 31. März 1996 auslaufen zu lassen. Und wiederum keine 6 Wochen später beschloß die nächste Innenministerkonferenz die „gestaffelte Rückführung" der bosnischen Flüchtlinge. „Rückführung" – diese echt deutsche, bürokratische Wortschöpfung kennzeichnet genau das Vorhaben der Innenminister: Ab dem 1. Juli '96 bis Mitte '97 sollen Alleinstehende und kinderlose Ehepaare am Händchen genommen und zurückgeschickt werden. Betroffen wären davon ungefähr 200.000 Personen oder zwei Drittel der in Deutschland lebenden Kriegsflüchtlinge: eine Massenrückführung also. Ab Mai '97 würden dann Familien mit Kindern folgen müssen.

Die Arbeitsgruppe, die von den deutschen Innenministern eingerichtet wurde, um die Rückführung der bosnischen Flüchtlinge zu organisieren, heißt tatsächlich „AG Rück". Mit der Primitivparole „rück zuck!" wird man aber das größte europäische Flüchtlingsproblem seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht lösen. Vier Millionen Menschen aus den Republiken des ehemaligen Jugoslawien befinden sich heute auf der Flucht, die Hälfte von ihnen sind Bosnier. Nach vier Jahren Krieg leben ungefähr eine Million bosnischer Flüchtlinge im Ausland, mindestens eine weitere Million sind Binnenflüchtlinge innerhalb des Landes. Ihre Rückkehr ist, so sie denn humane Formen annehmen und nicht zu neuen Konflikten führen soll, nur als langwieriger, prekärer und kostspieliger Prozeß denkbar, denn Bosnien ist durch Krieg und Haß für lange Zeit ökonomisch, politisch und sozial ruiniert. 60 % der Häuser in Bosnien-Herzegowina sind beschädigt, 18 % vollkommen zerstört. 78 % der Stromproduktion sind lahmgelegt. Seit 1990 hat sich die Zahl der Krankenhausbetten halbiert und die Kindersterblichkeit verdoppelt. Das ist die „Heimat", in welche die Flüchtlinge zurückgeführt werden sollen.

Das Friedensabkommen, das in Paris am 14. Dezember 1995 unterzeichnet wurde, verpflichtet die Vertragsparteien, Bedingungen für eine geordnete Rückkehr der Flüchtlinge in Sicherheit und Würde zu schaffen. Es überträgt dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) die Bürde, in Absprache mit den Vertragsparteien und den Asylländern einen Rückkehrplan zu entwickeln, zu verwirklichen und durch humanitäre Hilfe abzustützen. Das Friedensabkommen räumt allen Flüchtlingen das Recht ein, „frei an ihren früheren Wohnsitz (homes of origin) zurückzukehren". Auch ihr Eigentum sollen sie zurückbekommen, oder, wo das nicht möglich ist, entschädigt werden. Das tönt gut. Allerdings stehen die Rechte, die hier dem einzelnen Flüchtling versprochen werden, schon in Widerspruch zum Grundcharakter des Friedensabkommens, das die Resultate der „ethnischen Säuberungen" nolens volens akzeptiert und die Aufteilung des Territoriums in nahezu homogene serbische, kroatische und moslemische Teile sanktioniert. Die Idee des Friedensabkommens, daß Rückkehrer sich auch an Orten sollen ansiedeln können, wo sie Minderheiten sind, ist jedenfalls durch den jüngst inszenierten Massenexodus von Serben aus Sarajevo noch ein Stück utopischer geworden.

Katastrophe möglich

Der Bonner Vertreterin des UNHCR, Judith Kumin, die das frühere Jugoslawien aus eigener Anschauung kennt, ist es wohl zu verdanken, daß die deutschen Innenminister sich immerhin über gewisse Ausnahmen vom Prinzip des „rück zuck!" verständigten. So besteht die rechtliche Möglichkeit einer Rückkehr in die Bundesrepublik nach Informationsreisen in die bosnische Heimat. Darüberhinaus sollen Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus der bosnisch-serbischen Teilrepublik Srpska von Pauschalregelungen ausgenommen werden; und schließlich wird in einer generellen, wenn auch schwammig formulierten Öffnungsklausel die „Rückführung" von den Zuständen in Bosnien und von Vereinbarungen mit dem UNHCR abhängig gemacht.

Wieder Lager?

Dennoch: Was die Bundesrepublik plant, könnte in einer humanitären Katastrophe enden. Statt die Organisation der Rückkehr bosnischer Flüchtlinge – eine wirklich europäische Aufgabe – dem UNHCR und dem Auswärtigen Amt zu überlassen, haben die Innenminister die Initiative an sich gerissen. Die Flüchtlings- und Bosnienpolitik wird innenpolitischen Imperativen unterworfen. Kein Zufall, daß die Innenminister Verhandlungen mit der Regierung der bosnischen Föderation erst nach den jüngsten Landtagswahlen zulassen wollten. Kriegsflüchtlinge sind ihnen eine günstige Gelegenheit, vor dem Volk den strammen und sparsamen Max zu markieren. Und die ihnen unterstellten Ausländerämter haben auch gut verstanden: Statt Aufenthaltsbefugnisse zu verlängern, verteilen sie nun schon Duldungen. Pech für den jungen Bosnier, der enttäuscht in einer Frankfurter Beratungsstelle steht, weil er außerhalb der Bundesrepublik heiraten wollte. Mit einer Duldung kann man nicht ins Ausland reisen, verliert oft seinen Arbeitsplatz und findet fast nie einen neuen.

Das norwegische Innenministerium läßt verlauten, es sei „äußerst unglücklich, daß Deutschland hier einen Sololauf gestartet hat", und befürchtet ein „Wettrennen" beim Rausschmiß der Flüchtlinge. Die niederländische Regierung findet, daß der Friedensvertrag allein noch kein Anlaß sei, den Flüchtlingen den Schutzstatus abzusprechen. Kroatien als einer der Hauptaufnahmestaaten für bosnische Flüchtlinge drängt auf eine zügige Rückkehr und schiebt zum Teil bedenkenlos ab. Und Bosnien selbst, das zerstörte Land, das derzeit eine enorme Binnenwanderung verkraften muß (eine Stadt wie Tuzla z.B. ist in kürzester Zeit um das dreifache gewachsen)? –

wie reagiert die bosnische Regierung? Gegenüber UNHCR erklärten der bosnisch-muslimische Ministerpräsident Hassan Muratovic und seine beiden Flüchtlingsminister kürzlich, sie seien erstaunt über das einseitige Vorgehen der Bundesrepublik. Weder seien sie bisher informiert worden, noch sei irgendetwas abgesprochen. Sie gingen nach wie vor von einem Genehmigungsverfahren aus, d.h. die Füchtlinge, die an einen bestimmten Ort zurückkehren wollten, müßten Anträge stellen, die von bosnischen Behörden zu genehmigen wären. Als Eckpunkte seiner Auffassung nannte Muratovic:

● jeder, der zurückkommen wolle, sei willkommen, wenn die Bedingungen für seine Rückkehr gegeben seien. Unfreiwillige Rückkehr könne es aber vorerst nicht geben.

● die Rückkehr könne nur geordnet, stufenweise und vom Ausland materiell unterstützt erfolgen. In einer ersten Phase sollten die Flüchtlinge zurückkehren, die früher im Föderationsgebiet gewohnt hätten und dorthin zurückwollten. In einer zweiten Phase diejenigen, die nicht aus dem Föderationsgebiet kämen, aber nun dorthin wollten, und erst in einer dritten Phase könne man an diejenigen denken, die in die Republik Srpska wollten.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik denkt die Regierung der bosnischen Föderation also an eine situationsbezogene Kategorisierung der Flüchtlinge. Die deutsche Kategorisierung ist dagegen ausschließlich vom innenpolitischen Bedürfnis nach schneller Abschiebung bestimmt und sieht vom einzelnen Flüchtling ebenso ab wie von der Situation in Bosnien. Realisiert die Bundesrepublik ihre Absichten, so ist nicht auszuschließen, daß in Bosnien für die ankommenden Flüchtlinge Lager errichtet werden müßen.

„Das norwegische Innenministerium läßt verlauten, es sei „äußerst unglücklich, daß Deutschland hier einen Sololauf gestartet hat", und befürchtet ein „Wettrennen" beim Rausschmiß der Flüchtlinge."

Verärgert: der UNHCR

Die Errichtung solcher Lager zu verhindern, ist aber das erklärte Ziel von UNHCR. Während zwei NGOs, ICRA (International Council of Voluntary Agencies) und ECRE (European Council on Refugees an Exiles) unfreiwillige Rückführungen und Umsiedelungen kategorisch ablehnen, will UNHCR zumindest „at an initial stage", d.h. ungefähr ein Jahr lang, ausschließlich auf freiwillige Rückkehr und deren Förderung setzen. Deswegen fordert es die Asylländer auf, den Schutzstatus der Flüchtlinge vorerst nicht aufzuheben. Die meisten europäischen Länder spielen da auch mit, zumindest bisher. Manfred Kanther allerdings, der deutsche Innenminister, hat diese Position kategorisch abgelehnt. Er will Druck und Zwangselemente von Anfang an – und beschwört damit die Gefahr einer übereilten und unkoordinierten Rückkehr herauf, die, so die UN-Flüchtlingskommissarin Sadako Ogata, in Bosnien „das destabilisieren könnte, was noch ein fragiler Friede ist". Denn schließlich existiert heute noch keine der Strukturen, die das Friedensabkommen vorsieht, um die Sicherheit und Würde der Rückkehrenden zu garantieren. Insbesondere fehlt noch die Kommission für Flüchtlinge und Eigentumsprobleme.

Das UN-Flüchtlingskommissariat organisierte am 8. März in Oslo ein sogenanntes „High-Level Working Meeting" zur Rückkehrproblematik: ungefähr 200 Delegierte der Asylländer und der Nachfolgestaaten Jugoslawiens trafen sich genau einen Tag lang. Von Arbeit oder Diskussion konnte also keine Rede sein, abgespult wurden vorgefaßte Stellungnahmen. Diplomaten haben eben Wichtigeres zu tun, als sich um zwei Millionen Flüchtlinge zu kümmern. Unmißverständlich erklärte der Delegierte der deutschen Bundesregierung, die Aufhebung des Schutz-Status für Flüchtlinge („temporary protection") sei „eine souveräne Entscheidung Deutschlands genauso wie jedes anderen Staates, der eine derartige Entscheidung zu fällen wünscht" und sie sei außerdem „ein klares Signal für die zeitweiligen Gäste, daß ihr Status dem Ende entgegengeht" (wörtlich: „a clear signal for the temporary guests that their status is expiring").

Flüchtlinge? Keine Zeit!

UNHCR legte in Oslo einen umfangreichen Operationsplan vor, der auch 12 dringende Wünsche an die Asylländer formuliert. Gerade die freiwillige Rückkehr kann nämlich durch schiere Passivität torpediert werden. Sie bedarf organisatorischer und materieller Voraussetzungen. Allerdings: Obwohl die Förderung der freiwilligen Rückkehr sinvoller, billiger, humaner und friedensfördernder wäre, steht zu befürchten, daß sie politisch schwieriger durchzusetzen ist als Zwangsmaßnahmen. Als Vorbedingungen für jede Rückkehr nennt UNHCR neben allgemeineren Kriterien wie Sicherheit und Aufnahmefähgikeit der Zielregionen drei sogenannte „benchmarks", nämlich: Amnestieregelungen, Umsetzung des Dayton-Abkommens und Implementation der IFOR, sowie Menschenrechtskontrollen auch und gerade auf lokaler Ebene. Nachdrücklich weist UNHCR auf das Problem der Landminen und der verminten Häuser hin. Die Kategorisierung der Flüchtlinge, die UNHCR vornimmt, verweist schon auf die politischen Probleme, die mit der Rückkehr verbun-

ak analyse & kritik

Zeitung für Linke

Analysen, Berichte & Diskussionen u.a. zu:

Frauen und Nachhaltigkeit - eine feministische Kritik Harich und der Club of Rome
NRW-Grüne: Sieg der Staatsräson
Deutsche Atombomben made in München
Darkwave: faschistische Tendenzen in der Popmusik
Kuba und die Bündnislogik des Kalten Krieges
Wer kontrolliert die Nahrung der Welt?
125 Jahre Pariser Kommune

ak (ISSN-Nr. 0945- 1153)kostet 7,50DM;erscheint vierwöchentlich; ist in allen linken Buchhandlungen und Zeitungskiosken erhältlich oder direkt bei:

analyse & kritik,
Rombergstr. 10
20255 Hamburg
Tel.: 040/40170174
Fax: 040/40170175
kostenloses Probeexemplar bestellen! Kennwort: links
e-mail: ak-redaktion @cl-hh.comlink.de

„Realisiert die Bundesrepublik ihre Absichten, so ist nicht auszuschließen, daß in Bosnien für die ankommenden Flüchtlinge Lager errichtet werden müßen."

den sind. Wenn, in einer ersten Phase, Flüchtlinge an ihre ehemaligen Wohnorte zurückkehren wollen, die heute in Gegenden liegen, wo diese Flüchtlinge zur Mehrheitsbevölkerung gehören würden, so wäre ihre Rückkehr „nur" ein materielles Problem. Schwieriger schon wird es, wenn Flüchtlinge in ihre ehemalige Heimat nicht mehr zurückgehen können oder wollen. Sofern sie indessen in ein Gebiet wollen, in dem sie heute ebenfalls zur Mehrheit zählen würden, wäre es möglich, ihnen in einer zweiten Rückkehrphase akzeptable Bedingen zu schaffen. Die dritte Phase wäre in diesem Modell die schwierigste: die Rückkehr von Flüchtlingen an Orte, wo sie eine Minderheit bilden würden. Erste Pilotprojekte des UNHCR mit Rückkehrern in Jajce, Travnik, Stolac und Bugojno sind teils geglückt, teils auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen. So weigern sich bosnische Moslems ins kroatisch kontrollierte Stolac zurückzukehren, aus materiellen Gründen, aber auch wegen mangelnder Sicherheitsgarantien. Und die kroatischen Behörden weigern sich, 30.000 rückkehrwillige Serben aus der jugoslawischen Föderation aufzunehmen.

Zurück – aber wohin?

Mit Recht weist UNHCR daraufhin, daß derzeit niemand die bosnischen Flüchtlinge hinsichtlich ihrer Rückkehr kategorisieren könne, da niemand über die dafür nötigen Informationen verfüge: wer will wohin? Wer kann wohin? Noch entscheidender ist, daß die Flüchtlinge ihr Recht, den Ort der Rückkehr „frei" zu wählen, nur realisieren können, wenn sie über die Zustände ihrer künftigen Heimat objektiv informiert sind. Um das Recht der Flüchtlinge auf Information zu realisieren, will UNHCR über die Lage vor Ort Informationen für Rückkehrer publizieren. Seit Februar liegen in englischer Sprache (!) gerade mal 6 (!) der anvisierten ca. 60 Berichte vor (über Bosanski Petrovac, Glamoc, Gracanica, Kakanj, Kupres und Prnjavor): In allen diesen Städten ist es ruhig, gewalttätige Übergriffe scheint es nicht zu geben. Die Berichte zeichnen aber auch ein eindrucksvolles Bild vom Ausmaß der Zerstörungen in Wirtschaft, Infrastruktur und Bildungswesen. Und sie bestätigen aufs Bitterste, wie konsequent die „ethnischen Säuberungen" durchgeführt worden sind. An jedem Ort dominieren entweder die Moslems, die Kroaten oder die Serben, und die jeweils anderen Gruppen sind nur (z.T. verschwindende) Minderheiten ohne Einfluß auf die Stadtregierungen. Diese Informationen sind brisant, wenn man sie zusammenbringt mit den spärlichen empirischen Befunden, die wir von den bosnischen Flüchtlingen in Deutschland haben. Genauere Unersuchungen gibt es nur über Hamburg: Dort sind zwei Drittel der Flüchtlinge (genau 6.177 von 9.765) Vertriebene, also Menschen, die nicht vor dem Krieg geflohen sind, sondern gezielt vertrieben wurden – und das bedeutet ja wohl, daß ihre Rückkehr an den Ort ihrer Vertreibung zumindest ein Problem darstellt, wenn nicht gänzlich unmöglich ist. 20 bis 30 % der Ehen sind sogenannte binationale Mischehen – wohin sollen diese Menschen zurückkehren? Und was geschieht, angesichts ungenügender oder fehlender Amnestieregelungen, mit Deserteuren, Kriegsdienstverweigern oder mit Flüchtlingen, die den Versuchen des bosnischen Staates, sie im Exil zu Unterstützungsleistungen zu zwingen, widerstanden haben? Welches Schicksal erwartet die Zeugen des Haager Kriegsverbrechertribunals? Wohin sollen Flüchtlinge aus der Republik Srpska, in die sie zumeist gar nicht einreisen dürfen?

Zurück – aber nicht so!

Befangen im Wahn, alle Flüchtlinge wollten in Deutschland bleiben, handelt das deutsche „Kommando Rück" nicht nur inhuman, sondern auch dumm: Tempo und Zwangscharakter der beabsichtigten Maßnahmen zerstören die Rückkehrbereitschaft. Da gibt es zum Beispiel Flüchtlinge, die natürlich zurückwollen auf ihre Bauernhöfe – die aber liegen im serbisch kontrollierten Gebiet. Sie wollen also nur organisiert, kollektiv und zu einem späteren Zeitpunkt zurück. Zur jetzigen Rückführung können sie nur kategorisch Nein sagen. Oder: „Fatra", ein Frankfurter Verein, der sich auf die Arbeit mit Traumatisierten spezialisiert hat, berichtet, daß Rückkehrwillige, Überlebende von Folter und extremen Grausamkeiten, die Rückführungsdebatte als so bedrohlich erleben, daß sie akut erkranken und gar nicht mehr zurückkehren können. ●

Erstens die Frankfurter Allgemeine Zeitung, um zu wissen, was das Kapital denkt. Zweitens die Berliner Zeitung, um zu wissen, wie die liberale Bourgeoisie denkt... Dann lese ich noch etwas, was man nicht Tageszeitung nennen kann, eine ganz einzigartige Sache auf dieser Welt, eine Tageszeitschrift, die heißt junge Welt.

Jürgen Kuczynski

Jetzt teste ich...

die junge Welt für 4 Wochen zum Preis von DM 15,– statt des regulären Preises von DM 45,–.

..... Name/Vorname

..... Straße/Nr.

..... PLZ/Ort

..... Datum/Unterschrift

☐ Ich habe DM 15,- (Scheck, Bargeld) dieser Bestellung beigelegt.
☐ Ich ermächtige Sie einmalig, die Testabo-Gebühr von meinem Konto abzubuchen:

..... Konto-Nummer

..... Geldinstitut

..... BLZ

Mein Testabo kann ich bis zum Ablauf der dritten Testwoche kündigen. Melde ich mich nicht mehr bei Ihnen, dann wandelt sich das Testabo in ein reguläres Abo um. Dieses verlängert sich monatlich, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf des Monats kündige.
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Poststempel) schriftlich bei junge Welt,Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin, widerrufen.

..... Datum/2. Unterschrift

Redaktion junge Welt
Am Treptower Park 28–30 · 12435 Berlin
Oder per Fax an 030/68834-343

Die Tageszeitung
junge Welt

Daß die Sichtweise, die Samuel Huntington '93 mit seiner Clash of Civilizations-These wissenschaftlich pointiert formulierte, längst Eingang in die alltäglichen Erklärungsmuster sozialer Konflikte gefunden hat, zeigt schon ein Blick in die Tagesschau oder das Belauschen eines Gesprächs am Nachbarkneipentisch. Formulierungen wie „Serbenführer", „Stammeskonflikt", „islamischer Fundamentalismus gegen westliche Aufklärung" beherrschen die mediale und wissenschaftliche Aufbereitung des Themas, die sich nicht zuletzt durch eine Gleichsetzung bzw. Vermischung der Begriffe „Kultur", „kulturelle Identität" und der Konstruktion von „Ethnien" auszeichnet. Kultur als Ort der ideologischen Aufbereitung und Austragung sozialer Konflikte wird für viele zu dem Schlüssel zum Verständnis aktueller Auseinandersetzungen. Daß jedoch das Zauberwort „Kultur" mit seiner unheimlichen Anziehungskraft unterstützt durch die Renaissance der Kulturwissenschaften zum alleinigen Erklärungsmuster für soziale Konflikte wird, zeugt eher von einem affirmativen Umgang mit kulturellen Phänomenen und deren völliger Überhöhung gegenüber sozioökonomischen Prozessen.

Von der neuen bis zur staatstragenden Rechten in Regierung und Opposition scheint aber auch klar: Kulturen, bzw. Zivilisationen prallen nicht nur in Ex-Jugoslawien oder Tschetschenien aufeinander, sondern auch in der BRD in Form von „Menschen aus anderen Kulturkreisen" (= nichtwahlberechtigte Einwohner), deren Hauptbeschäftigung (= kriminell sein) und den westlich-aufgeklärten Eingeborenen, die sich eben jener „kulturellen Identität" nicht mehr sicher sein können. Realitätsmächtige Wortschöpfungen wie „Ausländerkriminalität" haben hier ihren Ursprung. Auch der liberalen Gegenstrategie gegen kulturellen Rassismus – das Konzept der Multikulturalität – gelingt es nicht, die Struktur der Festschreibung auf eine spezifische „kulturelle Identität" zu überwinden. Mehr noch: in ihrer linken Variante trägt sie wesentlich zu deren Verstärkung bei.

Da die genannten Erklärungsmuster sich also auch innerhalb linker Strömungen relativ großer Beliebtheit erfreuen, ist deren Kritik dringend erforderlich. Die bis in die 80er Jahre noch als relativ unproblematisch geltende Solidarität mit befreiungsnationalistischen Bewegungen und deren Pendant bundesdeutscher Wir-Gefühl-Konstruktionen im Startbahn-Wald, auf Lüchow-Dannenberger Äckern und diversen Folk-Festivals ist inzwischen zwar in Mißkredit geraten, was aber eher ein abruptes Abwenden von diesen Praktiken zur Folge hatte, als eine dezidierte Auseinandersetzung damit. Dieser Schwerpunkt soll dazu dienen, verschiedene linke und liberale Politikkonzepte auf ihre kulturalistischen Argumentationsfiguren hin zu untersuchen. Hier soll kein eindimensionaler Ökonomismus gepredigt werden, vielmehr geht es darum, nachzuzeichnen, mit welchen Kategorien soziale Konflikte beschrieben und welche Politiken zu deren Lösung angeboten werden.

Die Auseinandersetzungen um sogenannte Differenzen bzw. Ähnlichkeiten sind zu einem gesellschaftspolitisch relevanten und vieldiskutierten Thema geworden. Die Kritik an klassischen Konzepten von Kultur richtet sich meist gegen die essentialistischen Festschreibungen unterschiedlicher Gruppen und Individuen auf statische Entitäten, aus denen letztlich die Unvereinbarkeit mit westlichen Gesellschaften – die sich erst über die Konstruktion des „Anderen" konstituieren – abgeleitet wird. Frank-Olaf Radtke geht in diesem Zusammenhang der Frage nach, wie die verschiedenen vorhandenen Entwürfe von Kultur zu Ausgrenzung oder Einschließung beitragen. Er zeichnet dabei die historische Entwicklung der Ethnologisierung der Arbeitsmigration von den 70er Jahren bis heute in der

BRD nach. Auf welche Art gesellschaftliche Konflikte heute wahrgenommen bzw. erklärt werden, hängt in starkem Maße mit dieser kulturalistischen Wende zusammen, die nicht erst in der sogenannten Asyldebatte einsetzte.

Daß der historische Gegensatz Natur-Kultur inzwischen von dem Gegensatzpaar Ökonomie-Kultur abgelöst scheint, führt Susanne Kappeler in ihrem Beitrag aus. Als Entgegensetzung zu dem kulturalistischen Diskurs, der sich letzlich auf Nationalkultur, d.h. einer der Grundlagen der Herstellung von „Völkern" und „Ethnien", bezieht, plädiert sie dafür, die ökonomischen und politischen Faktoren bei der Produktion von Kultur stärker in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung um Kulturalismus zu rücken.

Innerhalb internationalistischer Zusammenhänge entzündet sich immer wieder die Debatte um Strategie und Theorie von Befreiungsbewegungen. Formulierungen wie „nationale Selbstbestimmung", „Befreiungskampf des Volkes", „indigene Traditionen" oder auch „lokale Gemeinschaften" bzw. „community" bieten sich einer Metropolen-Linken als positive Bezugspunkte an. Unberücksichtigt bleibt, inwieweit diese Begriffe im Zusammenhang mit dem genannten Begriffsbündel „Kultur", „Ethnie", „Volk", „Nation" stehen und lediglich als deren positive Wendung erscheinen. Am Beispiel des Antiimperialismus der radikalen Linken in der BRD bzw. den davon noch übrig gebliebenen „Denk- und Politikformen" geht Clemens Nachtmann der Frage nach, was denn das Befreiende an Forderungen nach nationaler, regionaler oder kultureller Selbstständigkeit bzw. sich an der Kategorie des Nationalen orientierenden Widerstandsbewegungen ist. Entgegen einem personalisierten Imperialismus-Verständnis verweist er auf die Analogien zwischen der „Dritte Stand"-Metaphorik der Bürger auf ihrem Weg zu freien Markt-Subjekten und der „Dritte Welt"-Metaphorik der postkolonialen Peripherie auf ihrem Weg in den Weltmarkt.

Die Gruppe t.e.r.z. entwickelt in ihrer Auseinandersetzung mit der nationalen Ausrichtung der kurdischen Arbeiterpartei PKK eine Kritik an der Konstruktion von Volks-Gemeinschaften, die immer die Ausblendung von Herrschaftsverhältnissen zu Folge haben. Ohne die Notwendigkeit des Widerstands gegen herrschende Politik aus dem Auge zu verlieren, geht es darum, der Konstruktion von kollektiven Identitäten, Grundfeste ideologischer Herrschaft, entgegenzuwirken. Udo Wolter setzt sich in diesem Kontext mit den kulturalistischen Projektionen der PKK-Solidarität in der BRD auseinander. Sich gegen Kriminalisierung und rassistische Ausgrenzung von KurdInnen zu Wehr zu setzen, muß nicht zwangsläufig unkritische Übernahme kurdischer Nationalmythologie bedeuten. Ein antikapitalistischer Internationalismus verträgt sich nicht mit anheimelnden Vorstellungen von archaischen vorkapitalistischen Verhältnissen, steht diesen vielmehr diametral entgegen.

Besonders tritt der positive Bezug auf kulturelle Identitäten jedoch bei Gruppen aus dem liberalen Spektrum hervor. Thomas Kunz und Gottfried Oy zeigen bei ihrer Untersuchung der Politik der Gesellschaft für bedrohte Völker, daß sich ein auf die Menschenrechte stützender Liberalismus sehr gut mit völkischen Konzepten verträgt. Beispielhaft steht die GfbV dafür, wie ein statischer Kulturbegriff letztlich zur Konstruktion von „Ethnien" beiträgt. Hat sich diese ethnifizierende Wahrnehmung der Welt erst einmal etabliert, ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Forderung von Segregation all der „entdeckten" Völker und Völkchen. Gesellschaft wird letztlich als menschlicher Zoo konzipiert, in dem doch bitte niemand sein Freigehege verlassen möchte.

Trotz aller Unterschiede beziehen sich alle Beiträge letztlich auf die notwendige Revision linker Politik gegen die kulturalistische Wende in der hegemonialen Sicht auf gesellschaftliche Konflikte. So wenig bei der geleisteten Kritik stehengeblieben werden kann, so sehr fehlt es jedoch an linksradikalen Konzepten, welche die aufgeführten Schwierigkeiten berücksichtigen. Weder blinde Solidarität noch letztlich staatstragende Distanzierungen von den ehemals so gefeierten internationalen Befreiungsbewegungen sind angebracht. Vorläufiges Ziel sollte es aber auf jeden Fall sein, der voranschreitenden Ethnifizierung sozialer Konflikte Einhalt zu gebieten.

die Red.

FRANK-OLAF RADTKE

Fremde und Allzufremde

Prozesse der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte

Man hätte erwarten können, daß nach dem Beitritt der DDR in den Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland eine breite politische Diskussion etwa über die Transformation der Wirtschaft der ehemaligen DDR von einem bürokratisch geplanten zu einem marktgesteuerten System stattgefunden hätte; oder eine staatspolitische Debatte über die Ausgestaltung einer neuen Verfassung; oder eine Diskussion über eine Reform des Schul- oder Gesundheitssystems in dem vereinigten Deutschland. Statt dessen hatten wir eine heftige Debatte über das Asylrecht, die an Schärfe und Intensität an die Diskussionen über die Wiederbewaffnung in den fünfziger oder die Verabschiedung der Notstandsgesetze in den sechziger Jahren erinnerte.

Mit der Angst vor „Überwanderung" und „Überfremdung" (Schäuble) wurden Anhänger in einem offenkundig parteipolitisch motivierten Machtkampf mobilisiert, der zumindest objektiv von den Problemen ablenkte, für die es keine politischen Lösungen gab und gibt: Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut in einem in der Bundesrepublik bisher nicht gekannten Ausmaß, die die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates zu überfordern scheinen.

Gegenstand der folgenden Überlegungen wird also nicht die Frage sein, warum so parteipolitisch erregt über Zuwanderung gesprochen wurde. Erörtert werden soll, wie, mit welchen Unterscheidungen der Sachverhalt beschrieben wurde, wie die Kategorie des „Fremden" in die Debatte kam, und welche Folgen die gewählten Unterscheidungen für den Zustand des Gemeinwesens haben.

Für die alte Bundesrepublik Deutschland kann der Vorgang der Wiederentdeckung des Begriffs der „Ethnizität" und mit ihm der des „Fremden" als Kategorie zur Beschreibung gesellschaftlicher Prozesse ziemlich genau datiert und rekonstruiert werden. Das soll in diesem Text an Hand zweier Beispiele geschehen, die eine folgenreiche Umstellung öffentlicher Semantiken bezeichnen, deren Wirkungen auf das politische Klima in der Gesellschaft erst allmählich sichtbar werden. Die Beispiele betreffen den diskursiven Umgang mit Arbeitsimmigranten, die offiziell und öffentlich lange Zeit unter die Rubrik „Ausländer" sortiert wurden. Das „Fremd-Machen" kennt zwei Varianten. Einmal geschieht es in ausgrenzender Absicht (**1. Beispiel**: Die „Allzufremden") durch Dramatisierung kultureller Differenz; das andere Mal in vereinnahmender Absicht (**2. Beispiel**: „Multikulturalismus") durch Bewunderung. Beide Varianten haben eine Kehrseite, die Renaissance nationalen Denkens und die Erzeugung von „Wir-Gefühlen" auf seiten der Mehrheit.

Aus soziologischer Perspektive sind wiederum zwei Fragen zu untersuchen: Erstens: Warum wird die Jahrzehnte ausreichende staatsrechtliche Unterscheidung abgelöst von einer ethnologischen Beschreibung der Anderen, die nun die ethnische Differenz und die kulturelle Distanz in den Vordergrund schiebt? Zweitens: Warum werden die Neuankömmlinge, die mit den Ansässigen den Wunsch nach Wohlstand, Anerkennung, Erfolg und sozialer Sicherheit teilen und mit denen sie angeblich oder tatsächlich um Wohnungen, Arbeitsplätze, Karrierechancen und Sozialleistungen konkurrieren, zu „Fremden" gemacht, die doch offenbar keineswegs unkundig oder unfähig sind, die Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft erfolgreich zu beherrschen? Neid, Geiz, Mißgunst und Eifersucht, ja Aggression mögen die Folge verschärfter Konkurrenz sein. „Aber hier handelt es sich eigentlich gar nicht um ein speziell mit *Fremdheit* verbundenes Phänomen. Fast ist man versucht zu sagen: im Gegenteil!" (Hahn 1994, S. 153)

1. Beispiel: Vom Fremden zum Allzufremden. Als Schwellenjahr für eine augenfällige Umstellung der Semantik in der Bundesrepublik Deutschland von der staatsrechtlichen Kategorie des „Ausländers" auf den ethnologischen Begriff des „Fremden" kann das Jahr 1973 gelten. Von einem sozialdemokratisch geführten Kabinett wurde nach langen Diskussionen über die Belastbarkeit der Systeme der sozialen Sicherung angesichts wieder anwachsender Arbeitslosigkeit, eines weltweiten Ölpreisschocks und einer mit ökologischen Argumenten erzeugten Delegitimation der Wachstumsideologie ein Anwerbestopp für „Gastarbeiter" aus den bisherigen Anwerbeländern rund um das Mittelmeer erlassen. Der Stopp betraf vor allem türkische Arbeiter und unterband die bis dahin verbreitete Form der Pendelmigration. EG-Ausländer konnten für sich das Gemeinschaftsrecht auf Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und freie Berufswahl geltend machen. Türkischen Arbeitern hingegen wäre nach Verlassen der Bundesrepublik die Rückkehr auf immer versperrt geblieben. Also begannen sie nicht mehr länger ein Leben als „einzeln gehende Arbeiter", sondern als Familienväter zu führen und ihre Frauen, Geschwister und vor allem Kinder „nachzuholen", wie der Vorgang amtlich beschrieben wurde. Binnen weniger Jahre verdoppelte sich die „ausländische Wohnbevölkerung" trotz „Rückkehrförderung", darunter aus aufenthalts- und staatsrechtlichen Gründen besonders die Familien türkischer Herkunft. Sie wurden zum „Problem": weil sie aufgrund des gültigen *ius sanguinis* „Ausländer" bleiben müssen, auch wenn sie ihre angebliche anatolische „Heimat" nur von Ferienaufenthalten bei den Großeltern kennen, wüchse die Zahl der „Ausländer" selbst dann, wenn ihre Zuwanderung effektiv kontrolliert werden könnte.

Schon seit Anfang der siebziger Jahre wurde in der politischen Arena anschwellend von einem „Ausländerproblem" geredet, das von (Partei-)Politikern zumal in Wahlkämpfen nicht mehr nur als Problem der *finanziellen* Belastbarkeit der Bundesrepublik und ihrer Systeme der sozialen Sicherung, sondern als Problem der *kulturellen* Überforderung der einheimischen Bevölkerung konstruiert wurde. Die Parteistrategen erfuhren bei dieser Umdeutung Unterstützung durch Professionelle. Lehrer und Sozialarbeiter, die mit den „nachgeholten" ausländischen Kindern und Jugendlichen institutionell nicht fertig wurden, erklärten die Schwierigkeiten , die sich vor allem in mangelndem Schulerfolg der Migrantenkinder und einer überproportional hohen (Jugend-)Arbeitslosigkeit unter Migranten der zweiten Generation zeigten, mit der kulturellen Differenz. Sie favorisierten als Erklärungsmuster – auch des Scheiterns der eigenen pädagogischen Be-

mühungen – einen unvermeidbaren „Kulturkonflikt", der sich mit dem Grad der Fremdheit der beteiligten „Ethnien" zur Unlösbarkeit steigere.

Die Ethnologisierung der Arbeitsmigration blieb jedoch nicht auf den Bereich semi-professioneller Erziehung und Betreuung beschränkt, sondern erreichte auch die Spitzen der Politik, in Gestalt des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Westberlin (und späteren, hochangesehenen Bundespräsidenten) Richard von Weizsäcker, sowie das Flaggschiff der westdeutschen Publizistik, die renommierte Frankfurter Allgemeine Zeitung *(FAZ),* in Form einer Leitglosse am 2. Dez. '82 (mitten im Bundestagswahlkampf) unter dem Titel „Fremde und Allzufremde". Dort heißt es:

„(Aber) immer noch wird unter Verzicht auf jegliche Differenzierung über die 'Ausländer' in der Bundesrepublik gesprochen (...) Anscheinend soll hierzulande nicht zum Bewußtsein kommen dürfen, daß es verschiedene Grade von Fremdheit gibt und daß das Zusammenwohnen mit den besonders Fremden naturgemäß – genauer gesagt: kulturgemäß – am schlechtesten funktioniert. Mit den Ost-, den Süd- und den Südosteuropäern (...) geht es ziemlich gut; (...) Aber 'außen vor' sind vor allem die Turk-Völker geblieben – dazu Palästinenser, Maghrebiner und andere aus ganz und gar fremden Kulturkreisen Gekommene. Sie, und nur sie, sind das 'Ausländerproblem' der Bundesrepublik. (...) Sie sind nicht zu integrieren: subjektiv wollen sie es nicht, und objektiv können sie es nicht. Sie haben ein Ghetto gebildet und zumindest einen der West-Berliner Stadtbezirke zu einer türkischen Großstadt werden lassen, die für Deutsche praktisch unbewohnbar geworden ist."

Dem Berliner Bürgermeister wird Dank abgestattet, daß er bei einer Internationalen Konferenz türkische Diplomaten darauf hingewiesen habe, „daß es so nicht weiter geht". Die FAZ lobt v. Weizsäcker für sein entschiedenes Auftreten und setzt hinzu: „Die offenkundig unerträgliche Situation wenigstens so zu nennen, ist schon eine Hilfe. Aber noch keine Abhilfe. Gebessert kann sie nur mit radikalem Stopp des Zugangs aus fremden Kulturkreisen und mit allmählicher Verringerung der Zahl der Allzufremden in der Bundesrepublik werden." (*FAZ* vom 2.12.1982, S. 1)

Der späte Nachhall der „Kulturkreistheorie" mag die heutigen Ethnologen amüsieren oder entlasten, das ideologische Potential zum common sense abgesunkener ethnologischer Deutungsmuster aber ist gewaltig. Aus der Ethnologisierung der Betrachtung „des Ausländerproblems" ist im Handumdrehen eine Ethnisierung von Spannungen und Konflikten zwischen Ansässigen und Neuankömmlingen und eine versteckte Rassisierung der Zuwanderer geworden, deren Verhalten zwar nicht mehr biologistisch, dafür aber kulturdeterministisch erklärt wird. Die Dramatisierung der Fremdheit wirkt latent inferiorisierend, stellt die Situation als kulturell unerträglich dar, wo es schlicht darum ginge, Arbeitsplätze zu beschaffen und die Wohnsituation zu verbessern, und fordert – vornehm zwar, aber bestimmt – die „Allzufremden" zum Verlassen des Landes auf, während andere schlicht „Ausländer raus!" an Hauswände sprühen.

Die stereotype Vorstellung von der sozialen Bedeutsamkeit kultureller Distanz macht mögliche Differenzen endgültig unüberbrückbar. Wenn man es nicht mit Arbeitern, Kindern, Schwangeren, Taxifahrern, Ärzten, Gemüsehändlern oder Fußballspielern, also mit sozialen Gruppen zu tun hat, die unter gleichen Lebensbedingungen, aber unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen in einer westdeutschen Großstadt leben und aufwachsen, sondern wenn in ethnologischer Perspektive das Problem aus ganzen (Turk-)Völkern besteht, die schon einmal vor Wien standen, und ihren unwandelbaren, von keiner Modernisierung zu irritierenden Eigenschaften, bleibt nur die Vertreibung.

„Die Einteilung nach 'Kulturen' und 'Ethnien' ist in Deutschland eine Formierung von oben, die der administrativen und rechtspolitischen Bearbeitung des 'Ausländerproblems', aber auch indirekt dem 'Fremd-Machen' dient."

2. Beispiel: Das Fremde als kulturelle Bereicherung. Unter dem Gesichtspunkt der Ethnologisierung der Arbeitsmigration ist nicht nur der Diskurs der Ausländer*feindlichkeit*, in dem über die Grenzen der finanziellen und kulturellen Belastbarkeit geredet wird, als gesellschaftliches Phänomen zu untersuchen, sondern auch der ausländer*freundliche* Diskurs des Multikulturalismus, der kulturelle und vor allem ethnische Unterscheidungen in die politische Diskussion wieder einführt und durch Anerkennung zur Milderung von Spannungen beitragen will.

Im Multikulturalismus geschieht die Wiederaneignung des ethnologischen Blicks in einer Form, der erst auf den zweiten Blick anzusehen ist, in welcher kategorialen Tradition sie steht. Es war der evangelische Pfarrer und Studienleiter Jürgen Micksch, der seit Anfang der achtziger Jahre in einer Serie von Tagungen und Aufsätzen Arbeitsmigration als kulturelle Bereicherung thematisierte (vgl. zusammenfassend Micksch 1991). Die Rede ist, wenn die angeworbenen Arbeiter und ihre Familien gemeint sind, von „anderen Kulturen, mit denen wir Anregungen, Impulse und geistige Herausforderungen verbinden", von „kultureller Vielfalt" eben, von „ständiger Kommunikation zwischen Einwanderern und Einheimischen", und von „gegenseitiger kultureller Bereicherung" (Micksch 1991, S. 7 - 10). Der idealistisch-programmatische Charakter solcher Sätze liegt auf der Hand. Fast schwärmerisch wird erzählt von dem verbreiteten „Wunsch nach einem bunten Deutschland mit vielen Ausländern, weil die Erfahrung gemacht wurde, daß andere Traditionen integriert werden können und den Alltag lebendiger machen" (S. 11). Kulturelle Vielfalt habe seit jeher die deutsche Geschichte bestimmt: „So vermischen sich z.B. in Bayern die unterschiedlichsten Stämme: Kelten, Römer und Sueben. Zu den Ahnen der Bayern gehören die Naristen und Varisten, Skiren und Slaven, Heruler und Hunnen. Sie brachten ebenso unterschiedliche kulturelle Traditionen mit wie die in den letzten Jahrzehnten zugewanderten Ausländer" (S. 12). Eine eigenwillige Betrachtung des Industriestandortes Bayern und seiner „Ausländerpolitik".

Hervorgehoben wird bei der Beschreibung der Einwanderungsgesellschaft die *national-ethnische Herkunft* der Zuwanderer, die zu kulturbedingten Konflikten mit den ansässigen „Ethnien" führen werde. Zur Überwindung der nur konfliktverschärfend wirkenden herrschenden Fiktion einer „rassisch-ethnischen Homogenität" Deutschlands soll nicht mehr mit der „Einheitsidee des Nationalstaates" operiert, sondern „Einheit in Vielfalt" organisiert und „als positiver Wert verständlich und erfahrbar" gemacht werden (S. 12). Was aber heißt das anders, als nach der Fiktion der nationalen Homogenität nun die Konstruktion *ethnischer Heterogenität* und nicht z.B. die soziale Lage, ökonomische Interessen oder politische Überzeugungen als gesellschaftskonstituierendes Prinzip zu postulieren. Die den Nationalismus stützende Idee der ethnischen Bindungen lebt im Multikulturalismus in multiplizierter Form fort. Ethnien, d.h. kulturhomogene Gruppen, die die Ethnologie in fernen Kolonien aufgespürt hatte, oder die europäischen „Völker ohne Staat", die eine Erfindung des 19. Jahrhunderts der Nationalstaaten sind, werden dekontextualisiert und essenzialisiert und sollen – ausgerechnet in den industriellen Metropolen – be-

wahrt und gleichberechtigt mit- und nebeneinander leben lernen.

Es entsteht mit der Programmatik des Multikulturalismus die wiederkehrende Schwierigkeit, die zu beobachten ist, wenn ein Denkgebäude von den Füßen auf den Kopf gestellt werden soll; seine entscheidenden Kategorien bleiben erhalten. Man bleibt auf dem Gleis des Nationalismus, auch wenn man die Richtung wechselt. Wenn man sie beim Namen nennt, haben wir es mit „Volk", „Gemeinschaft", „ethnischen Unterschieden", „primordialen Bindungen", kurz mit einer „Kultur" zu tun, der eine Prägekraft zugeschrieben wird, die dem biologistischen Rassismus kaum nachsteht. Erwartbar finden sich naturalisierende Determinismen: Wie soll man die der Micksch'schen Beschreibung nachempfundene Formulierung verstehen, die sich bei Thomas Schmid, einem weiteren Propagandisten der „multikulturellen Gesellschaft" findet: „Denn in sämtlichen deutschen Regionen sind die Einheimischen *vorläufiges Endprodukt einer langen Kette von Vermischungen*: die Multikultur ist immer schon da", offenbar als Folge jahrhundertelanger Vererbung, denn: „Von einer monokulturellen *Reinheit der Deutschen* kann im Traum nicht die Rede sein". Offenbar wird „Kultur" nicht als ein ständiger Wandlung unterliegendes Instrument der Bewältigung von wechselnden Lebenslagen verstanden, sondern als prägendes Erbe, das bis auf die Römer und ihre Nonchalance im Umgang mit ethnischen Differenzen zurückgeht.

Bezogen auf die atavistische Dichotomie von Assimilation und Ausstoßung, die sich in den von der *FAZ* oben angedeuteten Politik-Optionen manifestiert, könnte der Eindruck entstehen, die Kompromißformel der „multikulturellen Gesellschaft" breche die fatale Zweiwertigkeit der Logik des Umgangs mit den anderen zugunsten einer Drei- bzw. Mehrwertigkeit auf. Aus Xenophobie soll, wenn schon nicht Xenophilie, dann jedenfalls ein gelassener Umgang mit dem Fremden werden. Multikulturalismus wäre so gesehen ein zivilisierter bzw. zivilisierender Versuch, einen Weg des Umgangs mit den Anderen zu suchen, der Integration *und* Differenz zugleich ermöglicht. So ist das Konzept von seinen Propagandisten gemeint. Aber: die bundesrepublikanische Gesellschaft als multikulturelle zu beschreiben und nicht länger zum Beispiel als „Klassengesellschaft", als „Konsumgesellschaft" oder als „postfordistische Industriegesellschaft" hat eine Reihe von unbeabsichtigten Nebenwirkungen.

Als Folge des sich ausbreitenden Multikulturalismus kann man eine ethnische Formierung auch der Mehrheiten durch eine Konturierung und Stilisierung von Minderheiten beobachten, an der (Partei-) Politik und professionelle Interessen gleichermaßen beteiligt sind. Wo an den Hinzugekommenen das „Fremde" hervorgehoben wird, liegt es nahe, auch das „eigene" in der politischen Auseinandersetzung mit neuem Nachdruck geltend zu machen. Das Eigene ist bei ethnischer Differenzierung nicht mehr der Beruf, die politische Überzeugung oder die Familie, sondern das „Deutsche", das im Zuge der nationalen Vereinigung – wie eh und je – soziale Differenz zu überbrücken hat. Die euphemistische Rede vom „Solidarpakt", der zur Finanzierung des Wohlstandsgefälles zwischen Ost- und West-Deutschland nach dem Beitritt der DDR als „nationale Aufgabe" dargestellt wird, wo es konkret um Lohnverzicht sowie Steuer- und Beitragserhöhungen geht, ist ein aktuelles Beispiel der Bezugnahme auf die Konstruktion des „Volkes" und der Instrumentierung der Politik durch nationale Symboliken. In einer Situation, in der das „ganze Volk" angehalten wird, „den Gürtel enger zu schnallen", liegt es auf den Stammtischen, daß „Fremde", seien es Arbeitsmigranten, Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht auch noch von den ohnehin knappen Mitteln bedient werden können. „Deutsch sein" heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren. Mit der semantischen Umstellung auf „Fremde" soll dieser Zusammenhang zumal den Armen und den Verlierern der nationalen Vereinigung einleuchtend gemacht werden.

Die Einteilung der Zuwanderer nach „Kulturen" bzw. „Ethnien", die im Programm des Multikulturalismus positiv hervorgehoben werden, hilft der um die Finanzierung des Sozialstaates besorgten staatlichen Politik dazu, das trennend Fremde an den Anderen hervorzukehren, die unter gleich miserablen Lebensbedingungen, aber ohne politische Rechte, am unteren Ende der sozialen Pyramide leben müssen. Die zynische Adaption des „Multikulturalismus" durch die „neue Rechte" (vgl. Ulbrich 1991) zeigt, was mit der Anerkennung der „Kulturdifferenz" gemeint ist: die Legitimation der unverhohlenen Betonung des „Eigenen" als ethnisch-nationalistische Wiederbesinnung, die in Deutschland so viele Jahrzehnte tabuisiert war.

Der Einwand, ethnische Vergemeinschaftung – auf der Seite der Mehrheit wie der Minderheiten – sei ein tief in der menschlichen Seele verankertes Bedürfnis, mag zutreffen oder auch nicht. Beobachten kann man solche Bedürfnisse nur in konkreten, historischen Konstellationen. Ethnische Identifikation oder Ausgrenzung könnten auch bloß eine zusätzliche Ressource im ökonomischen und sozialen Wettbewerb sein. Dafür spräche die ethnische Diskriminierung in allen wichtigen Lebensbereichen der modernen Marktökonomie, aber auch die reaktive ethnische Organisation von Gewerbe- und Kriminalitätszweigen in den großen Städten der Einwanderungsländer. In jedem Fall bedarf es der besonderen sozialen Situation, damit dieses „Bedürfnis" – wie auch andere tief verwurzelte Bedürfnisse – als Kompensation für erlittenes Unrecht „ausgelebt", oder als Mittel der ethnischen Mobilisierung eingesetzt werden kann. Das notwendige Milieu schafft der Nationalstaat, indem er bei der Konstruktion seines Herkunftsmythos immer neue Ein- und Ausgrenzungskriterien erzeugt und gesetzlich legitimiert. Ausgeschlossen wird nicht mit Notwendigkeit, sondern nach Opportunität, die außenpolitische und wirtschaftspolitische Interessen, oder auch die Haushaltslage des sozialen Wohlfahrtssystems vorgeben können (vgl. Bommes/Halfmann 1994, Radtke 1995).

Die Einteilung nach „Kulturen" und „Ethnien" ist in Deutschland eine Formierung von oben, die der administrativen und rechtspolitischen Bearbeitung des „Ausländerproblems", aber auch indirekt dem „Fremd-Machen" dient. Vor allem Sozialarbeiter und Lehrer haben die „Kulturen" erfunden, mit denen sie nun zu tun haben. Dieser Formierung von oben steht nach den Brandanschlägen auf Wohnungen vor allem von türkischen Immigranten eine spontane Mobilisierung der Angegriffenen von unten gegenüber, die ethnisierend zusammenzwingt, was sozial nicht zusammengehört. In einem aversiven und feindlichen sozialen Klima bedingen und verstärken Fremd-Ethnisierung und Selbst-Ethnisierung einander. Weil Zuwanderer in der Bundesrepublik nicht einmal das Recht haben, politische Rechte zu haben (Hannah Arendt), sind sie daran gehindert, sich wie Gesellschaftsmitglieder nach sozialen, politischen und ökonomischen Interessen zu differenzieren und sich an der pluralen Kompromißbildung von Interessengegensätzen wirkungsvoll zu beteiligen. ●

Der vorliegende Beitrag ist eine leicht gekürzte Fassung eines auf der Tagung „Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte" der Friedrich-Ebert-Stiftung (11. Okt. 1995) gehaltenen Vortrages.

Literatur

Bommes, M. / Halfmann, J.: Migration und Inklusion. Spannungen zwischen Nationalstaat und Wohlfahrsstaat, in: KZfSS 46/1994, S. 406-424.

Hahn, A.: Die soziale Konstruktion des Fremden, in: Sprondel, W.M. (Hg.): Die Objektivität der Ordnung und ihre kommunikative Konstruktion, Frankfurt am Main, 1994, S. 140-163.

Micksch, J. (Hg.): Deutschland – Einheit in kultureller Vielfalt, Frankfurt am Main 1991.

Radtke, F.-O.: Demokratische Diskriminierung. Exklusion als Bedürfnis oder nach Bedarf, in: Mittelweg 36, 4 (1995) 1, S. 32-48.

Ulbrich, S. (Hg.): Multikultopia. Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft, Vilsbiburg 1991.

SUSANNE KAPPELER

Kulturelle Differenz

oder das Wunder des individuellen Subjekts

Just zu einer Zeit, in der es der Analyse, Strategie und des politischen Engagements bedarf, haben sich Intellektuelle und AkademikerInnen in den Kulturalismus und Ethnizismus zurückgezogen, oder schlimmer noch, in den Diskurs, die Dekonstruktion und die Darstellung geflüchtet – als wäre es wichtiger, die Welt zu interpretieren als sie zu verändern, als wäre die Veränderung ihrer Interpretation alles, was uns in einer sich verändernden Welt zu tun bleibt. Ersteres ist ein Rückzug, letzteres ein Verrat.

A. Sivanandan, 'La trahison des clercs' (1)

Aus dem „post-apartheid" Südafrika hören wir über Desegregationskämpfe der Schwarzen, wie wir sie aus der Geschichte des US-amerikanischen Südens kennen: „Weiße Rassisten gröhlen Beleidigungen, während eine Handvoll schwarzer Kinder Spießruten laufen, um zur Schule – der Potgietersrus Primarschule – zu gelangen." Das Obergericht von Pretoria hatte der Schule verordnet, ihre Pforten auch schwarzen Kindern zu öffnen. Die rechtsextremen, khakibekleideten weißen Eltern sind wütend und sprechen Drohungen aus: „Unterschätzen sie die Rechten nicht. Wir werden von Tag zu Tag stärker und gefährlicher."

Hier, wo für den Rassismus offen und unverschämt gekämpft wird, geht man mit der Zeit, d.h. mobilisiert für den Apartheidsrassismus nicht die Biologie, sondern die Kultur. Koos Nel, Vorsitzender der Schulverwaltungskommission, bestritt „ausdrücklichst", daß die schwarzen SchülerInnen aus rassistischen Gründen von der Schule ausgeschlossen wurden. „Vielmehr betonte er, daß die Einführung einer afrozentrischen Kultur zum Ruin der Afrikaner-Kultur führen würde." Die Kommission zog in Erwägung, den Obergerichtsentscheid gerichtlich anzufechten – und zwar aufgrund des Artikels der Interimverfassung zur Wahrung und zum Schutz sprachlicher und kultureller Rechte. (2)

Welche westlichen Intellektuellen mit postmoderner Selbstachtung würden sich dem entgegensetzen wollen: einer Minderheitskultur, die auf ihrer „Andersartigkeit" besteht, sich wacker gegen die Kultur der Mehrheit und des Staates wehrt? Das Beispiel dieser realen Situation, wo es um Leben und Lebenswichtiges geht, zeigt in ernüchternder Weise die Seichtheit westlicher Papierdiskurse auf, die sich zur Zeit mit solcher Scheinradikalität an einem „Kampf um die Kultur" beteiligt verstehen. Schlimmer noch, es zeigt, wie diese Diskurse in ihrer virtuellen Abgehobenheit von „kulturellen Rechten" und „Ethnien, die für sich selber sprechen" mitnichten automatisch der Befreiung unterdrückter Gruppen dienen, sondern ebenso gut faschistischen Zwecken Vorschub leisten. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, daß der westliche Kulturdiskurs einem Kulturbegriff verpflichtet bleibt, der alles mit der westlichen Dominanz- und Unterwerfungs-Zivilisation und nichts mit politischer Befreiung zu tun hat.

Zwei Aspekte dieses westlich-zivilisatorischen Kulturbegriffs sind von besonderer Relevanz. Erstens stützt sich der dominante Kulturbegriff auf das Modell der Nationalkultur, auch wenn der Begriff auf „Nationen", „Ethnien" und „Sub-Kulturen" ausgedehnt wird. Das heißt, das Modell der Konstruktion einer „öffentlichen" bis offiziellen Nationalkultur im modernen westlichen Nationalstaat wird zum tragenden Verständnis von „Kultur" schlechthin. „Von Kultur zu reden war immer schon wider die Kultur", sagten Horkheimer und Adorno vor langem einmal dazu, in charakteristisch aphoristischer Weise. (3)

Zweitens nimmt die „Kultur" ideologisch, ganz im Gegensatz zu ihrer eklatanten materiellen, d.h. politischen und ökonomischen Produktion, in der säkularisierten westlichen Industriegesellschaft den freigemachten Platz der religiösen Spiritualität ein. „Kultur" ist das „Andere" zur materiellen Realität, selten als selbst eine materielle Realität in dieser verortet; kulturelle Aktivität – immer im Veröffentlichungssektor – genießt somit den Status politischer Harmlosigkeit und verkörpert Aspirationen auf spirituelle Erfüllung.

Das trojanische Pferd des Kulturbegriffs im Zentrum sogenannter Befreiungsdiskurse bedeutet nicht nur die Möglichkeit, daß dieser wie im oben erwähnten Beispiel von den Rechten benutzt werden kann: Es bedeutet, daß die Befreiungsdiskurse im Kern, d.h. im Befreiungsprojekt selbst, untergraben und potentiell auf faschistischen Kurs geleitet werden. KritikerInnen haben immer wieder auf diesen potentiell faschistischen Zug hingewiesen; z.B. Cherrie Moraga: „Ich mache mir Sorgen über den ethnisch (racial) kulturellen Separatismus unter uns, wenn wir uns weigern, mit Gruppen außerhalb unserer Rassenzugehörigkeit oder ethnischen Zugehörigkeit zusammenzuarbeiten." (4) Oder Paul Gilroy: „Indem auch Schwarze und Teile der Anti-Rassismusbewegung 'Rasse' und Ethnizität als absolute Werte definieren, laufen sie Gefahr, die Erklärungsmodelle und politischen Definitionen der neuen Rechten zu bekräftigen." (5)

Daß solcher Kritik nicht allzu viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, hat damit zu tun, daß auch Faschismus mehr als eine Frage der Identität denn als politische Struktur verstanden wird: Es scheint unglaubwürdig, daß sich Gruppen, die historisch vom Faschismus oder Rassismus verfolgten waren, selbst faschistoide Strukturen entwickeln könnten. Doch „Identität" ist kein Garant für Politik – für die Wahl politischen Handelns, politischer Organisation und politischer Ziele –, erst recht verleiht historische kulturelle „Identität" oder auch nur Erfahrung keine Immunität gegen falsches Verhalten. In ähnlicher Weise schrieb Eric Williams in den vierziger Jahren angesichts der beträchtlichen ökonomisch-sozialen Veränderungen, daß diese nicht schlicht, weil sie Veränderungen sind, auch progressiv sind: „Wir müssen nicht nur gegen diese alten Vorurteile auf der Hut sein, sondern auch gegen die neuen, die laufend geschaffen werden. Kein Zeitalter ist immun." (6) Die Abschaffung der Sklaverei bedeutet nicht unbedingt die Abschaffung der ideologischen Formen, die sie gestützt haben; die Tatsache, daß wir uns im Zeitalter nach dem historischen europäischen Faschismus befinden, heißt nicht, daß faschistische Ideologien und Strukturen überwunden sind.

In dem heute wieder grassierenden ethnologischen und kulturalistischen Positivismus der westlichen intellektuellen Szene sind „Kultur", „Ethnie" und „Rasse" austauschbare Begriffe, das unterstellte Ursache-Wirkungsprinzip beliebig umkehrbar. Der liberale Multikulturalismus favorisiert eine Kausalität, aufgrund derer Rassendifferenzen und ethnische Ausdifferenzie-

rung zum Rassismus führen, der nun wieder rückgängig gemacht werden soll, frei nach dem liberalen Motto, daß an der Rassendifferenzierung an sich nichts schlechtes sei, nur an dem Gebraucht, der davon gemacht wird. Die moderne Rechte – kulturalistischer als die noch der Biologie verhangenen Liberalen – neigt dazu, die Kultur zum verursachenden Prinzip der ethnischen Differenzierung zu überhöhen, wenn auch mehr aus Opportunismus als aus tiefer Überzeugung. Entspricht letzteres eindeutig der traditionellen konservativen kommunalistischen Machtpolitik, entspringt ersteres einem – für den Liberalismus ebenfalls traditionellen – Individualismus, der in der postmodernen Ausführung akademischer DifferenzpolitikerInnen seinen absurden Höhe- (oder Tief-)punkt erreicht.

Die Tragik des von Sivanandan angesprochenen Verrats der Intellektuellen liegt darin, daß sich die – grundsätzlich dem Liberalismus verpflichtete, aber mit kommunalistischer Politik kokettierende – akademische Differenzpolitik als radikalpolitisch gibt und als solche einen beträchtlichen destruktiven Einfluß auf die für sie empfänglichen sozialen Bewegungen ausübt. Der vernichtende Schlag, den die postmodernen Intellektuellen den politischen Widerstandsbewegungen im Westen zu versetzen vermocht haben, ist deren radikale Entpolitisierung: die erfolgreiche Zersplitterung des kollektiven Widerstandes im Austausch für die Suche nach der individuellen Identität. Kenan Malik beschreibt die Diskussion einer Gruppe vorwiegend schwarzer StudentInnen in London über seine vorgetragene These, daß sich der kollektive Widerstand gegen Rassismus in den USA in eine Reihe konkurrierender ethnischer Gruppen – Afro-AmerikanerInnen, Hispano-AmerikanerInnen, Koreanisch-AmerikanerInnen – zersplittert hat. „Fast das ganze Publikum war anderer Meinung, 'Afro-AmerikanerInnen', erklärte eine Studentin, 'sind anders'." (7)

Für den radikalen Intellektuellen Stuart Hall, schreibt Malik, ist das Aufblühen ethnischer Differenzpolitik nicht ein Zeichen des sozialen Konfliktes, sondern einer neuen Form der Demokratie, in der die bisher zum Schweigen Verdammten ihre Stimme finden. (8) „Die neu aufkommenden Subjekte, Geschlechter, Ethnizitäten, Regionen und Gemeinschaften [im englischen Original: *the emergence of new subjects, new genders, new ethnicities, new regions, new communities*], die bisher von den bedeutendsten Formen der Repräsentation ausgegrenzt wurden..., erkämpften damals ... die Mittel, mit denen sie für sich selbst sprechen können", schreibt Hall. (9) Die scheinbare Ambivalenz des von Hall verwendeten Begriffs *emergence* – „Entstehen/Erscheinen/Auftauchen" – im Zusammenhang *neuer* Identitäten und Regionen wendet sich bis Ende des Satzes in den unmißverständlichen Positivismus bereits bestehender (also 'alter') Gruppen – konstituiert, aber bisher von der Repräsentation ausgeschlossen –, die sich nun die Mittel zum Selbstausdruck erkämpfen. Die Betonung des gemeinsamen Handlungsfeldes als einem „Für-sich-selbst-Sprechen" macht aus dem „Auftauchen neuer Identitäten" weniger die Entstehung neuer politischer Formationen in einer sich verändernden Welt, als das Auftauchen und den Eintritt gewisser Gruppen und Individuen in *die Arena des öffentlichen Diskurses*, die sogenannte „Kultur". Die erstaunliche Zusammenfassung individueller „Subjekte", „neuer Geschlechter und Ethnizitäten" sowie neuer *Regionen* und *Gemeinschaften* verrät den Wunsch postmoderner Kultur- und Diskurssubjekte nach politischer Glaubwürdigkeit, den vergleichenden Griff nach den sich neu bildenden geopolitischen Formationen z.B. des Ostens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion oder in der Zweidrittelwelt zur Legitimierung des eigenen Projekts. Das Zitat markiert überdies die grundsätzliche Ambivalenz des postmodernen Projekts zwischen der liberalen Begünstigung des individuellen Subjekts einerseits und der Begeisterung für das Gruppenrecht andererseits.

Mit den neuen Ethnizitäten und Geschlechtern postuliert Hall eine „nicht-repressive und diversifiziertere Konzeption von Ethnizität". (10) Es fragt sich, ob eine solche „Ethnizität" oder ein solches „Geschlecht" noch eine Ethnizität oder ein Geschlecht ist, wenn das konstitutive Element, nämlich die repressive Homogenisierung einer Gruppe *zur* Ethnizität oder *zum* Geschlecht nicht vorhanden ist. Doch wichtiger ist, ob sich diese nicht-repressive Diversität, außer im Postulat, in ersichtlicher Weise realisiert, d.h. ob das Konzept der „Ethnizität" oder das der „nicht-repressiven Diversität" im postmodernen Diskurs tragend ist. „Die Idee, daß alle Gruppen das Recht haben, für sich selbst, in ihrer eigenen Stimme, zu sprechen und diese Stimme als authentisch und legitim akzeptiert zu haben, ist grundsätzlich für die pluralistische Auffassung des Postmodernismus", erläutert David Harvey mit einer schon weniger diversifizierten Konzeption der „Gruppe". (11) Und auch Hall erwähnt „vierzig verschiedene Völker mit vierzig verschiedenen Geschichten." (12)

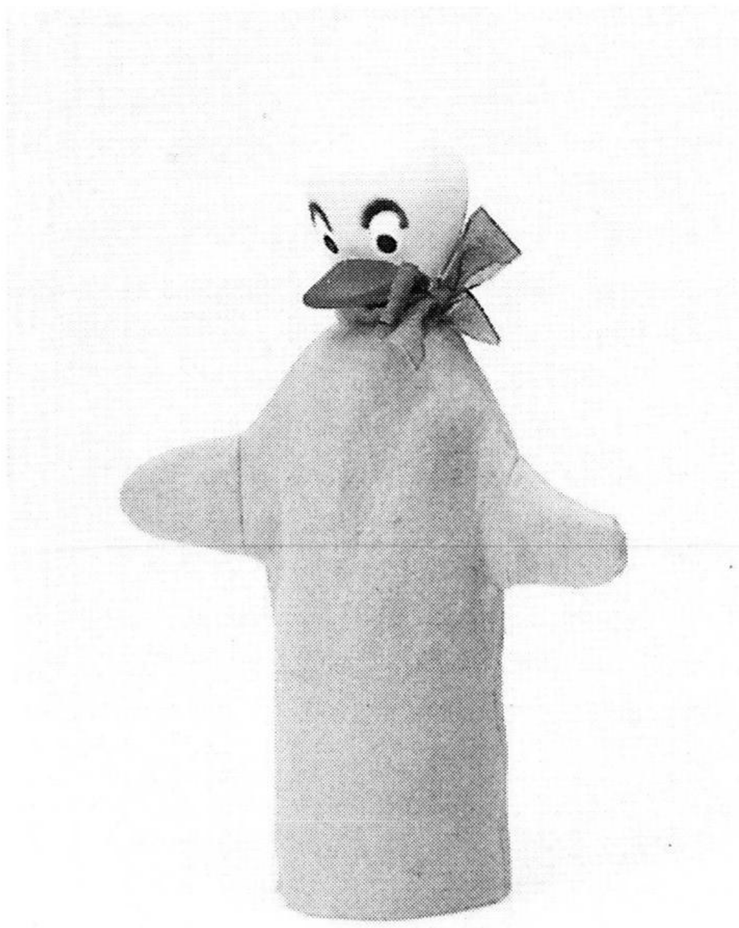
Nehmen wir die Logik wie die Postulate der postmodernen DifferenzpolitikerInnen ernst, müssen wir eingestehen, daß neuen Geschlechtern und Ethnizitäten – wie „dialektisch", „nicht repressiv" und „diversifiziert" diese auch konzipiert sein mögen – jegliche Legitimität fehlt und sie selbst der Abschaffung, der Zerstückelung in die einzelnen Individuen bedürfen. Denn wie laut Hall die bisher ausgeschlossenen Ethnien Britanniens ihre spezifische Stimme – die Repräsenta-tion ihrer Ethnizität – der hegemonialen Konzeption der „Englischheit" („English-ness") entgegenzusetzen haben (13), hat sich logischerweise jede individuelle Gruppenmitgliedsstimme gegen die Hegemonie der Gruppenstimme durchzusetzen, die da ihr Recht einfordert, für „sich" , d.h. die Gruppe, zu sprechen. Wie Paul Gilroy kritisiert, birgt

„new subjects"

diese „Begeisterung für die Sprache der Nation" – und, so können wir anfügen, für die realexistierende Demokratie – „die Gefahr, daß Formen des Nationalismus, die selbst mit rassistischen Konnotationen eingefärbt sind, gestützt und übernommen werden." (14)

Die Sprache der Nation und die Sprache der Demokratie stehen nicht grundsätzlich im Gegensatz, denn die realexistierende Demokratie ist eine Demokratie im Rahmen der Nation, eine Organisation des Nationalstaates; das liberale „Individuum" ist das nationale Individuum. So schwingt das Pendulum auch im postmodernen Diskurs vom Individuum zur Gruppe, die es trägt und wieder zurück von der kulturellen, der ethnischen, der Geschlechtsidentität zur individuellen oder Subjektidentität. „Poststrukturalistisches Denken", schreibt Stuart Hall mit David Bailey, „widersetzt sich der Idee, daß die Person mit einer festgeschriebenen Identität zur Welt kommt – daß beispielsweise alle Schwarzen eine essentielle, ihnen zugrundeliegende gleiche und unveränderliche schwarze Identität haben. Statt dessen postuliert es, daß Identitäten schwimmend sind, daß Bedeutung nicht fixiert und universell ist,

wahr für alle Zeiten und alle Menschen, und daß das Subjekt durch das Unbewußte im Begehren, in der Phantasie und der Erinnerung konstruiert ist." (15) Das Subjekt – so das radikal neue Postulat – ist „anders"! Jedes eine individuelle Individualität, das seine Identität – schwimmend, wohlverstanden – nicht aus seiner sozialen Gruppenzugehörigkeit, seiner geopolitischen Region oder kultur-politischen Gemeinschaft (wie nicht-repressiv und diversifiziert auch immer) bezieht, sondern aus seinem ureigensten persönlichen Unbewußten. Gesellen wir zu diesen Kulturpoli-



„new ethnicities"

tikerInnen noch die Cyberspace-EnthusiastInnen, zeigt sich, daß sich das Subjekt seine flotierende Identität auch aus dem externalisierten Unbewußten – am Computerbildschirm – zusammenkonstruieren kann. (16) Kobena Mercer steht diesem Pluralismus des postmodernen Denkens etwas erschlagen gegenüber und erklärt sinnierend: „Jede/r weiß intuitiv, daß das Alltagsleben so komplex ist, daß kein einzelnes Glaubenssystem oder keine einzige große Erzählung es alles zu erklären vermag." (17) Das Alltagsleben mag komplex sein, aber diese seine postmoderne „Analyse" ist es nicht.

Kultur und Realität

„Der Rückzug in den Kulturalismus und Ethnizismus", schreibt Sivanandan in seiner Kritik, „ist ein Rückzug vom Kampf gegen den Rassismus – ein Kampf *für* die Kultur, nicht *gegen* den Rassismus – ein Kampf für einen gewissen Lebensstil und nicht für eine *allgemeine* Lebensqualität –, denn das würde heißen, die ökonomische gegenüber der kulturellen Dimension des Rassismus zu 'privilegieren' (ihr Begriff)." (18) Interessant ist, daß für die Postmodernen „Lebensstil" – solange er individuell bleibt und nicht zur *allgemeinen Lebensqualität* wird – offenbar nichts mit Ökonomie zu tun hat, ebenso wie „Kultur" offenbar der Ökonomie entgegensteht. Die ökonomische Dimension zu unterschlagen aber heißt gewöhnlich, ihr unsichtbar den Vorrang zu lassen, d.h. die spezifisch ökonomischen Gegebenheiten der eigenen Position implizit zur Norm zu machen, die resultierenden Privilegien zu verteidigen und zu legitimieren.

Der postmoderne Differenzdiskurs ist sichtbar das Produkt einer spezifischen, ökonomisch bestimmbaren Klasse von AkademikerInnen und KulturdiskurslerInnen in den westlichen Metropolen, die ihren Lebensstil, den professionellen inklusive, zur Kultur erheben, zu einer Kultur, die sich als individuell und selbst-konstruiert versteht und als solche theoretisiert wird. Klar bleibt, daß die eigenen ökonomischen Privilegien die konzeptionelle Grundlage dieses Kulturbegriffs und der postmodernen Kulturtheorie bilden – und ebenso die ökonomische Grundlage ihrer tatsächlichen Produktion in der Arena des öffentlichen Diskurses.

Galt den Positivisten des neunzehnten Jahrhunderts die Kultur als binäres Gegenstück zur „Natur", gilt sie den postmodernen Positivisten des Differenzdiskurses als „natürliches" Gegenstück zur „Ökonomie", auch als Opposition von „Kultur" und „Realität" bekannt. Was systematisch unterschlagen wird, ist die ökonomische und politische Dimension der Produktion von Kultur. Die Arena der nationalen Kultur, in der diversifizierte neue „Ethnizitäten" ihre „Andersheit" der „Englischheit" entgegensetzen wollen, ist eine Co-Produktion der staatlichen und kommerziellen Institutionen. Die Stimme will nicht nur gefunden werden, sie will öffentlich produziert werden. Sie hat zwei Zugänge zur Arena der kulturellen Öffentlichkeit: die staatlichen „Apparate" – Subventionskultur, Bildungswesen, staatliche Monopolmedien – und die privatwirtschaftliche Kulturindustrie. Das Mittel, das oftmals fehlt, ist nicht die Stimme, sondern das Geld oder die politische Macht. Spricht Stuart Hall noch von der Erkämpfung solcher Mittel, verliert sich die Notwendigkeit materieller Mittel zur Erhebung der Stimme im Gros des postmodernen Identitätsdiskurses. Die Betonung liegt auf der Findung der eigenen Stimme in der Unsicherheit der eigenen Identität und der diesbezüglichen Uneindeutigkeit des eigenen Unbewußten. Die Vision erfolgreichen Suchens erfüllt sich im demokratischen Chor der erhobenen Stimmen in der erhabenen Kathedrale der Kultur.

Wofür die Stimme zu erheben wäre – außer zur Lobpreisung der eigenen Existenz in der endlich gefundenen Identität –, oder *wogegen* die Stimme zu erheben wäre, ist dabei weniger wichtig. Das Erheben der kulturellen Stimme ist das Ziel an sich und ereignet sich im Reich der Kultur, nicht als eine Handlung in der politischen oder gar ökonomischen Realität. Der Beitritt zum Chor der Kathedrale gehört zum geforderten Lebensstil – würde das „Recht" darauf zur politischen Forderung einer allgemeinen Lebensqualität, sähen wir das Ende der irdischen Realität und ihre Auflösung in der Kultur. ●

Anmerkungen

1. *Sivanandan, A. 1996: „La trahison des clercs", Race and Class: A Journal for Black and Third World Liberation, 37, Nr. 3, S. 68 (meine Übersetzung).*
2. *van Niekerk, Phillipp 1996: „White parents lose battle at school", The Guardian Workers, 3.3., S. 4, The Observer, (m.Ü.).*
3. *Horkheimer, Max und Adorno, Theodor 1987: „Dialektik der Aufklärung", in: Horkheimer, Max: Gesammelte Schriften, Band 5, hg. von Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt a.M., S. 156.*
4. *Moraga, Cherríe 1981: „Refugees Of A World On Fire: Foreword to the Second Edition", in: Moraga, Cherríe, Gloria Andalúa (Hg.): This Bridge Called My Back: Writings of Radical Women of Color, New York, Vorwort ohne Seitenzahlen (m.Ü.).*
5. *Gilroy, Paul 1987: „There Ain't No Black in the Union Jack: The cultural politics of race and nation", London, S. 13 (m.Ü.).*
6. *Zit. in Robinson, Cedric J. 1987: „Capitalism, Slavery and Bourgeois Historiography (or 'taking on ol' massa)", History Workshop: A Journal of Socialist and Feminist Historians 23, S. 130 (m.Ü.).*
7. *Malik, Kenan 1996: „Universalism and difference: race and the postmodernists", Race and Class 37, Nr. 3, S. 1 (m.Ü.).*
8. *Ebd., S. 2.*
9. *Hall, Stuart 1994: „Globalisierung und Ethnizität", übersetzt von Dorothee Bohle, in: Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität: Ausgewählte Schriften Band 2, AS 226, Hamburg, S. 59.*
10. *Hall, Stuart: „Neue Ethnizitäten", übersetzt von Joachim Gutsche und Dominique John, in: Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität, a.a.O., S. 23.*
11. *Zit. in: Malik, Kenan: „Universalism and difference", a.a.O., S. 3 (m.Ü.).*
11. *Hall, Stuart: „Globalsierung und Ethnizität", a.a.O., S. 63.*
13. *Hall, Stuart: „Neue Ethnizitäten", a.a.O., S. 23.*
14. *Gilroy, Paul: „There Ain't No Black in the Union Jack", a.a.O., S. 26 (m.Ü.).*
15. *Bailey, David und Hall, Stuart, zit. in: Mali, Kenan, Universalism and difference, a.a.O., S. 4-5 (m.Ü.).*
16 *Vgl. Beyer, Melanie 1995: „Befreiung in die Informatik?", Wechselwirkung, Jg. 17. Feb./ März, S. 59- 63.*
17. *Mercer, Kobena, zit. in: Malik, Kenan: Universalism and difference, a.a.O., S. 2.*
18. *Sivanandan, A.: „La trahison des clercs", a.a.O., S. 68 (m.Ü.).*

CLEMENS NACHTMANN

Anti-Imperialismus

Höchstes Stadium des falschen Anti-Kapitalismus

Die nachfolgende, für den Neuabdruck teils gestraffte, teils erweiterte und teils veränderte Polemik wurde 1992 mit Blick auf die damalige „Radikale Linke" geschrieben. Weit verbreitet war nämlich dort die Einschätzung, daß die Linken, nachdem sie um 1989 schon die Idee einer besseren Gesellschaft „aufgegeben", anläßlich des Golfkrieges auch „Abschied" vom Anti-Imperialismus genommen hätten. Bei aller Kritik, die man auch als Linksradikaler daran üben müsse, sei am Anti-Imperialismus doch grundsätzlich festzuhalten.

Demgegenüber versuchte der Artikel daran zu erinnern, daß die sogenannte „Verabschiedung" des Anti-Imperialismus nicht erst 1991, sondern schon etwa 15 Jahre vorher angefangen hatte: exemplarisch dafür steht die 1979 erschienene Nr. 57 des bereits damals als zuverlässiger Seismograph des Zeitgeists fungierenden *Kursbuch*. Sein Titel: „Der Mythos des Internationalismus". Gegen das wohlfeile Verrats-Geschrei schließlich wurde eingewandt, daß der sogenannte „Abschied" vom Anti-Imperialismus selber nur „enttäuschter Anti-Imperialismus" ist – er sei, so hieß es, „die in ihr Gegenteil umgeschlagene und schon immer falsche Idee, wonach diejenigen, die im System weltweiter Kapitalakkumulation die Geschädigten sind, auch noch die besseren Menschen zu sein haben". Schon deshalb komme an einer Grundsatzkritik des Anti-Imperialismus nicht vorbei, wer dessen „Verabschiedung" treffen wolle.

Heute, nur vier Jahre später, ist die mit markigen anti-imperialistischen Parolen hausieren gehende Soli-Arbeit klassischen Zuschnitts de facto nicht mehr existent, so daß die damals angestellten Überlegungen nun gegenstandlos scheinen. Mit dem Anti-Imperialismus sind jedoch keineswegs die mit ihm stets notwendig verbundenen Haltungen, Denk- und Politikformen verschwunden, im Gegenteil: früher noch weithin exklusive Angelegenheit linker Splittergruppen, sind sie nun zum gesellschaftlichen Allgemeingut geworden. Das Stadium, wo bei den Ex-Linken Reue und Zerknirschung auf der Tagesordnung standen, ist längst vorbei, und aus der rituellen „Selbstkritik" steigen die alten Parolen taufrisch und runderneuert hervor. Die Linken, die aufgrund ihrer einschlägigen Erfahrungen anfangs noch ideologische Vorhut spielen konnten, sind dabei längst ins Hintertreffen geraten. Nicht Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit, sondern Christian Schwarz-Schilling und Tilman Zülch sind die neue Generation bundesdeutscher Anti-Imps. Der gesamte sinnlos donnernde Schrott anti-imperialistischer Phrasen, der einem aus einer anderen Zeit und aus einem anderen Zusammenhang noch vertraut ist, kehrt nun wieder, hat allerdings einen neuen Gegenstand und neue Träger gefunden. Der gesellschaftsfähig gewordene Anti-Imperialismus präsentiert sich dabei noch plumper und platter, als er jemals war und als man ihn, zum Zwecke der Kritik bewußt übertreibend, beschrieben hatte. Seine Weltsicht ist mit dem Kampf von „Gut" und „Böse" eigentlich erschöpfend charakterisiert. Das finstere Subjekt, dem alle erdenklichen Übel angelastet werden, ist freilich nun nicht mehr „der Imperialismus", sondern sind „die Serben", statt in Vietnam wird nun in Bosnien ein „Völkermord" entdeckt, statt für „kämpfende Völker" in Nicaragua oder Moçambique begeistert man sich nun für muslimische oder kroatische Mordbanden und den „Sieg im Volkskrieg" wünscht man nun nicht mehr Arafat und den Palästinensern, sondern Dudajew und den Tschetschenen.

Wie in anderen Zusammenhängen, so gilt eben auch hier ein die bürgerliche Gesellschaft allgemein charakterisierendes Merkmal in Deutschland im besonderen Maße: daß die allgemeinen Denkformen ausschlaggebender sind als der unter ihnen befaßte Inhalt.

I.

Das Entscheidende am Anti-Imperialismus sind nicht dessen bekannte und immer wieder kritisierte Begleit- und Folgeerscheinungen – die Dritt-Welt-Romantik, die Projektion eigener revolutionärer Hoffnungen auf Bewegungen in fernen Ländern etc. – sondern das diesen Erscheinungen zugrundeliegende Prinzip: ein bestimmter Begriff bzw. eine bestimmte Vorstellung von „Imperialismus". Zwar existierte zu keiner Zeit ein theoretisch explizit formulierter Begriff des Imperialismus, der für die bundesdeutsche Linke verbindlich gewesen wäre. Als Imperialismus-Begriff kann jedoch das Ensemble all jener stillschweigend vorausgesetzten oder ausdrücklich genannten Aussagen und Annahmen über den Imperialismus gelten, welches sich aus den von ihren Erscheinungsformen her durchaus verschiedenen anti-imperialistischen Agitations- und Aktionsformen ableiten läßt.

Auffällig ist zunächst, daß im Anti-Imperialismus davon ausgegangen wird, alles Elend in der sogenannten „Dritten Welt" sei zurückzuführen auf einen Verursacher, welcher es bewußt und mit böser Absicht produziert und aufrechterhält. Dieses finstere Subjekt soll nun der „Imperialismus" sein. Wenn Linke also vom „Imperialismus" reden, dann ist mit diesem Begriff weder, wie bei Lenin, ein bestimmtes „Stadium" in der Entwicklung des Kapitalismus noch, wie eine lexikalische Definition uns lehrt, Expansions- und Machtstreben, also eine Eigenschaft von Staaten gemeint. Vielmehr ist „Imperialismus" der Name für ein weltweit handelndes Subjekt, das zwar als bewußt und selbstbewußt handelndes auf der Weltbühne auftritt, als solches aber merkwürdig blaß und unbestimmt bleibt und somit greifbar nur an seinen Erscheinungsformen ist: skrupellosen Multis, fiesen Bankern, finsteren counterinsurgency-Strategen, stiernackigen Militärs, gegen welche Schurken dann auch anti-imperialistischerseits mit großer moralischer Verve zu Felde gezogen wird und welche, zusammenaddiert, das Subjekt „Imperialismus" ergeben.

II.

Konstitutiv für den gemeinplätzlichen linken Imperialismus-Begriff ist also die Annahme, die unmittelbaren Nutznießer und Profiteure der bürgerlichen Gesellschaft seien deren bewußte und selbstbewußte Subjekte. Diese Annahme gründet wiederum in einem auf die sozialdemokratische und parteikommunistische Bewegung zurückgehenden, personalisierenden Mißverständnis des Kapitalverhältnisses und der bürgerlichen Gesellschaft. Danach soll das ausschlaggebende Merkmal der bürgerlichen Gesellschaft darin bestehen, daß in ihr sich verschiedene Kollektiv-Subjekte gegenübertreten, die an und für sich nichts miteinander zu tun haben und sich nur äußerlich, durch ihre jeweiligen kollektiven Interessens- und Willenshandlungen aufeinander bezie-

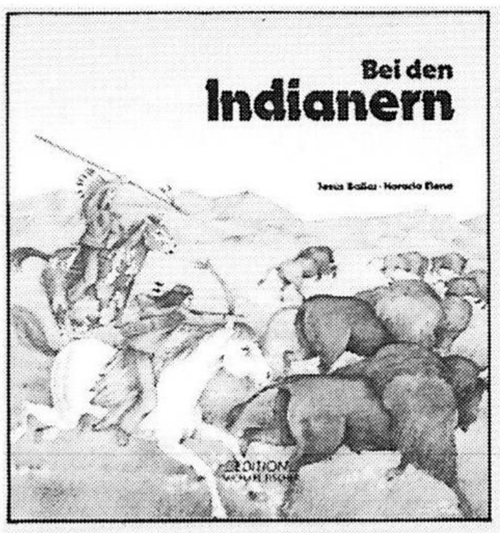
hen. Innergesellschaftlich betrachtet handelt es sich bei diesen Kollektiv-Subjekten um die altbekannten Klassen: die Kapitalisten, die aus bösem Willen, d.h. subjektiver „Profitgier" die Proleten ausbeuten und mit Hilfe ihres „Erfüllungsgehilfen", des Staates, unterdrücken; und die Arbeiter, die als wesenshaft unversöhnliche Antagonisten des Kapitals „objektiv" beständig Klassenkampf führen. Der materialistische Begriff des Kapitals wird hier völlig verballhornt. Nach Marx sind Kapitalisten und Arbeiter gleichermaßen als Charaktermasken des sich verwertenden Werts, des Kapitals, bestimmt. Ausbeutungsverhältnis ist das Kapitalverhältnis nicht deshalb, weil ausgekochte Schurken irgendwelche arme Schlucker übers Ohr hauen und damit die Gesetze des freien und gleichen Tauschs „verletzen" würden – es ist gerade die strikte Befolgung von dessen Gesetzen, die das Tauschverhältnis in ein Ausbeutungsverhältnis umschlagen läßt.

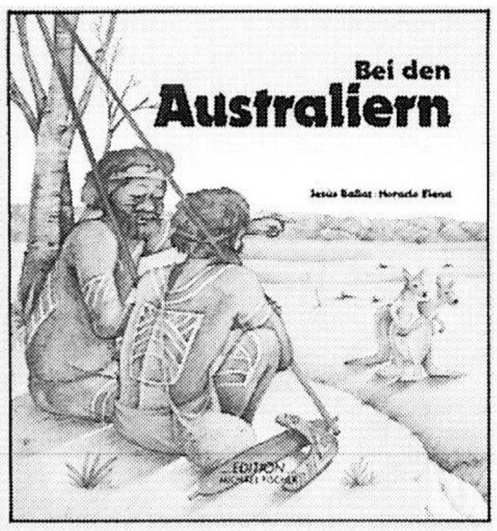
III. Das Kapital, das sich anfangs noch der Person des freien Unternehmer-Subjekts als seiner Krücke bediente, hat längst die ihm adäquate, anonyme Form der Aktiengesellschaften angenommen. Als Gesellschaftskapital hat es seinen durch es konstituierten, aber anfangs auch kontingenten Faktor v, die Arbeit, restlos sich subsumiert. Das Kapital ist empirisch zu dem geworden, was es seinem materialistischen Begriff nach immer schon war: Herrschaft versachlichter Verhältnisse über die Individuen.

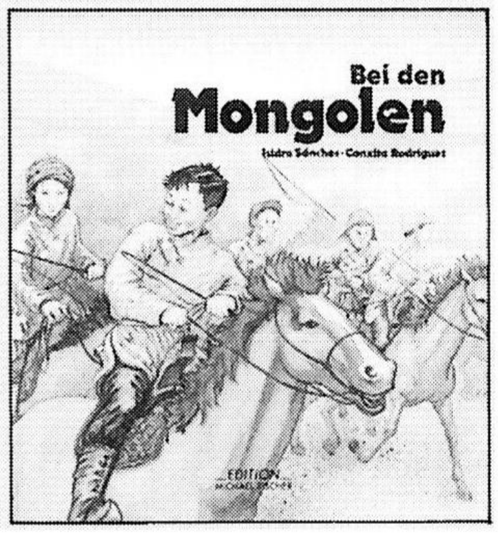
Das personalistische Gesellschaftsverständnis samt der in ihm implizierten moralischen Kapitalismuskritik und der kernigen Klassenkampfrhetorik ist damit an sich unwiderruflich vernichtet, mit der Konsequenz, daß den diesen Denkfiguren nachhängenden Linken außer immer wahnhafteren und hilfloseren Subjekt-Beschwörungsformeln meist nichts mehr einfällt.

Dafür darf sich die moralisierende Kritik umso mehr am Thema Imperialismus schadlos halten. Hier kann die moralisierende Kritik wieder ganz mit sich im reinen sein, scheint man es doch beim Verhältnis Imperialismus/Dritte Welt nicht nur mit einem unmittelbaren Gewaltverhältnis zu tun zu haben, sondern einem Gewaltverhältnis, das zudem den unschätzbaren Vorteil bietet, daß es in seiner ganzen Nacktheit bloßzuliegen scheint, bei dem also keine diffizile theoretische Tüftelarbeit vonnöten, sondern der bloße Augenschein zu genügen scheint, um es als solches zu erkennen. So daß jede Befreiung davon keinerlei Begründung mehr bedarf, sondern sich bereits durch die Tat rechtfertigt, was umgekehrt auch heißt, daß sich eine Kritik an den Zielen der Befreiung geradezu blasphemisch ausnimmt und sofort in den Verdacht gerät, in objektiver Komplizenschaft zum „Imperialismus" zu stehen.

IV. Obwohl das personalisierende Gesellschaftsverständnis mit all seinen Implikationen in der linken Imperialismus-Vorstellung nicht nur beibehalten, sondern auf die Spitze getrieben ist, vor allem, was den moralischen Impetus anbetrifft, so besteht doch dessen spezifische Differenz darin, daß der „Grundwiderspruch", der aufgemacht wird, keiner mehr zwischen „Klassen" ist, sondern der zwischen dem Moloch „Imperialismus", der in Form von Konzernen, Banken, Politikern, aber auch als mehrere „imperialistische Nationen" auftreten kann, und den *Völkern* der „Dritten Welt", deren Elend wesentlich darauf beruhen soll, daß sie vom „Imperialismus" *fremdbestimmt* werden.







V. Zieht man all die genannten Inhalte ab, ohne die der Begriff „Fremdbestimmung" nicht zu denken ist, gäbe er immerhin dann noch einen Sinn, wenn man

„...wo ein Umbruch angesagt ist, übernimmt die Linke die PR-Arbeit – die Erstellung volks- und landeskundlicher Broschüren, die Organisierung von Soli-Banketten mit Folklore, Grillspezialitäten, Vortrag des Vertreters der Befreiungsbewegung xy, anschließend stehende Ovationen..."

Bereits, wenn man ihn nur sprachkritisch unter die Lupe nimmt, transportiert der Begriff der „Fremdbestimmung" die miefende Gemütlichkeit des Bei-sich-selber-bleiben-wollens, die Parteinahme fürs Bewährte, Angestammte und Identische, in welcher unmittelbar das rohe und barbarische Ressentiment gegen das Fremde, Unvertraute und Vermittelte impliziert ist. Den Begriff der „Fremdbestimmung" zeichnet ferner aus, daß er an sich selbst völlig unbestimmt ist und sich deshalb allen nur denkbaren Phänomenen überstülpen läßt. Das wird von Anti-Imperialisten denn auch weidlich ausgenützt, wenn dem „Imperialismus" nicht nur vorgeworfen wird, daß er die Völker der „Dritten Welt" ausbeute, sondern ihnen vor allem verwehre, ihr Dasein ihren eigenen Sitten, Gebräuchen und „gewachsenen" Kulturen gemäß zu fristen. In der Agitation gegen den „Imperialismus" als „Fremdbestimmung" der Völker erscheint zudem in Reinkultur jenes kulturkritische Gewäsch, in welchem über die „Kälte" und „Entfremdung" im Kapitalismus, die auf Rationalität und Abstraktion zurückzuführen sei, lamentiert wird. Die Figur des „edlen Wilden", der gerade kraft unverbildet-ursprünglichen Lebenswandels fähig sei, die Verderbtheit der „westlichen Zivilisation" schonungslos anzuprangern, zählt zum Standardrepertoire der Freunde kämpfender Völker. Kein Wunder, daß unzählige anti-imperialistische Pamphlete in harmloseren Fällen sich ausnehmen wie Reprints des „Papalagi", in schlimmeren Fällen wie Remakes nationalsozialistischer oder neurechter Pamphlete.

Ihn auf den vergangenen Kolonialismus bezieht. Der Kolonialismus ist in der Tat nicht-tauschvermittelte Aneignung, d.h. blanker Raub von Ressourcen und Produkten sowie die unmittelbar gewaltsame Unterwerfung der betreffenden Bevölkerung. Als unmittelbares Raub- und Gewaltverhältnis widerspricht der Kolonialismus aber dem Prinzip des freien und gleichen Tauschs. Es ist das objektive Resultat der anti-*kolonialen* nationalistischen Bewegungen, daß sie diesem Prinzip weltweit erst zum Durchbruch verhalfen: durch sie erst konstituiert sich der Weltmarkt als Konkurrenz souveräner Nationalstaaten. Die Entkolonisierung war in der Tat eine Befreiung, aber eben keine von, sondern eine hin *zu* bürgerlichen Verkehrsformen. Ihren bürgerlichen Gehalt hat der französische Demograph Alfred Sauvy auf den Begriff gebracht, indem er die um staatliche Unabhängigkeit kämpfenden Länder in Anlehnung an den Begriff des „Dritten Standes" als „Dritte Welt" bezeichnete: „Wir reden gern von den zwei Welten... und wir vergessen zu oft, daß noch eine dritte existiert... diese Dritte Welt, ungekannt,

ausgebeutet, verachtet wie der Dritte Stand, will schließlich auch etwas werden." Im antikolonialen Unabhängigkeitskampf wiederholte sich gewissermaßen der Kampf des arbeitenden und ausgebeuteten dritten Standes gegen eine parasitäre und schmarotzende Schicht, damals Adel und Klerus, heute die westlichen Metropolen. Reaktiviert wurde damit auch die altbürgerliche Vorstellung, daß, wenn die Schmarotzer verjagt seien und das arbeitende Volk in einem souveränen Nationalstaat sich selbst bestimme, Glück und Wohlstand für alle geschaffen würden. Die antikoloniale Ideologie nährt die Illusion, das durch koloniale Ausplünderung und Raub verursachte Elend ließe sich an Ort und Stelle und durch eigene Anstrengung abschaffen. Die Konsequenzen kolonialer Herrschaft werden zu „Peripherieproblemen" verniedlicht, die nach Maßgabe ihres vorgeblich partikularen Charakters durch das Setzen auf Partikularität – auf „nationale Selbstbestimmung" – gelöst werden können. Auf eine nur universell, weltweit zu lösende soziale Frage wird eine nationale Antwort gegeben.

VI. Genau dieser Sozialpatriotismus wird von den nationalen und anti-*imperialistischen* Trikont-Bewegungen (also jenen Bewegungen, die im Rahmen bereits etablierter Staatlichkeit agieren) aufgegriffen und radikalisiert. Die Tatsache, daß das im Projekt „nationaler Befreiung" mitschwingende Glücksversprechen sich bald offen als Illusion erweist und daß die „nationale Befreiung" nur die „fremdbestimmte" Ausbeutung durch die einheimische ersetzt, wird in Anknüpfung an demokratistische Denkmuster der alten Arbeiterbewegung als „Verfehlung" des nationalen „Ideals" interpretiert. Die von den nationalen Befreiungsbewegungen genährte und von ihren metropolitanen Fürsprechern willig aufgegriffene Diagnose lautet, daß die nationale Unabhängigkeit „nur formal" bestehe – „in Wahrheit" existiere die alte „Fremdbestimmung" durch den „Imperialismus", sei's unmittelbar, sei's durch eine „Kompradoren-Bourgeoisie" ausgeübt, nach wie vor („Neokolonialismus" war in der Linken denn auch lange Zeit ein beliebtes Synonym für „Imperialismus"). Die „bloß formale" müsse zur „wahren" nationalen Unabhängigkeit vorangetrieben werden.

Als falsche Analyse ist das Gefasel von der „Fremdbestimmung" unmittelbar zugleich die adäquate Ideologie der „wahren" nationalen Selbstbestimmung. In dem Maße, worin die Nation – Vermittlungsinstanz des Weltmarkts – als Bastion gegen den Weltmarkt und damit als rein auf sich gegründete Einheit des schaffenden Volkes gesetzt werden soll, muß der Befreiungsnationalismus seine stets vorhandenen substantialistischen – kulturalistischen oder völkischen – Züge offen hervorkehren. Nationale Unabhängigkeit wird dann als Wiederaneignung einer vom „Imperialismus" bzw. seinen durch „westliche Werte" verdorbenen Statthaltern unterdrückten und verschütteten „nationalen Würde" ausgegeben. In praxi bedeutet das die bedingungslose Unterwerfung der Einzelnen unters Diktat der Staatsräson und die Todesdrohung gegen jeden, der dagegen aufbegehrt. „Patria libre o morir!" – in dieser unüberbietbar mörderischen Formel ist griffig zusammengefaßt, wofür nationale Befreiung steht.

VII. Pol Pots Kampuchea, Idi Amins Uganda, das Iran der Mullahs, die in Syrien und Irak herrschenden Baath-Parteien sind allesamt keine Abweichungen von der hehren Idee nationaler Befreiung, sondern lediglich ihr offen zur Erscheinung gekommenes barbarisches Wesen. In den sympathischeren Varianten nationaler Befreiung, von denen die metropolitanen Linken sich fälschlicherweise ihr Bild vorgeben ließen, ist dieses Wesen nur abgemildert. Daß die nationale Befreiung in glücklicheren Fällen zwar keinen Verein freier Menschen, immerhin z.B. aber einen, verglichen mit den übrigen lateinamerikanischen Verhältnissen, paradiesischen autoritär-staatskapitalistischen Wohlfahrtsstaat à la Kuba ermöglichte, verdankt sich jedoch nicht einer zusammenphantasierten „Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung", sondern allein der Existenz des sozialistischen Blocks, des RGW.

Mit der Ablösung des in zwei Blöcke gespaltenen Weltmarkts durch den totalen Weltmarkt, in dem alle unmittelbar als Konkurrenten gesetzt sind, ist jede Bedingung der Möglichkeit, daß die Unterwerfung des Einzelnen unters staatliche Diktat der „nationalen Selbstbestimmung" wenigstens eine Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards als ihr Abfallprodukt mitliefert, endgültig vorbei. Die einst im RGW zusammengefaßten Staaten teilen fast alle das Schicksal, das der sog. „Dritten Welt" schon länger widerfuhr: daß ihre Nationalökonomien nach Maßgabe der Weltmarktproduktivität zu wertlosem Schrott erklärt sind. Einander befehdende Banden und Cliquen versuchen entweder, die letzten verwertbaren Reste der Ökonomie an internationale Konzerne zu verscherbeln, oder sie empfehlen sich als kompetente Verwalter und Vollstrecker des Massenelends. Da in keinem dieser Länder eine reproduktive Ökonomie entstehen wird und folglich kein Raum für Versprechungen von Aufschwung und Wohlstand besteht, zeigt sich die nationale Befreiung, für die heute Gestalten wie Tudjman, Izetbegovic, Dudajew, Rabah Kebir (FIS) etc. stehen, nun in ihrer adäquatesten Form: ideologisch als völkische (oder religiöse) Phrase, praktisch als barbarische Schlächterei.

VIII. Die Konsequenzen der linken Parteinahme für „nationale Befreiungsbewegungen" liegen heute klar auf der Hand. Im Kampf der von den Linken mitgeprägten „neuen sozialen Bewegungen" gegen das „Sterben" des deutschen Waldes und die Raketen der amerikanischen „Besatzer", der mit der Wiederentdeckung von Brauchtum, Mundart und dem angeblich vierschrötig-eigensinnigen Widerständlertum der „ganz normalen Leute" einherging, wurden die im Anti-Imperialismus erprobten völkischen Denkformen nun auch im Kampf an der Heimatfront hoffähig gemacht. Ferner zeigt sich, daß schon immer ein delikater Zusammenhang zwischen linkem Anti-Imperialismus und offizieller deutscher Politik bestand. Schon früher gewann man bisweilen den Eindruck, bei den Anti-Imperialisten handele es sich um ausgelagerte Abteilungen des Auswärtigen Amts: wo ein Umbruch angesagt ist, übernimmt die Linke die PR-Arbeit – die Erstellung volks- und landeskundlicher Broschüren, die Organisierung von Soli-Banketten mit Folklore, Grillspezialitäten, Vortrag des Vertreters der Befreiungsbewegung xy, anschließend stehende Ovationen – den Rest erledigt Genscher, der den neuen Staat oder die neue Regierung anerkennt. Das wiedervereinigte Deutschland hat diese mit allerlei Reibungsverlusten und Mißverständnissen verbundene Arbeitsteilung abgeschafft und erklärt den Anti-Imperialismus lieber gleich zur offiziellen Politik. Das gilt insbesondere auf dem Gebiet der Nahostpolitik, wo Kinkel dankbar ernten kann, was die linken Antizionisten durch ihr Hofieren arabischer Halsabschneiderregimes gesät haben. Das von der anti-imperialistischen Linken für schlechtere Zeiten konservierte Ressentiment gegen „Fremdbestimmung" erweist sich als das, was es schon immer war: als Moment völkischen Verfolgungswahns, das der deutsche Nationalismus insbesondere mit seinem arabischen Pendant teilt und in dessen Zeichen das souveräne Deutschland seine einstige historische Verspätung in der kolonialen Aufteilung der Welt nun als strategischen Pluspunkt gegenüber England und Frankreich, den in den Augen der arabischen Regimes kompromittierten Kolonialmächten, geltend macht. Die moslemische Welt sei „vom Kolonialismus fürchterlich gedemütigt worden und... enttäuscht über das Scheitern ihrer Bemühungen, den Westen zu kopieren... Terrorismus (sei) in einem Befreiungskrieg legitim..." Der das sagt, ist kein Anti-Imp, sondern Wilfried Hofmann, deutscher Botschafter in Marokko, der über die algerische FIS äußert, ihr „Terrorismus könnte so berechtigt sein wie der Befreiungskampf gegen Frankreich." (*FR*, 1.11.93). ●

Clemens Nachtmann ist Redakteur der Zeitschrift bahamas.

GRUPPE T.E.R.Z. MARBURG

Tag & Nacht

Anmerkungen zur Debatte um Antiimperialismus und Internationalismus in autonomen Zusammenhängen

Auf dem Autonomiekongreß Ostern '95 (mit dem großangelegten Untertitel: Wege und Perspektiven ins 21. Jahrhundert) boten wir, die gruppe t.e.r.z., eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Antiimperialismus und Internationalismus" an. Die AG stand in Zusammenhang mit unserer eigenen Auseinandersetzung zu diesem Thema und war als Versuch einer Neubesetzung von antiimperialistischer Politik gedacht, da dieser Begriff oft noch mit einer von uns kritisierten klassischen Antiimp-Politik verbunden wird.

Es sollte dabei um eine Politik gehen, die mehrere Punkte zusammenführt: imperialistische Politik am Beispiel BRD, Bevölkerungspolitik als Bestandteil des patriarchalen Imperialismus, Nationalstaaten und Nationalismus (als Grundlage imperialistischer Politik), Nationale Befreiungsbewegungen (als Beispiel für einen eigenen praktischen Bezugspunkt). Die Debatte drehte sich jedoch zu großen Teilen um die Frage, ob und inwiefern diese Kritik – im speziellen an der PKK – gerechtfertigt ist, und kam deshalb selten zu dem Punkt, wie eine konsequent antiimperialistische Solidarität mit KurdInnen aussehen kann. Diese Frage war und ist für uns von Interesse, weil es sich 1. hier um einen Widerstand gegen den Imperialismus der Türkei im Verbund mit dem Westen (und insbesondere der BRD) handelt, und 2. diese Bewegung im speziellen national fundiert und organisiert ist, was uns immer wieder störend gegenübertritt.

Die Politik der PKK (hier auch exemplarisch gemeint) besteht im wesentlichen darin, für eine kurdische Nation zu kämpfen und eine kurdische nationale Identität herzustellen. Einige besonders krasse Auswirkungen sind schon seit einiger Zeit in der Linksradikalen notiert worden, zum einen weil von Einigen inzwischen thematisiert und zum anderen weil die nationale Ausrichtung der PKK immer stärker in den Vordergrund stritt. Gemeint sind Stichworte wie Personenkult, MärtyrerInnentum, patriarchale Strukturen, staatsartige Politik, u.a., wobei diese oft nur als „bedenkenswerte Phänomene" beachtet und seltener in einen Zusammenhang untereinander und mit dem Begriff der Nation gesetzt werden.

Diese Politik mag historisch als Reflex auf die rassistische Zuschreibung der KurdInnen als „Bergtürken" durch den türkischen Staat zu begreifen sein, desweiteren als „Reflex" auf die imperialistische Logik, daß jedes Interesse nur dann bei den Imperialisten etwas zählt, wenn es als staatliches auftritt – jedoch beschreibt dieses nicht hinreichend den Inhalt dieser „Antwort". In der Konstruktion eines Volkes und einer nationalen Identität wird ein quasi-natürlicher Zusammenhang von allen betreffenden Menschen gesetzt, welcher jenseits aller konkreten Interessen bestehe und somit die abstrakte Idee von „Gemeinschaft" an und für sich ist. Deshalb taugt diese Abstraktion immer dazu, jede konkrete Politik (scheinbar) zu legitimieren, egal wie sie im konkreten ausschaut und wem sie tatsächlich nützt. Mit der Ideologie vom „Allgemeinwohl" und dem „Boot, in dem wir alle sitzen" wird die imperialistische Politik der BRD und (wurde) die Politik der realsozialistischen Staaten propagandistisch untermauert und wird auch das Programm der PKK geschrieben, wenn jedes reale Verhältnis von Familie, Kampf und Sterben für die kurdische Nation, Lohnarbeit, etc. als Ausdruck einer „quasi-überhistorischen Einheit" behauptet wird (Womit hier nicht alle Ebenen völlig gleichgesetzt werden sollen). Tatsächlich handelt es sich jedoch bei der Setzung eines nationalen Zusammenhangs immer um die Verschweißung (und Verkleisterung) von allen Seiten eines oder mehrerer Unterordungsverhältnisse, in welcher diese Verhältnisse und ihr konkreter Inhalt nicht mehr das Thema sind, sondern nur noch die Gemeinschaft an sich – das „Volk". Ginge es einzig um die Unterdrückung durch den türkischen Staat, die patriarchalen (Familien- u.a.) Strukturen, den Großgrundbesitz und das Kapital, etc., so wäre der Widerspruch „kurdisch-türkisch" (zumindest in der eigenen Praxis) irrelevant; andersherum verschwinden diese Verhältnisse, treten in den Hintergrund oder werden beliebig austauschbare Beispiele, wenn ein angeblicher (oder von der mächtigen Seite behaupteter) Widerspruch „kurdisch-türkisch" zum Thema und zur eigenen Position gemacht wird. Genau diese Entscheidungsfrage zeigt sich, wenn jede kritische Auseinandersetzung von manchen PKK-AktivistInnen mit der Forderung nach „Solidarität mit dem kurdischen Volk" geradezu erledigt oder für praktisch belanglos erklärt wird. Mit diesem Leitgedanken der „nationalen Einheit" verfängt desweiteren jede Politik für ein staatliches Unterordnungsverhältnis, welches als „Materialisierung" der völkischen Identität begriffen und in einer Parteiorganisierung mit Führerkult, Nivellierung aller Unterdrückungsverhältnisse und einer konsequenten Aufopferungsbereitschaft für die zukünftige Nation vorweggenommen wird. Diese endet schließlich darin, daß nur noch die Nation und nicht mehr der soziale Kampf das Thema ist und in einer Politik, die die Zusammenarbeit mit den Imperialisten sucht („politische Lösung") und sich mehr und mehr notwendig ihren Bedingungen und der Logik des Nationalstaates unterwirft (wie es in Palästina gerade vorgeführt wird).

Wie gesagt: Die kritische Wahrnehmung und Analyse der Befreiungsbewegungen, auf welche wir uns solidarisch beziehen, und die Frage nach der praktischen Umsetzung ihrer Ergebnisse halten wir für unerläßlich, um nicht die Trennung von Theorie und Praxis fortzusetzen. Jedoch gestaltet sich diese Auseinandersetzung in manchen Zusammenhängen als schwierig bis unmöglich. Ein Einwand gegen unsere Kritik – welche gerade Bedingungen für die Bestimmung von Praxis sein soll – bestand auf dem Kongreß schon in dem (lange aufrechterhaltenen) Mißverständnis, daß diese gleichbedeutend mit einer Entsolidarisierung wäre. Auch die Betonung des Unterschieds von deutschem und kurdischem Nationalismus ignorierte, daß die Benennung und Kritik des kurdischen Nationalismus nichts mit einer solchen Gleichmacherei zu tun hat und eine Differenzierung gar nicht ausschließt. Dieser Einwand war aber auch gar nicht als Aufforderung zur gemeinsamen Analyse, sondern als Zurückweisung einer jeden Kritik des kurdischen Nationalismus gemeint. Entsprechend wurde von manchen die Bezeichnung „Nationalismus" von vornherein abgelehnt, weil an diesem Begriff offensichtlich erst dann gedacht wird, wenn es um eine offenkundige und erfolgreiche imperialistische Großmacht geht. Völlig abstrakt wurde die Debatte dort, wo mit dem Vorwurf des „Eurozentrismus"

jede Legitimation von Kritik von vornherein bestritten werden sollte. Denn hier sollte nicht nachgewiesen werden, wie die konkreten Bedingungen in Kurdistan die Analyse inhaltlich verändern, sondern die Politik der PKK für im Prinzip unangreifbar gemacht werden – zumindest für „uns" aus dem Westen, womit die nationale Herkunft zum Kriterium für die eigene Positionierung erklärt wird.

Unser Ziel ist in Theorie und Praxis die Befreiung von nationalen (und anderen) Identitäten und auf dieser Ebene verurteilen wir die kurdische Politik nicht, sondern setzen uns mit ihr auseinander. Dabei werden wir unser eigenes Wissen über und unsere Kritik an Nationalismus, Staat, Patriarchat und Identitätspolitik und unserem Anspruch von Autonomie nicht fallenlassen, sondern ernstnehmen. Die besonderen Umstände in den jeweiligen Gebieten der Welt müssen wir dabei kennen und berücksichtigen, jedoch nicht um uns das eigene Urteil zu verbieten, sondern um radikale Kritik, Kultur und Praxis zu präzisieren.

Dazu gibt es einige notwendige Voraussetzungen: Eine besteht darin, nicht selber die Konstruktion Volk und dessen „gerechten Kampf" zu übernehmen. Dies führt zum anderen dahin, nach wirklichen Verbindungslinien zu suchen und den Inhalt des Kampfes, mit dem wir uns konkret verbinden, zu überprüfen, danach ob es hier real um die soziale Befreiung oder nicht letzten Endes um die Befreiung des nationalen Kollektivs geht. Dies ist tatsächlich eine Entscheidung, da Nation, nationale Identität und staatliche Herrschaft nicht als Mittel und Veraussetzung für eine befreite Gesellschaft zu sehen sind (die Befreiung von Herrschaft kann nicht in der Richtung einer neuen Macht liegen). Die unguten Ergebnisse des Programms einer neuen (sozialeren) Macht waren oft in der Geschichte der nationalen Befreiungsbewegungen zu sehen und sind auch ernstzunehmen. Es ist statt dessen naheliegender für uns, die Bezugspunkte zu den Menschen zu setzen, die um ihre soziale Befreiung kämpfen (sei es außerhalb von nationalfundierter Politik oder auch innerhalb von solchen Organisationen, aber im Widerspruch zur Linie). Dies gilt zum einen für unseren eigenen und unseren öffentlich gemachten Bezug, der demnach nicht in einem freien Kurdistan und dessen Protagonisten bestehen würde, sondern in einer Position (und den Menschen, die sie vertreten), die den Imperialismus der Türkei, des Westens und besonders der BRD angreift und nationalistische, staatsfixierte und patriarchale Strukturen überall ablehnt. Und es gilt zum anderen für die GenossInnen aus anderen Ländern, zu denen wir Kontakt suchen und mit denen wir uns über eine gemeinsame Politik auseinandersetzen und diese umsetzen. So können sich unsere Verbindungs- und Trennungslinien zu PKK und anderen Organisationen (bzw. zu den einzelnen „GenossInnen") herauskristallisieren und schließlich auch gemeinsame oder eigene Slogans und Themen. Unsere Parolen und Forderungen bestimmen die herrschende Politik eh nicht, weshalb wir uns erstrecht auf unsere eigenen Einsichten und Ziele besinnen können, statt selber in puncto Krieg in Kurdistan u.ä. auf die Realo-Logik hereinzufallen.

Deshalb versuchen wir, eine message öffentlich und anderswo auf jeden Fall deutlich zu machen: Wir kennen die Logik des Nationalstaats und deshalb kritisieren wir

Identität und Herrschaft: Wundertüte Nation

ihn, mit welchen Mitteln auch immer. Ihm geht es um die Herrschaft seiner Prinzipien und der seinem Gesetz herrschenden Interessen (hier: von Kapital und Patriarchat), dafür braucht er Macht, schafft und nützt Mittel von Geschäft und Gewalt und dafür geht er über Leichen. Wir kennen das Bewußtsein und die verlogenen und zerstörerischen Interessen von NationalistInnen, die dem Nationalstaat das passende Volk abgeben. Wir kennen Programm und Folgen bei den erfolgreichen Nationalstaaten wie der BRD und wir kennen die Verpflichtung und Logik der imp. Weltordnung, daß jedes Interesse nur so weit erlaubt und darin immer von oberen Gnaden abhängig ist, wie es sich dieser Logik unterwirft, auch wenn die meisten Interessen der Menschen so beschnitten und zerstört werden. Wir wehren uns gegen die Logik des Nationalstaats und des ihm adäquaten Unterwerfungsprogrammes, der nationalen Identität, und setzen dagegen die Forderung, Menschen als Wesen und nicht als Konstrukte wie Geschlecht, Volk, Rasse oder sonstwas zu sehen.

Dazu ist es notwendig, diese Konstruktionen zu begreifen und kritisieren zu können. Denn leider geht in der Alltagspolitik immer mehr die Auseinandersetzung mit Erklärung von und Kritik an nationalen, geschlechtlichen, kulturellen, u.a. Identitäten verloren. So daß viele hegemoniale Begriffe und Denkmuster langsam wieder übernommen werden und die substantiellen Differenzen und der Widerspruch zu unseren GegnerInnen nicht mehr unmittelbar sichtbar ist. Denn es geht nicht nur darum, sich dieses Wissen zu erarbeiten, sondern es auch nach außen hin transparent zu machen. Dies wäre eine Konsequenz: Unseren Bezug auf die hergestellten Kategorien wie Geschlecht, Ausländer, etc. mit der Kritik an der jeweiligen Identitätenbildung zu verbinden. Erst dann gelingt ein radikaler Bezug, wenn die Kritik an den Kategorien darin vorkommt und deren herrschafts- und ideologiebegründeter Charakter aufgezeigt werden kann. Schließlich soll ein radikaler Bezug perspektivisch daraufhin angelegt sein, diese Kategorien und Konstruktionen aufzuheben und zu überwinden. Wir denken, daß dieses Kriterium in der alltäglichen Politik, die die wahrgemachten Kategorien vorfindet, möglich ist, da der zentrale Angriffspunkt nicht die „Opfer", sondern die Täter sind – erst recht dort, wo es wie in Kurdistan um die imperialistischen Staaten und deren Absichten gehen muß. Gerade an dieser Stelle gibt es schon genug (gemeinsam) zu tun: theoretische und praktische Kritik der imperialistischen Politik der BRD, welche zur polit-ökonomischen Benutzung anderer Nationen deren Kriege unterstützt und innenpolitisch mit dem rassistischen Angriff auf die „KurdInnen" flankiert, um deren Interessen es nicht geht sondern um deren Benutzbarkeit. Desweiteren ist eine Kritik des Diskurses der „Inneren Sicherheit" und der damit einhergegehenden Stigmatisierung radikaler Politik als „Terrorismus" notwendig, da durch sie deutsche „Ausländerpolitik" weiter stabilisiert wird.

Auf Basis der Auseinandersetzung mit der konkreten Identitätenbildung, der radikalen Kritik an ihrer expliziten Thematisierung im öffentlichen Raum sowie in den eigenen Kreisen wird es möglich sein, die Identitäten und ihre Begriffe praktisch gegeneinander auszuspielen und sie durch einen dekonstruktivistischen Umgang in Frage zu stellen. Aber dies nur als eine denkbare Richtung.

Wichtig ist, daß die Verbindung von Wissen um und Kritik an nationalen Konzepten mit dem solidarischen Bezug real zusammengebracht wird, was allein dadurch schon beginnt, daß der Zwang durch die imperialistischen Staaten zur nationalen Organisierung aufgezeigt, kritisiert und angegriffen wird. ●

UDO WOLTER

Das gute Volk im wilden Kurdistan

Kulturalistische Projektionen der Linken

Mit Verboten und dem Polizeiknüppel wird seit dem Erlaß des sogenannten „PKK-Verbotes“ mit deutlich eskalierender Tendenz so gut wie jede Manifestation kurdischer Politik in der BRD unterdrückt, begleitet von einem „die Kurden“ vornehmlich als „terroristische“ Bedrohung der Inneren Sicherheit zeichnenden und Pogromstimmung anheizenden Medienchor. Die rassistischen Ausgrenzungsmechanismen deutschnationaler „Ausländerpolitik“ wurden in Vollzug der Unterdrückungsmaßnahmen gegen Veranstaltungen anläßlich des kurdischen Newroz-Festes bis zum Exzess der Aussortierung von Deutschen und Nichtdeutschen nach Haar- und Hautfarbe an Bahnhöfen gesteigert, wie z.B. am 16.3. bei der verbotenen Demonstration in Dortmund.

In solchen Zeiten ethnisch – kulturalistische Projektionen derjenigen zum Thema zu machen, die sich als einzige noch auf die Gefahr eigener Kriminalisierung hin auf die Unterstützung der Belange der kurdischen Minderheit in diesem Lande und ihrer wichtigsten politischen Organisationen einlassen – das mag manchen zynisch, wenn nicht gar obszön erscheinen. Und dennoch: die betreffende Auseinandersetzung innerhalb der Restlinken um die Grundlagen internationalistischer Solidarität bzw. linken Selbstverständnisses überhaupt ist nicht nur nach wie vor unausgestanden und daher notwendig, sie hat auch durch die diesjährigen Auseinandersetzungen um das kurdische Neujahrsfest „Newroz“ – den einen „das mystisch-völkische Gefeiere kurdischer Nationalisten“ (Justus Wertmüller, *junge Welt* 25.3.‘96), den anderen authentischer Ausdruck des kurdischen Befreiungskampfes – unverkennbar neuen Auftrieb erhalten. Daß dabei teilweise viel polemischer Pulverdampf um wenig sachhaltige Argumente produziert wird, mag ein erstes Beispiel illustrieren. Da hatte die Berliner PDS-Abgeordnete und Vorsitzende des dortigen deutschkurdischen Freundschaftsvereins, Marion Seelig, in einem Kommentar (*taz* 19.3.‘96) die KurdInnen als Menschen charakterisiert, die einem „Völkermord ausgeliefert sind“ und die durch die vorgeblich gegen die PKK gerichteten Vereins- und Betätigungsverbote „ihrer kulturellen Identität beraubt“ würden. Prompt holte darauf in einem Gegenkommentar Eberhard Seidel-Pielen (*taz* 21.3.‘96) für die KritikerInnen der „PKK-Solidaritäts-Szene“ zum Schlag mit der dicken rhetorischen Keule aus: Die Rede von Völkermord im Zusammenhang mit dem Krieg der türkischen Armee in Kurdistan sei nichts als der „rechte und altdeutsche Müll“ der Auschwitz-Relativierung und die vom „Raub der kulturellen Identität“ erweise die Schaffung „ethnisch reiner Zönchen“ als „Programm der PKK-Soli-Szene“. Angesichts dieser schrillen, auf Ausgrenzung und Diffamierung zielenden Rhetorik Seidel-Pielens läßt sich nur seine an die Soli-Szene gerichtete Aufforderung an ihn selbst zurückadressieren, es doch „mal eine Nummer kleiner“ zu versuchen. Denn so werden durchaus zutreffende Kritikansätze zur Kurdistan-Solidarität – und die betreffen gleichermaßen das Abstellen auf „kulturelle Identität“ wie das unbedacht-inflationäre Wecken von Assoziationen zur Shoa – in einer Holzhammerrhetorik ersäuft, welche die notwendige Debatte eher verhindert denn fördert und einer erforderlichen genauen und differenzierten Betrachtungsweise nur im Wege steht.

Die Charakterisierung des Exterminismus der allein die türkische „Kurdistanpolitik“ dominierenden militärischen Aufstandsbekämpfungsstrategie – neben dem rücksichtslos brutalen Vorgehen gegen Guerilla wie Zivilbevölkerung erwiesenermaßen auch die Entvölkerung der kurdischen Gebiete,Vernichtung der dortigen Lebensgrundlagen sowie die physische Vernichtung kritischer kurdischer (wie auch türkischer!) Intelligenz durch die staatlich gedeckten Todesschwadronen der Konterguerilla – als Völkermord im Sinne der internationalen Genozidkonvention von 1948 ist zutreffend und noch lange nicht gleichzusetzen mit einem aus trüben Quellen gespeisten Bedürfnis nach Relativierung von Auschwitz, wie von ExpertInnen des Völkerrechtes überzeugend dargelegt wird (vgl. Norman Paech, *taz* vom 25.3.‘96). Doch mit dieser Feststellung ist die Sache längst nicht erledigt. Daß das internationale Recht von seinen Vorraussetzungen her als Ausdruck der bürgerlich-nationalstaatlich verfaßten internationalen Geschäftsordnung zwischen u.a. nach machtpolitischen Erwägungen konstruierten und zu Rechtssubjekten erklärten „Völkern“ und „Nationen“ zu begreifen und zu kritisieren ist, kann hier nicht weiter erörtert, muß aber wohl erinnert werden. Entscheidender für die vorliegende Fragestellung ist, daß sich manche Soligruppen aus dem Bedürfnis einer verbalradikalen Kennzeichnung der monströsen Bösartigkeit des Imperialismus heraus einer Art hyperventilierenden Sprechweise bedienen, welche dann die „planvolle Vernichtung eines ganzen Volkes“ (J. Hilbert, *Kurdistan Report* 69, Juli 1994 – und das ist kein Einzelfall und bei weitem nicht der krasseste) halluziniert und so tatsächlich die Assoziation eines neuen Auschwitz in Kurdistan heraufbeschwört. Das führt tatsächlich in bedenkliche Nähe zu den grassierenden deutschen Geschichtsrevisionen, auch und gerade wenn diese Phraseologie zusammen mit dem Hinweis auf den Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan benutzt wird, weil sich – unabhängig von den Intentionen der SprecherInnen sich einstellend – tatsächlich ein exkulpatorischer Effekt gegenüber der deutschen Vergangenheit ergibt. Wie zu zeigen sein wird, äußert sich in solchen Übertreibungen und den oft im Verein damit vorgetragenen Projektionen auch ein immer noch in linken Köpfen herumspukendes falsches Verständnis von Kapitalismus und imperialistischer Herrschaft, das den komplexen dialektischen Zusammenhang von kapitalistischer Vergesellschaftung im Weltmaßstab und imperialer Macht herunterrechnet auf einen simplen dualen Gegensatz von „bösem“ Imperialismus und „gutem“ antiimperialistischen Widerstand.

Es soll hier keineswegs in Abrede gestellt werden, daß die linken UnterstützerInnen der kurdischen Befreiungsbewegung natürlich zuallererst aus Empörung und Abscheu gegenüber den imperialistischen Zumutungen deutscher Machtpolitik handeln, insbesondere dem Skandal deutscher Waffenlieferungen und politischer Unterstützung für den inneren Krieg eines NATO-„Partners“, und daß dies primär dem Interesse an einer Perspektive weltweiter Befreiung und der sich daraus ergebenden Solidarität mit den brutaler staatlicher Unterdrückung ausgesetz-

ten KurdInnen geschuldet ist. Es offenbart sich aber in zahlreichen Äußerungen von Linken zur PKK eine Affinität zu ethnisch-nationalen und kulturalistischen Identitätskonstruktionen, welche über den genannten Zusammenhang deutlich hinausschießt und Fragen nach dem theoretischen Verständnis der Grundlagen des emanzipatorischen Wollens aufwirft. Um den Hintergründen projektiver Nebelbildungen in solidarisch bewegten linken Köpfen – wobei sich der Autor keineswegs aus dem Kreis der Betroffenen ausschließen will – näher auf die Spur zu kommen, ist es weniger notwendig, nochmals die ethnisch-nationale Identitätspolitik der kurdischen Nationalbewegung um die PKK selbst, welche die Solibewegung oft nicht sehen will, zu analysieren und die Notwendigkeit ihrer Kritik zu begründen (vgl. U. Wolter, „Kult um kurdische Kultur", *blätter des iz3w* 209, S. 25ff). Vielmehr gilt es die ethnisch-kulturalistischen Mystifikationen im Weltbild von Teilen der Solibewegung nachzuzeichnen und auf ihre Ursachen zu befragen.

Empfehlenswerte Bücher

Chrónis Míssios: **...gut, bist Du früh umgekommen**. Vorwort Werner van Gent. Aus dem Griechischen von Dimitris Deppountis, 255 Seiten, gebunden mit Fadenheftung und Lesebändchen, DM 37.-, ISBN 3-85869-085-6
»In die ruhige Athener Literaturlandschaft schlug das Buch wie eine Bombe ein: ›...gut, bist Du früh umgekommen‹, geschrieben von einem Unbekannten, einem Autodidakten mit bloss zweijähriger Schulbildung, ist der erschütternde Bericht eines Zeitzeugen über die leidvollen griechischen Nachkriegsjahre 1946-1974 und insbesondere über den Bürgerkrieg (1946-1949), dessen Folgen noch ein Jahrzehnt lang in Form von endlosen Repressalien weiterwirkten.«
›Le Monde‹ zur französischen Übersetzung von Míssio's Buch.

Marion Molteno: **Eine Sprache gemeinsam**. Asiatische Frauen in England. Acht Geschichten. Vorwort Maria Mies. 224 Seiten, franz. Broschur, DM 29.-, ISBN 3-85869-097-x
Eine Einwanderin in Grossbritannien macht es sich zur Aufgabe, asiatischen Immigrantinnen Englisch zu vermitteln und sie mit anderen Frauen zusammenzubringen. Auf dieser Suche nach einer gemeinsamen Sprache entstehen echte Freundschaften über kulturelle und sprachliche Schranken hinweg. In den acht fiktionalen Geschichten verdichtet die Autorin die Erfahrungen eines Jahrzehnts Erwachsenenbildungs-Arbeit und zeigt einen Weg zu gelebtem Multikulturalismus.

Maria Mies, Vandana Shiva: **Ökofeminismus.** Beiträge zur Praxis und Theorie. 432 Seiten, franz. Broschur, DM 38.-, ISBN 3-85869-122-4
Die beiden bekannten Ökofeministinnen zeigen in diesem Buch auf, dass es trotz Verschiedenheiten der Kultur, der Disziplinen, der Herkunft und Sozialisation möglich ist, Gemeinsamkeiten in bezug auf die Analyse der drängenden Probleme der Zeit zu entwickeln und auch zu einem Konsens zu finden, was die Zukunftsperspektive betrifft.

In allen Buchhandlungen. Oder verlangen Sie unser Gesamtprogramm:
Rotpunktverlag, Postfach, CH-8026 Zürich.

Das gute Volk...

Es ist schon merkwürdig anzusehen, wie Linke, die normalerweise für nationale Flaggen höchstens ein Feuerzeug und vielleicht noch ein Fläschchen Benzin übrig haben, im Flugzeug auf der Rückreise von einer Delegation nach Kurdistan plötzlich sich mit allerlei Schleifchen und Tüchlein in den kurdischen Nationalfarben versehen, um solchermaßen geschmückt und bekränzt wie die Pfingstochsen bei der Ankunft am Flughafen ihren in Deutschland lebenden kurdischen FreundInnen und der deutschen Medienöffentlichkeit entgegenzutreten. Es wäre einfacher, sich dem Verdacht zu entziehen, hier werde am „fremden" Objekt ein Bedürfnis ausgelebt, daß im „eigenen" Nationalzusammenhang auszuleben sich aus bekannten geschichtlichen und zeitgenössischen politischen Gründen verbietet, wären da nicht diese immer wiederkehrenden essentialisierenden Diskurse zu „Volk" und „Nation" in Veröffentlichungen aus dem Bereich der Kurdistansolidarität. Oder handelt es sich dabei nur um die bekannten revolutionsromantischen Projektionen auf die „Kämpfe im Trikont", welche sich um so mehr an diese heften, je tiefer die Krise und je weiter die Auflösungstendenzen der Linken hier fortgeschritten sind? „Der politische und militärische Kampf des kurdischen Volkes hat in dieser Situation nicht nur für alle Linken, fortschrittlichen und freiheitsliebenden Menschen eine Bedeutung" klärt uns jedenfalls diesbezüglich eine Gruppe „antiimperialistischer Männer mit profeministischer Orientierung" (Flugblatt zur verbotenen und polizeistaatlich unterdrückten Kurdistan-Demonstration am 18.11.'95 in Köln) auf, die im übrigen der Auffassung ist, daß der von der PKK geführte der „heute nicht nur militärisch, sondern auch politisch und sozial am weitesten entwickelte antiimperialistische Befreiungskampf der Region" sei. Mal abgesehen davon, daß hier alle offen zutage liegenden Widersprüche in Theorie und Praxis einer nationalen Befreiungsbewegung wie der PKK (einschließlich des Umgangs der Partei und ihres Vorsitzenden mit den Geschlechterverhältnissen, vergleiche dazu übrigens in weitaus realistischer und durchdachterer Analyse die Rote Zora in einer Erklärung von Ende Juli '95) mit revolutionsromantischem Pathos zugekleistert werden, vollzieht diese Wendung die von der PKK und ihrem Vorsitzenden vorgenommene Gleichsetzung von Partei, Guerilla und „kurdischem Volk" nach. Sie wiederholt damit genau die dem ethnisch-nationalen Diskurs der Identitätspolitik eigentümliche Homogenisierung und Verschmelzung von Individuum und Kollektiv, welche auf dem Hintergrund einer auch die Nation einbeziehenden kritischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie allererst zu dekonstruieren ist. Daß dies nicht nur Peanuts im vor allem durch die „revolutionäre Praxis" zu bestimmenden „Kampf um Befreiung" sind, zeigt nicht nur die ständige Wiederkehr der Phrase vom „Volk im Kampf" in prokurdischen linken Solidaritätsadressen unterschiedlichster Provinienz, wo die KurdInnen kraft ihres „hohen Organisierungsgrades" auch schon mal quanti tutti zur „stärksten linken Kraft in der BRD" (v)erklärt werden (*radikal* 149, 3/'94). Zu hinterfragen sind vor allem die damit einhergehenden Weiterungen des linken Gesellschaftsbildes.

Worin das Geheimnis dieses projektiven Blickes auf die kurdische Gesellschaft liegt, zeigt eine Sentenz, die in ähnlicher Weise ebenfalls des öfteren aus Kreisen der Kurdistansolidarität zu hören ist: „Kurdistan hat eine relativ intakte Gesellschaft. Die unfreiwillige Zerrüttung von Familienstrukturen durch Tourismus, Prostitution, Landflucht, wie in vielen anderen Ländern des Trikont gibt es in Kurdistan kaum." („Eine Gruppe aus der Kurdistan-Solidaritätsbewegung", *radikal* Nr. 151, 12/94). Kaum geben dürfte es eher eine Übereinstimmung dieser heimeligen Zuschreibung mit der Realität der kurdischen Gesellschaft auch unabhängig von deren fortschreitender gewaltsamer Auflösung durch die Kriegsmaschine des türkischen Staates. Daß die in der kurdischen Gesellschaft bis in die Gegenwart vorherrschende Sozialformation, abgesehen von einem sehr kleinen industriellen Sektor auf der ökonomischen Grundlage einer Kombination agrarkapitalistischer Pachtverhältnisse mit halbfeudalem Charakter und Subsistenzproduktion, landwirtschaftlicher Saisonarbeit und Schmuggel-/ Handelsaktivitäten basierend, alles andere als ein vorkapitalistisches Idyll darstellt, so es denn je ein solches gab, braucht wohl nicht näher erläutert zu werden. Um einen möglichen Realitätsgehalt dieser Fiktion kann es auch gar nicht gehen. In ihr offenbart sich vielmehr, in aller Deutlichkeit ausgewiesen durch die Verklärung der „Familienstrukturen", die Sehnsucht des linken antiimperialistischen Subjekts nach einer organischen Gemeinschafts-Gesellschaft, die es in den entpersönlichten, abstrakten und immer komplexeren Verhältnissen der kapitalistischen Warenvergesellschaftung nicht gibt. Da diese Sehnsüchte nach Veränderung über Identität und Aufgehobensein in einer ontologischen Gemeinschaft-

„Die Sehnsucht des linken antiimperialistischen Subjekts nach einer organischen Gemeinschafts-Gesellschaft...“: intaktes Kollektiv

lichkeit in den Metropolen in keinem Aufschein eines gesellschaftlich veränderungsmächtigen „revolutionären Subjektes“ mehr befriedigt werden können, projezieren sie sich mit schönster Regelmäßigkeit auf vermeintlich oder tatsächlich revolutionäre Bewegungen in der Peripherie. Das imaginierte Kollektiv von Nation und Ethnie strahlt dabei offenbar immer noch das falsche Versprechen der Wärme unmittelbar erfahrbarer Sinnhaftigkeit aus, welche die abstrakte kapitalistische Warenvergesellschaftung der Moderne so gründlich hinweggefegt hat.

...und die wiedergutgemachte Nation

Um diese Mystifikation von einem linken antiimperialistischen Standpunkt aus vollziehen zu können, muß der in den imaginierten Kollektiven von Ethnie/Nation (aber auch Klasse!) und Kultur eingeschlossene dialektische Zusammenhang von Identität und Macht, emanzipatorischen Impulsen und ihrer Aufhebung in homogenisierter Kultur und inklusiv/exklusiven Strategien der sozialen Grenzziehung, aufgespalten werden in einen dualen Gegensatz von „bösem“ imperialen (Metropolen)Nationalismus und „gutem“ antiimperialistischen Befreiungsnationalismus. „Schon auf den ersten Blick liegt der Unterschied darin, daß der eine die ideologische Rechtfertigung für Unterdrückung und Unterwerfung darstellt und der andere sich gegen Unterdrückung wehrt“ markiert denn auch, phänomenologisch durchaus zutreffend die Realität beschreibend, die oben zitierte „Gruppe aus der Kurdistan-Solidaritätsbewegung“ den Unterschied zwischen dem „faschistischen Nationalismus der Türkischen Republik und nationalistischen Tendenzen innerhalb der kurdischen Massen“. Tunlich unterläßt sie allerdings einen zweiten Blick hinter die – natürlich für die als Unterdrückte betroffenen KurdInnen mit der Erfahrung unsäglich brutaler Gewalt verbundene – Oberflächenstruktur des Konfliktes, denn dieser könnte ja einen strukturlogischen Zusammenhang zwischen Unterdrückernationalismus und dem diesen aufgeherrschten Nationalismus der Unterdrückten enthüllen. Statt dessen wird retrospektiv noch der „eigene“ europäisch-deutsche Nationalismus in einen dualen historischen Phasenverlauf aufgespalten: „Allerdings wichen die gegenüber dem Feudalismus fortschrittlichen aufklärerischen Vernunftprinzipien der Nationalbewegungen recht schnell reaktionären völkischen, rassistischen und biologistischen Begründungen, die im deutschen Faschismus gipfelten.“ (ebd.) Statt also beide angeführten Dimensionen des Nationalismus als zwei in dialektischem Zusammenhang untrennbar einer Medaille, nämlich der nationalstaatlich organisierten kapitalistischen Warenvergesellschaftung, angehörende Seiten zu begreifen, taucht aus den Tiefen der Geschichte wie ein Deus ex Machina die wiedergutgemachte Nation auf: „Zusammengefaßt richteten sich die europäischen Nationalbestrebungen des 19. Jahrhunderts gegen feudalistische Strukturen, die Nationalbestrebungen im Trikont in diesem Jahrhundert gegen den Kolonialismus und später gegen die Vorherrschaft der westlichen Nationen.“ (ebd.) Auf dieser Grundlage läßt sich dann unverdrossen „die Hinwendung der Völker zu den Wurzeln der eigenen Kultur, der Schrei nach der eigenen kulturellen Identität und die Forderung nach (nationaler) Selbstbestimmung“ (ebd.) befeiern.

Nationalismus – auch linke „Alltagsreligion“?

Wenn hier die Logik der ethnisch-kulturalistischen Mystifikation im wesentlichen anhand von einem Text ausgewiesen wird, dann deshalb, weil dieser sie in idealtypischer Weise vorführt, und nicht etwa weil dieser eine extreme Zuspitzung derselben darstellt oder gar weil er einer bestimmten linksradikalen Strömung zuzurechnen wäre, welche für diese Projektionen allein verantwortlich zu machen wäre. Sie durchzieht vielmehr Äußerungen zu Kurdistan und anderen „ethnisch-nationalen“ Konflikten der unterschiedlichsten, im weitesten Sinne linken Strömungen von revolutionär-antiimperialistisch bis Grün. Sie verweisen damit auf die immer noch vorhandene Virulenz eines manichäischen linken Weltbildes, das seinen Antikapitalismus aus einem moralisch aufgeladenen dualistischen Mißverständnis der kapitalistischen Verhältnisse bezieht (vgl. dazu Thomas Haury, „Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus“; in: L. Poliakov, *„Vom Antizionismus zum Antisemitismus“*, Freiburg 1992, S. 125ff) – auch wenn sich dieses nicht immer als systematisch geschlossenes antiimperialistisches Weltbild präsentiert. Aufgrund der in diesem linken Weltbild regelmäßig enthaltenen Tendenz, „die gesellschaftlichen Verhältnisse zu simplifizieren, zu verdinglichen und zu personifizieren, sie verschwörungstheoretisch zu mißdeuten“

FORUM
entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Zeitschrift des BUKO

Bestelladresse:
Redaktion FORUM
Buchtstr. 14/15
28195 Bremen
Tel.: 0421-32 51 56
Fax: 33 78 177

Nr. 201, April
Feministische Kritik an Nachhaltigkeit
52 S., 7 DM

202/203, Mai
Herrschende Nachhaltigkeit - nachhaltige Herrschaft
Vorbereitungsreader zum 20. BUKO in Heidelberg
ca. 92 S., 9 DM

Informatives in den Rubriken Kultur, Ökologie und Rassismus; Länderberichte, Termine u. v. m.

POLITIK | NEU | ERFINDEN
Pfingsten, 24. bis 27. Mai 96, Humboldt-Uni Berlin

Nachhaltige Entwicklung contra Herrschaftskritik
Krise der Ökonomie – Krise des Sozialstaats
Umbau der Arbeitsgesellschaft – Herrschende Tendenzen – Patriarchale Blockierungen
Globale Ökonomie – lokale Ohnmacht
MigrantInnen als politische Subjekte
Schöne virtuelle Welt
Politik und Aktion – Kampagnenanalysen
Feministische Alltagskämpfe
Gentechnik – Kriktik und Politik
Politik jenseits des militärischen Interventionismus
„Man muß wieder Marxist sein" (Jacques Derrida)
Feminismus als Provokation für herrschende Politik

Volksuni e.V.
c/o Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165
10177 Berlin
Telefon und Fax:
030-201 35 93

(ebd., S.152), stellt sich die Frage, ob nicht auch das so oft angerufene „politische Bewußtsein" der Linken gelegentlich nach einer Logik funktioniert, die Detlef Claussen treffend als „Alltagsreligion" charakterisiert hat: „Alltagsreligionen sind Produkte einer psychischen Tätigkeit, die mehr unmittelbare Befriedigung verspricht als die mühsame Abstraktion kritischen Erkennens. Die Geschichte der Gesellschaft wird vorgestellt als individuelle Person, die Erfahrungen macht und mit der Erfahrungen gemacht werden... Alltagsreligionen bieten schlüssige Interpretationen gesellschaftlicher Situationen, die den Erfahrungshorizont der Individuen überschreiten. Verdeckt wird durch diese Vorstellung das komplexe Verhältnis von Geschichte und Gesellschaft, das kein reines Personenverhältnis ist, sondern nur als ein sachlich vermitteltes Verhältnis von Individuen sich begreifen läßt" (D. Claussen, „Die gebrochene Kontinuität"; in: B. Schoch (Hg.), *Deutschlands Einheit und Europas Zukunft*, Frankfurt 1992, S. 82). Nur eine Linke, die sich selbst ontologisch als besseren Teil der Menschheit konstruiert, kann sich konsequent der Einsicht verweigern, daß das, was Claussen hier anhand des deutschen Mainstream-Nationalismus entwickelt, zumindest fallweise auch auf linke Bewußtseinsformen zutreffen könnte.

Zurück zur Solidaritätsspolitik

Die oben vorgetragene Kritik mag angesichts der buchstäblich knüppelharten Unterdrückungspolitik gegen die kurdische nationale Befreiungsbewegung aus der Türkei auch hier in der BRD als ziemlich esoterisch und an den eigentlichen Problemen vorbeigehend erscheinen. Ich komme deshalb nochmals auf die eingangs erwähnte Parole Marion Seeligs zurück, durch die „PKK-Verbote" würden die KurdInnen „ihrer kulturellen Identität beraubt" (ganz ähnlich: Ch. Schmitz, „Wie in der Türkei, so auch hier...", in: Hinz-Karadeniz/Stoodt (Hg.), *Kurdistan – Politische Perspektiven*, Gießen 1994; S. 35 ff). Mit solchen ethnisch-kulturalistischen Projektionen als Argument verrennt sich nämlich auch die dringend notwendige tagespolitische Solidarität mit den KurdInnen in allerlei Aporien. Zunächst unterschlägt diese Rede einen fundamentalen Unterschied zwischen der ethnisch-nationalistischen Identitätspolitik des *Staates* in der Türkei und der BRD. Der kemalistische Staat in der Türkei schließt jede kurdische Eigenheit aus und unterdrückt mit brutalsten Mitteln jede politische Artikulation einer solchen, weil sie prinzipiell als Bedrohung der homogenen türkischen Nation und damit der Grundlagen des Staates und der nationalen Sicherheit empfunden werden – deshalb die ständigen strafrechtlich bewehrten Separatismusvorwürfe gegen jede noch so vorsichtige prokurdische Äußerung. Ganz anders in der BRD: hier werden auf der Grundlage des immer noch geltenden ius sanguinis alle Menschen ohne deutschen Paß auf der Grundlage ethnischer Zuschreibung als nicht Zugehörige aus dem Kreis der über Grundrechte verfügenden StaatsbürgerInnen ausgegrenzt und mit repressiven Sondergesetzen überzogen. Die „PKK-Verbote" richten sich mitnichten gegen Volkstänze, Nationalspeisen und andere Ausdrucksformen einer „kulturellen Identität", sondern sind ganz eindeutig *politische* Betätigungsverbote. Sie richten sich ausschließlich dagegen, daß sich eine ethnisch-rechtlich aus der nationalen Gemeinschaft der StaatsbürgerInnen ausgeschlossene Bevölkerungsgruppe erfrecht, hartnäckig politische Forderungen an den deutschen Staat und seine Außenpolitik zu erheben und sich dabei gar noch demokratische Rechte anzumaßen – und das auch noch unter Führung einer eigenen politischen Organisation. Das soll mit dem ständigen Stammtischgeblöke vom „Mißbrauch des Gastrechtes" unterstrichen und durch die Denunzierung der kurdischen Anliegen als „Gewalt" und „Terror" verschleiert werden. Eine ständig mit der Phrase von der „kulturellen Identität" um sich werfende Solidaritätspolitik wendet letztlich die auf Ausgrenzung zielende ethnische Zuschreibung seitens des BRD-Staates nur ins Positive und dürfte deshalb auch in arge Schwierigkeiten geraten, sich von den Vereinnahmungsversuchen der kurdischen Sache durch einen Rechtspopulisten und ausgewiesenen Rassisten vom Schlage Heinrich Lummers abzugrenzen, für den die Unvereinbarkeit des Zusammenlebens „verschiedener Kulturen" bekanntlich „schon beim Geruch anfängt". Sie läuft damit direkt in die Falle des staatsöffentlichen ethnisch-nationalen Identitätsdiskurses. Denn schließlich beruht auch das von der Bundesregierung im Verein mit der Medienindustrie aufgeführte Schmierenstück mit dem Titel „Gute Kurden – böse PKK" auf nichts anderem als der ethnisch-kulturalistischen Zuschreibung angeblicher Kollektiveigenschaften. Eine linke Solidaritätspolitik mit den KurdInnen, die nicht die Dekonstruktion ethnisch-kulturalistischer Mythen zur Vorraussetzung politischer Praxis macht, wird allein schon aus diesem Grund auch der staatlichen Repressionspolitik und ihrer medialen Vermittlung und Legitimation niemals etwas wirkungsvolles entgegenzusetzen haben. Es gibt also auch auf der Ebene tagespolitischer Notwendigkeiten einer aktiven internationalistischen Solidarität mit den KurdInnen für Linke jede Menge Gründe, von ethnisch-kulturalistischen Projektionen die Finger zu lassen. ●

Udo Wolter ist Redakteur der blätter des iz3w.

THOMAS KUNZ / GOTTFRIED OY

„Das Recht, sein zu dürfen, was man ist."

Die Politik der „Gesellschaft für bedrohte Völker"

Menschenrechtspolitik zu machen sei doch nichts schlimmes, so antwortet die Göttinger Nichtregierungsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker" (GfbV) in stupider Regelmäßigkeit auf Kritiken an ihrem essentialistischen Bezug auf „Ethnien" und „Völker". Tilman Zülch, Bundesvorsitzender der GfbV und bekannter Kriegstreiber im Jugoslawienkonflikt nutzt jede Gelegenheit, um werbend für seine NGO gegen KritikerInnen ins Feld zu ziehen, sei es auf den Leserbriefseiten der bürgerlichen Presse oder bei öffentlichen Veranstaltungen, wie zuletzt bei der Lesung Peter Handkes im Frankfurter Schauspiel.

Zülchs Organisation jedoch als neurechts zu bezeichnen, führt in die falsche Richtung. Mit dieser Zuweisung sind zwei Schwächen der Kritik verbunden: man verläßt sich erstens zu sehr auf die moralische Empörungskraft des Skandalons „neurechts". Ist der Gegner erst mit diesem Etikett versehen, scheint weitere Kritik überflüssig, man kann sich beruhigt zurücklehnen, in dem Glauben, dieses Adjektiv spräche für sich. Doch weit gefehlt; denn zweitens nimmt diese Zuschreibung die sogenannte liberale Öffentlichkeit, die maßgeblich das UnterstützerInnenpotential der GfbV ausmacht, von der Kritik aus. Vielmehr erscheint die Neue Rechte als hauptsächlich drohendes Moment – und adelt auch noch all die Duves, Cohn-Bendits und Süssmuths, die sich ja trefflich von der Neuen Rechten distanzieren können. Anstatt die Politik der GfbV vor allem im Kontext der Ideologie der Neuen Rechten zu thematisieren, sollte die Frage im Mittelpunkt stehen, wie es denn mit dem Liberalismus der GfbV steht. Oder mit anderen Worten: wie völkisch ist Menschenrechtspolitik?

Die Politik der GfbV beruht im Kern auf einem Mißverständnis, das über lange Jahre auch die Linke teilte und welches inzwischen schon oft benannt wurde: Daß der „Ruf des Volkes" irgendetwas mit dem „Ruf nach Freiheit" zu tun hat. Grundgedanke dieser Koppelung ist, daß die ideologische Konstruktion des bürgerlichen Nationalstaates, das „Volk", das kollektive Subjekt ist, welches nach Befreiung strebt, also als Akteur von Emanzipation zu unterstützen sei. Da bürgerlich-kapitalistische Demokratien, sich selbst frei und gleich wähnend, den Volksbegriff zu ihrem Repertoire zählen, steht die GfbV fest auf ihrer Seite. Das Ende der Sowjetunion löste vor diesem Hintergrund wahre Begeisterungsstürme in der GfbV-Hauspostille *pogrom* aus. Für Johannes Vollmer, freier Mitarbeiter der *pogrom*, waren „der neue Sowjetmensch, der sowjetische Patriotismus abstrakte, unmenschliche Ideale, die sich als Fiktion erwiesen haben. Es ist viel mehr als 'Demokratie', was hier zurückgewonnen wird. Die spätstalinistischen Fassaden bröckeln, werden zerschlagen, mit Macht kehren die Verwurzelungen der Menschen, ihre tiefen kulturellen Bindungen zurück. Die Völker erobern sich ihre historische Identität wieder." (*pogrom* 152) Einmal davon abgesehen, daß die Sowjetunion alles andere als antinationalistisch war, zeigt sich in dieser Einschätzung jedoch, auf was die GfbV-Menschenrechtspolitik hinausläuft. Kulturelle Ausdrucksformen werden zu gesellschaftlichen Prozessen vorgängigen statischen Identitäten, denen zu ihrem Recht verholfen werden müsse, welches wiederum nur im Rahmen der Nation-Form möglich sei, da dort das „Volk" zu sich komme. Die „singende Revolution" Estlands von 1988 ist Vollmer hier Vorbild. „Eine estnische Zeitung" zitierend, enthüllt der Autor seine Utopie: „Die singende, sich rhythmisch bewegende glückliche Volksmenge, Dutzende und Dutzende wehender Nationalfahnen, lachende Gesichter, Eintracht, keine Mißgunst und Feindschaft, im Herzen nur ein Wort: Estland!" (Ebd.)

Ebenso muß die symbolische Ebene berücksichtigt werden. Parallel zu der textlich behaupteten Selbstverständlichkeit von Fremdheit bzw. Andersartigkeit liefert die Zeitschrift der „Menschenrechtsorganisation für ethnische, rassische und religiöse Minderheiten" (Impressum *pogrom*) allzugerne deren Signifikanten gleich mit. Angehörige sogenannter Minderheiten werden häufig in Gestalt folkloristischer Ikonen vorgeführt. Solche Fotos fungieren letztlich als Belege der ausgemachten Differenz und verdichten die Wahrnehmung der Welt durch die *pogrom*-Brille zur unabwendbaren Gewißheit. Denn von „Völkern, Ethnien und Kulturen" „wimmelt" es eben nicht nur im GfbV-Weltbild, „sondern auf Erden", so Wolfgang Mayr von der GfbV-Südtirol in einer Entgegnung auf seine KritikerInnen in der *iz3w*. Vor diesem Hintergrund gewinnt auch das Trachtentragen emanzipative Dimensionen. Zugleich zeigt sich ein durchgängiges Moment des Kulturverständnisses der GfbV: volkstümelnde Kleidungsstile indizieren Minderheiten und dienen als Beleg für deren „kulturelle Identität".

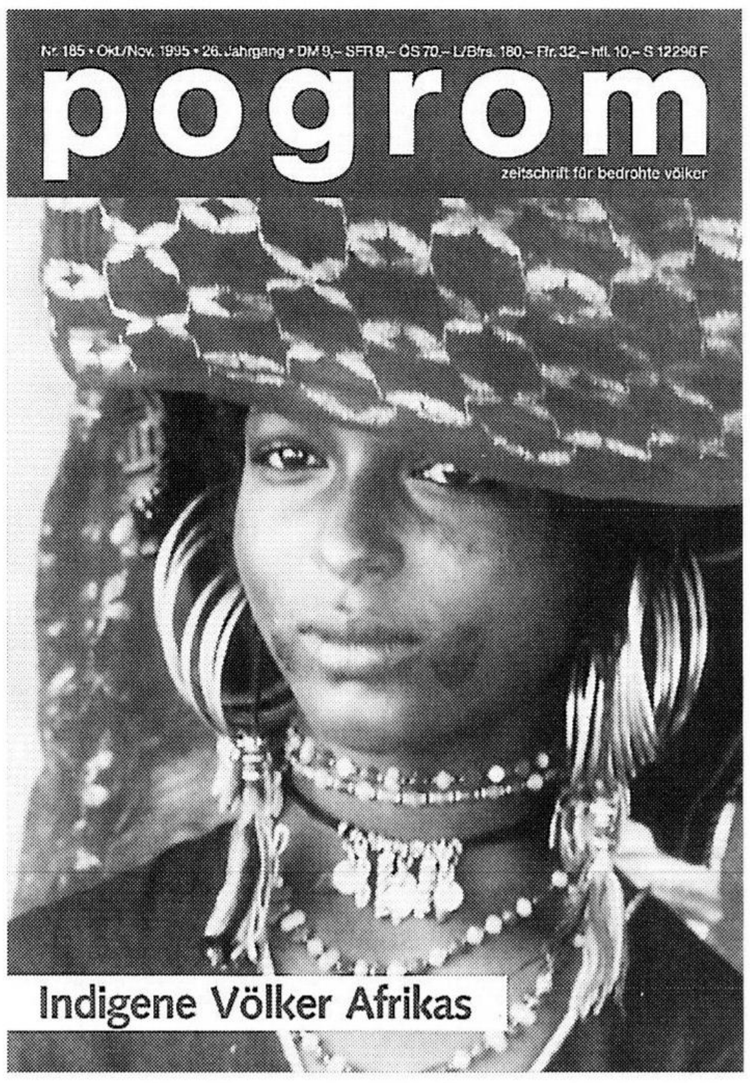
Der GfbV geht es keineswegs um die Konstruktion homogener „Völker", sie versteht ihren Einsatz für „bedrohte Völker" vielmehr als Minderheitenschutz. Das Eintreten für einen essentialistischen Multikulturalismus ist für sie die Lehre, die aus der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands zu ziehen sei. Hier fällt immer wieder der Hinweis darauf, daß „Völker", „Ethnien" und „Kulturen" eben existieren und deswegen zu schützen seien: „Der GfbV geht es um das Recht sein zu dürfen, was man ist", so Wolfgang Mayr (*blätter des iz3w* 203). Daß das, was man ist, jedoch nicht einfach so „da" ist, sondern erst mittels komplizierter Verfahren definiert werden muß, bringt auch die GfbV in Schwierigkeiten. So ist etwa in der *pogrom* 185 von einer „Arbeitsgruppe für Indigene Völker" der Vereinten Nationen zu lesen, die sich vor das Problem gestellt sieht, nicht zu wissen, was denn nun „indigen sei". Die Autorin des Beitrags empfindet es als skandalös, daß Vertreter von Burenorganisationen aus Südafrika und Namibia Aufnahme in die Arbeitsgruppe begehren. „Beunruhigung" exisitiere darüber, daß „immer mehr Gruppen unberechtigterweise als Indigene von der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden wollen." (Ebd.) Also muß das, was berechtigte Indigene ausmacht, definiert werden, am besten nach den Leitlinien der UN: „Präexistent", „Nicht-Dominant", „kulturell Different" und „Selbstidentifiziert" müssen sie sein, um anerkannt zu werden. Erst wenn die als „indigen" bezeichneten Gruppen diesen Akt der Selbstkonstruktion hinter sich haben, sind sie das, was sie vorgeben schon immer gewesen zu sein und die GfbV kann sich zu ihrer Retterin aufschwingen.

Besonders prägnantes Beispiel für die Ethnifizierung sozialer Konflikte ist der Ju-

goslawien-Konflikt, indem sich die GfbV als Hardlinerin des bundesdeutschen Kriegskurses erwies. Sie begann ihr Engagement auf Seiten Kroatiens. Franjo Tujman, seit 1990 Präsident Kroatiens, wird als demokratischer und marktwirtschaftlich orientierter Staatsmann aufgebaut, dessen Pläne von „aus Belgrad gesteuerten Angehörigen der serbischen Minderheit" durch „bewaffnete Aufstände und terroristische Aktivitäten" „torpediert" werden (*pogrom* 159). In einem 14seitigen Interview mit Hans Rullmann, 1990 Vorsitzender der Deutsch-Kroatischen Gesellschaft, wird der Versuch untermauert, Kroatien als den unterdrückten Teil der Republik Jugoslawien darzustellen. So waren es nach Rullmann zunächst die deutschen Nationalsozialisten, welche die angeblich ursprünglich demokratische kroatische Ustascha-Bewegung in die Arme des Faschismus trieben und dann die Kommunisten, welche es wagten die Ustascha-Faschisten zu bekämpfen, in der Terminologie Rullmanns also „die Serben", die einen Bürgerkrieg „gegen alles, was Kroatisch war" eröffneten (*pogrom* 155).

Schon bald jedoch entpuppte sich Kroatien als ganz normale Kriegspartei mit aggressiven Expansionsansprüchen und brutalem Vorgehen. Die gesamte Kroatische Soliszene von der Bundesregierung bis zur GfbV sah sich zum Wechseln der Seiten veranlaßt. Tudjman, eben noch als der demokratische Führer der Zukunft gefeiert, wird mit allerlei psychologisierenden Kategorien zum machtbessesenen Warlord erklärt, mit dem keine staatsmännische Politik mehr zu machen sei. Neues Ziel der deutschen Helfershelfer wurde Bosnien, multikulturelle Projektionsfläche allerlei gewendeter Intellektueller. Aber nicht nur die Seiten wurden gewechselt, auch die Methoden der Intervention wurden verschärft. Allen voran die GfbV forderte immer massiver den Kriegseintritt der Nato, selbstverständlich unter deutscher Beteiligung. Bis endlich Ende '95 die Ifor-Truppe stand, bedurfte es massiver ideologischer Anstrengungen. Marek Edelmanns Äußerung aufgreifend, daß das, „was im früheren Jugoslawien geschieht, [...] ein posthumer Sieg für Hitler" sei, wurde immer massiver die Gleichsetzung des Jugoslawien-Konfliktes mit dem Nationalsozialismus betrieben, wobei Rest-Jugoslawien – bittere Ironie der Geschichte – die Rolle des nationalsozialistischen Deutschlands zu übernehmen hatte und auf der anderen Seite vor allen Dingen Bosnien mit den Opfern des Faschismus gleichgesetzt wurde: „Frage: Sie haben den Warschauer Ghetto-Aufstand mitgemacht. Was sagen sie zur Vergleichlichkeit der Situation damals und der Situation heute in Bosnien? Marek Edelmann: Das ist dasselbe, das ist Holocaust." (*pogrom* 175)

Von da an war es ein „serbischer Faschismus" der bekämpft werden mußte. „Serben, die vor 1992 kaum jemals in Bosnien waren, wie die Mitglieder der berüchtigten Frankfurter 'Jugo-Mafia' und anderer krimineller Gruppen" (*pogrom* 184) träten heute als „Kriegshelden" (ebd.) auf, so Hanno Graf von Kielmansegg, Generalmajor



„... volkstümelnde Kleidungsstile indizieren Minderheiten und dienen als Beleg für deren 'kulturelle Identität'."

a.D.. Die „Partei des Überfallenen" (ebd.) zu ergreifen, wird als Tagesbefehl herausgegeben, freilich nicht ohne sich zuvor mittels historischer Analogien der eigenen moralischen Integrität zu vergewissern.

Die ideologische Verortung der Kriegsparteien verfestigte sich in der Folgezeit trotz einzelner durchdringender gegenteiliger Informationen so sehr, daß sich die Kriegstreiber einen neuen Hauptgegner suchen konnten: die Europäische Union. Alain Finkielkraut wird herangezogen, um den mangelnden „Bürgersinn" der EU zu beklagen: „Es wird unmöglich oder sehr schwierig sein, ein Bürger Europas zu bleiben, denn als Bürger muß man sein 'Vaterland' lieben können und stolz darauf sein." (*pogrom* 175) Im Zentrum der Kritik steht hier vor allem die Politik der französischen und der britischen Regierungen, die sich gegen deutsche Großmachtbestrebungen wendend, anfänglich weigerten, die antiserbische Politik der Bundesregierung zu unterstützen. Finkielkraut hingegen gibt vor, keine Interessen mehr zu kennen, sondern nur noch Europäer. Deren Klasseninteressen als Bürger freilich verbirgt er hinter moralischem Gesülze über verlorengegangene „geistige Inhalte" (ebd.). Gerade die Parteinahme im Jugoslawien-Konflikt zeigt, daß sich die GfbV besonders gern in ihren politischen Interventionen an Institutionen, wie etwa die Uno oder die Nato, richtet. Mit dieser Art der institutionenfixierten Politik steht sie jedoch keineswegs allein, sondern befindet sich als Nichtregierungsorganisation in guter Gesellschaft.

Diese Form professionalisierter Bürgerinitiativen zeichnet sich in der Regel durch stark hierarchisierte Strukturen aus, um als verläßlicher Gesprächspartner von staatlichen und überstaatlichen Institutionen anerkannt zu werden. Viele NGOs treten mit dem Anspruch auf, das Allgemeininteresse zu vertreten, was für sie die Grundlage ihrer Forderung nach staatlicher Unterstützung ist. Das sie sich gleich den bürgerlichen Medien gerne als vierte Gewalt bezeichnen, ist wohl weniger einer publicity-trächtigen Übertreibung geschuldet, als vielmehr ihrem eigenen institutionellen Status. Wie jeder Institution geht es der GfbV als NGO somit erstmal um die eigene Reproduktion, der eigenen Etablierung auf dem Markt der Zivilgesellschaft. Seriösitatsbonus verleit der GfbV bei diesem Kampf um Gelder aus öffentlicher und privater Spenderhand die 1993 erlangte Anerkennung als NGO der Kategorie II durch den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen.

Deren spezifischer Pragmatismus äußert sich zum einen in den eigenen politischen Zielen und zum anderen in den gewählten Aktionsformen, die vor allem medienwirksam seien sollen. So wie sich etwa Greenpeace-AktivistInnen vor laufenden Kameras gerne an Fabrikschornsteine und Werkstore ketten, so wählen sich GfbV-Funktionäre gerne Gedenkstätten der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik für ihren abendlichen Tagesschau-Auftritt.

Ihrem Selbstverständnis nach ist die GfbV „unbequem", „parteipolitisch unabhängig" und „provokativ". Sie möchte „Tabus brechen" und situiert sich dadurch als

Prof. Rita Süssmuth
Präsidentin des Deutschen Bundestages

»Auch dieses Jahr geht mit einer grauenhaften Kriegsbilanz zu Ende. Um so mehr zählt Ihr unerschrockener, aufrüttelnder Einsatz.«

Bärbel Bohley
Bürgerrechtlerin

»Die Arbeit der Gesellschaft ist für mich in dieser Zeit des wachsenden Egoismus als Folge von Angst unter den Völkern wirkliche Liebes- und damit Zukunftsarbeit. Wie Angst zu bekämpfen ist, können uns gerade die kleinen, ausgegrenzten, bedrohten Völker lehren.«

Daniel Cohn-Bendit
Bündnis 90/Die Grünen-MEP

»Die weltweite unermüdliche Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker zur Verwirklichung der Menschenrechte, besonders für gefährdete und verfolgte ethnische und kulturelle Minderheiten, ist unschätzbar wichtig.«

Freimut Duve
SPD-MdB

»Mit Biafra im heutigen Nigeria fing es vor einem Vierteljahrhundert an: Aus Kriegen ist Vertreibungsterror geworden. Seit damals bewundere ich die Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker. Ein Leuchtturm im Sturm.«

Marek Edelmann
Letzter überlebender Kommandeur des jüdischen Widerstandes im Warschauer Ghetto, Lodz

»Ich halte die Gesellschaft für bedrohte Völker für sehr wichtig. Am Ende des 20. Jahrhunderts, wo Tausende Menschen durch Nationalismus und Chauvinismus bedroht sind, wo Tod und Hunger Tausende vernichten, drängen Ihre Initiativen die Öffentlichkeit, aktiv zu werden und Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Deshalb meine ich, daß jeder die Verpflichtung hat, Ihre Tätigkeit moralisch und auch finanziell zu unterstützen.«

Prof. Alfred Grosser
Prof. em. am Pariser Institut für politische Wissenschaften, Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels

»Für mich verwirklicht die Gesellschaft die Grundforderung der ›Vergangenheitsbewältigung‹: Die Erinnerung muß schöpferisch sein, das heißt dazu verpflichten, gegen Verbrechen der Gegenwart zu kämpfen. Nicht viele sind wirklich bereit, das zu tun.«

Lew Kopelew
Schriftsteller

»Die Gesellschaft für bedrohte Völker ist eine von den hoffnungsträchtigen Keimzellen der neuen globalen Menschheit, denn Verständnis, Toleranz, Solidarität und Hilfsbereitschaft für andere Völker, andere Länder sind unbedingt notwendig, um das Leben auf unserem Planeten zu erhalten.«

Friedrich Küppersbusch
Fernsehjournalist

»Schon aus journalistischem Egoismus muß ich die Gesellschaft für bedrohte Völker unterstützen, denn oft stellt sie die einzige Anlaufstelle dar, die schnell zuverlässige und vor allem überparteiliche Informationen und Hintergründe bietet. Für mich als Privatmensch hilft die Arbeit der GfbV, mich angesichts von Menschenrechtsverletzungen nicht in bequeme Ohnmachtsgefühle zu ergeben.«

Dr. Christian Schwarz-Schilling
CDU-MdB

»Wenn es die ›Gesellschaft für bedrohte Völker‹ nicht gäbe, sie müßte sofort gegründet werden. Nicht nur in vielen Teilen dieser Welt geschieht nach wie vor ›Völkermord‹, sondern jetzt ist er auch mitten in Europa eine Realität geworden. Es ist ungeheuerlich, daß diese Realität am Ende des 20. Jahrhunderts, nach den beiden Katastrophen des Nationalsozialismus und des Kommunismus, der besonders unseren Erdteil erschüttert hat, überhaupt möglich ist.«

Maria von Welser
Leitende Fernsehredakteurin, Mona Lisa

»Wir brauchen alle dringend ein waches Gewissen – die Gesellschaft für bedrohte Völker ist es für uns in unserem Lande. Hoffen wir, daß auch weiterhin Herzen erreichbar bleiben.«

Martin Walser
Schriftsteller

»Das ist der notwendigste Geographie-Unterricht: zu verbreiten, wo auf der Erde die Menschenrechte immer noch nicht gelten. Aufklärung UND Hilfe, dafür steht die Gesellschaft für bedrohte Völker. Dafür braucht sie uns. Weil die bedrohten Völker sie brauchen.«

Simon Wiesenthal
Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes, Wien

»Auch in diesem Jahr – und in diesem Jahr vielleicht ganz besonders – war und ist die ›Gesellschaft für bedrohte Völker‹ ein Lichtblick und ein Zeichen der Hoffnung in einer Zeit, in der in Europa und auf den anderen Kontinenten Völker, Minderheiten oder Flüchtlinge in ihrer Existenz bedroht sind.

Jeden Tag müssen wir darüber lesen, wie viele Menschen davon betroffen sind, da ergibt sich für mich sogleich die Gedankenverbindung zu der Gesellschaft in Göttingen, weil diese verdienstvolle Vereinigung immer als erste zur Stelle ist – Gott sei Dank bleibt sie in ihren Bemühungen nicht allein –, wenn es um Hilfe und Problemlösungen für bedrohte Menschen geht. Ihr Engagement ist leider vielerorts und immer wieder vonnöten.«

„... menschenrechtelndes Bürgertum mit seinem moralischen Anspruch, Gutes tun zu müssen": das Klientel der GfbV.

im Widerspruch zu offizieller Regierungspolitik stehend. Diese notorische Selbststilisierung als regierungskritisch ist jedoch keineswegs inkompatibel zu besagter, weil beide auf die selben Kategorien rekurrieren. Genau hierüber erweist sie sich als nützlich.

Oberflächlich gerieren sich die GfbV und ihr Exponent Zülch als vehemente und mittlerweile geradezu prominente KritikerInnen nicht zuletzt ebenso prominenter RegierungspolitikerInnen und Vorstandsbosse. So schrieb Zülch an Edzard Reuter, seinerzeit Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz-AG, empörende Protestbriefe oder es flimmern Bilder von Mahnwachen gegen Völkermord und Unterdrückung in Ex-Jugoslawien über abendliche Bildschirme, selbstverständlich organisiert und durchgeführt unter dem Logo der GfbV. Der rastlose Zülch ist nunmehr 25 Jahre nach Gründung der GfbV zu einem festen Medienbestandteil geworden, wenn es darum geht, FernsehzuschauerInnen oder RadiohörerInnen einen aufrechten Experten für Völkerangelegenheiten zu präsentieren. Der werbewirksame Hinweis darauf, daß „Gerichte, Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Publizisten und Journalisten" auf „unser in Deutschland einmaliges, umfangreiches Archiv" zurückgreifen (lt. Eigenwerbung der GfbV), daß den erstgenannten „Gutachten und Hintergrundinformationen" geliefert werden, wirft ein Schlaglicht auf das Klientel der GfbV: das menschenrechtelnde Bürgertum mit seinem moralischen Anspruch, Gutes tun zu müssen. Tatsächlich aber betreiben sie das Geschäft all derer mit, denen die völkische Anrufung von Individuen eine Herzensangelegenheit ist. Und hierin sind sich auch alle wieder einig: über den Umgang mag gestritten werden, aber: ein Volk ist und bleibt eben ein Volk.

1991 trat die GfbV aus dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen wegen angeblicher „linksdogmatischer Gruppen" aus. Als Bürgerorganisation dem Allgemeininteresse verpflichtet, wollte und will die GfbV natürlich weder mit der Linken noch der Rechten zu tun haben. Immer wieder wird deshalb in ihren Publikationen und Stellungnahmen staatstragende Totalitarismustheorie ausgebreitet. Dies vollzieht sich relativ subtil nach einem bekannten Muster. Die GfbV präsentiert sich vornehmlich als politische Mitte und bedient sich hierzu abgrenzend der Topoi *links* bzw. *rechts*. Die Selbstvergewisserung stellt sie, wenn es oppurtun erscheint, über den Hinweis darauf her, daß „gerade die NS-Grauen [...] eine Gruppe von Menschenrechtlern um Tilman Zülch zu GfbV-Gründern gemacht" hat. Der Abgrenzung vom NS auf der einen Seite entspricht die Distanzierung vom Stalinismus auf der anderen Seite. Meist packen Aktivisten und graue Eminenzen der GfbV diese beiden Komponenten in einen einzigen Satz, so daß am solcherart abgesteckten politischen Horizont einzig die aufgehende GfbV-Sonne als totalitarismusunverdächtig erscheint. Das über die Koppelung NS/Stalinismus eine Quasi-Gleichsetzung erfolgt, dürfte ihnen als Sekundärgewinn nicht ungelegen kommen. Den Totalitarismus-Vorwurf macht sie ihren KritikerInnen allzugerne. Auffällig oft findet sich die larmoyante Klage gegen „linksradikale Geister", die „in der Regel ebenso irrational wie rechtsradikale" seien. Die Ineinssetzung von *links* und *rechts* bringt S.Yildrim, Mitglied der GfbV-Koordinationsgruppe Kurdistan, anschaulich zur Geltung. Sein Vorwurf: Kritik an der GfbV würde „in Goebbelscher Propagandamanier" in einer „reaktionär-kommunistischen Zeitung" (gemeint ist die Tageszeitung *junge Welt*) abgedruckt. Im Gegenzug erscheint die GfbV als ideologiefrei. Doch deren penetrantes Insistieren auf apolitische Wertigkeit sollte stutzig machen. Sie wegen ihres völkischen Programms jedoch in die neurechte Ecke zu stellen, verfehlt letztlich den zutiefst konservativen Charakter ihrer eigenen Verortung in der Mitte. Das losgelassene Bürgertum in seinem Kampf um die rechten Verhältnisse muß sich nicht in Springerstiefel kleiden, sondern weiß sehr wohl die Mittel der Politik zu nutzen. ●

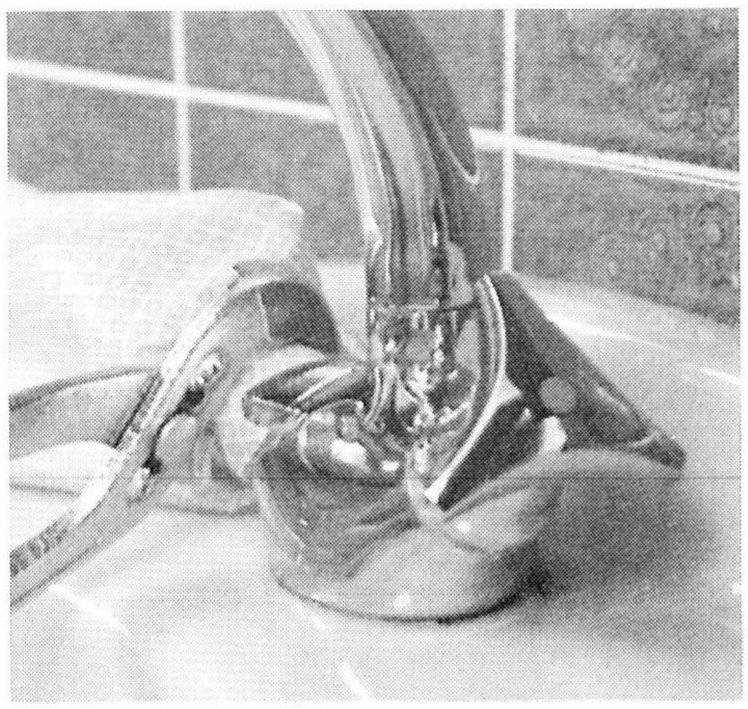
❶ Polizisten kritisieren verboten

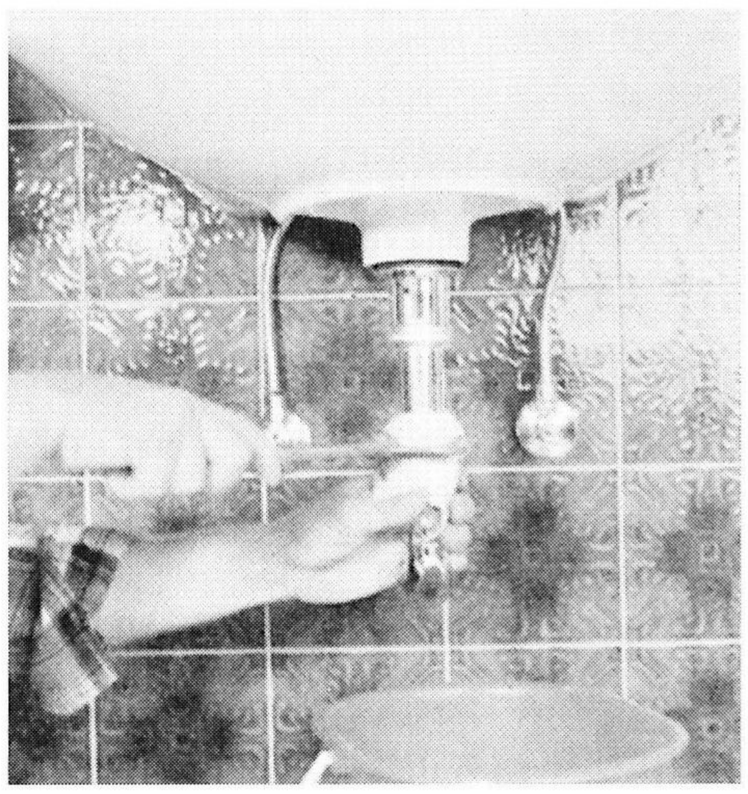
Ein Mitarbeiter des Antirassismusbüro Bremen (ARAB) ist am 22. April vom Bremer Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 750 Mark verurteilt worden. Amtsrichter Friedrich Wulf hielt ihn der Volksverhetzung für schuldig, weil er zum Kauf der ARAB-Broschüre ***Polizisten, die zum Brechen reizen*** aufgefordert haben soll (vgl. *taz* vom 13.3.96).

„Die Schrift verletzt die Menschenwürde der Bremer Polizisten schon durch den bewußt doppeldeutigen Titel", meinte Richter Wulf in der Urteilsbegründung. Auch in den Vorwürfen „rassistischer Sonderbehandlung" und „regelrechte Menschenversuche" sah er eine strafbare „Beschimpfung der Polizei", die den „öffentlichen Frieden stören" könne. Für die Verurteilung sei nicht von Belang, ob die vom ARAB kritisierte zwangsweise Vergabe von Brechmitteln zulässig gewesen sei. Die Anwältin des Antirassismusbüros will Berufung gegen das Urteil einlegen. Die in der Broschüre erhobenen Vorwürfe könnten jederzeit ausführlich belegt werden. Amnesty International hatte bereits im Februar in einem Brief an Justizsenator Henning Scherf angekündigt, daß der ARAB-Mitarbeiter auf die internationale Liste „politischer Gefangener" gesetzt würde, wenn er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden sollte.

In der Broschüre *Polizisten, die zum Brechen reizen* hatten wir unsere Recherchen zur Brechmittelvergabe, juristischen Gutachten, Fachliteratur über die medizinischen Folgen, Protokollen von Gesprächen mit Betroffenen, sowie eine Einschätzung vor einem Jahr an die Öffentlichkeit gebracht. Demnach zwingt die Polizei Verhaftete teils unter Einführung einer Nasensonde, das Brechmittel Ipecacuanha zu sich zu nehmen. Die Betroffenen seien des Drogenhandels verdächtigt, hätten aber die Beweismittel, Kapseln mit Rauschgift, heruntergeschluckt. 400 Mal innerhalb von 2 Jahren wurde das Brechmittel angewandt, fast ausschließlich gegen afrikanische Asylsuchende. Das Mittel an sich ist gesundheitlich höchst bedenklich, die Bremer Praxis, gewürzt mit der Beigabe von Salzwasser, ist medizinisches Neuland, erinnert an brachiale Menschenversuche und ist lebensgefährlich. Unabhängige Nachforschungen von Amnesty International bestätigten mittlerweile die Vorwürfe, Bremen wurde in den aktuellen Bericht über deutschen Polizeirassismus aufgenommen, die Brechmitteltortour als „grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung" gebrandmarkt. Die Veröffentlichungen erfuhren ein beachtliches überregionales Presseecho, die Bremer Ärztekammer wurde tätig und erklärte die Maßnahme als Unvereinbar mit dem ärztlichen Berufsethos. Daraufhin lehnte die Bremer Gesundheitssenatorin die weitere Zwangsvergabe zu Beweiszwecken ab. Die Bremer Justizbehörde jedoch erklärte die Maßnahme trotz der Stellungnahme der Ärztekammer für medizinisch unbedenklich, denn über medizinische Bedenken entscheiden in Bremen nicht Mediziner, sondern Staatsanwälte.

Im Zusammenhang mit dem Prozeß wegen Volksverhetzung ist auch eine polizeiliche Durchsuchung des Sielwallhauses und zweier Privatwohnungen am 17. Januar – aus offiziell anderem Anlaß – zu sehen (es wurden dort unter anderem die letzten 500





Exemplare der brechreizerregenden Polizisten beschlagnahmt); vor allem erschwert so etwas die Arbeit einer unterfinanzierten und überarbeiteten Initiative, deren Computer und diverse Materialien beschlagnahmt sind, deren Ruf mit dem Makel der Kriminalität behaftet und die isoliert werden soll. Ferner geht es nicht zuletzt darum, ob es in Zukunft möglich ist, die Bremer Polizei zu kritisieren. Denn es ist zu befürchten, daß auch wenn die zweite Instanz glimpflich ausgehen sollte, von nun an jede derartige Publikation mit einem Ermittlungsverfahren überzogen werden wird.

Daneben weisen diese Vorgänge eine Reihe von Besonderheiten, Merkwürdigkeiten und Pika(n)terien auf: Sowohl der Staatsanwalt, als auch die neue Pressesprecherin der Justiz Gerwin sind ehemalige Mitglieder der DKP und des MSB, unter ehemaligen Studenten bekannt ob ihrer penetranten, häufig arg einfältigen Politik und für einen volksfront-orientierten Antifaschismus. Mit großer Leichtigkeit wurden sie mittlerweile in die Dienste des Staates genommen, gehen mit ebensogroßer Leichtigkeit ein Bündnis nicht nur mit der Macht, sondern mit den Ganz-Rechten ein, anzubieten haben sie den Antifaschismus, der nun, in die Hände des Staates gelangt gleichsam zum Antikörper wird. Lauert da etwa der alte leninistische Kampf gegen die „Kinderkrankheit Linksradikalismus"?

Antirassismusbüro Bremen

❷ funky

popgeschichte so sagt man ist ein steinbruch aus dem man sich bedienen darf vorhandenes material neu zu arrangieren und für sich zu nutzen die festung europa und die wiedergroßmacht deutschland haben spuren hinterlassen in den texten der sterne also utopie im sinne von es dauert nicht mehr lange davon redet auch die neue platte die sterne sind christoph leich (schlagzeug) frank will (keyboards) frank spilker (gitarre/gesang) und thomas wenzel (bass) die form in der die sterne zusammen spielen läßt vorstellungen von einer gut eingespielten band hinter sich ignoriert sie sogar oftmals mit bezauberndem wimpernschlag ich hab keinen von den typen je gesehen und ich kann die ganzen fragen nicht verstehen wo fing das an was ist passiert immer hat sich irgendwas ergeben und es gab immer genug zu bereden es gab gespräche über den sinn schon um das cliché von der sogenannten wortlastigkeit der hamburger schule erneut zu untermauern dazu die musik die dich seidig umspielt manchmal kommt man auch zu dem ergebnis es gibt wichtigeres meist scheint manches auf den ersten blick unmöglich der handel blüht auch wie bescheuert überall verträge doch ich scheiß auf deutsche texte du merkst an dieser stelle schon es war zum teil beschissen und ich dachte das geht nicht die waren alle so nett zu mir alle möglichkeiten offen vielleicht wird alles gut die neue platte ist natürlich unsere beste was einmal in einem info steht das wird hundertmal abgeschrieben und endlich wahrheit.

Alle Samples: „POSEN, das Paradies-Experiment von Tobias Levin", „Im Gespräch mit Tobias Levin", „Biographie von Torsten Janick", „POSEN: Alle Texte".

T.K.

Die Sterne: Posen, L'Age d'Or/Epic, Hamburg 1996

tellerwäscher

❸ Große Vögel kleine Vögel

„Zahme Vögel singen von der Freiheit, wilde Vögel fliegen" war auf einem Poster zu lesen, welches im Tanzzimmer auf einer dieser Samstag-Abend-WG-Partys hing. Die Vögel auf der Party tanzten und störten sich keineswegs an dieser vor-foucaultschen Freiheitshymne, die wohl nicht nur als 68er Relikt durchgeht, sondern auch in den 90ern Lebensgefühl beschreibt. Zum Beispiel von den Betreibern des Studios Imperial und den Comic-Fanzine *Junger Mittwoch* Machern, welche gemeinsam den Sampler ***camp imperial*** vorgelegt haben. Die Hymne die hier gesungen bzw. instrumentell dargeboten wird, ist die auf die Freiheit der Stile und der neuen Unordnung von Computer und Gitarre. 20 verschiedenste Stücke stehen für die Bandbreite der im Imperial produzierten Musik. Andreas Dorau, Ja König Ja, Knarf Rellöm (Ex-Huah!), Schorsch Kamerum (Die Goldenen Zitronen), Arne Zank (Tocotronic) u.a. versuchen sich an der Umsetzung der programmatisch gehaltenen Eingangsrede von dem „mehr als eine Hoffnung", welches die Musik verkörpern soll. Experimentierfreudigkeit gleichzusetzten mit der Weiterentwicklung dessen, was einmal als Hamburger Schule das Versprechen von Pop & Politik erneuerte, ist jedoch eine etwas zu einfache Gleichung. Nicht alles, was da LoFi-mäßig daherkommt, hat Aussagekraft und nicht alles, was nervt, muß progressiv sein. Was am Schluß bleibt: wie auf jedem Sampler gibts Lieblingsstücke und Haßstücke. Da erste überwiegen und dank neuester CD-Player-Technik zweitere einfach stillschweigend übergangen werden können, bleibt der Spaß am Hören. Weniger Programmatik hätte der ganzen Sache gut getan, denn: fliegende Vögel machen die bessere Musik.

G.O.

Diverse: Camp Imperial. Electronic Rock Resistance. Triggered by Imperial Sound Kollektiv, L'Age d'Or/Rough Trade, Hamburg 1996

❹ Letzter Wille

Im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte und in Gewahrung der kommenden Gefahren verfüge ich, Christine Friedrich, 29 Jahre, Kriminalhauptkommissarin, meinen letzten Willen. Obwohl es mir nicht leicht fällt, weiß ich auch um die verdienstvolle Aufgabe, die mir in Bosnien-Herzegowina zufällt. Es kann doch nicht sein, daß ein dauerhafter Friede in diesem von einem barbarischen Krieg geschundenen Land an dem Mangel geschulter Polizeikräfte scheitert. Mit unserer Ausbildung und Fähigkeit nach westlichen Standards haben wir die Verpflichtung, den Menschen dort ein normales Gefühl an Sicherheit zu geben auch wenn es schwierig werden wird, mit den Polizeikräften vor Ort zusammenzuarbeiten. In vier oder fünf Jahren Krieg hat auch die polizeiliche Moral erheblich gelitten. Deshalb werden wir Polizisten aus aller Welt bei der Bevölkerung auf keinen Widerstand stoßen zudem sie wissen, daß wir nicht bewaffnet sind. Wir haben in Seminaren auch gelernt, mit persönlichem Streß umzugehen. Es ist aber trotz allem für mich eine große Herausforderung in den nächsten Wochen und Monaten meinen Dienst in Mostar zu tun, weil ich ahne was auf mich zukommt: Unser Innenminister hat uns bei seiner persönlichen Verabschiedung am Frankfurter Flughafen auf die Unwägbarkeiten hingwiesen, die uns erwarten. Zum einen die Minen, die überall auf uns lauern – sogar in Privatwohnungen. Und dann die Anfeindungen, denen wir ausgesetzt sein werden. Schon Hans Koschnik mußte ja erfahen, wozu die Menschen dort fähig sind. Die westliche Staatengemeinschaft muß hier einschreiten und dafür sorgen, daß eine zukünftige staatliche Ordnungsmacht nicht der Verrohung unterliegt, die jetzt noch herrscht. Ich glaube, daß wir als deutsche Polizei und Bundesgrenzschutz die Maßstäbe vermitteln können, an denen sich der Ethos von Polizeikräften zu halten hat. Außerdem will ich damit einen Beitrag leisten, damit der Friedensprozeß in dem ehemaligen Bürgerkriegsgebiet vorankommt. Leicht wird es nicht aber das Leben ist immer schwierig. Sollte mir aber während meines Dienstes etwas zustoßen, so verfüge ich meinen letzten Willen, Friede auf Erden, und gebe mein Leben in die Hände des obersten Herrn – Kanther.

Ratajczak

❺ Böse Amis, gute Nicas

Cuatro manos – ***Vier Hände*** – haben die Journalisten Greg und Julio wenn sie zusammenarbeiten. Immer auf der Suche nach vermarktungsfähigen Storys zieht sich ihr Weg als einer von sechzehn Strängen durch den Roman von Pacio Ignacio Taibo II, dieses Sammelsurium von Wichtigem und Unwichtigem, Kuriosem und Unbekanntem. Leo Trotzki schreibt im mexikanischen Exil an einem Krimi, Stan Laurel fährt auf Sauftour aus den Filmstudios nach Mexiko, ein bulgarischer Kommunist kämpft im spanischen Bürgerkrieg, US-amerikanische Geheimdienstler wollen den Sandinisten ans Leder, Emilio Salgaris Piraten und Sandokan schwirren durch die Seiten. Bis auf einem Schriftstellerkonkreß die verschieden Stränge zusammenlaufen und die Geschichte die eher drögen Züge eines Polit-Krimis annimmt, wird der LeserIn einiges abverlangt. Immer wieder auf der Suche nach einer kausalen Logik, nach dem größeren Zusammenhang, erfrischt der rasante Stil und das nicht gewollt konstruiert wirkende sampling der verschiedenen Textpassagen. Sobald jedoch Taibos anliegen mehr und mehr hervortritt, katapultiert die klaffende Lücke zwischen postmodern anmutendem Stil und klassisch links-aufklärerischem Inhalt die LeserIn aus dem Roman

zurück ins real existierende Intellektuellenleben. Das „Problem der Desinformation" wollte er in seinem Roman bearbeiten, so Taibo, die „Wahrheit" sei von der „Lüge" verdeckt, etc.. Dreimal darf geraten werden, wer im Roman die gezielte Produktion von Lügen betreibt, um schließlich die Sandinisten in Mißkredit zu bringen. Fiese US-Geheimdienstler aus dem „Shit Department" – wie kann es auch anders sein – sind es, die einem hohen sandinistischen Funktionär eine Drogengeschichte anhängen wollen, was die vier Hände jedoch zu vereiteln wissen.

Und wenn er nicht gestorben ist, dann lebt der Traum an die Aufklärung noch heute – zumindest wenn er sich in Taibos ironisierende Schreibe kleidet.

G.O.

Paco Ignacio Taibo II: Vier Hände, Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße und Verlag Libertäre Assoziation, Berlin/Hamburg 1996, 413 S., DM 39,80

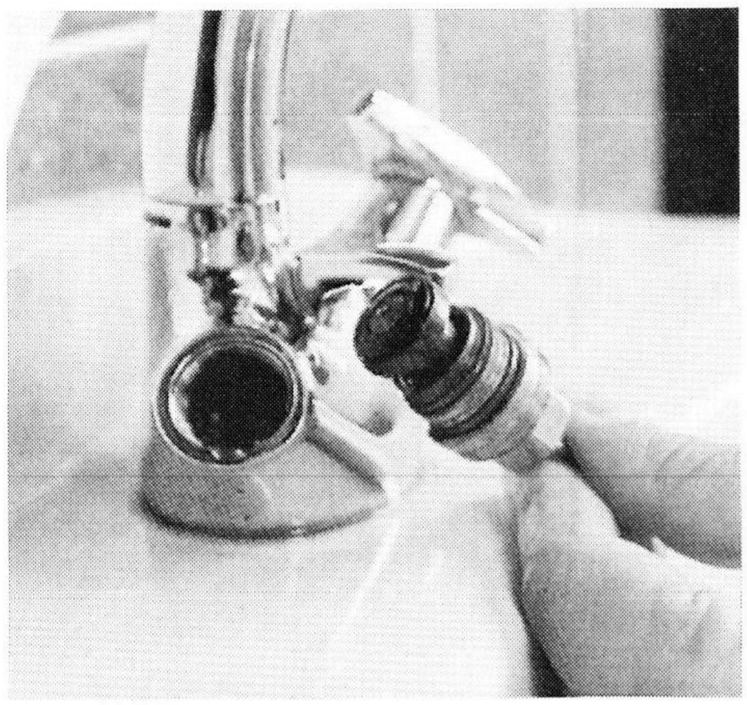
❻ Gesund mit EDV

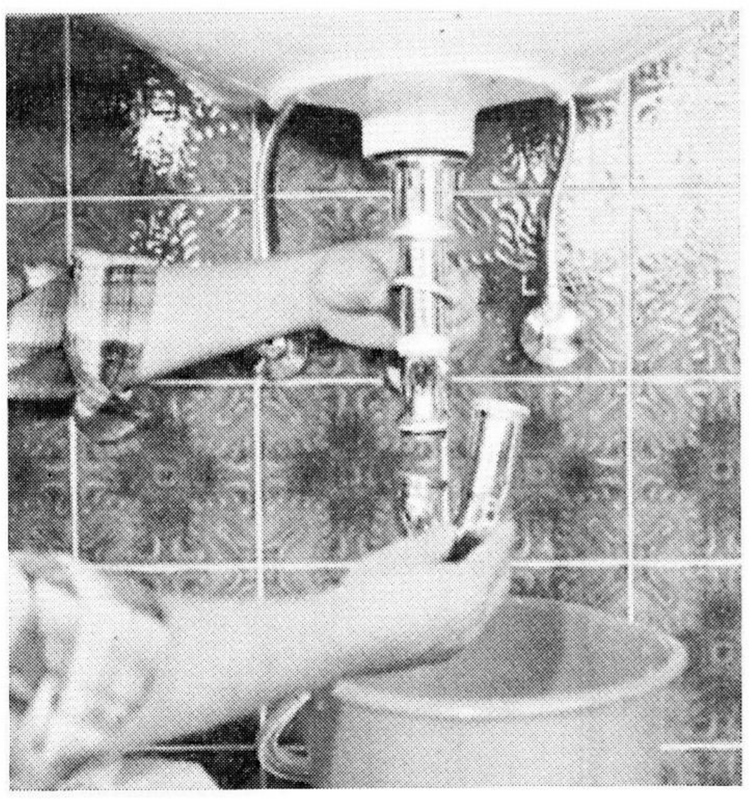
Während Bonner Politiker und die einschlägigen Verbände von Ärzten, Krankenhausträgern und den sogenannten Arbeitgebern die neuen Rahmenbedingungen und Strukturen im Gesundheitswesen gerade einmal mehr festklopfen, scheinen die meisten Patienten und Patientinnen sich aus durchaus verständlichen Gründen vorwiegend Sorgen um die Höhe von Beitragssatz und Eigenbeteiligung zu machen. Daß die entscheidenden Probleme aber in einem anderen Bereich liegen und die schmerzlich spürbare Beitragserhöhungen lediglich das Randphänomen einer weiterreichenden Umwälzung ist, kann man durch das Buch ***Der Gesundheitschip. Vom Arztgeheimnis zum gläsernen Patienten*** von Ute Bertrand, Jan Kuhlmann und Claus Stark erfahren.

Kenntnis- und detailreich wird das veränderte Menschenbild der Medizin seit der Renaissance dargelegt, der Ausbau der Macht der Ärzte, das in der Bundesrepublik gültige Abrechnungssystem, die Umstellung der Abrechnung auf EDV, die kommunikationstechnische Vernetzung und die (negativen) Möglichkeiten, was mit der Krankenversichertenkarte alles angestellt werden kann.

Zu den Kernthesen des Buches gehört, daß eine gründliche Reform des Gesundheitswesens in erster Linie die politische Macht der Ärzte brechen und das absurde Abrechnungssystem beseitigen müßte. Die arztliche Gebührenordnung führt zu einer „isolierenden(n), organfixierende(n) Sichtweise", sie bestimmt vor jeder Untersuchung das Verhältnis von Arzt und Patient. Die betriebswirtschaftliche Organisation der Praxen zwingt zu einer starken Ausnutzung technischer Untersuchungsmöglichkeiten. Die Unterstützung durch Computer erlaubt die Festlegung, welche der möglichen Untersuchungen für einen Arzt noch durchführbar sind, ohne den durch das Gesundheitsstrukturgesetz bedingten Strafen zu erliegen. Jan Kuhlmann versucht in dem Kapitel „Alternativen" Konsequenzen daraus zu ziehen: ihm schwebt eine Art Selbstorganisation der Patienten vor, die gemeinsam einen Arzt oder Ärztin zu einem Stundenhonarar beschäftigen.

Entgegen der puren Begeisterung für die weltumspannenden Datennetze und die Praktikabilität von Chipkarten machen die





Autoren deutlich, wozu die Computerisierung des Gesundheitsbereiches eigentlich dient: zur Schaffung neuer Kontrollmechanismen. Deutlich wird, daß die großflächige Umstellung auf eine digitale Verarbeitung der Abrechnungsdaten ganz neue Möglichkeiten der Ausgrenzung von Personengruppen schafft. Die Ideologie, daß „der Bürger mehr Selbstverantwortung tragen müsse" und die damit einhergehende Aufkündigung der Solidarität verstärken diese Trends.

Bei der Lektüre des Buches wird einmal mehr die Restrukturierung der westeuropäischen kapitalistischen Klassengesellschaft und die zentrale Rolle, die die Mikroelektronik und der Computer dabei spielen, deutlich. An die Stelle des historischen Klassenkompromisses, der die Klassenstruktierung über Jahrzehnte verdeckt hat, tritt der offene Gegensatz im Kampf um die angeblich knappen Resourcen. Es ist nicht so, daß es im Gesundheitsbereich tatsächlich ein Knappheitsproblem geben würde. Solidarität soll sich aber nur noch auf die erstrecken, die der eigenen sozialen Situation am nächsten kommen. Nur wer den wahnhaften Ansprüchen von Leistung und Eigenverantwortlichkeit nachkommen kann, darf Solidarität erwarten. Nicht mehr jene, die vielleicht ein ganzes Leben lang auf Hilfe angewiesen sind. Die angemessene Bezeichnung für eine solche Gesellschaft wäre wohl nicht postmodern, sondern eher postzivilisatorisch.

U.F.

Ute Bertrand, Jan Kuhlmann, Claus Stark: Der Gesundheitschip. Vom Arztgeheimnis zum gläsernen Patienten, Campus, Frankfurt 1995, 177 S., DM 29,80

❼ Trash und Bier

Franz Doblers mit DanceHall Storys untertitelter neuer Prosaband ***Sprung aus den Wolken*** läßt sich am ehesten als Sammlung von Monologen bezeichnen, die Besucher von DanceHalls im Schutz der dortigen Lärmdröhnung mit sich selbst führen, Selbstgespräche, in denen sie aussprechen, was sie sonst nicht zu sagen wagen würde. Dobler scheint sich dafür entschieden zu haben, daß es überflüssige und sinnlose Arbeit für einen Schriftsteller ist, für das, was er erzählen will, aufwendig einen literarischen Überbau zu konstruieren, anstatt selber abtanzen zu gehen und seine eigenen Monologe zu notieren. Eine gute Entscheidung, Dobler hat etwas im deutschen Literaturbetrieb allzu seltenes geschafft: ein Buch zu schreiben, daß vor Kraft und Aggression strotzt.

Allerdings müssen seine Leser einiges an Vorwissen mitbrigen, denn da Franz Dobler einfach nur von Franz Dobler erzählt, erzählt er auch von seiner Szene, seinen Kollegen, Freunden und Feinden. Namen wie Helmut Krausser, die Band 'Die goldenen Zitronen' und Wiglaf Droste müssen dem Leser schon ein Begriff sein; es handelt sich um Personen aus dem linken Kulturzusammenhang, als ein Teil dessen sich Dobler versteht, wobei er selbst das Wort 'links' nie für sich in Anspruch nehmen würde, schon weil es die Verfechter der Kampagne gegen seinen Freund und Kollegen Wiglaf Droste inflationär gemacht haben und 'links' mittlerweile auch für Lebensfeindlichkeit, Selbstzensur und Intoleranz steht: Droste „hat seit über einem Jahr einen verfluchten Ärger am Hals. (...) Da tun Leute mit, die sich zu sagen trauen, daß sie den Text gar nicht kennen. (...) Und ich

frage mich, ob diese gefährlichen weiblichen und männlichen mehrheitlich Angehörigen einer weißen studentischen Mittelschicht das sind, was sie vorgeben zu sein, oder kommt die Tatsache, daß sie in so einem Fall solche Methoden einsetzen, daher, daß sie andere sind, als sie vorgeben zu sein?"

Zum Glück bildet die Droste-Auseinandersetzung nicht den Themenschwerpunkt von Doblers DanceHall Storys, sie taucht erst auf den letzten zwei Seiten auf. Wie auch politisches nicht in allen Storys Monologstoff ist, denn zu viel Politik läßt bekanntlich abstumpfen und führt zu Lebensbürokratie. Ein gelebtes Leben, darum geht es in „Sprung aus den Wolken"; um das Leben mit echten Gefühlen, mit dem Recht auf Exzesse, Haß und Sex. Um das eigentlich Relevante: die Praxis, das Handfeste

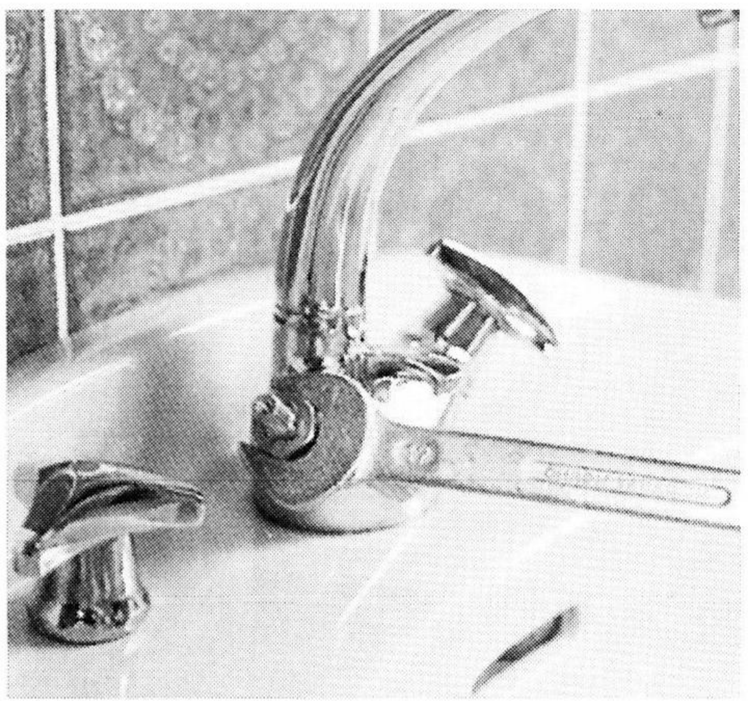
Martin Droschke

Franz Dobler: Sprung aus den Wolken. DanceHall Storys, Edition Nautilus, Hamburg 1996, 125 S., DM 19,00

tellerwäscher

❽ Uffsteige

BewohnerInnen der Stadt Offenbach, der selbst die dientleistungsmäßige Rundumerneuerung nichts mehr anhaben kann, schwelgen gern in vergangenen Zeiten. Die goldenen 70er: Nicht etwa die Erinnerungen an das Sozialistische Büro sind es, welche die Herzen höher schlagen lassen, sondern ganz andere sozialisierende Erlebnisse. Erinnerung etwa an Erwin Kostedde – Namensgeber des OFC-Fanzines ***Erwin*** – und dessen Tor des Jahres 1974, welches freilich ein Bundesligator war und nicht in den Niederungen der Fußballwelt geschossen wurde, in denen sich die Offenbacher Kickers heute bewegen. Im internationalen Geschäft tätig, spielten die Kickers damals den heute immer wieder für seine angeblich frischere, risikofreudigere und weniger berechnende Art gelobten 70er Jahre Fußball. Zwischen erster und zweiter Liga hin- und herpendelnd ging das auch ziemlich lange recht gut. Bis zum „Schicksalssommer 1989". Als Großdeutschland langsam seine heutigen Züge annahm, wurde am grünen Tisch per Lizensentzug das Schicksal des Vereins besiegelt. Während die Mannschaft am letzten Spieltag der Saison mit einem 1:0 gegen Rot Weiß Essen den Klassenerhalt in der zweiten Bundesliga sicherte, schickte der DFB den Verein wegen zu spät erbrachter Bürgschaft in die Amateur-Oberliga. Fans griffen daraufhin die Frankfurter DFB-Zentrale an. Dann wurde es ruhig um die Kickers, so ruhig, daß selbst die *Offenbach Post* die von ihr herausgegebene Stadionzeitung einstellte. Grund genug für einige, die immer noch Woche für Woche auf dem Bieberer Berg zu finden sind, per Fanzine-Gründung einen Rest von Fan-Identifikation aufrecht zu erhalten. Doch *Erwin* muß noch mehr Aufgaben erfüllen: Da über den Amateur-Verein OFC in anderen Medien kaum noch



berichtet wird, erfährt man über Vereinsinterna mehr in *Erwin* als in anderen Publikationen. Daß darüber subkulturelle Identifikationsangebote, wie sie aus anderen Fußball-Fanzines bekannt sind, etwas in den Hintergrund geraten, läßt nicht unbedingt Langeweile aufkommen, denn: wo kann man schon intelligente Spielberichte von irgendwelchen Dorf-Bolzplätzen lesen?

G.O.

Erwin. Unabhängiges OFC-Fan-Magazin, DM 1.- (Erscheint unregelmäßig)

❾ Bemüht, kunstvoll, banalisiert

Michael Verhoeven ist einer jener Filmemacher, die einem in guter Erinnerung sind bei der Aufarbeitung von Nazi-Verbrechen („Das schreckliche Mädchen"). Dennoch ist ***Mutters Courage*** ein gewagtes Projekt. Bei der Premiere im Frankfurter Kino „Eldorado" brachte Verhoeven seine neue, für manche vielleicht zu slapstickhafte Art der Bearbeitung dieses Themas zur Sprache. Während des gesamten Films drängt sich die Frage auf, ob es sinnvoll sein kann, dem Unfaßbaren ein groteskes Gesicht zu geben. Die Absurdität, Menschen in Todesfabriken zu deportieren, wird nicht deutlich in Verhovens Projekt.

Natürlich kann jeder Film, der zu diesem Thema gemacht wird, politisch erst einmal vertretbar und somit sinnvoll sein, auch wenn es sich um die Verfilmung eines Theaterstücks handelt, welches ursprünglich lediglich für österreichische Bühnen gedacht war.

Zum Inhalt: Budapest 1944, besetzte Stadt. Ein Tag im Leben von George Taboris Mutter Else. Auf dem Weg zu ihrer Schwester Martha wird die Mutter Taboris von ungarischen Geheimpolizisten verhaftet und zum Bahnhof gebracht. Dort sind bereits etliche Menschen zusammengepfercht. Unter dem Oberbefehl eines SS-Offiziers werden die Juden in Viehwaggons zu einem kleinen Ort an der Grenze gefahren. Dort sollen sie in einen anderen Zug verladen und ins Vernichtungslager transportiert werden. In einen alten Kornspeicher gedrängt, warten die Menschen auf den Zug aus Deutschland. Taboris Mutter wartet als eine von diesen vielen Menschen, die mit ihr das gleiche Schicksal teilen; jedoch mit der seltsamen Gewißheit, daß ihr nichts geschehen kann. Sie trifft Kelmen, einen Bekannten ihres Mannes. Kelmen, eine gescheiterte Existenz, dem Wahnsinn nahe, kann nicht verstehen, daß ausgerechnet sie sich in diesem Zug befindet, die Frau seines Gönners Cornelius Tabori. Darüber brüskiert, schiebt er sie zum Tor hinaus, in die Weite des Hofs, an dessen Ende die Soldaten mit ihrem Offizier sitzen. Derart hinausgestoßen, überwindet sie all ihre Ängste, wirft die Fesseln ihrer Erziehung und Vergangenheit ab und wagt, es aus der Kolonne des Untergangs heraus-

zutreten. Unbeirrt geht sie auf den Offizier zu. Mit einer gehörigen Portion Wagemutes kann sie den Offizier davon überzeugen, sie und ein junges Mädchen gehen zu lassen – es gelingt der Ausbruch in die Freiheit. Zurück in Budapest geht sie zu ihrer Schwester, um das verpaßte Kartenspiel vom Vormittag nachzuholen.

Mit „Schindlers Liste" wurde mit dem ästhetischen Verbot, die Deportationen darzustellen, gebrochen. Verhoeven springt auf Spielbergs Trend-Zug der menschlichen Greuel auf und versucht der Ohnmacht der Opfer Plastizität zu verleihen; am Ende verrennt er sich jedoch in effekthaschenden Filmtechniken, gepaart mit komödienhaften Einlagen. Dieser (vielleicht) sarkastisch-humorvolle Blick mag Verhoevens Versuch darstellen, dem Unfaßbaren mehr Erträglichkeit abzuringen – er selbst sagte, daß wirkliche Grauen des Holocaust sei unerzählbar.

Jeder Film ist wichtig, der versucht, Teilaspekte darzustellen. Auch Verhoevens Versuch ist sehenswert, wenn auch nicht (restlos) gelungen; es drängt sich allerdings auch die Frage auf, ob es jemals gelingen kann, das Grauen restlos auf Zelluloid zu bannen. Im Gegensatz zur Spielbergschen Schwarz-Weiß-Malerei hätte „Mutters Courage" doch mehr Aufmerksamkeit verdient. Und das obwohl beide Filme den Widerstand gegen das NS-Regime entpolitisieren und aus dem historischen Kontext lösen. Am Ende also überwiegt die Skepsis. Verhoeven erhebt seine prosaische Erzählweise mittels malerischer Details zu einem antifaschistischen Kunsthandwerk, durch dessen geballte Erscheinung sich dem Zuschauer häufig das Gefühl aufdrängt, eine Romanze sei im Entstehen. Mir jedenfalls scheint Verhoevens Versuch eher geeignet, das Ambiente eines Heldenmärchens aufzubauen – doch der Holocaust war kein Märchen. ***Sonja Brier***

Michael Verhoeven, Mutters Courage, BRD 1996

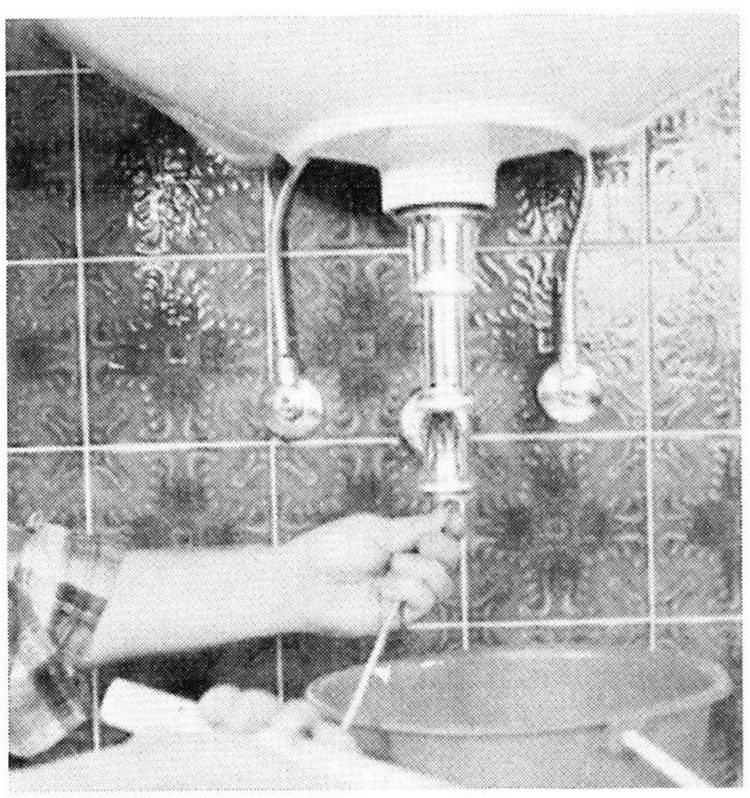
⑩ Nachtrag

Betr.: „Klasse, Geschlecht, Familie" von Monika Domke, *links* 310/311

Im Rahmen des Schwerpunktes „Klassen '96" veröffentlichten wir auf den Seiten 32 - 34 oben genannten Beitrag. Nach Ansicht der Autorin kam es zu einer sinnentstellenden Kürzung (S. 32, mittlere Spalte, ab Zeile 41). Nachfolgend die gekürzte Passage:

„Aus den bisherigen Ausführungen wird schon die anfangs aufgestellte These belegt, daß es eine Determinierung von Frauen gibt, die die in kapitalistischen Gesellschaften proklamierten Prinzipien des Leistungsprinzip konterkariert: das weibliche Geschlecht bleibt eine geburtsständische Determinante. (Ulrich Beck: Risikogesellschaft, S. 176, Frankfurt 1986). Die Frage ist allerdings, inwiefern die Proklamierung des Leistungsprinzips in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften (und dessen prinzipielle Übernahme – bei aller positiven Modifizierung – in realsozialistischen Gesellschaften) nicht von Anfang an herrschaftstechnische Fiktion war und ob nicht der 'natürliche' Ausschluß bzw. die 'natürliche' Determinierung von Frauen eine solche Fiktion untermauert hat.

Das bürgerliche Leistungsprinzip ging und geht scheinbar von gleichen menschlichen Voraussetzungen aus und setzt(e) dies in der männlich-individuellen Rechts-



gleichheit um; doch die politische Partizipation ging von der ökonomischen Differenz aus, die mit intellektuellen Fähigkeiten in Verbindung gebracht wurde. Dies zeigte sich in den ersten bürgerlichen Revolutionen, in deren erkämpften Parlamenten Männer des Bildungs- und Besitzbürgertums saßen, und deren erste erkämpfte Verfassungen ein weißes männliches Zensuswahlrecht beinhalteten.

Bürgerliche Frauen hatten diesem Leistungsprinzip entsprechende intellektuelle und z.T. monetäre Kompetenz. Danach hätten ihnen die politischen Partizipationsrechte im bürgerlichen Selbstverständnis ebenso gewährt müssen wie gleiche Individualrechte. Beides wurde nicht gewährt, sondern – im Gegensatz zum Ausschluß geld(kapital)loser Schichten (nur) von der politischen Partizipation – es wurde der Ausschluß des gesamten weiblichen Geschlechts unabhängig vom gesellschaftlichen Status der einzelnen Frau von der wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen bürgerlichen Öffentlichkeit theoretisch begründet." ***die Red.***

⑪ Veranstaltungen

● **Fluchtweg freihalten**

Informations- und Diskussionsveranstaltung über die politische Funktion, die praktische Umsetzung und bisherige Erfahrungen mit dem Schengener Abkommen und über die Asylpraxis in anderen europäischen Staaten. Mit Herbert Leuninger (Pro Asyl).

Termin: **Di., 14. Mai, 20.00 Uhr.** Ort: Neues Dritte Welt Haus Frankfurt/M., Westerbachstr. 47

● **Alternative Ökonomie hat Zukunft**

Ein Seminar zum Thema „Zukunft der Arbeit" veranstaltet der „Theoriearbeitskreis Alternativer Ökonomie" in Kooperation mit den grünennahen Trägern für politische Bildung „Regenbogen" und „Mitwelt". Der Arbeitskreis hat es sich zur Aufgabe gemacht, Konzepte für die Gründung und Stabilisierung selbstverwalteter Betriebe und Organisationen auszuarbeiten. Während der zehntägigen Tagung werden Einführungsreferate und zu fünf Themen Arbeitsgruppen stattfinden. In diesen Arbeitsgruppen werden sowohl Bausteine als auch Konzepte zu diesen Themen erarbeitet, an denen nach dieser Tagung weitergearbeitet werden soll. Nach diesen Arbeitsgruppen werden zu weiteren Themen in der alternativen Ökonomie Abendveranstaltungen mit Einführungsreferaten stattfinden. Kontakt: Nico-R. Schindler, Pappelallee 31, 68167 Mannheim.

Termin: **19.-28. Juli.** Ort: Ahrdorf/Eifel

● **Veranstaltungsreihe „Sport"**

Sport im Kapitalismus. Eine allgemeine Sportkritik. Mit Martin Krauß (junge Welt) und Torsten Haselbauer. Termin: **15. Mai, 20.00 Uhr**

Fußball und Rassismus. Mit Dietrich Schultze-Marmeling. Termin: **23. Mai, 20.00 Uhr**

Sport und Faschismus. 100 Jahre Olympische Spiele, Internationale Sportpolitik, Faschismus und Sport in Europa. Mit Wolfgang Rausch (WDR). Termin: **5. Juni, 20.00 Uhr**

Fußball und Satire. Lesung und Performance „So werde ich Heribert Faßbender". Mit Jürgen Roth, Heribert Lenz und Thomas Gsella. Termin: **20. Juni, 20.00 Uhr**

Alle Veranstaltungen dieser Reihe finden im Hörsaalgebäude der Universität Kaiserslautern statt.

Art-Pop, Prol-Pop, Uni-Pop

Günther Jacob im Gespräch mit Oliver Marchart und Markus Wailand*

Oliver Marchart / Markus Wailand: *Wir sitzen hier im Brockhaus-Zimmer des Café Museum unter einer Reihe Brockhäusern, und eine deiner Beobachtungen ist, daß sich das legitime Wissen von Schiller zu Zappa bewegt. Also von den Klassikern zum Popwissen. Wenn man heute Diskussionen führt, dann ist es nicht nur nicht peinlich, sondern eher angesagt, daß man mit Zappa-Platten herumfuchtelt.*

Günther Jacob: Im Grunde gibts tendeziell einen Hegemonieverlust von bildungsbürgerlichem Wissen in der Gesellschaft, also bildungsbürgerliches Wissen hat nicht mehr die Autorität, die es mal hatte. Auch in der Lebenswelt von Leuten mit bildungsbürgerlichem Hintergrund. Während ein popkulturelles Wissen in den letzten zehn, zwanzig Jahren eine immer größere Rolle spielt.

Das heißt, die Unterscheidung zwischen Hoch- und Populärkultur fällt langsam, und man kann mit Spezialwissen in beiden Feldern auch beruflich etwas anfangen.

Jacob: Dieser Hochkulturanspruch des Bildungsbürgertums steht im Grunde seit den dreißiger Jahren unter Druck, seit die Kulturindustrie ausgehend von Amerika im Aufstieg begriffen ist. Die Kulturindustrie ist natürlich der ärgste Feind der bürgerlichen Bildungskultur, weil sie sogar in der Lage ist, Momente der Bildungskultur sich zueigen zu machen. Bishin dazu, daß griechische Diskuswerfer in der Werbung auftauchen. Und ein Teil dieser Kulturindustrie ist Pop, der nach einem vollkommen anderen Prinzip funktioniert als Hochkultur, nämlich keine Kanonisierung und keine Historisierung kennt. Und Kanonisierung und Historisierung sind halt zwei Momente von Hochkultur.

Aber es gibt doch alle möglichen Kanonisierungsversuche. Von Best-of-Listen bis zu Subkultur-databases, wie sie sogar Skug [österr. Musikzeitschrift] *installiert hat.*

Jacob: Nun, meine Beobachtung ist, daß es gegensätzliche Bewegungen gibt. Es gibt vielleicht 500 Jahre Oper und es gibt 50 Jahre Popmusik. Nach 50 Jahren Popmusik ist halt auch eine Popgeschichte entstanden, das kann man nicht leugnen. Es gibt inzwischen Pop-Lexika. Und es gab auch schon immer in der Popmusik Versuche, die hundert besten Platten zu suchen, also Hierarchien zu bilden. Alle Popzeitungen machen alle paar Jahre – das haben wir früher bei *Network Press* auch gemacht – Listen mit den zehn größten Platten der Popmusik. Da setzt sich jeder Journalist hin und schreibt seine größten Platten hin, da kommen dann irgendwie Clash und weiß der Teufel was drin vor.

Sehr beliebter Zeitvertreib.

Jacob: Beliebter Zeitvertreib. Ich kenne keine Musikzeitschrift, die das noch nicht gemacht hätte. *ME-Sounds* hat in einer riesigen Aktion letztes Jahr die hundert besten Popplatten aller Zeiten gelistet. Da war dann Jimi Hendrix auf Platz eins glaub ich, und auf Platz zwei war auch Jimi Hendrix. Der hat total gut abgeschnitten – als absoluter Klassiker der Popmusik. Solche Versuche gibt es immer wieder. Aber im Grunde ist es Spielerei, das nimmt nicht wirklich jemand ernst. Es hat niemand die Durchsetzungsmacht, die Definitionsmacht zu sagen: das sind sie jetzt wirklich.

Dieses Interview ist ein weiterer Beitrag zu der in den letzten Nummern der *links* geführten Auseinandersetzung über die Bedeutung von Popkultur. Es eröffnet dabei Perspektiven, die zugleich den bisher gewählten Zugang einiger *links*-Beiträge kritisch in Frage stellen.

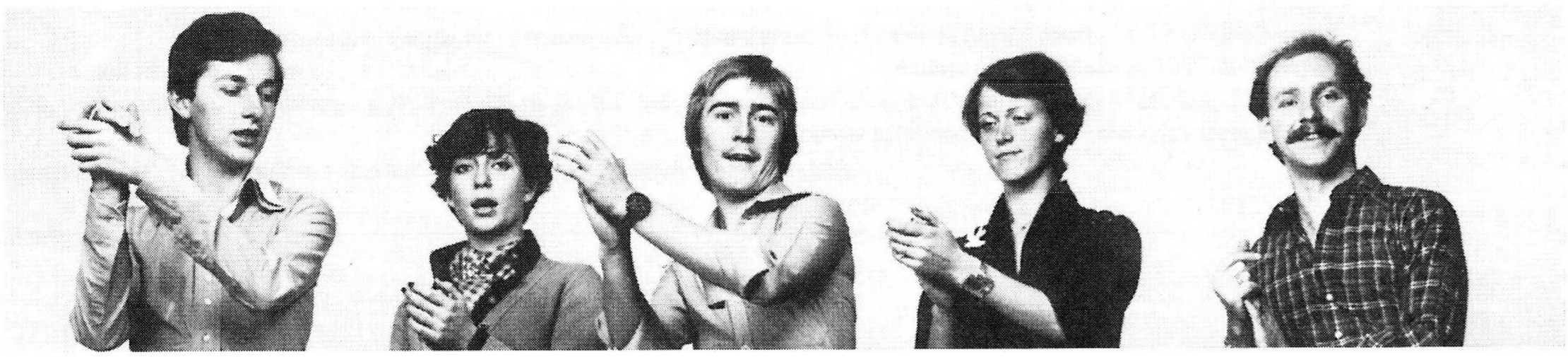
Andererseits gibts aber Materialberge, die so aufbereitet sind, daß es möglich ist, mit akademischem Anstrich über Pop zu arbeiten, z.B. compilations von Rap-Texten.

Jacob: Ja, das ist auch ein interessantes Phänomen. Ich kenne die Leute von dieser Gulliver-Reihe im Argument-Verlag, das ist so eine English-Yearbook-Reihe, die es in Deutschland gibt. Und da merkst du, Anglistik-Professoren und Professorinnen beschäftigen sich plötzlich mit Rap. Ein Buch mit allen wesentlichen Rap-Texten ermöglicht den Leuten plötzlich den Zugriff. Ich hab mich mit einer dieser ProfessorInnen vor kurzem unterhalten, die kennt wirklich kaum eine Platte, und wenn, dann durch ihre Kinder. Dasselbe hast du jetzt bei den Techno-Büchern: da sind materielle Voraussetzungen für eine Akademisierung erstmal geschaffen. Was aber z.B. im „Arbeitskreis populare Musik" am Hamburger Musikwissenschaftlichen Institut bis jetzt produziert wurde, ist einfach für jeden, der sich mit Pop beschäftigt, indiskutabel. Deren Lebenswelten sind so weit von Pop entfernt, daß eine adäquate Popschreibe dort nicht entstehen kann.

Das heißt, bei Pop spielt offensichtlich immer noch eine große Rolle, ob du diese Musik auch lebst. Das hat jetzt wahrscheinlich so einen vitalisierenden Unterton, aber ich kann nicht ganz ignorieren, daß deine Verbindung zu Pop offensichtlich beim Schreiben eine Rolle spielt. Du kannst nicht aus der Akademie heraus über Pop schreiben.

Du meinst, „du kannst nicht", im Sinne von: die Leute bringens nicht zustande, die auf der Akademie sind, oder sie sind dazu nicht legitimiert?

Jacob: Ich hätte kein Problem, daß ein Professor über Pop schreibt, aber du merkst, daß er die Codes nicht knacken kann. Daß ist dieses enge Textverständnis. Sie denken, sie haben jetzt ein Buch mit den übersetzten oder den englischen Rap-Texten und haben noch ein paar wissenschaftliche Standardwerke von Tricia Rose und sowas über Rap, aber sie denken, sie hätten damit schon eine Fülle von Informationen. Aber das ist halt ein enger Textbegriff. Der Text bezieht sich dann auf die Gruppennamen und auf die Texte, aber der Text im Pop ist viel weiter: da gehört das Line-Up der Band dazu, da gehört das Plattencover dazu, da gehört der Kon-Text dazu, in dem sich die Gruppen bewegen und präsentieren, die ganze Rezeptionsmaschine: warum eine Gruppe überhaupt nachgefragt wird. Und wenn du diese weiteren Informationen nicht hast, kannst du aus der Akademie



heraus offensichtlich nicht adäquat über Pop reden, weil du nur über einen ganz kleinen Ausschnitt von Informationen verfügst. Deshalb kommt bei diesen Arbeitskreisen Popularmusik, die es da so an den Instituten gibt, nichts heraus.

Aber ist Pop gleich Pop? Gibts da nicht innerhalb des Pop nochmal Genres, die bevorzugt akademisch bearbeitet werden?

Jacob: Meine These ist, daß sich im Grunde Popmusik schon Ende der 60er Jahre sozial gespalten hat in höherwertige, mittlere und niedrigwertige Popmusik, daß nämlich mit dem Übergang von *Popart* – Andy Warhol, Roy Lichtenstein, Mitte der 60er Jahre – zu *Artpop* ein bestimmter Paradigmenwechsel stattgefunden hat, vor dem Hintergrund der Massenbohemisierung. Rock'n'Roll war noch weitgehend eine proletarische Erscheinungsform. Das weiß ich, weil ich hab eine 15 Jahre ältere Schwester, die mit Rock'n'Roll großgeworden ist. Rock'n'Roll war da, wo ich aufgewachsen bin, eine reine Arbeiterkultur. Und ich wüßte keine R'n'R-Songs, wo starke intellektuelle Bezüge oder Bezüge zur Kunstgeschichte z.B. hergestellt werden. Eingeführt wurden diese Bezüge zur Hochkultur in der Popmusik erst gegen Mitte, Ende der 60er Jahre. Und da findet man eine ganze Menge Beispiele, ob das Jethro Tull ist oder Led Zeppelin, Frank Zappa oder die Beatles.

Bis hin zu David Bowie jetzt, der mit Schwarzkogler kommt und einen Kunstwettbewerb ausgerufen hat, wo er sagt, einer seiner Einflüsse sei der Wiener Aktionismus.

Jacob: Genau. Andersrum waren viele Musiker zunächst mal Kunststudenten und sind dann von der Art School runtergegangen und haben eine Band gegründet. Da kommen wir auf das Thema Velvet Underground. Woher kommt den die Kanonisierung von Velvet Underground? Das ist genau die Band, die an dieser Bruchstelle steht: Rockband, Andy Warhol, Factory. Das macht deren Faszination aus, und deswegen erscheinen diese wahnsinnig vielen Velvet Underground-Nachrufe und Artikel.

Das ist mit Sonic Youth [bekannte New Yorker „Alternative-Rock"-Band] *nicht anders.*

Jacob: Es gibt bestimmte Szenen, die sich als Attitüde diesen Avantgarde-Gestus angeeignet haben, den es ja auch in der Popmusik gibt durch diese Dreiteilung der Popmusik. In den neuen Techno-Büchern werden ganz große Teile, mindestens ein Drittel der Popmusik, ganz einfach ausgeschlossen. Es wird nicht mehr erwähnt, daß es so eine Art Prol-Pop gibt, auch einen Prol-Techno, mit dem bestimmte Leute gar nichts zu tun haben wollen, den sie einfach komplett ausblenden in den Technobüchern.

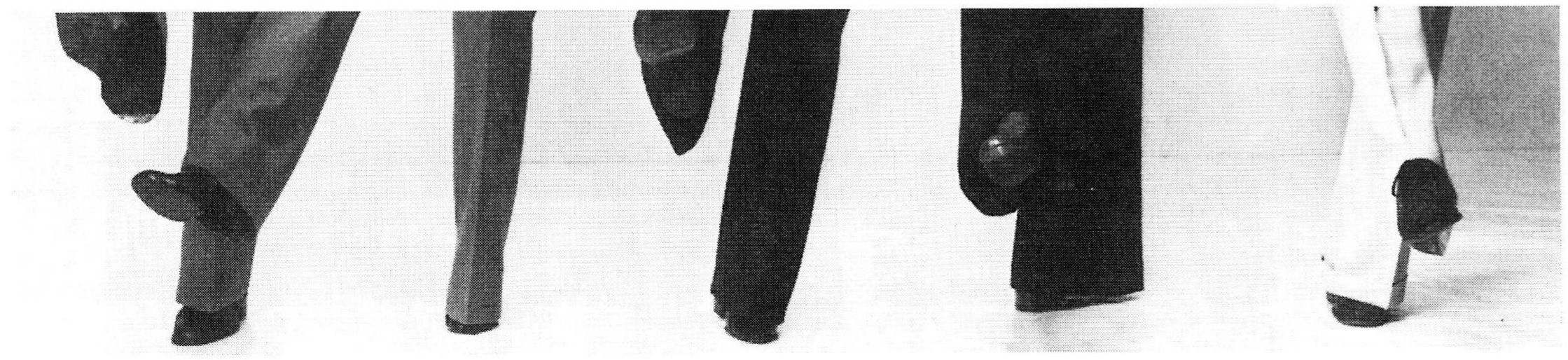
Man versucht, das Image der Kunstavantgarden auf den Pop zu leiten, um sich intellektuell aufzuwerten. So versucht auch ein Teil der Kunstszene das Image meinetwegen von HipHop, das pralle Ghetto-Leben in den Kunstdiskurs reinzunehmen. Das hat aber schon wieder aufgehört und hat sich in Richtung Techno verlagert.

Techno inhaliert auch poststrukturalistischen Chic, wo dann Force Inc. [Frankfurter Techno-Label] *über Deleuze sich an ein studentisches Publikum ankoppeln kann, Stichwort „poststrukturalistische Soundtracks", usw..*

Jacob: Ja, ihr Label nennen sie Mille Plateaux [Mille Plateaux – Tausend Plateaus – ist der zweite Band einer von Gilles Deleuze und Félix Guattari groß angelegten Untersuchung über das Verhältnis von Kapitalismus und Schizophrenie] und wenden sich damit an studentisches Publikum. Es gibt also ganz seltsame gegenseitige Durchdringungen. Es geht jetzt nicht darum, das zu denunzieren, sondern es als Indiz zu nehmen für ganz bestimmte Entwicklungen.

Das solltest du vielleicht doch auch noch ein bißchen klarermachen, weil immer der Verdacht aufkommt, du würdest es denunzieren wollen. Da entstehen auch sehr oft sehr viele Mißverständnisse.

Jacob: Das ist seltsam, Soziologen wirft man nie vor, daß sie denunziatorisch wären. Also für mich ist das wirklich ein soziologisches Phänomen, das vielleicht einen emotionaleren Charakter dadurch erhält, daß ich involviert bin und nur durch ein Abstemmen erstmal die Distanz krieg, um das überhaupt wahrnehmen zu können. Aber im Grunde bin ich weit davon entfernt, bestimmten Leuten Karrierismus oder sowas vorzuwerfen, weil nach meiner Erfahrung es sowieso nicht um Karrieren geht, sondern wenn überhaupt um Terrain-Verteidigung. Es spielt sicher eine Rolle, daß die 80er-Jahre-Rebellen im Pop auch in eine Altersgruppe eingetreten sind, nämlich in die der über 30-Jährigen, wo sie Entscheidungen treffen müssen, was sie mit ihrem akkumulierten Popwissen anfangen. Du hast ein subkulturelles Wissen akkumuliert über zehn Jahre im Pop-Underground, von der Kneipenerfahrung über die Plattenkenntnisse über die ganzen sozialen Strategien, die damit verbunden sind, und das drängt einfach auch irgendwann nach der Entscheidung, ob ich das jetzt im universitären, im journalistischen oder im Kunstbereich anwende. Das heißt aber nicht, daß ich jemand einen Karrierevorwurf mache, das sind einfach soziale Dynamiken, die in diesen Sachen drinliegen.



Beim Pop kann der Tranfer nur in den Pop selber oder in die Zeitung gehen. Also jemand, der eine popkulturelle Sozialisation hat, kommt leichter in den Journalismus, aber er kommt natürlich, wenn er nicht an der Uni war und schon vorher studiert hat, nie auf die Uni. Es sind nur die Leute, die immer schon vorher auf der Uni waren, die dann den Pop nehmen und damit akademisch weiterarbeiten.

Jacob: Ja, wenn der Widerstand der Akademie stärker ist, dann bleibt den Leuten ja fast nichts anderes, als zur Presse zu gehen, daß weiß man ja von sich selber. Das trifft uns ja so wie wir hier sitzen. Andererseits kann ich nicht leugnen, daß in meiner Kritik auch ein denunziatorisches Moment drin ist, was natürlich daran liegt, daß ich vom Standpunkt der radikalen Linken argumentiere. Also ich hab weder vor, an die Akademie zu gehen noch in die Kunst. Ich verteidige aber auch nicht den Pop gegen deren Zugriff. Es geht mir darum, daß ich unterscheiden können möchte.

Dieses Pop-Underground-Stichwort begegnet der radikalen Linken immer und besonders in den letzten drei Jahren als ein Versprechen der easy going-Revolution. Das wirkt sehr attraktiv. Pop-Underground, das ist der leichte, attraktive, geile Widerstand, mit den besseren Frauen, dem besseren Sex, der größten Ästhetik. Und dieses Versprechen war natürlich auch immer nur ein Versprechen. Für mich ist das in Teilen der Linken derzeit bestimmende Stichwort „Pop und Politik" nur eine Ersatzgeschichte für den Ausweg GRÜN, der vor zehn Jahren dran war, und der jetzt tot ist. Das ist halt ein neues Angebot gewesen.

Ist das nun so, daß im Sinne von „mit Musik geht alles besser" politisch arbeitende Leute sich einen attraktiveren Beipacktext verschaffen mit der Musik, oder ist es so, daß Leute aus der Musik sich wiederum ein wenig die Politik greifen, um sich etwas zu erden oder hehre Motive vorweisen können?

Jacob: Es gab in der Hamburger Musikszene immer solche Initiativen aus der Musikszene heraus, zum Beispiel „Schnauze Deutschland" oder den „Wohlfahrtsausschuß". Es gab keine Ideologie dazu, keinen größeren Überbau, sondern man hat das gemacht. Dann haben wir halt ein Konzert mit dem Titel „Schnauze Deutschland" auf die Bühne gestellt, an einem Abend 20.000 DM verdient, und das in Frankfurt den Veranstaltern der Demo gegen die Wiedervereinigung geschenkt. So ist auch der Wohlfahrtsausschuß entstanden. Da gabs die Pogrome gegen die ImmigrantInnen, und wir haben gesagt, wir machen irgendwas. Wir waren damals sieben Leute, der Schorsch [Kamerun] von den Goldenen Zitronen, der Roberto Ohrt und der Jochen [Distelmeyer] von Blumfeld, der Daniel und ich und dann kamen später noch Leute von Cpt. Kirk und der Bruder von Jochen Distelmeyer, der Jan Distelmeyer, der ab und zu für *Texte zur Kunst* schreibt [Die Goldenen Zitronen, Blumfeld, Cpt. Kirk&: wichtige Bands der Hamburger Schule]. Wir haben das an meinem Küchentisch gegründet. Niemand hätte gedacht, das wäre jetzt die Künstlerorganisation oder das wäre jetzt ein Bündnis zwischen Künstlern und Politikern. Man hat das immer gemacht und anschließend aufgelöst. Aber ich krieg heute noch Anrufe von *Tempo*, wo die mich als erstes fragen, du bist doch vom Wohlfahrtsausschuß, wir hätten gerne was über den Wohlfahrtsausschuß gemacht. Drei Jahre nach dieser Aktion. Das Versprechen muß stark gewirkt haben. Also mir ist noch nicht ganz klar, welche Art von Versprechen in dieser Sache drinliegt, die keine materielle Grundlage hatte.

Vielleicht das Versprechen: es gibt einen Widerstand jenseits von Langeweile, jenseits von grau und verstaubt. Mit dem Anschluß an den Begriff aus der Französischen Revolution hast du gleichzeitig ein revolutionäres Pathos, die Avantgardeidee der Kernpartei, des kleinen Kerns, der voranmarschiert. Und das hat tatsächlich einen so großen symbolischen impact, daß in einer bestimmten Situation, wo die Leute eigentlich genau so etwas wollen, weil sie sehen, sonst gehts überall bergab und die großen Massen sind nicht mobilisierbar. Da sagen sie sich: na, dann spielen wir wenigstens diese Avantgarde-Aufführung und fühlen uns dadurch ein bißchen besser in unserer Isolation.

Jacob: Dieses Image „autonome Antifa plus Künstler" scheint eine irre Dynamik zu haben. Insofern spielt bei mir natürlich ein Ressentiment mit, da ich sehr viel zu tun hab mit Leuten, die relativ risikoreich politische Opposition machen und dafür auch gewisse Nachteile in Kauf nehmen. Ein Freund, der im Umfeld der Wohlfahrtsausschuß-Aktionen dabei war, ist ein „Vollautonomer", der in drei Kampfgruppen ist und zur autonomen Antifa gehört. Die gingen nachts los, haben sich Nummernschilder von Nazis aufgeschrieben, und die mit dem Baseballschläger zusammengeschlagen. Das waren alles Punks, die hätten sich doch nie Künstler genannt, oder Boheme oder sowas. Da möchte ich dann schon unterscheiden können zwischen Leuten, die riskant rebellieren, und Leuten, die ihre Bauchschmerzen kultivieren. ●

* *Günther Jacob ist Redakteur der Zeitschrift* 17°C, *DJ und Musiktheoretiker. Oliver Marchart und Markus Wailand sind Redakteure der österreichischen Musikzeitschrift* Skug, *in deren Mai-Ausgabe dieses Gespräch auch erscheint.*

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

PERIPHERIE versteht sich als Forum der Diskussion über Unterentwicklung, die Beziehungen zwischen den Industrieländern und der »Dritten Welt« sowie über die Solidarität mit Emanzipationsbewegungen. Unser Interesse richtet sich insbesondere auf:

- Problembereiche, die in der »Dritten Welt« wie auch in den Industrieländern Anstöße zu sozialen Bewegungen gegeben haben (Ökologie, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Frauendiskriminierung)
- die Neuformierung von Weltwirtschaft und Weltpolitik nach dem Ende der Blockkonfrontation
- Umweltkrisen als gobale und lokale Herausforderung
- regionale Differenzierung und soziale Polansierung innerhalb der Peripherie
- Demokratisierungsprozesse und Menschenrechte
- Geschlechterverhältnisse
- Kulturelle Bewegungen und Prozesse

Als zentrale Aufgabe wissenschaftlicher Diskussion in den Industrieländern sehen wir es an, einen Beitrag zur Orientierung politischer Praxis zu leisten sowie die Diskussion mit Autorinnen und Autoren aus der »Dritten Welt« zu fördern.

die letzten Nummern:

Nr. 55/56 Krieg aus dem Norden – Frieden aus dem Norden?
Nr. 57/58 Geschlecht, Methode, Praxis
Nr. 59/60 Globalisierung

die neuen Hefte:

Nr. 61 Menschenrechte
Nr. 62 Kleingewerbe

in jedem Heft:

Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Summaries

Bezug:
LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
10961 Berlin

Vierteljahreszeitschrift (112 S.)
Einzelheft DM 13.- / Doppelheft DM 25.-
Abo Einzelperson DM 45.-
Abo Institutionen DM 80.-
Überseeabo (Luftpost) DM 65.- (DM 100.-)

Verschenke
links-Jahrgänge
(komplett seit 1978)
an SelbstabholerIn.

Info:
Burkhard Forstreuter,
Kielerstraße 47,
42107 Wuppertal,
Tel. 0202 / 44 01 92

Frauen in Spanien und Portugal

Maria Isabel Barreno, Maria Teresa Horta und Maria Velho da Costa ('die drei Marias')
NEUE PORTUGIESISCHE BRIEFE
Der 'Klassiker' der Neuen Frauenbewegung, wieder in deutscher Übersetzung lieferbar; 320 Seiten, 39,80 DM

Neus Català
IN RAVENSBRÜCK GING MEINE JUGEND ZU ENDE
Spanische Frauen über ihre Tätigkeit in der Résistance und Deportation in deutsche Konzentrationslager; 178 Seiten, 29,80 DM

FRAUEN-REISEN NACH SPANIEN UND PORTUGAL
Cilette Ofaire, Rose Macaulay, Gertrude Stein, Virginia Woolf, Rosa von Gerold, Isabella de Franca, Dorothy Quillinan, Ida Hahn-Hahn, George Sand, Esther Gad u.a., 84 S. (A4), 9,– DM (jeweils + Porto)

edition tranvía, Postf. 3626, 10727 Berlin

RUDOLF WALTHER

„Die Polizei erfüllt ihre Aufgabe, ihre ganze Aufgabe“

Maurice Papon, die Deportation französischer Juden und das verdrängte Pariser Massaker

Französischer Wachposten in Algier (1962). Im Hintergrund: Plakat der OAS

„Am Tisch spricht man nicht über die Dreyfus-Affäre“, hieß es um die Jahrhundertwende in der Pariser Bourgeoisie. Dies gilt auch für das Vichy-Régime (1940 - 44) und seine Günstlinge, denen man bei Tisch keine unangenehmen Fragen stellt, wie das zuletzt François Mitterrand im Fall seines Freundes und Vichy-Beamten René Bousquet bestätigte. Und kollektiv beschwiegen wurde auch der Algerienkrieg (1954 - 1962). Davon profitierte eine ganze Generation von agilen Durchläufern. In ziviler oder militärischer Stellung überlebten sie die Zeit der Kollaboration mit den Nazis, die Kolonialkriege, die Vierte Republik und De Gaulles Fünfte Republik – loyal nach oben, brutal nach unten. Nur verhältnismäßig wenige wurden nach 1945 zur Rechenschaft gezogen.

Eine exemplarische Karriere hat der heute 85-jährige Maurice Papon hinter sich. Ende letzten Jahres wurde gemeldet, der Staatsanwalt in Bordeaux erwäge ein Klage gegen ihn. Ob es je zur Anklage kommt, ist eher fraglich. Für die französische Justiz ist die Vergangenheit vor allem passé. Immerhin lief jetzt Anfang März ein in Bordeaux ein Verfahren in eine neue Runde, in dem geprüft wird, ob der Generalstaatsanwalt Klage erhebt gegen Papon wegen „Komplizenschaft bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Beihilfe zur kriminellen Freiheitsberaubung“. Unter Papons Verantwortung wurden zwischen 1942 und 1944 im ganzen Département 1.680 französische Juden, darunter 223 Kinder, festgenommen und ins Sammellager nach Drancy verschleppt. Von dort kamen die meisten in die Vernichtungslager. Daß es nicht deutsche Soldaten, sondern französische Polizisten waren, die diese Arbeit verrichteten, steht bis heute in keinen Schulbuch.

Papon hält sich für unschuldig und ließ durch seine Verteidiger mitteilen: „Ich bin der Sündenbock eines politischen Komplotts“. In einem seiner raren Interviews verglich sich Papon jetzt mit dem Hauptmann Dreyfus. Mit einem Entscheid der Behörde ist erst im Sommer zu rechnen. Die Vertreter der Zivilkläger waren nach der Anhörung in Bordeaux sehr skeptisch. Dieses Verfahren gegen Papon – das einem Justizskandal gleichkommt – ist dann ziemlich genau fünfzehn Jahre alt, und allenthalben ist davon die Rede, nur Papons Freunde „ganz oben“ hätten das arrangieren können.

Maurice Papon kam 1931 als Zwanzigjähriger ins Luftfahrtsministerium und bekleidete vier Jahre später einen Posten im Innenministerium. Den Wechsel zur Volksfrontregierung macht er mit, und von 1940 an diente er zunächst als Sous-Préfet, dann als Generalsekretär der Präfektur in Bordeaux. In diese Stellung gelangte er nur mit Billigung der Nazis. Sie schätzten seine Effizienz.

Nach 1945 arbeitete Papon wieder im Innenministerium und wurde nacheinander Präfekt in Korsika und in Constantine (Algerien). Am 15.12.1951 machte man ihn zum Generalsekretär der Pariser Polizei, und nach einer Schleife durch verschiedene Pariser Ministerien und einem erneuten Einsatz in Algerien wurde Papon am 14.3.1958 Polizeipräsident von Paris. Dies blieb er auch unter De Gaulle für fast zehn Jahre. Danach leitete er staatliche Betriebe, wurde gaullistischer Parteifunktionär und 1978 Budgetminister unter Raymond Barre – ein vielfältig verwendbarer Ehrenmann.

In Papons Amtszeit als Polizeichef fällt ein Massaker, das für lange Zeit fast völlig verdrängt wurde. Der Historiker Jean-Luc Einaudi hat jetzt in einer umfangreichen Studie („La bataille de Paris“, Editions du Seuil) alles Material zusammengetragen, das sich auf die Demonstration am 17. Oktober 1961 bezieht.

In der Endphase des von beiden Seiten unerbittlich geführten Kolonialkrieges wurde Paris zum Schlachtfeld. Nachdem De Gaulle die Armee noch im März 1960 zur „verstärkten Pazifizierung“, wie man den Krieg in Algerien offiziell nannte, ermuntert hatte, vollzog er drei Monate später eine Spitzkehre und offerierte der Befreiungsbewegung FLN (Front de libération nationale) Verhandlungen: „Ich drehe mich im Namen Frankreichs“ (De Gaulle). Darauf putschten die französischen Generäle Challe, Salan, Jouhaud und Zeller. Die OAS (Organisation de l'armée secrète) überzog das Land mit Sprengstoffanschlägen. Auch der FLN, von Stützpunkten in Belgien, der Schweiz und der Bundesrepublik aus geführt, intensivierte seine Terrorstrategie und attackierte vor allem Polizisten. De Gaulle rief, gestützt auf den Artikel 16 der Verfassung, den Ausnahmezustand aus. Papons offizielle Polizisten, aber vor allem die ver-

deckt operierenden Spezialeinheiten griffen hart durch. In Vincennes wurde ein Internierungslager für „Verdächtige" errichtet. Im Laufe des Sommers 1961 häuften sich Funde von Leichen in der Seine, in Parks und Wäldern. In den ersten acht Monaten des Jahres 1961 zählte man 460 getötete Algerier, in den vier Jahren von 1957 bis 1961 61 getötete Polizisten. Im Polizeikorps mehrten sich die Stimmen, die nach Selbstjustiz verlangten. Papon trat ihnen nicht entgegen, sondern heizte die Stimmung an, in dem er „seinen" Polizisten blanko versicherte: „Man drängt Ihnen einen Untergrundkrieg auf. Sie müssen auch subversiv werden... Sie werden gedeckt werden, ich gebe Ihnen mein Wort". Anfang Oktober erging eine Ausgangssperre, die nur für die „Français musulmans" – also die Algerier – galt. Die Polizei veranstaltete Nacht für Nacht regelrechte „Jagden auf Gesichter". Einige Sprachen von „Razzien", der Verleger François Maspéro vom „obszönen Ritual der Identitätskontrollen" auf den Boulevards von Paris. Maurice Papon beschwichtigte: „Es gibt keine Razzien. Es gibt Kontrollen mit Identitätsprüfungen".

Der FLN beschloß, diese unglaublichen Praktiken und das Ausgangsverbot in einer Demonstration anzuprangern. In der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1961 erschoßen, erschlugen und ertränkten Pariser Polizisten rund zweihundert Algerier. Kein Polizist wurde mit Schußwaffen angegriffen, nur einige leicht verletzt. Dem Chefredakteur von „France-Observateur" berichten noch in der Nacht zwei weinende Polizisten, im Hof des Polizeipräsidiums lägen fünfzig Leichen von Nordafrikanern. Als Claude Bourdet das veröffentlichte und Fragen stellte, handelte er sich eine Klage des Polizeipräsidenten wegen Beamtenbeleidigung ein. Der Korpsgeist dichtete alles ab. Die Sache versandete justizförmig.

Der Polizeichef feierte das Massaker in seiner Neujahrsansprache an „die Soldaten (! R.W.) der öffentlichen Ordnung" als „Sieg über den algerischen Terrorismus". De Gaulle, der Regierung von Michel Debré und Papon gelang es mit einer Finte, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu verhindern. Die Regierungspresse schaute weg, das Staatsfernsehen duckte sich. Die kritischen Blätter wurden beschlagnahmt, ein Dokumentarfilm mit Zeugenaussagen verboten. Sartre, Boulez, Aragon und andere Intellektuelle erhoben zwar ihre Stimme (François Mauriac: „es handelt sich um einen rassistischen Krieg"), aber sie drangen nicht durch in der nationalistisch aufgeheizten Atmosphäre. Auch die internationale Lage trug dazu bei, daß man sich schnell vom Massaker abwandte: am 13. August hatte das DDR-Regime die Mauer in Berlin errichten lassen. Das interessierte mehr als tote Algerier.

Papons „Schlacht um Paris" geriet in Vergessenheit. Charles de Gaulle wie seine Minister Alain Peyrefitte und Michel Debré schweigen darüber in ihren Memoiren. Einzig der hohe Beamte Constantin Melnik räumt ein, daß es am 17. Oktober „um die hundert Tote" gegeben habe und entschuldigt das 1988 mit dem Satz: „Noch niemand hat das Mittel erfunden, Krieg zu führen, ohne Blut zu vergießen". Ein einziges Schulbuch verzeichnet die Ereignisse, und die neueste *Geschichte Frankreichs* von René Rémond (1995) reserviert dem Staatsverbrechen acht Zeilen mit dem Resumée: „Der Abend endete tragisch, Dutzende vielleicht aber auch Hunderte algerischer Demonstranten wurden getötet und in die Seine geworfen, wo man später ihre Leichen wieder auffischte." Für Papon, das gesamte gaullistische Establishment und große Teil der Öffentlichkeit hat bis heute nicht stattgefunden, was Jean-Luc Einaudi mit der Befragung von rund hundert Zeugen minutiös belegt – ein Massaker. Papon hatte sich schon bei seiner Tätigkeit in Algerien eine wetterfeste Ideologie zurechtgelegt genau wie der General Massu, der Zeit seines Lebens den Einsatz der Folter in der „Schlacht um Algier" verteidigte: „Daß der Zweck die Mittel rechtfertige, ist nie eine Philosophie gewesen; es geht um eine Methode, die Verstand, intellektuelle Redlichkeit und Selbstbeherrschung verlangt. Das ist eine Moral".

Die Zeit arbeitet für Papon. Die Akten, die das Innenministerium den Archives Nationales überstellte, umfassen nur ein einziges schmales Dossier mit der Signatur MI 1455. Und dieses bleibt bis 2021 gesperrt. Maurice Papon (geb. 1910) wird dann tot sein. Das Dossier trägt einen trefflichen Titel: „polizeiliche Übergriffe 1961". ●

JETZT ERSCHIENEN - BROSCHÜRE:

wacht auf, verdammte

gegen
sozialabbau
faschismus
kriegsgefahr

FRHÄLTLICH BEI JARAMA!
POSTF. 1205 55002 MAINZ
1 EX. 2.- 5 EX. 8,- 10 EX. 15,-DM
VORAUSKASSE ZUZÜGLICH PORTO

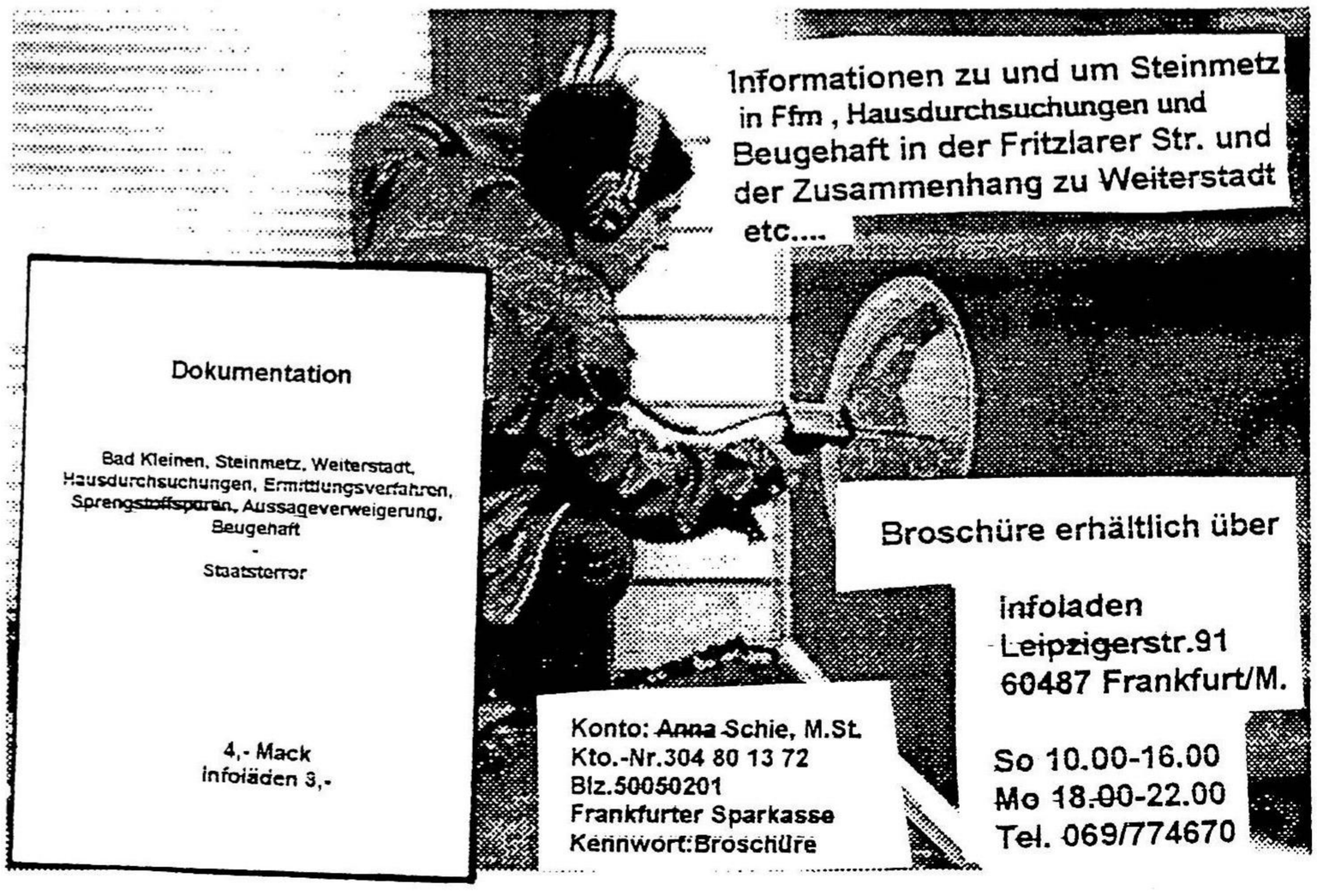
express

ZEITUNG DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN

Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06

★ BEOBACHTUNGEN AKTUELLER ARBEITSKÄMPFE
★ BERICHTE VON KRITISCHEN GEWERKSCHAFTERINNEN AUS DEN BETRIEBEN
★ DISKUSSION VON STRATEGIEN GEGEN LEAN PRODUCTION

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gegen Vorkasse bar oder Briefmarken)



OLIVER SCHÖLLER

Von Opitz über Aly zu Nolte

Erkenntnisinteresse und Ideologieproduktion

Im Frühjahr letzten Jahres hat der Politikwissenschaftler Götz Aly das Buch *Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden* veröffentlicht. Es hat einen Vorläufer. 1991 brachte Aly zusammen mit Susanne Heim nach vierjähriger Arbeit eine Untersuchung mit dem Titel *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung* heraus. Die methodischen und inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit den Arbeiten von Reinhard Opitz sind augenfällig. Ihr gemeinsames Thema ist die Vernichtung der europäischen Juden. Opitz wie Aly/Heim vermuten rationale Gründe hinter dem Völkermord. Und sie stellen den Holocaust in einen Gesamtkontext, der ihrer Meinung nach von strategischen (bevölkerungspolitischen, ökonomischen) Interessen dominiert war, welche wiederum eine europäische Neuordnung zum Ziel hatten.

Das Buch von Götz Aly und Susanne Heim entfachte eine heftige – vor allem in der *konkret* geführte – Diskussion (in: Schneider 1991), in deren Verlauf von den Kritikern vor allem der ökonomische Ansatz – also der eigentliche Kern – beklagt wurde, aus dem heraus eine (von Seiten der Kritiker allzu rationale Erklärung der Judenvernichtung abgeleitet wurde. Nun konnte wohl niemand allen Ernstes behaupten, Aly und Heim hätten die Vernichtung der europäischen Juden erschöpfend geklärt. Dennoch bin ich der Überzeugung, daß innerhalb jenes, von Reinhard Opitz abgesteckten Terrains, das in Zukunft zu beackern sein wird, Aly und Heim einen entscheidenden weil richtungsweisenden Beitrag geleistet haben. Ich folge Werner Röhr in seiner Beurteilung Aly/Heims Studie dahingehend, daß es nicht ausreicht, Aly/Heims Beitrag zur Erforschung der Beteiligung deutscher Akademiker am nazistischen Völkermord nur anzuerkennen. „Vielmehr ist bei allem Streit über die Tragfähigkeit und Verifizierung ihrer Hypothesen der geführte Nachweis dieser Planungen nicht mehr zu bezweifeln und nunmehr zur Voraussetzung weiterer Forschungen und Interpretationen geworden." (In: ebd., S. 123)

Die Fixierung auf Detailfragen hingegen von Seiten der Kritiker war ebenso berechtigt wie sie von Aly/Heims Ansatz selbst provoziert wurde. Diese konzentrierten sich schließlich auch auf einen Zeitraum von vier Jahren (1938 - 42) und sie beschränkten sich bei dem Gegenstand ihrer Betrachtung ferner auf den Aspekt der Bevölkerungspolitik. Schon bei Aly/Heims Ansatz gingen auf diese Weise zwangsläufig jene größeren Bezüge und Kontinuitätslinien verloren, wie sie bei einem großzügiger gewählten Ansatz, wie dem von Opitz, noch deutlich werden. Dafür wurde man entschädigt durch tiefer gehende Einblicke in Detailfragen. Während es Aly und Heim nun gelang, der Gefahr zu entgehen, sich im Detail zu verlieren und sie statt dessen immer wieder den Bezug zu den grundsätzlichen Triebkräften gesellschaftspolitischer Entwicklung herzustellen vermochten, so erreichten demgegenüber die Kritiker – bei vielfach berechtigter Kritik – in der Regel nur die Pulverisierung größerer Zusammenhänge im analytischen Klein-Klein. Das wiederum war für sie die Bestätigung dessen, was sie immer schon behauptet haben, nämlich daß es keinen plausiblen Gesamtzusammenhang gibt, der die Judenvernichtung erklärbar machen könnte.

Ein Beispiel, das dies deutlich macht, muß an dieser Stelle ausreichen. So wies Werner Röhr darauf hin, daß es grundsätzlich falsch ist, eine Entgegensetzung von prinzipiellem Irrationalismus (Rassenideologie) und rationalem Kalkül (Bevölkerungspolitik) zu konstruieren. Sondern daß man von einer mehrfachen Verschränkung von Irrationalität und Rationalität ausgehen sollte. (Ebd. S. 126) Meiner Ansicht nach trifft Röhr hier nicht den Kern des Problems. Durch seine eingeschränkte Sichtweise, der offenbar die Entwicklung eines 'modernen', wissenschaftlich begründeten Rassismus im 19. Jahrhundert entgeht, verharrt Röhr – bei aller Verschränkung – in jener, folgt man Opitz, an sich schon falschen Gegenüberstellung irrationaler Rassenideologie auf der einen sowie rationalem Begründungszusammenhang auf der anderen Seite. Mir scheint es somit wichtiger, daran zu erinnern, daß die uns heute als mystisch mithin irrational erscheinende Rassenideologie der Nationalsozialisten damals als durchaus wissenschaftlich begründbar galt. So gesehen, kann man allerdings nicht einmal von einer wie auch immer gearteten Verschränkung irrationaler und rationaler Elemente in der Nazi-Ideologie sprechen. Vielmehr fügte sich, wie Opitz es beschreibt, auch die zu dieser Zeit moderne, i.e. rationale weil wissenschaftlich begründete, Rassenideologie nahezu nahtlos in den von imperialistischen Machtinteressen bestimmten rationalen Geamtkontext. (Opitz, S. 7 ff.)

Es ist bezeichnend, daß Götz Aly in dem Moment für die bürgerliche Historikerzunft akzeptabel wird, in dem er den ursächlichen Bezug ökonomischer Interessenskonstellationen aus den Augen verliert, um sich in seinem zweiten Buch zu diesem Thema mit dem Titel *Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden* allein auf die Beschreibung von Oberflächenphänomenen zu beschränken. Seine auch in diesem Fall verdienstvolle Analyse verliert in dem Moment ihre Brisanz, in dem sie sich selbst auf die Bühne der Singularität begibt, auf der ein einzigartiges Stück aufgeführt wird, deren Personen schon vor langer Zeit gestorben sind und dessen historische Kontinuitäten in Form einer durch „knallharte Kosten-Nutzen-Analyse" (Ludger Weß in ebd., S. 108) geleiteten Wissenschaftslogik, über der Inszenierung des Stückes verloren geht. Was bleibt, ist ein interessiertes 'Aha', dem jeder Bezug zur Gegenwart abgeht und das damit auch nicht in Verlegenheit gerät, die Frage nach der 'Einmaligkeit' bzw. Wiederholbarkeit der beschriebenen Phänomene zu stellen.

In der *Zeit* (26.5.95) schließlich, erfährt Alys' Neuerscheinung *Endlösung* eine Besprechung durch den Historiker Hans Mommsen. Mommsen beschreibt dort gleichsam selbstzufrieden jene methodische Wende, die Aly in seiner neuesten Arbeit vollzogen hat: „Aber er (Aly, O.S.) löst sich von der dort (in: *Vordenker der Vernichtung*, O.S.) noch vorherrschenden einseitigen ökonomischen Tendenz und vermeidet die darin enthaltene Zuspitzung der Kritik und Überschärfe der Polemik." Das, was Mommsen dort andeutete, den Wegfall eines explizit ökonomischen Erklärungsansatzes samt der damit einherge-

henden „Zuspitzung der Kritik", eben das, bestätigte der Autor selbst, einen Tag später in einem in der Tiefdruckbeilage der *FAZ* erschienenen Aufsatz, mit dem bezeichnenden Titel: „Dafür wird die Welt büßen. Ethnische Säuberungen – Die Geschichte eines europäischen Irrweges".

„Es ist bezeichnend, daß Götz Aly in dem Moment für die bürgerliche Historikerzunft akzeptabel wird, in dem er den ursächlichen Bezug ökonomischer Interessenskonstellationen aus den Augen verliert, um sich in seinem zweiten Buch... allein auf die Beschreibung von Oberflächenphänomenen zu beschränken."

In diesem Artikel setzt Aly alle unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten durchgeführten Zwangsumsiedlungen, sowohl vor wie nach dem Zweiten Weltkrieg, zunächst gleich mit denen der Nationalsozialisten. Die ab 1945 durchgeführten Vertreibungen der Deutschen aus den ehemals ostdeutschen Gebieten, liegt ihm dabei offensichtlich besonders am Herzen. Auf der Titelseite der FAZ wird der Artikel entsprechend angekündigt: „Zu den Grausamkeiten des Jahrhunderts gehören Zwangsumsiedlungen, die bis 1948 als legitimes Mittel der Politik galten. Unter den Folgen leidet die Welt heute noch." Wie schwer es Aly offensichtlich fällt, wenigstens im nachhinein eine Differenzierung vorzunehmen, wird deutlich, wenn er meint, sich die banale Einsicht, daß die Vertreibung der ostdeutschen Menschen „in hohem Maß Folge des von Deutschland entfesselten, ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieges der Neuzeit (war) – insofern reaktiv", ausgerechnet von Ernst Nolte borgen zu müssen. Georg Fülberth hat in der schon erwähnten Erinnerung an Reinhard Opitz darauf hingewiesen, „daß Ernst Nolte selbst dort unrecht hat, wo seine Beurteilung des Faschismus ein Moment Wahrheit enthält: nämlich in der These, dieser sei in erster Linie antibolschewistische Selbstverteidigung des 'liberalen Systems' gewesen. Da ist was dran," – so Fülberth – „aber er war zugleich mehr: ein Organisationsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft in einer gegebenen (nicht unwiederholbaren) historischen und nationalen Situation." Gleiches gilt für die von Aly im Geiste Noltes durchgeführte Beschreibung bevölkerungspolitischer Konzepte. Sie sind eben nicht allein mit den Kategorien 'Aktion' und 'Reaktion' zu fassen. Vielmehr bleibt man damit an der Oberfläche vermeintlich gleicher, sich allenfalls im Ausmaß unterscheidender Phänomene, ohne die tiefer liegenden sozio-ökonomischen Differenzen zu berücksichtigen, in denen wiederum ursprünglich ebenso unterschiedliche Ziele begründet lagen.

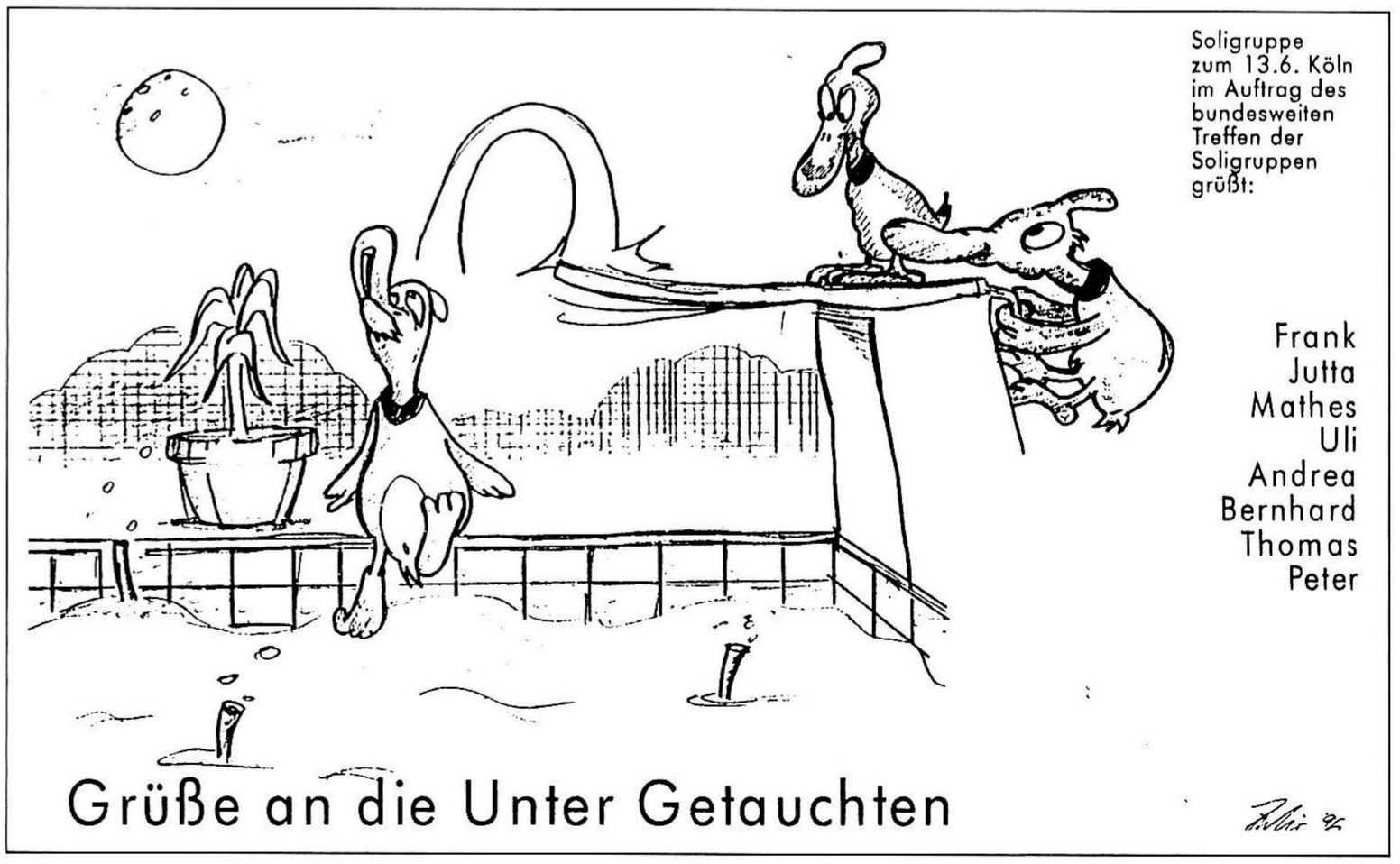
Nun wird Aly am Ende seines Aufsatzes doch noch gewahr, daß er demokratische Politker wie Churchill, Roosevelt, Chamberlain oder den Präsidenten der tschechoslowakischen Exilregierung, Edward Benes, nicht ohne weiteres in eine Reihe mit den nationalsozialistischen Rassetheoretikern stellen kann. Warum nicht? Weil, so Aly, „nicht nur im Ausmaß, sondern auch in den Mitteln und Methoden (sich die deutsche Umsiedlungspolitik, O.S.) von all ihren Vorläufern" unterschied. Da ist was dran, so ist man geneigt mit Fülberth zu antworten, aber sie war zugleich mehr. Denn nur bei gleichzeitiger Berücksichtigung der inneren Triebkräfte, konkret dem Expansionsdrang des deutschen Großkapitals mit seiner Ungeduld des Zuspätgekommenen, läßt sich der besondere Charakter der deutschen Umsiedlungspolitik im Kontext des deutschen Faschismus und damit „seine ihn von allen bisher bekannten bürgerlich-monopolkapitalistischen Partei- und Politikströmungen so spezifisch abhebenden Rigorosität" erklären (Opitz, S. 192). Diese Einsicht erlangt man aber gerade nicht durch die von Aly angemahnte Betrachtung allein von Ausmaß, Mitteln und Methoden dieser Politik.

Es ist eben ein wesentlicher Unterschied, ob Menschen im Geiste des klassisch-liberalen Nationalstaatsgedankens, der sich im Sinne der Naturrechtslehre auf die Gleichheit aller Menschen beruft und der seine Repräsentation allein durch den Nationalstaat gesichert sah, ob Menschen im Geiste dieser ursprünglich humanistischen Tradition sich für Zwangsumsiedlungen einsetzten; oder, ob im Gegenteil, dies im Sinne einer imperialistischen Kapitallogik geschieht, die alle humanistischen Wertvorstellungen von vornherein dem monopolkapitalistischen Verwertungsinteresse unterwirft und damit Millionen von Menschen zu frei flottierenden Warenmengen degradiert, über deren Leben bzw. Tod eben gerade nicht die Zugehörigkeit zu einem speziellen Nationalstaat – i.e. Wertegemeinschaft –, sondern allein der aktuelle Marktwert entscheidet.

Nach der Lektüre von Götz Alys' erstem Buch *Vordenker der Vernichtung* ist sicher, daß er dies alles einmal wußte. Verglichen mit seinem zweiten Buch *Endlösung,* wirkt der Autor nun geradezu autistisch.

Wieder geht es um die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik, diesmal vom Standpunkt der Praktiker aus. Die im ersten Buch noch allenthalben mitgedachten ökonomischen Ursprünge bestimmter gesellschaftspolitischer Entwicklungen finden nun keinen Platz mehr, sondern verlieren sich in einem Wust von Material und Beschreibung, das vorgibt für sich selbst zu sprechen. Und daß die Kritik an Alys Aufsatz in der FAZ nicht unbegründet ist, bestätigt er in diesem Buch auf das Traurigste. Um dies deutlich zu machen, ist es notwendig, den faux pas in Form einer Fußnote zur Gänze zu zitieren.

„Ernst Nolte verdient in diesem Zusammenhang eine eher nüchterne Würdigung: Sein Versuch, den Mord an den europäischen Juden unter der Kapitelüberschrift 'Genocide und Endlösung der Judenfrage'



WIDER★ SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Klienten, Kunden, Könige oder: Wem dient die Dienstleistung?

Schwabe: Wer sind unsere Kunden? Worin bestehen unsere Leistungen? Wie die Dienstleistungs-Metapher der Jugendhilfe zu neuen Einsichten verhelfen kann! ● *Harris:* Soziale Arbeit als Business: Märkte, Manager und Konsumenten in der britischen Sozialarbeit ● *Krölls:* Zwecke, Folgewirkungen und Ideologien staatlicher Privatisierungspolitik ● *Kunstreich:* Das „Neue Steuerungsmodell" (NSM). Essay über die Hegemonie konservativer Modernisierung ● *Nagel:* Krisenmanagement: Über den Zusammenhang von sozialem Beruf und Biographie ● *Schaarschuch:* Dienst-Leistung und Soziale Arbeit. Theoretische Überlegungen zur Rekonstruk-tion Sozialer Arbeit als Dienstleistung ● *Forum* ● *Magazin*

Heft 59, 116 S., DM 16,–

Ihr Kinderlein, kommet? Kindheiten u. Kinderleben heute

Honig: Kindheit als sozialer Status ● *van Krieken:* Kindheit, Schule und der tendenzielle Fall der Geburtenrate ● *Karsten:* Kindheit – Kindheitsforschung – Kinder in der Jugendhilfe ● *Zeiher:* Kinder in der Großstadt. Raumorganisation und soziale Integration ● *Fuhs:* Kindliche Selbständigkeitsspielräume und kinderkulturelle Aktivitäten ● *Kunstreich:* Sozialer Raum und demokratische Kinder- und Jugendkultur ● *Sünker:* Gewalt, Kinderrechte und Kinderpolitik ● *Rezensionen*

Heft 58, 98 Seiten, DM 16,–

Unser Probeabo: Schicken Sie uns einen 20,- DM-Schein und wir senden Ihnen zwei aktuelle Hefte.

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Jährlich 4 Hefte, Jahresabo W: 63,– DM, Einzelheft 16,– DM / O: 40,– DM, Einzelheft 10,– DM
StudentInnenabo 40,– DM

Verlag 2000
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

(Nolte, S. 499 - 517) in das durchaus beklemmende Kontinuum europäischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik dieses Jahrhunderts einzuordnen, hat bis zum Madagaskarprojekt eine Reihe von Argumenten für sich. Nur: Dieser Plan wurde nicht realisiert. Er ist für die Analyse des Holocaust interessant – jedoch läßt sich ein abschließendes historisches Urteil darauf nicht gründen. Die Überlegungen zur 'territorialen Lösung der Judenfrage' bildeten ein ephemeres Zwischenstadium auf dem Weg zu immer radikaleren Entscheidungen, die ohne historische Parallele sind." (Aly, 1995, S. 394, Anmerkung 34)

Wieder ist es also Ernst Nolte, den Götz Aly meint, wenn auch nüchtern, so doch immerhin würdigen zu müssen. Hier nun kokettiert er mit der These Noltes, die Judenvernichtung als nur einen Beitrag unter vielen im Kontext der europäischen Umsiedlungs- und Vernichtungpolitik dieses Jahrhunderts zu versteht. Da ist was dran, sagt sich Aly, aber nur bis zur Absage an das Madagaskarprojekt. Wäre das durchgeführt worden, so wäre den Deutschen der Holocaust erspart geblieben und, so Aly, dann hätten sie sich tatsächlich, wie Nolte es sich wünscht, normal einreihen können in ein europäisches Gesamtphänomen.

Aber ist das wirklich wahr? Erlangt die deutsche Bevölkerungspolitik, so wie es Aly darstellt, ihren besonders aggressiven Charakter erst aufgrund der Wende im Kriegswinter 1941/42 und der daraufhin veranlaßten Judenvernichtung auf der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942?

Nein, so würde Opitz entgegnen, die planmäßige Vernichtung von Millionen unterschiedlichster Menschengruppen wurde schon viel früher ins Werk gesetzt. „Und erst, wenn man sich diesen der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 vorausgehenden, in der Annahme eines Blitzkrieges über die Sowjetunion projektierten und in Angriff genommenen russischen Gesamt-'Holocaust' vergegenwärtigt und sich die von den Naziführern zu ihrem internen Gebrauch gegebenen Begründungen für ihn ansieht, wird man auf einmal den Schlüssel zum Verständnis dafür in der Hand halten, weshalb ihr gegenüber den Juden bisher als 'Zwischenlösung' bis zur eventuellen Durchführung einer 'territorialen Endlösung' nach Kriegsende praktizierter Vernichtungsterror in den Ghetto-Bezirken, Zwangsarbeitslagern und den durchaus planmäßigen Massakern auf russischem Boden vom ersten Tage des militärischen Einfalles in die Sowjetunion an ab Ende 1941 zur Organisation der nunmehr gleichsam 'geordneten' kollektiven und dem Ziel nach vollzähligen Ermordung aller Juden in geschlossenen Lagern übergeht." (Opitz, 1994, S. 213)

Jene Logik, der neben den 6 Millionen Juden noch weitere 50 Millionen osteuropäische Menschen hätten zum Opfer fallen sollen, entsprach somit den Bewegungen eines spezifisch deutschen imperialistischen Monopolkapitals.

Reinhard Opitz hat mit seinen Vorarbeiten Götz Aly „den Schlüssel zum Verständnis" des spezifisch deutschen Faschismus' und seiner Wirkungsweise geliefert. Mit Bravour vertieften und erweiterten Aly/Heim in ihrem Buch *Vordenker der Vernichtung* auf dieser Grundlage das Verständnis in die spezifischen Bewegungsgesetze des deutschen Großkapitals in einer „gegebenen (nicht unwiederholbaren) historischen und nationalen Situation," seiner Großrauminteressen und der daraus resultierenden Bevölkerungpolitik.

Vier Jahre später scheint Götz Aly diese grundlegenden Erkenntnisse vergessen zu haben. Die Folge ist der Verlust einer „zugespitzten Kritik". Damit wiederum wird auch Götz Aly konsumierbar im Zuge eines reaktionären 'backlash', dem es mitlerweile gelingt, vormals wissenschaftliche Erkenntnisse zu entsorgen, so als hätte es sie nie gegeben. ●

Literatur:

Aly, Götz 1995: Endlösung. Völkerverschiebung u. der Mord an den europ. Juden. S. Fischer.

Ders.: Dafür wird die Welt büßen. 'Ethnische Säuberungen' – Die Geschichte eines europäischen Irrwegs. FAZ, 27. Mai 1995.

Aly, Götz / Heim, Susanne 1991: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hoffmann und Campe.

Fülberth, Georg: Kapital ohne Raum. Erinnerung an den Gesellschaftswissenschaftler Reinhard Opitz aus Anlaß der bevorstehenden Veröffentlichung seines Nachlasses. konkret 3/1995.

Mommsen, Hans: Spitze des Eisbergs. Die Zeit, 26.05.1995.

Opitz, Reinhard 1988: Faschismus und Neofaschismus. Pahl-Rugenstein.

Ders. 1994: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 - 1945. Pahl-Rugenstein Nachfolger.

Schneider, Wolfgang 1991: 'Vernichtungspolitik'. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland. Junius.

Wehler, Hans-Ulrich 1988: Entsorgung der Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum 'Historikerstreit'. Büchergilde – Die Kleine Reihe.

THOMAS OBERFRANK

Jenseits der „unsichtbaren Faust des Marktes“

Über die Widersprüchlichkeit von Globalisierung, nationaler Politik und lokalem Widerstand in Lateinamerika

Die „Globalisierung“ hat äußerst ambivalente Wirkungen für die verschiedenen Länder insbesondere in Lateinamerika. Diese können aus internationalistischer Sicht nicht eindimensional als herrschend und bereits deshalb destruktiv weggewischt werden. Die vielfältigen hegemonialen Konjunkturen bewirken durch ihre Verknüpfung mit konkurrierenden politischen Entwürfen im nationalstaatlichen Raum einen überaus widersprüchlichen gesellschaftlichen Wandel. Gerade weil Globalisierungsphänomene, nationale Politik und lokaler „Widerstand“ miteinander kompatible Momente sind, können sie neben den unbestreitbaren sozialen Kosten auch positive Effekte hervorbringen, die für soziale Bewegungen durchaus Ansatzpunkte für eine emanzipatorische Praxis bieten. Diese These wird ausgehend vom EZLN-Aufstand in Chiapas problematisiert und am Beispiel Bolivien konkretisiert.

In der *links* und anderswo ist oft die Rede von den hegemonialen Machtverhältnissen in der globalisierten Weltökonomie, die insbesondere im Süden den nationalen Gesellschaften trotz aller vorhandener Variationen die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung verunmöglichen würden. Verwiesen wird aus aufgeklärter polit-ökonomischer Sicht auf die globale Verallgemeinerung des Neoliberalismus und des Wettbewerbs der nationalen Standorte als ultimative Rationalität staatlicher Politik in Nord, Süd und Ost. Widerständige Momente werden aus dieser strukturtheoretisch überdimensionierten Sichtweise nur dann wahrgenommen, wenn sie (scheinbar) spektakulär der globalen Kapitalogik widersprechen.

Ein wahrlich erstaunliches Phänomen wie der Aufstand der EZLN in Chiapas /Mexico muß dann dauerhaft dafür herhalten, daß es diese Widerständigkeit in einer trotz aller Dissonanzen, Diskontinuitäten und Spaltungen als Totalität gedachten Weltgesellschaft zumindest an ihren peripheren Rändern doch gibt. Das gilt auch dann, wenn neuerdings auch von den KritikerInnen der neuen Welt(un)ordnung zumindest angedacht wird, ob ein (dauerhafter) Erfolg der EZLN nicht gerade deshalb möglich werden könnte, weil sich die Autonomieforderungen für die indigenen Gemeinschaften auf einen regionalen Raum beziehen (Chiapas, Oaxaca etc.), der für die kapitalistische Verwertung ohnehin uninteressant ist.

Ich meine, daß an der globalitätsfixierten Vogelperspektive einiges richtig, aber auch einiges falsch ist. Denn sie spiegelt im erheblichen Maße die Argumente der kritisierten Apologeten des Marktes wieder. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß die sozialen Auswirkungen des globalisierten Kapitalismus – die Produktion von massenhafter Exklusion und Marginalisierung – statt beschönigt mit knirschenden Zähnen als „reale Unordnung“ bedauert werden.

Unterbelichtet bleibt erstens ein tieferes Verständnis für die unterschiedlichen Auswirkungen der Globalisierung in den verschiedenen Ländern gemäß der internen Kräfteverhältnisse. Begriffe wie Triadisierung und Regionalisierung (NAFTA) als „Suchprozesse“ im Zeitalter globaler Umstrukturierung verbleiben auf äußerst allgemein bleibender Ebene. Zweitens werden die unterschiedlichen Motive und Rationalitäten, welche die Widerständigkeit der subalternen Akteure in Lateinamerika (insbesondere der Indígenas und Kleinbauern) konstituieren, begrifflich unterbestimmt. Die Hinweise auf „relative Kontingenzen“ und „regionale Differenzierungen“ von sozialen Auseinandersetzungen in der Peripherie bleiben blaß.

ZT Bolivien: Das etwas andere Modell!

Bolivien ist ein Beispiel für eine innerhalb der kapitalistischen Weltökonomie besonders subalterne Gesellschaft. Das ärmste Land Südamerikas genießt gerade deshalb und aufgrund seiner Rolle als Kokainproduzent die besondere Aufmersamkeit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Wie schon beim neoliberalen Reformprojekt der achtziger Jahre spielt Bolivien auch bei den Strukturreformen der zweiten Generation eine Vorreiterrolle in Lateinamerika. Bolivien ist eines der wichtigsten Experimentallaboratorien der UNO, Weltbank, EU, GTZ etc., indem gerade aufgrund der hohen Außenabhängigkeit und gleichzeitigen Marginalität auf den Weltmärkten die Machbarkeit von Konzepten wie „Sustainable Development“ unter den gegebenen Rahmenbedingungen demonstriert werden soll.

Der seit August 1993 amtierende Präsident Sánchez de Lozada (Goni) von der MNR (Nationalrevolutionäre Bewegung) steht für ein umfassendes Reformprojekt, das neoliberale Stabilisierung mit einer „nachhaltigen und menschlichen Entwicklung“ verbinden soll. Nach zweieinhalb von vier Jahren der laufenden Legislaturperiode gibt es jede Menge Programmatiken, institutionelle Neuerungen und Reformgesetze. Die modernisierten politischen Konzepte von UNO und Weltbank sind unmittelbar in die offizielle Regierungspolitik miteingeflossen. Die Regierung hat sich die technokratische Auffassung der Weltbänker zu eigen gemacht und versucht, den bolivianischen Staat entsprechend des Effizienzmanagements eines überlebensfähigen Unternehmens umzukrempeln. Interessant an dem vorgelegten Modernisierungsprojekt ist vor allem, daß über die Reform der Privatisierungs-, Sozial- und Bildungspolitik und eine umfassende Dezentralisierung der politischen Macht auch die sozialen Basisorganisationen der Indígenas, Kleinbauern und „Informales“ auf dem Land und in den Städten in einen nationalen Konsens miteingebunden werden sollen. Diese programmatische Hinwendung zu den Marginalisierten drückte sich symbolisch in der Benennung des ersten indigenen Vizepräsidenten, dem Aymara-Intellektuellen Victor Hugo Cárdenas von der explizit indigenistischen Kleinpartei MRTK aus.

Bei der neuen Regierung laufen die verschiedenen Konzepte der UNO und Weltbank unter den Schlagwörtern „El Cambio Para Todos“ (die Wende für alle) und „Desarrollo Sostenible“ (nachhaltige Entwicklung) zusammen. Sie bezeichnen die offizielle Entwicklungsstrategie, die in der Öffentlichkeit als mögliche Lösung der sozialen Probleme Boliviens lautstark pro-

pagiert wird. Das ganze Land wird seit 2 Jahren mit Plakaten, Radio- und Fernsehspots überflutet, welche das „neue Bolivien" feiern, das alle BolivianerInnen mitaufbauen helfen sollen.

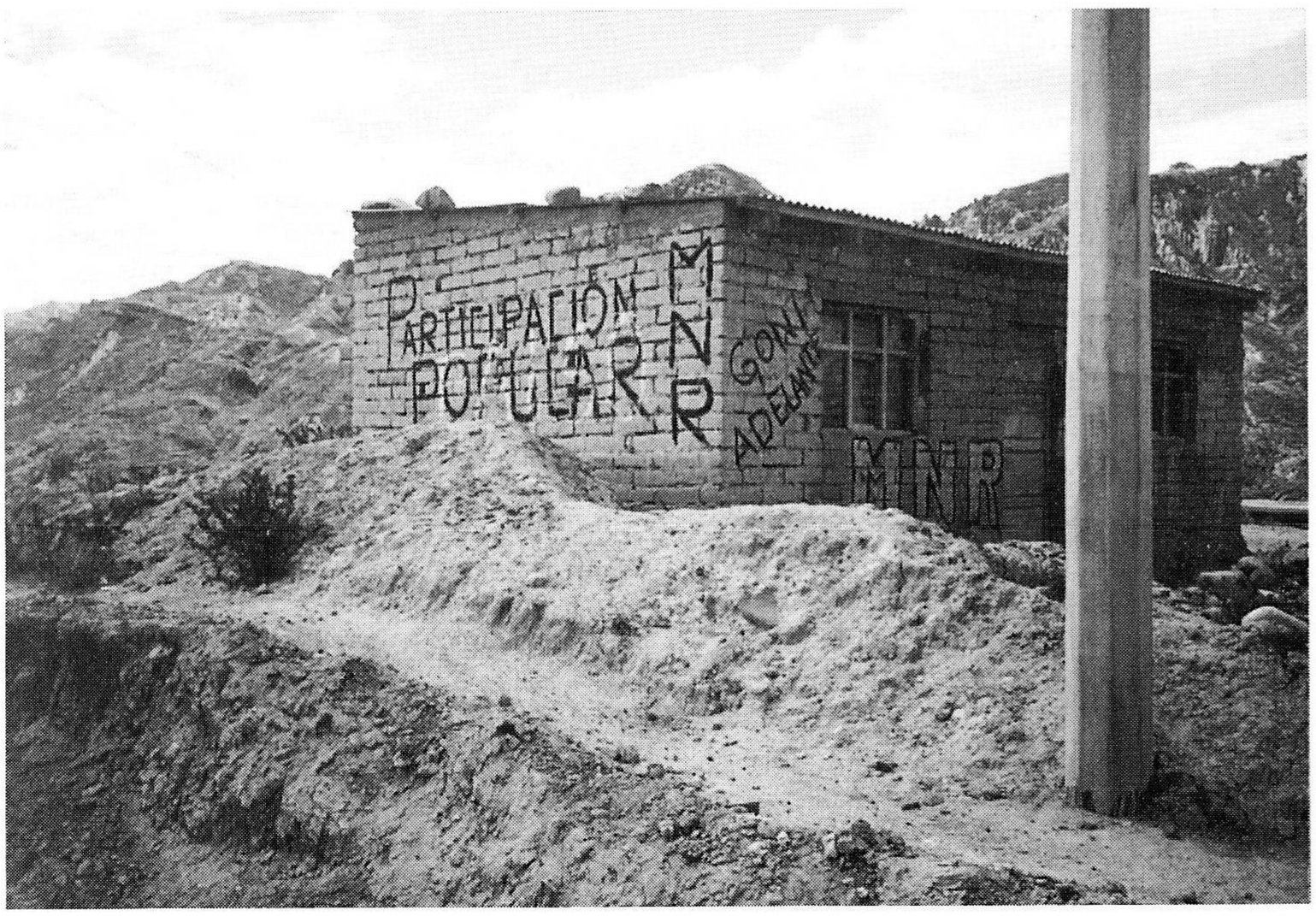
Mehr Partizipation der Basisorganisationen?

Die Goni-Regierung ist die erste, die zahlreiche Linksintellektuelle und NGO-AktivistInnen angeworben hat, um sie mit Jobs unterhalb der Staatssekretariatsebene zu versorgen. Dies wurde durch den Eintritt der kleinen Linkspartei MBL (Bewegung Freies Bolivien) in die Regierungskoalition erleichtert, die traditionell enge Verbindungen zum NGO-Sektor unterhält. Die Zusammenarbeit und Verflechtung zwischen Staat und NGOs vor allem im sozial- und umweltpolitischen Bereich hat sich seit 1990 ständig erweitert. Es gibt eine Konvergenz bei den Technokraten von der intellektuellen Linken bis zur neoliberalen Rechten, die über die Jahre eine vielfältige Kooperations- und Verhandlungskultur zwischen den verschiedenen Parteien und Verbänden hat entstehen lassen. Die Regierung Goni versteht sich zumindest bei weicheren Themen, bei denen nicht unmittelbar die eigenen Interessen berührt sind, gerne als Vermittlerin auf der Suche nach gangbaren Kompromissen. Nur bei den harten Themen, insbesondere was die Durchsetzung der großen drei Reformen (Erziehungsreform, Kapitalisierung und Dezentralisierung) und die Coca-Problematik angeht, agiert die Regierung mit einer demonstrativen Entschlossenheit, die gegenüber den Cocabauern zuweilen in deftige Repression umschlägt. Die überflüssige Ausrufung des Ausnahmezustandes von April – Oktober 1995 nach Dauerprotesten von Gewerkschaften, Kokabauern und Regionalbewegungen steht für die Gefahr einer neuerlichen politischen Polarisierung des Landes, die den schon erreichten demokratischen Grundkonsens zumindest zu schwächen droht. Bei den Kommunalwahlen in Dezember '95 verlor die Regierungspartei zudem dramatische 15 Prozent. Bisher ist also noch unklar, ob die Regierung genügend Einfluß und Rückhalt hat, die formulierten Ziele auch durchzusetzen, oder ob sie samt ihrer Reformen scheitern wird.

Als politische Dimension einer nachhaltigen Entwicklung gilt der Regierung das Konzept der „gobernabilidad" (Regierungsfähigkeit). Darunter wird gleichzeitig die Erhöhung der Effizienz des Staates, und die Erweiterung der politischen Partizipation des Volkes verstanden. Erstaunlich ist diese Vorstellung der Regierung deshalb, weil staatliche Handlungskapazität normativ mit Partizipation verbunden wird und der Zusammenhang zwischen Demokratisierung mit nachhaltiger und ökonomischer Entwicklung anerkannt wird. Demokratisierung in diesem Sinne würde aber auch eine weitgehende Transformation der politischen Interessenvermittlung und Repräsentation in neue institutionelle Formen bedeuten, in denen sich die soziale und kulturelle Vielfalt der bolivianischen Gesellschaft angemessener artikulieren könnte als bisher.

Eines der wichtigsten Reformprojekte ist das Gesetz der Volksbeteiligung (Ley de Participacíon Popular). Neben einer Gemeindeverwaltungsreform enthält das Gesetz auch Elemente einer partizipativen Demokratie, insofern der Staat den bäuerlichen Comunidades, indigenen Organisationen und städtischen Nachbarschaftvereinigungen eine eigenständige juristische Person zuweist und sie als sogenannte „territoriale Basisorganisationen" (OTBs) anerkennt, die Kontrollfunktionen über die Gemeindeverwaltungen ausüben können.

Zum ersten Mal wird in Bolivien ein formeller Prozeß von Beziehungen zwischen den öffentlichen und politischen Instanzen auf der lokalen Ebene mit den sozialen Basisorganisationen in Gang gesetzt. Letztere waren bisher, von den Wahlen abgesehen, vollständig vom politischen Prozeß ausgeschlossen. Das Gesetz definiert die OTBs als Subjekte der Volksbeteiligung mit dem Ziel „einer gerechten Verteilung und besseren Verwaltung der öffentlichen Ressourcen. Die Volksbeteiligung stärkt die notwendigen politischen und ökonomischen Instrumente, um die repräsentative Demokratie zu perfektionieren, die Partizipation der Bürger zu erleichtern und die Gleichheit der Repräsentationsmöglichkeiten für Frauen und Männer zu garantieren". Die Basisorganisationen müssen hierbei nicht ihre „traditionelle" Organisationsform verändern, sondern nur juristisch durch die lokalen und regionalen Autoritäten anerkennen lassen. Die OTBs sollen die ganze Bevölkerung innerhalb einer territorialen Einheit repräsentieren, um sektorale und korporative Interessen von Gewerkschaften und Parteien zu brechen. Die territorialen Einheiten sind im Normalfall Stadtviertel, Comunidades und indigene Organisationen. Die OTBs verfügen im wesentlichen über die Rechte, öffentliche Investitionen gemäß den kommunalen Bedürfnissen vorzuschlagen und deren Durchführung zu überwachen. Sie sollen an der Verwaltung aller lokalen öffentlichen Maßnahmen partizipieren. Organisatorisch geschieht das durch das sogenannte „Überwachungskommitee", indem alle OTBs der Gemeinde vereinigt sind, um permanent auf den lokalen politischen Prozeß Einfluß nehmen zu können.



„Eines der wichtigsten Reformprojekte ist das Gesetz der Volksbeteiligung..."

Ein „Post-Chiapas-Gesetz"?

Auf den ersten Blick scheint das Gesetz der Volksbeteiligung erhöhte administrative Effizienz mit sozialer Kontrolle von unten optimal zu verbinden. Doch die zwei (bisher) wichtigsten sozialen Bewegungen des Landes, der Gewerkschaftsverband COB und die föderalistische Regionalbewegung der Bürgerkommitees lehnen das Gesetz der Volksbeteiligung strikt ab. Sie sehen darin primär ein machtpolitisches Instrument der Regierungspartei MNR, mit dem die Macht der Comité Civicos zer-

stört und der Verfall der Gewerkschaften beschleunigt werden soll. Nach dieser Lesart sollen die marginalisierten Kleinbauern und Indígenas von potentiellen Gegnern der staatlichen Modernisierung in Alliierte des Staates verwandelt werden, um so die gemeinsame Oppositionsfront der „Unterdrückten" aufzubrechen. Weil zunächst der Weg der Dezentralisierung via Municipios gewählt wurde und die scheinbar Begünstigten die politisch bisher einflußlosen und schlecht organisierten Comunidades und Nachbarschaftsvereinigungen sind, ist die Vermutung einer gezielten Entmachtung der etablierten Organisationen nicht ganz abwegig. Zudem besteht die Gefahr, daß staatliche Ressourcen zum Aufbau lokaler Klientelstrukturen genutzt werden, indem den ländlichen Comunidades Straßen, Schulen, Gesundheitsposten, Wasserleitungen usw. versprochen werden und die Verbesserung der sozialen Lage von ihrer Haltung gegenüber den lokalen MNR-Kommandos und Bürgermeistern abhängig gemacht wird. Insofern kann die Participación Popular auch als ein „Post-Chiapas-Gesetz" zur Befriedung, Kooptation und einseitigen Politisierung der marginalisierten ländlichen Bevölkerung begriffen werden.

Sicherlich kann man nicht davon reden, daß die MNR die Participación Popular von Beginn an als Instrument zur Hegemoniegewinnung konzipiert hat. Wie die Kommunalwahlen vom Dezember zeigen, hat sich das Instrument bisher auch als äußerst stumpf erwiesen, denn die MNR wird zahlreiche Bürgermeisterämter verlieren. Die Gefahr der Instrumentalisierung der öffentlichen Mittel für parteipolitische Zwecke ist damit relativiert worden. Trotzdem, Modernisierungs- und Demokratisierungsmotive bleiben mit einer parteigebundenen Machtstrategie vereinbar. Die Participación Popular muß wohl wie das gesamte Reformprojekt als langfristiger politischer Aushandlungs- und gesellschaftlicher Lernprozeß verstanden werden. Es ist offensichtlich, daß es zunächst eine Verbindung mit der herrschenden politischen Kultur eingehen, den lokalen Klientelismus fördern und den Mißbrauch von öffentlichen Mitteln verstärken wird. Vieles wird davon abhängen, ob die Basisorganisationen die neu eröffneten politischen Spielräume zu nutzen lernen und gleichzeitig ihre Autonomie erhalten und stärken können. Immerhin ist Bolivien eines der Länder mit sehr starken autochtonen Organisationen, insbesondere im Andenhochland. Erweisen sich diese als vermittelbar mit dem politisch-administrativen System kann die Participación Popular innerhalb der nächsten zehn Jahre zum Motor einer weitergehenden Demokratisierung werden. Die Indígenabewegung im amazonischen Tiefland hat begriffen, daß die Participación Popular zur Absicherung ihrer teilautonomen Gebiete (sogenannte indigene Territorien) genutzt werden kann, weil die Legitimität der eigenen kommunalen Organisationsformen von staatlicher Seite zum ersten Mal formal anerkannt wird.

Die außerinduzierten Diskurse sind zunächst zu „modisch" und deshalb auf den ersten Blick wenig angepaßt an die besondere gesellschaftliche Realität in Bolivien. Andererseits betonen die Reformen implizit, daß die geringe Wettbewerbsfähigkeit und relative Marginalität innerhalb der Weltökonomie auch in der Zukunft kaum aufzuheben sein wird und daß deshalb alternative Dimensionen von „Entwicklung" gestärkt werden müssen: ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Anerkennung der Multikulturalität des Landes und demokratische Partizipation der sozialen Basisorganisationen. Diese Elemente werden durch das von der Regierung Goni vorgeschlagenen Paket struktureller Reformen substantiell gestützt. Das Hauptproblem der Reformen ist nicht ihre Programmatik, sondern die Widersprüchlichkeit der Akteure, die sie tragen bzw. blockieren. Es ist trotzdem gelungen, an bestimmten Punkten die von außen aufgezwungenen Konzepte mit spezifisch bolivianischen Elementen zu verbinden, die zusammengenommen wichtige Impulse für eine Modifikation des bestehenden Entwicklungsmodells liefern könnten. Die Vorteile einer eigenständigen und mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen abgestimmten Reformpolitik liegen nach wie vor auf der Hand. Zum ersten Mal seit der vergleichsweise erfolgreichen neoliberalen Stabilisierung von 1985 wäre nicht von vorneherein entschieden, daß Politik in Bolivien ein Nullsummenspiel ist, in dem die VerliererInnen schon vor dem Spiel bestimmt sind: Seien dies die Gewerkschaften, die „Informales", die Kleinbauern oder die indigenen Gruppen.

Macht die Welt nicht einfacher als sie ist

M.E. müßte die kritische entwicklungspolitische Debatte in Zukunft differenziertere Analyseinstrumente und geeignetere begriffliche Mittel entwickeln, die es erlauben, die globalen Prozesse mit den konkreten Auseinandersetzungen in den unzähligen Konfliktarenen dieser Welt miteinander zu verknüpfen. Wir brauchen differenziertere Weltbilder als ein postmodernes „anything goes" oder die ewige Suche nach der eigenen Melodie, die dann trotzig und schrill, aber auch mühsam und monoton dem „ewig gleichen Liedes" eines nicht kleinzukriegenden Kapitalismus entgegengepfiffen wird (vgl. J. Winter in *links* 308/309).

Es gibt nicht den einen Megadiskurs des Kapitals, der all die anderen existierenden Momente unterordnet oder anpaßt. Die neue weltgesellschaftliche Situation seit 1989 hat neue, potentiell hegemoniefähige Diskurse erzeugt, die zum Teil der Globalisierungsrealität widersprechen, andererseits aber auch mit dieser kompatibel sind. Das läßt sich insbesondere an den Konzepten über nachhaltige Entwicklung (UNO), „produktive Transformation und sozialer Ausgleich" (CEPAL), „menschliche Entwicklung" (UNDP), Demokratisierung, Partizipation, Dezentralisierung und „Good Governance" (Weltbank) demonstrieren, wie sie in Lateinamerika diskutiert werden. Die Artikulation dieser alternativen Diskurse, wie rhetorisch und herrschaftsdurchwirkt sie auch immer sein mögen, werden durchaus im Einklang mit den neuen Formen kapitalistischer Regulation den platten Neoliberalismus der 80er Jahre transformieren.

Unter Artikulation ist eine Praxis zu verstehen, die eine neue Beziehung zwischen heterogenen Elementen konstituiert und damit deren Identität als Resultat modifiziert. Der Demokratisierungsdiskurs in Lateinamerika zum Beispiel bezeichnet eine hegemoniale Artikulation, weil er soziale Akteure aus sehr unterschiedlichen und sich vermeintlich antagonistisch gegenüber stehenden Lagern normativ auf gemeinsame Referenzpunkte zu verpflichten vermag. Neue diskursive Knotenpunkte werden festgezurrt und von allen „wichtigen" Akteuren von rechts bis links akzeptiert. Alte Bedeutungen werden verschoben und in neue Beziehungen zueinander gebracht. Die verschiedenen Interessen, Identitäten und Rationalitäten prallen aufeinander. Konzepte wie Entwicklung, Kapitalismus, Weltmarkt, soziale Gerechtigkeit, Zukunft, Effizienz, Freiheit, Demokratie, Autonomie etc. werden abhängig von der jeweiligen Artikulationsfähigkeit der Akteure in ihrer Bedeutung modifiziert und mit anderen dominanten Diskursen verknüpft. Das gilt auch dann, wenn die weltgesellschaftlichen Diskurse wie beim Beispiel Bolivien auf die Ebene von nationalstaatlichen Räumen heruntergebrochen werden. Damit wird ein neuer symbolischer Rahmen für den Entwurf von einem zweiten Bündel struktureller Reformen eröffnet, der weit über eine makroökonomische „Strukturanpassung" hinaus geht. Weil nach 15 Jahren der neoliberalen Demontage des auch vorher schon gescheiterten lateinamerikanischen Entwicklungsstaates klar wird, daß die „unsichtbare Faust des Marktes" allein nicht einen tragfähigen Entwicklungsprozeß vorantreiben kann, wird die politische Gestaltung von gesellschaftlichem Wandel innerhalb Lateinamerikas auch von unten wieder denkbar. ●

JOACHIM HIRSCH

Von der „Zivil-“ zur „Bürgergesellschaft“

Etappen eines anscheinend unaufhaltsamen Abstiegs

Am 19.12.1995 veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* ein Memorandum von L.v.Friedeburg und H. Dubiel („Gemeinsam tun, was alle echten Forscher immer getan haben“), in dem eine neue theoretisch-politische Ausrichtung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung proklamiert wird (vgl. dazu M. Hintz in *links* Nr. 310/311). Am 23.1.1996 folgte in derselben Zeitung ein Beitrag von Lutz Wingert mit dem Titel „Unpathetisches Ideal. Mittelmaß statt Wahn: Über den Begriff eines bürgergesellschaftlichen Wir“. Beide Beiträge dokumentieren in je spezifischer Weise die intellektuelle Wendekonjunktur der neuen Staats-Linken. Die *Frankfurter Rundschau* hat es abgelehnt, die nachfolgende kritische Auseinandersetzung mit diesen (und anderen) Beiträgen abzudrucken. Sie paßt wohl nicht (mehr) in die redaktionspolitische Linie dieses Blatts.

Joschka Fischer hat trefflich formuliert, was die „demokratische Linke des Westens im Zeitalter des Globalismus“ umtreibt, nämlich die Sorge darum, wie es gelingen kann „hochproduktive Marktgesellschaften friedlich und demokratisch“ zusammenzuhalten (*Spiegel* 4/1996, S. 97). Genau dem will sich auch das Frankfurter Institut für Sozialforschung künftig widmen, wenn man dem kürzlich veröffentlichten programmatischen „Memorandum“ von Helmut Dubiel und Ludwig v. Friedeburg folgt (*FR* v. 19.12.1996). Nun gibt es angesichts neuerer Erfahrungen, insbesondere des historischen Scheiterns großangelegter gesellschaftsverändernder Projekte – notabene: nicht nur des sowjetischen Staatssozialismus, sondern auch des milden Staatsreformismus sozialdemokratischer Art – einige praktische Gründe, sich mit den herrschenden Verhältnissen zu arrangieren. Die Zeiten für große Alternativen und Utopien sind zweifelsohne schlecht. Die Frage ist nur, ob dies auch noch mit theoretischen Kapitulationen beantwortet werden muß.

Lassen wir es fürs erste dahingestellt, ob der „Globalismus“, was wohl heißen soll: der globalisierte Kapitalismus, in der Tat ein unabwendbares Faktum darstellt. Aber muß der Pragmatismus des gerade noch machbar Scheinenden nicht nur die politische Debatte, sondern auch noch das sozialwissenschaftliche und sozialphilosophische Denken bestimmen? Die nach 1989 endemisch gewordene intellektuelle Selbstpreisgabe vieler Linker besteht nicht so sehr darin, das Scheitern von Ideen und Konzepten eingestanden haben zu müssen, sondern dies mit der Aufgabe theoretischer Ansprüche überhaupt zu verbinden. Fukujamas Wort vom „Ende der Geschichte“ erhält seine eigentliche Brisanz dadurch, daß es zugleich das Ende radikaler Gesellschaftskritik – ganz zu schweigen von utopischem Denken – einschließt.

Die historischen Umbrüche zu Ende der achtziger Jahre hatten eine Art sozialwissenschaftlichen Paradigmenwechsels zur Folge, in dessen Zentrum der Begriff „Zivilgesellschaft“ stand. Er markierte die Abkehr von einer ökonomietheoretisch fundierten Kapitalismuskritik und die „Entdeckung“ der durchaus klassisch verstandenen Demokratietheorie als gesellschaftsanalytischen Angelpunkt gerade im linken und linksliberalen wissenschaftlichen Spektrum. Der recht inflationäre Gebrauch dieses Begriffs war freilich von kurzer Dauer. Heute beherrscht die „Bürgergesellschaft“ nicht nur die Feuilletons, sondern auch die sich als wissenschaftlich verstehenden Argumentationen.

Darin drückt sich nicht nur die wachsende Umschlagsgeschwindigkeit diskursiver Etiketten, sondern vor allem eine folgenreiche Verschiebung theoretischer Standards und politischer Optionen aus. „Die Linke“, soweit sie in der veröffentlichten Diskussion noch in Erscheinung tritt, hat in den krisenhaften Umbrüchen seit den siebziger Jahren nicht einfach nur ihre „Hegemonie“ eingebüßt. Je mehr die unbedingte Verteidigung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen ihren Denkhorizont bestimmt, desto deutlicher ist sie selbst zu einem Bestandteil des herrschenden Hegemonieprojekts geworden.

Der Begriff der „Zivilgesellschaft“ markiert diese Wende besonderes deutlich. Wolf-Dieter Narr hat ihn treffend als Ausdruck eines „Liberalismus der Erschöpften“ gekennzeichnet. Sein zeitdiagnostischer Hintergrund ist die Überzeugung, daß es zum Kapitalismus und der – unter günstigeren Umständen – mit ihm verbunden liberalen Demokratie definitiv keine Alternative gäbe und daß zugleich die real existierenden demokratischen Verhältnisse im Zuge der Globalisierung und der damit verbundenen Einschränkung nationalstaatlicher Spielräume neuen Bedrohungen ausgesetzt sind.

Die kritische Stoßrichtung des Zivilgesellschaftsbegriffs war freilich von Anfang an eindeutig: sie zielte weniger auf eine Auseinandersetzung mit real vorhandenen Entdemokratisierungstendenzen, sondern auf jede Form radikaldemokratischer Theorie und Politik, der enge Verwandschaften mit totalitären Gesellschaftsvorstellungen unterstellt wurden. Es drehte sich also schon damals weniger um eine Kritik der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern vor allem um eine Abrechnung mit der eigenen theoretisch-politischen Vergangenheit. Mit dem Zivilgesellschaftsbegriff wurde – angesichts der Erfahrungen mit dem „realen Sozialismus“ – die Unmöglichkeit, ja Gefährlichkeit jeder revolutionären Politik und die entschlossene Option für eine pragmatische Verteidigung der bestehenden liberaldemokratischen Institutionen und Formen postuliert. Dies erklärt auch die Merkwürdigkeit, daß die neue Zivilgesellschafts-Debatte sich im wesentlichen auf die frühbürgerliche politische Theorie bezog und beispielsweise von Antonio Gramsci, diesem nun doch höchst einschlägigen Klassiker, überhaupt nicht die Rede war. Dessen Thema war freilich die Formulierung einer revolutionären Theorie der „Zivilgesellschaft“, und damit höchst unzeitgemäß.

Trotz seiner ideologischen Konnotationen als militant auftretendes Bekenntnis zur Idee der real existierenden Demokratie enthielt der Zivilgesellschaftsbegriff immer noch ein wichtiges gesellschaftskritisches Element. Ihm liegt die klassische Entgegensetzung von „Staat“ und „Gesellschaft“ zugrunde, bei der „Staat“ nicht wie heute allgemein üblich als „politisches System“ im gesellschaftlichen Pluralismus aufgelöst, sondern als den Individuen gegenüberstehender Zwangs- und Herrschaftsapparat benannt wird. Demokratie, so die richtige Erkenntnis, lebt nicht von der Ein-

setzung formaler Institutionen und kodifizierten Verfahrensregeln, sondern von der Stärke und Komplexität einer „Zivilgesellschaft", in der freie politische Organisation, der Streit der Meinungen, der Kampf der Interessen, die umfassende Diskussion nicht nur möglich, sondern hoch entwickelt sind. Demokratie erhält und entfaltet sich sich demgemäß im ständigen Konflikt zwischen „Staat" und „ziviler Gesellschaft". Erst eine entwickelte Zivilgesellschaft macht es möglich, daß die „Machtfrage" strukturell offen gehalten, „demokratische Willensbildung" einen Inhalt bekommt und Mehrheitswechsel mehr als Elitenrotationen darstellen.

Dies wäre ein immerhin noch brauchbarer Ausgangspunkt für eine kritische Demokratietheorie gewesen, vorausgesetzt, es wäre gelungen, die Begriffe „Staat" und „Gesellschaft" aus ihrer Abstraktheit zu befreien, zu erklären, wie politische Macht entsteht, wie sie sich zur ökonomischen verhält, warum sie – historisch einmalig – unter kapitalistischen Bedingungen die Gestalt einer mit dem „Gewaltmonopol" ausgestatteten zentralen Apparatur erhält. Vom Zivilgesellschaftsbegriff ausgehend läßt sich zweifellos eine Gesellschafts- und Staatskritik und damit auch eine kritische Theorie der Demokratie formulieren. Dabei käme es darauf an, Demokratie nicht nur aus der Idee, sondern aus den materiellen gesellschaftlichen Bedingungen heraus zu begründen. Freilich wäre dies höchst folgenreich, käme man damit doch auf strukturelle Abhängigkeits-, vielleicht gar Ausbeutungsverhältnisse zu sprechen, auf soziale Antagonismen, die sich dem Bild einer pluralistischen Gesellschaft, von freier Interessenkonkurrenz und ungehindertem Meinungsaustausch keineswegs nahtlos einfügen. Man müßte sich dann vielleicht sogar doch wieder an Gramsci erinnern, der mit dem Begriff des „integralen Staats" Staat und zivile Gesellschaft nicht als abstrakten Gegensatz, sondern als widersprüchliche Einheit gefaßt hat. Bei ihm ist die „Zivilgesellschaft" das Terrain, auf dem bürgerliche Klassenhegemonie geschaffen und konsolidiert wird, politische Herrschaft als „Einheit von Zwang und Konsens" ihre Bestandsfähigkeit erhält.

Freilich: solche Überlegungen erscheinen antiquiert, wenn es keine strukturellen Ungleichheiten, keine Klassen, kaum mal Geschlechter, sondern nur noch schlichte „Bürger" gibt. Das Aufkommen des Begriffs „Bürgergesellschaft" verdankt sich dem Bemühen, in den analytischen Kategorien auch noch den letzten Rest realer gesellschaftlicher Widersprüchlichkeit zu tilgen. In der Gestalt des „Bürgers" (Bürgerinnen kommen im einschlägigen Diskurs bezeichnenderweise in der Regel nicht vor) scheint der Gegensatz von „Bourgeois" und „Citoyen", der die politischen Prozesse in der liberalen Demokratie entscheidend prägt und maßgebend ihre Krisenhaftigkeit bestimmt, schlicht aufgehoben. Die real existierenden „Bürger" sind eben „Bourgeois" *und* „Citoyens" zugleich (so Lutz Wingert in *FR* v. 23.1.1996). Und der gleiche Autor definiert „Bürgergesellschaft" als „all die Bürger-Bürger-Beziehungen, in denen sich Bürger zugleich als Urheber und Adressaten der Regelung ihrer Verhältnisse verstehen". Die wissenschaftliche Aufmerksamkeit soll „umgelenkt" werden: „weg von vertikalen Bürger-Staat-Beziehungen hin zu horizontalen Beziehungen zwischen Bürgern, für die Autonomie charakteristisch ist". Mit dem Übergang von der „Zivil-" zur „Bürgergesellschaft" ist Herrschaft als Zwangsverhältnis theoretisch endgültig eliminiert.

Das idyllische Bild einer Welt von Bürgern, die in wechselseitiger Interaktion als freie „Urheber" und „Adressaten" ihre Verhältnisse gestalten und in dem ökonomische und gesellschaftliche Strukturen bestenfalls noch als „eingespielte Interaktionsweisen" (Wingert) aufscheinen, markiert den Verzicht auf einen wenigstens halbwegs auf der Höhe der Zeit stehenden theoretischen Gesellschaftsbegriff. Dies einmal ganz abgesehen von der empirischen Frage, wann und wo die Bedingungen solcher „Autonomie" eigentlich vorhanden sein sollten, entspricht dem doch nicht einmal die Realität eines einfachen Universitätsseminars. Das Postulat einer

Bürgergesellschaft im Ernstfall

Gesellschaft von real Freien und Gleichen ist zweifellos nicht nur schön, sondern bildet in der Tat den Ausgangspunkt jeder Theorie der Befreiung. Wenn jedoch der widersprüchliche Zusammenhang zwischen den normativen Ansprüchen und der Materialität bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften keiner Beachtung mehr wert ist, verkehrt sich Theorie in pure Affirmation. Normative Aussagen unter der Hand in analytische Kategorien zu verkehren, mag zwar ein netter argumentativer Trick sein, fördert aber kaum Erkenntnis zutage. Die bekannte Marxsche Problematik, daß die Menschen zwar ihre Geschichte selbst machen, aber nicht aus freien Stücken und unter Verhältnissen, die sie nicht frei gestalten können, wird für erledigt erklärt. Der soziologische „Individualisierungs"-Slogan verdünnt sich zu einem Gesellschaftsbegriff, der selbst noch den Realitätsgehalt neoklassischer nationalökonomischer Modellkonstruktionen unterschreitet.

Auf diese Weise die einfache Marktgesellschaft von frei, gleich und autonom sich selbst Bestimmenden vorausgesetzt, kann daran gegangen werden, das bürgergesellschaftliche „Wir" aufgeklärt, demokratisch und liberal zu gestalten. Daß es dabei gewisse Probleme gibt, erkennt selbst der, der über den Tellerrand seiner noch einigermaßen wohlsituierten Metropole kaum hinauszublicken vermag. Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Fragmentierungen, Flucht und Migration, Rassismus und aggressiver Nationalismus bestimmen auch hier die gesellschaftliche und politische Realität. Strukturell, so wird offensichtlich unterstellt, läßt sich dagegen wenig tun, bestimmt doch „Globalisierung", „Modernisierung" oder was immer auch die Begriffe sind, unverrückbar unser Schicksal.

Lassen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Grundsatz nicht verändern, bleibt nur noch der Appell an „bürgergesellschaftliche Tugenden", das standhafte Trotzdem. Wenn schon soziale Degradierung, Marginalisierung und Ausgrenzung voranschreiten, so sollten wir uns doch zu keinem feindselig „negatorischen Wir" verleiten lassen. D.h. es komme darauf an, „verbindende Gemeinsamkeiten" (zwischen Unternehmern und Arbeitslosen?), „erkannte Interdependenzen" (vielleicht die globalen Finanzmärkte?), „entdeckte Kooperationschancen" (etwa im Rahmen unternehmerischer Rationalisierungsprozesse?), „übereinstimmend interpretierte Konfliktgeschichten mit gutem oder fatalem Ende" (vielleicht gar die Faschisierung des Kapitalismus?) zu nutzen (so noch einmal Wingert in *FR* v. 23.1.1996). Das Stichwort ist gefallen: Es kommt darauf an, die Welt anders zu interpretieren, wenn man sie schon nicht verändern kann und will. Auf diese Weise wieder bei Marx angelangt, läßt sich nur noch die Frage anfügen, wer sich wohl blamiert, wenn Ideen mit den materiellen Verhältnissen zusammenstoßen.

Dem „Bürgergesellschafts"-Diskurs, nimmt man ihn nicht nur als Ausdruck eines intellektuellen Opportunismus, haftet zweifellos ein gewisses Moment von Verzweiflung an. Angesichts des Auseinanderbrechens der Gesellschaften, sich vertiefender sozialer Ungleichheiten, anschwellender Migrations- und Fluchtbewegungen, der Aushöhlung demokratischer Institutionen auf nationalstaatlicher Ebene und einer kaum mehr kontrollierbar erscheinenden Gewalt des Weltmarkts wird die „demokratische Frage" in der Tat zentral. Und es läßt sich immer schwerer erkennen, wie einmal erkämpfte soziale und demokratische Errungenschaften noch bewahrt werden können. Im tendenziell totalitären Zusammenhang einer sich globalisierenden Marktökonomie scheinen sie unwiderruflich unterzugehen.

Angesichts dieser Tendenzen zur Selbstaufhebung der liberalen Demokratie ist eine Verständigung über die normativen Grundlagen einer freien und menschenwürdigen Gesellschaft gewiß notwendiger denn je – sofern sie kritisch und in theoretisch vermittelter Weise auf die ökonomisch-sozialen Strukturen und Prozesse bezogen wird. Wer aber, schlicht gesagt, den historischen und struktrellen Zusammenhang von Kapitalismus und liberaler Demokratie und die darin enthaltenen Widersprüche systematisch ausblendet, argumentiert bestenfalls naiv. Die einigen Konservativen nicht fremde und im Rahmen der Kommunitarismusdiskussion thematisch gewordene Erkenntnis, daß die „Bürgergesellschaft", nun mal genauer als „bürgerliche Gesellschaft" begriffen, immer dazu tendiert, sich in ihren demokratischen Normen und Institutionen selbst aufzuheben, läßt sich schlecht als Ausdruck eines „tragischen Bewußtseins" (so Wingert) denunzieren. Es ist ein ebenso theoretisch begründbares wie empirisch registrierbares Faktum. Der ebenso entschlossene wie unbedarfte liberale Optimismus ändert daran nichts.

Wer normative Postulate abseits aller ökonomischen und sozialen Realität formuliert und damit nicht nur auf einen kritischen, sondern von vorneherein auf einen theoretischen Gesellschaftsbegriff verzichtet, begibt sich möglicher wissenschaftlicher Kompetenzen. Es mag ja sein, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse „nicht mehr auf den Faden eines einheitlichen theoretischen Grundmodells aufreihen" lassen (Dubiel/v.Friedeburg) – sofern das wirklich jemals möglich gewesen sein sollte. Aber die apriorische Setzung, daß „die konkrete Totalität unserer Gesellschaften uns verborgen ist" (ebenda), markiert die entschlossene Absage an jeden Versuch, Gesellschaft als Ganze überhaupt noch verstehen zu wollen. Der Mythos ersetzt den Begriff. Das „bürgergesellschaftliche Wir ist bestenfalls Mittelmaß", schreibt Wingert. Ob er damit ein theoretisches Niveau gemeint hat?

Der „Bürgergesellschafts"-Diskurs ist vor allem dadurch geprägt, daß er auf sämtliche Kategorien kritischer Gesellschaftstheorie verzichtet und nicht einmal mehr den Anspruch erhebt, die Umrisse einer zeitgemäßen Kritik der politischen Ökonomie zu entwickeln. Das ist gravierend genug in einem Moment, wo Ausbeutung und Klassenkampf in bisher noch kaum erfahrenen Dimensionen die Entwicklung der Welt bestimmen. Im Kern ist „Globalisierung" nichts anderes als das. Soweit ist sie wirklich nicht schwer zu begreifen. Manchen fällt das noch auf und selbst einsichtigere Politiker reden bisweilen davon. Zum Beispiel Joschka Fischer, der sich immerhin recht praktisch mit den gesellschaftlichen und politischen Folgen einer immer zügiger durchgesetzten Kapitalsanierungsstrategie herumschlagen muß. Zeitgenössische akademische Demokratietheoretiker haben offensichtlich andere Sorgen.

So begibt sich eine sich selbst als aufgeklärt und emanzipativ gebende Theorie des Anspruchs, wenigstens ihren kleinen Teil dazu beizutragen, daß die Verhältnisse etwas freier und humaner werden. Der theoretische und philosophische Diskurs verändert die Gesellschaft umso weniger, je mehr sich der ökonomische Mechanismus des globalisierten Kapitalismus von den Lebensverhältnissen und Bedürfnissen der Menschen entkoppelt und dieser Zusammenhang nicht einmal mehr der Beachtung wert erscheint. Selbst Habermas Entgegensetzung von „System" und „Lebenswelt" gewinnt durch diese Entwicklung eine zusätzliche kritische Pointe und es ist kein Zufall, daß diese Analysefigur schon in der „Zivilgesellschafts"-Debatte fallen gelassen wurde wie eine heiße Kartoffel.

Übrig bleibt, die „Bürgergesellschaft im Ernstfall" auszurufen – so das Thema einer Tagung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung im vergangenen Jahr. Logische Konsequenz solcher Notstandsübungen ist die Aufstellung einer intellektuellen Bürgerwehr. Selbstverteidigung, das ist es, was diese Linke umtreibt. Dabei tritt nun auch sie noch an, das zur Lösung wichtiger Fragen offensichtlich unfähige und darüber zerbröselnde Parteiensystem zu verteidigen und gegen jeden „politischen Extremismus", was immer das auch sei, Front zu machen (Wingert). Der Begriff „Bürgergesellschaft" signalisiert die Transformation von Wissenschaft in ideologischen Verfassungsschutz, Verfassung verstanden als die herrschenden ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. ●

CHRISTOPH GÖRG

Wenn das Megaphon in die Sub(kultur) fällt

Zur Kritik der „Bewegungsle(e/h)re“

Der Beitrag der autonomen a.f.r.i.k.a.-gruppe in der *links* vom Januar/Februar 1996 hat auch innerhalb der Redaktion zu kontroversen Diskussionen Anlaß gegeben. In der folgenden Erwiderung, deren Tenor nicht von allen Redaktionsmitgliedern geteilt wird, wird vor allem ihre Schlußfolgerung kritisiert, wonach linke Medien als „Fanzines einer Subkultur“ unverzichtbar seien. Denn dies bringt zwar eine realitätsmächtige Tendenz linker (Gegen-) Öffentlichkeit zum Ausdruck, aber um den Preis einer Kapitulation vor dem Wirkungsverlustes und einer Bescheidung emanzipativer Ansprüche.

Ohne Zweifel ist aber die Situationseinschätzung der a.f.r.i.k.a.-gruppe nicht so leicht von der Hand zu weisen: „Heute mangelt es in der bürgerlichen Gesellschaft nicht an Informationen, sprich an Gegenöffentlichkeit, sondern das Hauptproblem ist deren absolute Folgenlosigkeit.“ Einer der Hauptunterschiede zu den 60er und 70er, vielleicht auch noch zu den frühen 80er Jahren, besteht darin, daß heute nahezu jedes Ereignis zur medial vermittelten Information wird. Ein „Informationsdienst zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten“, wie eine der Vorläuferzeitungen der *taz* sich nannte, ließe sich wohl nicht nochmal ins Leben rufen. Dies deutet auf einen Wandel in der Gesellschaft im Umgang mit abweichendem Denken und Handeln hin, den das Zitat zum Ausdruck bringt: Zwar wird ihm in der medial-vermittelten Öffentlichkeit auch heute keine Sympathie entgegengebracht. Aber es wird nicht (in erster Linie) unterdrückt und aus der öffentlichen Berichterstattung ausgegrenzt, sondern es versandet als folgenloser Bestandteil des informationellen Überflußes. Radikale Anschauungen und Kritik können in jeder Talk-Show präsentiert werden, solange sie durch den Rahmen als mediales Ereignis definiert und damit unschädlich gemacht werden. Wenn's der Einschaltquote dient.

Auch ein zweites Argument der a.f.r.i.k.a.-gruppe, ihre Kritik am Informationsfetisch, trifft sicherlich einen richtigen Punkt. Die Hoffnung auf eine unmittelbar aufrüttelnde Wirkung von Gegen-Informationen war im Kern naiv und reproduzierte ein instrumentelles Verständnis von Information, nach dem Motto: „Je lauter ich die Wahrheit sage, des eher rüttele ich die Massen auf!“ Und trotzdem setzt hier meine Kritik an, denn der Informationsbezug kann nicht so leicht über Bord geworfen werden, wie dies der Beitrag nahelegt. Gerade wenn es, entgegen dem Informationsfetisch, nicht um die laute Botschaft aus dem Megaphon sondern um eine „Delegitimierung der herrschenden Ordnung“ geht, dann ist ein Streit um Fakten und Realitätsdeutungen nicht zu vermeiden. Gerade weil die Delegitimierung so entscheidend ist, bleibt aber auch der Bezug auf eine wenn auch problematische Öffentlichkeit notwendig erhalten. Eine Delegitimierung, die auf eine abgeschottete Subkultur beschränkt bliebe, wäre keine, würde sie doch die Unveränderlichkeit der herrschenden Ordnung gerade auch legitimieren. Ein Hauptproblem der „Bewegungsle(e/h)re“ besteht denn auch darin, daß sie trotz aller Sensibilität für die veränderte Situation mit einfachen Dichotomien von alternativen und eigenen Medien oder von der bürgerlichen Öffentlichkeit und der Gegen- oder der linken Öffentlichkeit arbeitet. Gerade aber die bürgerliche Öffentlichkeit, von der sie sich zu Recht auch strukturell absetzen wollen, die gibt es so schon lange nicht mehr. Ohne die negative Utopie der eindimensionalen Gesellschaft an die Wand malen zu wollen, fällt doch der Funktionswandel der Öffentlichkeit im Zuge des zur-Ware-werdens aller kulturellen Produkte stärker ins Gewicht. Heute geht es damit strukturell gesehen nicht mehr um eine Ergänzung oder Korrektur bürgerlicher Öffentlichkeit, sondern zunächst überhaupt um die (Wieder-)Gewinnung von Verständigungs- und Erfahrungsfähigkeit.

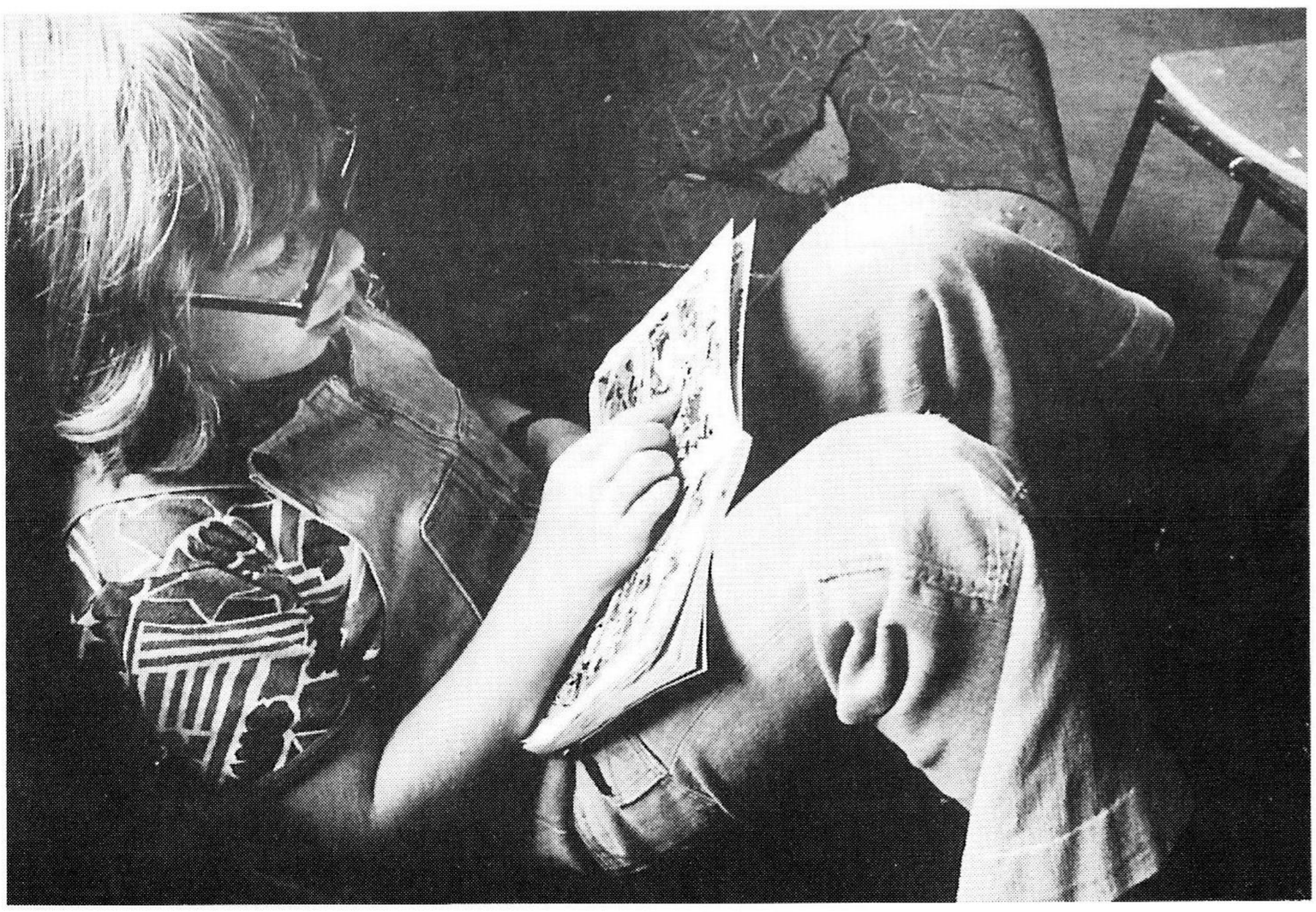
Dieses Problem hat viele Aspekte, von denen einige im Beitrag auch angesprochen werden. Eine Darstellung, welche die bürgerlichen Medien zum homogenen Block mit identischen Merkmalen stilisiert, ignoriert aber nicht nur deren Widersprüchlichkeit, mit der zu arbeiten wäre. Sie trifft auch nicht richtig den Kern des Problems, wie gerade auch ihre Kritik am „Campaigning“ zeigt. Es ist völlig zutreffend wenn sie dem „Campaigning“ entgegenhalten, nicht auf die strukturellen Elemente medialer Vermittlung zu achten. Nicht nur kann alles eine Information werden, solange es als Ware ein Bedürfnis irgendeiner Art befriedigt, sprich: Aufmerksamkeit erzeugt. Diese Struktur ist auch insofern Subjektbildend, als sie konkrete Handlungsformen impliziert (wie eben die Aufforderung, nicht bei Shell zu tanken), die wiederum eine soziale Praxis eher simulieren denn ermöglichen. Und trotzdem ist es eine große Vereinfachung, dem nun die wirkliche Gesellschaftsverändung und die grundlegende Gesellschaftskritik abstrakt gegenüber stellen zu wollen. Selbst in der medialen Inszenierung à la Greenpeace ist ein Stück „symbolischer Politik“ enthalten, die mehr ist als die bloße Reproduktion medialen Konsums (vgl. *links* Nr. 304/305). Gleichzeitig sind die sozialen Akteure nicht einfach passive oder bewußtlose Agenten der Kulturindustrie, sondern wissen (in unterschiedlichem Maße) durchaus, auf was sie sich einlassen. Und es muß damit gerechnet werden, daß sie dies in vielen Fällen eben auch wollen. Mehr noch: Einer gesellschaftlichen Realität, die in dieser Weise medial strukturiert ist, kann niemand völlig entgehen. Er oder sie muß sie nutzen und kann dies auch durchaus, denn dazu bieten die Medien aufgrund ihrer Widersprüchlichkeit auch manchen Anhaltspunkt. Kann jedeR Einzelne oder Gruppe seine spezifischen Umgehensformen finden, dann sind gleichzeitig alle in unterschiedlichem Maße von der Medienrealität geprägt. Wie auf eine verändernde Praxis durch „Diskussionen, Versuche, Mut zum Unfertigen und Unrealistischen“ (so die a.f.r.i.k.a.-gruppe) hinzuarbeiten wäre, ohne diese Form der Einbindung aufzugreifen, vermag ich mir nicht vorzustellen. Es gibt kein einfaches Draußen, keinen Stand der Unschuld, auf den sich politische und/oder kulturelle Gruppen zurückziehen könnten. Und das ist vielleicht auch gut so: Ohne eine Reibung an der medialen Vermittlung gesellschaftlicher Realität droht ein Solipsismus, die Projektion der eigenen Wahrnehmungsschemata auf die gesellschaftliche Realität, die die Erfahrungslosigkeit der heutigen Medienlandschaft aus sich selbst heraus nochmals reproduziert.

Wenn also mit der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ auch die Differenz zur „Gegenöffentlichkeit“ problematisch wird

(und daran leidet m.E. auch das Negt/Kluge-Modell, auf das sich die a.f.r.i.k.a.-gruppe bezieht: denn Negt/Kluge sprechen noch ungebrochen von proletarischer Öffentlichkeit), dann wird auch die Differenz von „alternativen" und „eigenen Medien" fragwürdig. Natürlich läßt sich eine Unterscheidung treffen zwischen Medien, die sich stärker an der etablierten Öffentlichkeit reiben und solchen, die auf die Identifizierungsbedürfnisse einer Subkultur eingehen. Doch sind dies Eckpunkte in einem Kontinuum und keine echten Gegensätze. Daraus aber einen Gegensatz zu machen, birgt eine große Gefahr: Das Ausblenden des Angewiesenseins gerade auf den anderen Aspekt. Ohne Reibung an anderen Medien droht einer Subkultur die selbstgefällige Einigelung in einer Nische. Ohne Selbstvergewisserung und Suche nach Orientierung bleibt von der Alternative nichts übrig. Ohne eine Gegnerschaft, die sich intern nach selbstgesetzten Zielen bildet und sich an konkreten Fragen immer wieder neu entzündet (und dazu braucht es Reibung), keine emanzipative Politik. Als „Fanzines einer Subkultur" geht dieser kritisch-emanzipative Gehalt linker Medien verloren, werden sie zu einem integralen Bestandteil einer postmodern fragmentierten Sozialstruktur.

Mehr denn je käme es jedoch darauf an, der Segmentierung und Fragmentierung von Öffentlichkeiten entgegenzuarbeiten und praktisch folgenreiche Informationen und Diskussionen über die Markt- und Milieugrenzen hinweg zu ermöglichen. Diesen Weg verbaut sich die a.f.r.i.k.a.-gruppe jedoch mit dem von ihnen konstruierten Gegensatz von „alternativ" und „eigenen" Medien, der dann zur Kritik des „Megaphonmodells" politischer Medienpraxis benutzt wird. Jenseits des naiven Aufklärungsdenkens fängt eine Reibung an der etablierten Öffentlichkeit erst da an, wo nicht rein quantitativ mehr oder „wahrere" Informationen verbreitet werden, sondern wo die Struktur der Realitätskonstruktion thematisiert wird, die der Medienöffentlichkeit zugrundeliegt und von ihr reproduziert wird. Selbst gutgemeinte Fernsehbeiträge über die Wirklichkeit des „Asylverfahrens" können in Gefahr laufen, Seh- und Wahrnehmungsformen zu reproduzieren, die erst Grundlage für die Integrationsform des „Publikums" ist – nämlich dann, wenn sie punktuelle und personifizierende Reduktionismen verwenden, die eher dem Vergessen dienen. Linke Medien zeichnen sich dadurch aus, daß sie die Thematisierung und Kritik der strukturellen Grundlagen in emanzipativer Absicht vorzunehmen versuchen. Doch dafür ist ein Informationsbezug nicht überflüssig, sondern, vermittelt über die Kritik der Wahrnehmungsweise, geradezu konstitutiv: Es bleibt ein Konflikt über „Fakten" – Was wird von wem und warum wahrgenommen und was nicht? –, gerade wenn dem nicht die vermeintlich wahre Wirklichkeit zugrundegelegt wird.

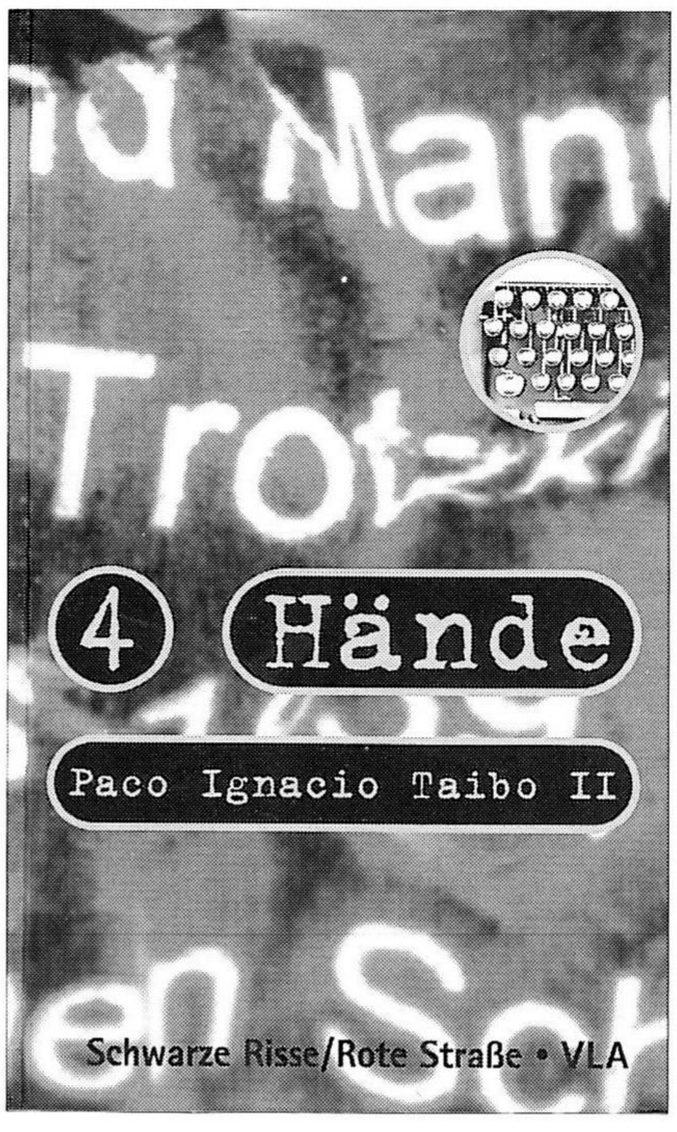
Dieser Verzicht auf den Informationsbezug im Beitrag der a.f.r.i.k.a.-gruppe hat Konsequenzen für ihre Einschätzung des Verhältnisse von (linken) Medien und Bewegung. Das Problem liegt hier m.E. darin, daß sie die dem Megaphonmodell zugrundeliegende vereinfachte Vorstellung, es bedürfte nur besserer Informationen um Bewegung zu initiieren, einfach rumdrehen: Nicht die Henne Bewegung schlüpft aus dem Ei der (megaphonbewaffneten) Gegenöffentlichkeit, sondern das Ei soll zuerst von der Henne gelegt werden. Zwar ist richtig: In einer Zeit manifester Konflikte und starker Bewegungen haben deren Organe größere Relevanz, die diese kaum aus eigener Kraft gewinnen können. Die *links* ist wohl ein exzellentes Beispiel dafür. Aber daraus ist keineswegs zu schlußfolgern, daß linke Medien nicht auch in die „bürgerliche Öffentlichkeit" gewirkt sondern mehr „der Vernetzung und Selbstvergewisserung innerhalb der Linken" gedient hätten. Natürlich haben sie auch Anliegen aus den Bewegungen heraus in die etablierte Öffentlichkeit transportiert, die dabei allerdings zur Information nach deren eigenen Gesetzen wurden. Bewegungen und Rest-Gesellschaft sind nicht statisch voneinander geschieden, sondern ihr Verhältnis hat eine eigene Geschichte. Dazu gehört auch, daß Bewegungen nur bedingt kontrollieren können, was aus ihren Inputs in der Öffentlichkeit wird. Ein eifersüchtiges Bewahren der ursprünglichen Ziele und Botschaften kann nicht das Ziel sein. Allerdings sollten sie in der Lage sein, aus ihren Erfahrungen im Umgang mit der Öffentlichkeit zu lernen.



„Sog in Richtung Fanzine": Subkultur bei der Lektüre

Was heißt das ganze nun für die *links*? Zunächst und vor allem: Als „Fanzine einer Subkultur" dürfte die *links* keine Zukunft haben. Nicht nur wegen ihres „schlechten" Images in dieser Richtung. Zeitschriften für eine kleine Fan-Gemeinde, die wechselseitig LeserInnen und AutorInnen sind, gibt es genug, ihre Zahl zu erhöhen ist absolut überflüssig. Wichtiger noch scheint mir zu sein, daß die damit einhergehende Abschottung kontraproduktiv wäre. Die mediale Inszenierung von Realität ist von einer Zeitschrift wie der *links,* ja selbst von einer Menge besserer und größerer Zeitschriften nicht einfach abschaffbar. Wenn eine solche Medienlandschaft aber nicht nur Realität schafft sondern auch selbst Realität ist, dann wäre es auch fatal, sich nur eine Nische im Geschäft zu suchen und die eigene Subkultur zu bedienen. Vielmehr kommt es gerade darauf an, nach Widersprüchen im Getriebe Ausschau zu halten, an denen eingehakt werden kann. Dafür ist aber der Bezug auf Informationen notwendig, und als Element einer kritischen Analyse unverzichtbar. Dabei bin ich mir durchaus bewußt, daß diese Botschaft sehr abstrakt und unbefriedigend erscheinen muß. Ich sehe mich auch nicht in der Lage, sie mit mehr als ein paar Abgrenzung zu umreißen: gegen die Nischen-Existenz, gegen eine verstärkte Abschottung zur etablierten und tonangebenden Öffentlichkeit, gegen eine sprachlich-inhaltliche Spezialisierung und gegen eine elitäre Besserwisserei. Positiv gewendet käme es darauf an, analytisch einen Gegenstandsbezug in der Zeitung präsent zu halten, der mit Infomationen angereichert sein muß. Auf jeden Fall wäre es fatal, dem Sog in Richtung Fanzine nachzugeben, der vielen linken Zeitschriften ein Überleben ermöglicht. Dafür geben Geschichte und aktuelles Potential m.E. (noch) keinen Anlaß. ●

Jetzt *links*
abonnieren oder werben
für ein Jahr und länger ...



1

Paco Ignacio Taibo II:
Vier Hände
Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße und Verlag Libertäre Assoziation, Berlin/Hamburg 1996, 413 Seiten
„Leo Trotzki schreibt im mexikanischen Exil an einem Krimi. Stan Laurel fährt auf Sauftour aus den Filmstudios nach Mexiko, ein bulgarischer Kommunist kämpft im spanischen Bürgerkrieg, US-amerikanische Geheimdienstler wollen den Sandinisten ans Leder, Emilio Salgaris Piraten und Sandokan schwirren durch die Seiten."
(siehe *tellerwäscher*, S. 39 f.)

2

Diverse:
Camp Imperial. Electronic Rock Resistance. Triggered by Imperial Sound Kollektiv, L'Age d'Or/Rough Trade, Hamburg 1996
„Die Hymne, die hier gesungen bzw. instrumentell dargeboten wird, ist die auf die Freiheit der Stile und der neuen Unordnung von Computer und Gitarre. 20 verschiedenste Stücke stehen für die Brandbreite der im Imperial produzierten Musik."
(siehe *tellerwäscher*, S. 39)

... und eine der zwei Prämien kassieren!

❑ Normal-Abo (W: DM 75,- / O: DM 50,- incl. Porto, Versand und MWSt.; Luftpostpreise auf Anfrage)
❑ Ermäßigtes Abo (DM 56,- gegen Vorlage von Studi-, Arbeitslosen- oder Sozialhilfebescheinigung)
❑ Förder-Abo (*links* für DM100,- oder mehr)
❑ Geschenk-Abo (*links* für ○ **1 Jahr**; Preis wie Normal-Abo) ab Monat/Jahr: _____

Betrag : ○ zahle nach Erhalt der Rechnung
○ mit Einzugsermächtigung: abbuchen von

Konto: _____ Bank: _____

BLZ: _____

○ Das **Geschenk-Abo** geht an folgende Adresse
○ Ich habe den/die AbonnentIn geworben, bin bereits *links*-AbonnentIn und möchte die angekreuzte **Werbeprämie** als Dankeschön.

○ Prämie 1 ○ Prämie 2

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

_____
Datum Unterschrift

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

Vertrauensgarantie: Diese Vereinbarung kann schriftlich innerhalb von zehn Tagen widerrufen werden. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. vor Ende des Kalenderjahres (bzw. 3. Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes) schriftlich gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

FRANKFURTER ARBEITSKREIS TRAUMA UND EXIL

FATRA e.V. braucht Räume für den Aufbau einer psychosozialen Beratungs- und Behandlungseinrichtung für Flüchtlinge

FATRA arbeitet als unabhängiger Verein, der Flüchtlingen soziale, politische und psychotherapeutische Unterstützung bietet.

Begonnen haben wir 1993 mit einer sozialpsychiatrischen/psychotherapeutischen Sprechstunde für Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, von denen viele durch Mißhandlungen, Folter, Lagerhaft oder durch Ermordung ihrer Angehörigen traumatisiert wurden. Die Sprechstunde fand in der Muttersprache der Flüchtlinge statt.

Verbunden mit dieser Arbeit waren Interventionen von FATRA bei Behörden und in der Öffentlichkeit, um deutlich zu machen, wie eine bestimmte Praxis der "Flüchtlingsverwaltung" insbesondere auf schwer traumatisierte Menschen wirkt.

Unser Arbeitsteam besteht aus Psychotherapeutinnen, einem Arzt, einer Psychiaterin, einer Psychoanalytikerin, einem Soziologen, einer Sozialarbeiterin, Pädagoginnen und Pädagogen.

- *Mit FATRA machen wir den Versuch einer sozialen und therapeutischen Arbeit mit doppeltem Blick: mit dem einfühlenden Blick auf das intrapsychische individuelle Leid des Einzelnen - und mit einem kritischen Blick auf den gesellschaftlichen, politischen Zusammenhang, in dem es entstanden ist. Dies geschieht in der Absicht, das individuell erlebte Leid wieder als sozialen Prozeß kenntlich zu machen und damit zu entprivatisieren.*
- *Wir wollen über die Retraumatisierung von Flüchtlingen aufgrund belastender Lebensbedingungen im Exil aufklären, weil dadurch das seelische Erleben und die Gesundheit der Flüchtlinge weiter beeinträchtigt werden.*
- *In dem Bewußtsein, daß Traumatisierung, die Menschen von Menschen zugefügt wurde, weder "geheilt" noch "verarbeitet" werden kann, möchten wir dazu beitragen, daß den Betroffenen ihr psychisches Leiden wieder zugänglich und verstehbar wird. Dadurch ist es möglich, partiell die frühere Persönlichkeit wiederzugewinnen, auch wenn nichts mehr so werden kann wie vorher.*

Um die 1993 begonnene Arbeit sinnvoll fortsetzen zu können, planen wir nun den Aufbau einer psychosozialen Beratungs- und Behandlungseinrichtung - vorerst mit dem Schwerpunkt eines dauerhaften und fachlich qualifizierten Angebotes an Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Wir beabsichtigen:

- die Weiterführung der offenen sozialpsychiatrischen/psychotherapeutischen Sprechstunde
- die Einrichtung von psychotherapeutischen Gesprächsgruppen
- Psychotherapie-Angebote mit fest vereinbartem Setting
- Unterstützung bei sozialen und rechtlichen Problemen in Zusammenarbeit mit anderen Beratungseinrichtungen
- politische Interventionen bei Behörden wie jetzt aktuell in Bezug auf die unfreiwillige "Rückführung"

Was wir dafür dringend brauchen, ist ein Ort, an dem sich die Aktivitäten des Vereins besser als bisher entfalten könnten. Wir benötigen für die Anmietung von Räumen und eine minimale Ausstattung für ein Jahr etwa 30.000 DM.
Durch Ihre Spende helfen Sie mit, daß diese Arbeit weitergeführt werden kann.

FATRA e.V.

Fordern Sie bitte unser ausführliches Faltblatt an, schreiben Sie uns. Wir antworten Ihnen gerne. Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil
Schubertstr. 26 - 60325 Frankfurt/Main
Deutsche Apotheker- und Ärztebank
Kto. 4040104 - BLZ 50090607